kostet 2.50

Karofix

DIE OPFER, ÜBER DIE KEINER SPRICHT

juni 97

junge welt
heißt jetzt
jungle world

otanik im mai
bahrenfahren
radikalbleiben
17.juni

Editorial

So, meine lieben es geht wieder los. Nachdem wir ja im letzten Monat nicht ganz zum ersten erschienen sind, nehmen wir diesmal neuen Anlauf. Irgendwann muß es ja mal klappen.
Ja also, was gibt´s? Nach dem ersten Mai, der ja für die NPD und ihre Herde nicht unbedingt das gebracht hat, was sie sich erhofft hatten, sind den Faschos irgendwie erstmal die Aufkleber ausgegangen. Das stimmt uns nicht traurig. Daß aber auf der Gewerkschaftskundgebung jede Menge Dünnpfiff von der Bühne gesprochen wurde, daß die Punks dort mit „Arbeit für alle!"-T-Shirts rumliefen (was ich ja zur Not noch als Joke durchgehen lassen könnte) und daß mich Toni Krahl mit „Moin, Genossen" begrüßt hat, und ich dabei nur hilflos rumstand, das hat mir und einigen anderen den Tag auch ganz schön versaut. Am meisten haben mir ja die kurdischen Revolutionäre leidgetan, die den ArbeiterInnen in Leipzig zum Kampftag gratulieren wollten, aber von denen wohl kaum ernsthaft wahrgenommen wurden. Naja, all das und noch etwas mehr, sollte ja in diesem Heft stehen. Aber das „etwas mehr" ist dann doch „etwas mehr" geworden und deshalb gibts es jetzt in der Mitte des Heftes diese Sonderbeilage „Erster Mai - Ich war dabei".
Was noch? Wenn wir schon mal von Antifa geredet haben, erwähne ich gleich noch den Artikel zum Antifa-Schulnetz ab Seite 22. Eigentlich sollte ja noch ein Interview dazu, aber dafür hat sich ein anderes Magazin die Exklusivrechte geschnappt (Ich weiß was, was du nicht weißt und das steht in der ...!). Auf jeden

Inhalt

4 Kriminalisierung der PKK - Nachtrag zu Bahren
8 radikal - Veranstaltung der LSG
10 Kleine Anmerkung zum Bühren-Artikel im letzten Heft
11 Kurzmeldungen - der ganz gewöhnliche Alltag
16 Der rechte Rückspiegel
18 „Wir wollen freie Menschen sein" - der 17. Juni 1953
22 Jetzt neu: Antifa-Schulnetz
25 Chronik deutscher AusländerInnenpolitik
32 Aufruf zum zweiten interkontinentalen Treffen für Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus
34 Buchbesprechung: Rainer Dinser: Plinsen
35 Chiapas und die Linke
36 Schlimm, daß so etwas heute noch möglich ist: Manfred Kanther
37 Rundumschlag
38 Lederhart - der Ball ist rund
43 Kreuzworträtselseite
44 Important Shit
45 Filmriß

Extra Beilage:
1.Mai - Nachbereitung, Einschätzung etc.

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro,
Petersteinweg 13,

Fall schön, daß sich die jungen AntifaschistInnen organisieren.
Noch drin ist, was noch drin ist, außer daß uns bis jetzt keine LaserInnenbriefe erreicht haben. Veröffentlichen wir alle beim nächsten mal. Beim nächsten mal auch wollen wir was übers ZORO machen, das da hinten in der Bornaischen Straße immer noch steht, immer noch Probleme en masse hat, und außer von seinem Stammpublikum kaum wahrgenommen wird. Also holt das nächste Klaro. Am besten morgen schon.

Ansonsten müßt ihr selber sehen, ich bin fertig.

euer Foxi

Klarofix bietet Gruppen, Personen und Organisationen ein monatliches Podium, um Informationen, Standpunkte und Diskussionsbeiträge zum politischen Geschehen in Stadt und Region über Themen jenseits der "Aufbau-Ost" Jubelberichterstattung und jenseits der Kommerz- und Yuppiekultur einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. Es öffnet sich vor allem Themen, die von anderen regionalen Medien ausgespart, verschwiegen oder verfälscht dargestellt werden, weil sie entweder nicht ins herrschende Meinungsbild passen, weil sie nicht den entsprechenden verkaufsfördernden Sensationscharakter besitzen, oder weil sie unbequeme Widersprüche und Problemfelder im gesellschaftlichen Alltag aufzeigen.

Klarofix begreift sich nicht als Zentralorgan einer konkreten politischen Gruppierung oder Organisation und wird von allen Helfer/innen und Mitarbeiter/innen unentgeltlich hergestellt. Der veranschlagte Preis stellt ausschließlich den Materialpreis zur Herstellung eines Heftes dar, alle inhaltlichen Zuarbeiten, die Herstellung, der Vertrieb, sowie die technischen Hilfsmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Alle im Heft erschienen Beiträge stellen, wenn nicht anders gekennzeichnet, die Meinung des/r Autors/in/innen dar.

Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, Helfer/innen und Freund/innen, die durch ihre Mithilfe das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe ermöglicht haben und hoffen, daß Klarofix seinen Leser/innen Spaß macht und Ansatze aufzeigt, um die Entwicklungen, die uns wichtig sind, selbst mitzubestimmen. ***DRUCK, Leipzig***

Klarofix exklusiv

Leipzig/Live. Sieben Gestalten stolpern durch die Dunkelheit. Sie wirken wie ferngesteuert, mechanische Bewegungen. Einer wimmert. Jetzt versuchen sie auf das Dach der Bedürfnisanstalt am Connewitzer Kreuz zu klettern. Eine kultische Handlung? Ein verhaltener Aufschrei. - Scheppern. Pummel-Addi pfeift kopfüber auf dem Bauch die Dachschräge runter. Die andern beißen sich auf die Lippen und tuen so als sehen sie nichts. Jetzt arbeiten sie geschäftig an der Entfernung eines beschrifteten Stoffbanners. Es dauert nicht sehr lange, obwohl sie nur Mutti`s Fußnagelschere dabeihaben. Sie haben an alles gedacht und sogar Ingo aus der Foto AG mitgebracht. Den Erdboden erreicht, posieren sie für´s Album. Keiner schert sich um Addi, der noch an der Dachrinne hängt …

Nachtrag zu Bahren

Bahren

Der Hungerstreik wurden nach 12 Tagen ergebnislos abgebrochen. Vier Tage später rückten 125 Polizisten an und wollten gewaltsam die ausländerbehördlich angeordnete Umverteilung von 12 aufsässigen Kurden vollstrecken. Sie trafen allerdings nur 8 der umzuverteilenden Kurden an. Diese wurden in zum Teil weitabgelegene Asylheime geschickt, einige wanderten auch von einem Heim zum anderen, so als wenn ihre Spur dadurch verloren gehen würde.

Die Aufforderung zum „Umzug" erging am 25.4., das heißt einen Tag nach Abbruch des Hungerstreiks in der Kirche. In der „Umzugsauflage" heißt es:

„Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollstreckung liegt darin, daß alle Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um von Ihnen ausgehende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit sofortiger Wirkung zu unterbinden."

Offensichtlich aber waren die Behörden nach langen Tagen des Nachdenkens dahintergekommen, daß das LKA-Märchen vom „PKK-Stützpunkt" nicht der Wahrheit entspricht. Anderenfalls hätte sich in der Begründung für die Umverteilungen ein Hinweis darauf gefunden. So aber gaben Ausländerbehörde und Polizei völlig allgemeine Erklärungen ab und verwiesen auf die „öffentliche Sicherheit", was bei anderen gewaltsamen Umverteilungen von Flüchtlingen in Sachsen ebenfalls als lapidare Begründung herhält, wenn es sich um Flüchtlinge handelt, die die Paketnahrung verweigerten oder einen Hungerstreik durchführten, um Geldleistungen zu bekommen, oder aber sich Schlägereien mit anderen Heimbewohnern lieferten.

„Es herrscht wieder Frieden im Land..."!?

Die Razzia in Bahren und die gewaltsame Umverteilung von Heimbewohnern in entlegene Teile Sachsens sind als Angriff gegen die Selbsorganisation von Flüchtlingen zu sehen, insofern die Kurden einige Dinge des täglichen Lebens (Lebensmittelverteilung, gemeinsame Ausflüge, Freizeitgestaltung, gemeinsame Bewirtung von Gästen) selbst in die Hand genommen und über ein Komitee organisiert hatten. Vorallem aber ging es von Seiten der bundesdeutschen Staatsgewalt und auch aus der Sicht der Flüchtlinge darum, die politische Organisierung von kurdischen Flüchtlingen zu verhindern. Die politische, nicht die militärische! Auch wenn das LKA die Lüge vom „Stützpunkt" und „Ausbildungslager" in die Welt setzte, was von den Medien gierig aufgenommen und verbreitet wurde. Und warum bitte, sollten Flüchtlinge, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen haben, sich nicht in Deutschland politisch organisieren? Das tun Anhänger diverser islamistischer Bewegungen, iranischer Parteien und irakischer Oppositionsbewegungen, und ebenso nutzen kurdische und türkische Oppositionelle das relativ demokratische Klima in Westeuropa, um exilpolitische Tätigkeiten zu entwickeln.

Die Tatsache, daß im Südosten der Türkei ein Krieg tobt, und es sich bei den militärischen Auseinandersetzungen nicht um läppische „Repressionsmaßnahmen" gegen angebliche „Terroristen" handelt, ist unleugbar und dient letztlich auch der EU, die Währungsunion mit der ökonomisch schwachen Türkei zurückzuweisen. Erst am 10.Mai begann wieder eine Großoffensive der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla. Mit 60.000 Soldaten, Panzereinheiten und Kampfbombern geht das Militär gegen die Stützpunkte der PKK und umliegenden Dörfer in Kurdistan vor, und zwar diesseits und jenseits der türkisch-irakischen Staatsgrenze. Und diesmal heißt es aus Washington ganz offen, die Türkei habe ein „Recht auf Selbstverteidigung" und sei daher „berechtigt", auch auf nordirakischem Territorium gegen die Guerilla vorzugehen.

Es herrscht also Krieg in der Türkei, und Krieg produziert Flüchtlinge. Und einer Handvoll dieser Flüchtlinge gelingt es, sich bis in die BRD durchzuschlagen. In das Land, das in dem Krieg mitmischt und in dem ganzen Konflikt eigene Interessen verfolgt. Ohne die materialisierte militärische Unterstützung der BRD ist dieser Krieg nicht führbar. Und ohne die westlichen Touristen, die jährlich mehrere Miliarden Devisen mit ins Land bringen, fehlten diesem Krieg beachtliche Geldmittel. Dabei ist Bonn natürlich nicht uneigennützig. Die BRD verfolgt in den Nordzonen des Nahen Ostens und in Mittelasien eigene wirtschaftliche Interessen. Der Weg nach Baku oder nach Mosul aber führt durch solch unsichere Gebiete wie den Kaukasus und Kurdistan. Der „kritische Dialog" mit Iran ist nur ein Strang in der dem Gewirr wirtschaftsstrategischer uhnd politischer Interessen. Und daß sich die Bunderegierung in kriegerischen Auseinandersetzungen nicht nur an eine Seite hält, zeigt sich im Fall Kurdistan wiedereinmal deutlich. Im Fall Kurdistan-Irak unterhält sie Kontakte sowohl zu Bagdad, als auch zur irakisch-kurdischen Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), versucht über Wirtschaftsverträge mit Bagdad einen Fuß in die Tür zu bekommen und hat sich mit humanitären Wiederaufbauprojekten in Kurdistan engagiert, um auch hier ein Standbein in die felsige Erde zu drükken. Was die Türkei betrifft, so sind die Beziehungen zu Ankara trotz unregelmäßiger Depressionen beständig. Gleichzeitig aber reisen Lummer oder Schmidtbauer nicht aus Abenteuerlust zu Abdullah Öcalan nach Damaskus, sondern wollen auch mit ihm ins Gespräch kommen. Denn, man weiß ja nie genau, wie sich die Lage entwickelt.

Die Repression gegen türkisch-kurdische Vereine und Parteien, namentlich die PKK gehen jedoch weiter. Und weiterhin werden kurdische Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention nicht oder kaum anerkannt, sondern vielmehr von Abschiebungen bedroht.

Es ist hier weder der Platz noch ist es aus unserer Sicht notwendig, sich mit der inneren Struktur der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auseinanderzusetzen. Das soll Leuten überlassen bleiben, die sich als Kurdistan-Solidaritätsgruppen verstehen, oder die sich bereits aus solcher parteigebundener Solidaritätsarbeit entäuscht zurückgezogen haben. Türkisch-kurdische Flüchtlinge ebenso wie irakisch-kurdische oder arabisch-palästinensiche sind jedoch als politische Flüchtlinge hier und deshalb zu unterstützen. Dazu genügt es, Fluchtgründe in Rechnung zu stellen, das heißt die Tatsache, daß die Türkei ein Folterstaat ist, der gegen Gewerkschaften, linke Parteien und kurdische Opposition mit brutalen, bis hin zu militärischen Mitteln vorgeht. Außerdem unterstützen wir kurdische Flüchtlinge, weil die Kurden generell ein Recht auf politische und kulturelle Selbstbestimmung haben, das ihnen von den Repräsentanten des „Völkerrechts" verwehrt wird. Dabei ist es *an dieser Stelle* unnötig über Nationalstaatlichkeit zu diskutieren. Vielmehr erkennt die aufmerksame Beobachterin kurdischer Zeitgeschichte, daß durch die Verweigerung der kurdischen Eigenständigkeit in Kurdistan die militärische Konfrontation sich in die zeitliche Länge zieht und an Heftigkeit zunimmt. Das bedeutet für soziale Bewegungen und für zivile Widerstandsgruppen, daß sie kaum Luft zum Atmen haben und daß eben deshalb keine anderen als nationalstaatliche Lösungen entwickelt werden. Ein Fehler bundesdeutscher Solidaritätsarbeit war es seit dem Algerienkrieg, daß sie stets versuchte, sich auf eine ganz ungemein revolutionäre Bewegungen in nationalen Emanzipationskämpfen zu beziehen. Die Abwendung setzte meist dann ein, wenn sich diese ganz ungemeinen Revolutionäre plötzlich nicht so verhielten, wie es sich die europäischen Solidaritätsarbeiter erträumten. Diese Träume waren um so schöner und für die Arbeit bestimmender, als in Deutschland selbst keine Revo gemacht wurde und die ganz, ganz Linken sich inmitten des „spießigen Deutschtums" sich nie wie „ein Fisch im Wasser" zu bewegen vermochten, obwohl sie es gerne wollten...

Es genügt aber, türkisch-kurdische Flüchtlinge zu unterstützen, eben weil die Türkei ein Folterstaat mit Expansionsbestrebungen (Nordirak, Zypern) ist und eben weil die BRD wirtschaftlich und politisch an der Aufrechterhaltung des türksichen Staatsgebildes und seiner Machtinstitutionen mitwirkt.

Aufhebung aller Verbote- den Rechtstaat einfordern!?

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, wie es zu den Vereinsverboten vom November 1993 kam. 1992 kam es in verschiedenen kleinen und größeren Städten türkisch Kurdistans zu Massendemonstrationen. Die KurdInnen selbst nennen diese Zeit „Serhildan": Auf-

stand. In der BRD verfolgten die MigrantInnen und Flüchtlinge die Ereignisse und gingen selbst zu Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße. Sie richteten ihren Protest nicht nur gegen die Türkei (Botschaftsbesetzung), sondern auch gegen die BRD und ihre gewaltenteilenden Institutionen sowie gegen die militärische Unterstützung, die in Milliardenwerten nach Kleinasien geschickt wurde. Die Düsseldorfer Prozesse, bei denen die Angeklagten unter für bundesdeutsche Justizverhältnisse erstmaligen Bedingungen in ihren Verteidigungsrechten beschnitten wurden (Vorverurteilungen, „Kurden-Käfig") sorgten für weiteren Proteststoff. Die gewaltsame Unterdrückung von Manifestationen verschärfte die Situation und führ-

te schließlich zu den Selbstverbrennungen und Autobahnblockaden im März 1993.

Als ein Argument des Innenministeriums, die PKK und zahlreiche kurdische Vereine zu verbieten, hielten die sogenannten „Schutzgelderpressungen" her, ein Gespenst, dem auch das LKA in Sachsen auf der Spur ist. Die Angelegenheit ist schon groteskt. Auf der einen Seite verweigert die BRD mit Hilfe Ausländer- und Asylgesetzen den kurdischen Flüchtlingen und langjährigen MigrantInnen das Bleiberecht bzw. das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Auf der anderen Seite wird hier auf die Steuerhoheit gepocht. Eine quasistaatliche Gewalt wie die PKK, die von den Flüchtlingen und MigrantInnen den „Revolutionsobolus", der „Ablaß" (weil die, die hier sind, kämpfen ja nicht in Kurdistan) oder nennen wir es von mir aus „Steuer", eintreibt, wird ja nicht deshalb verboten, weil der Innenminister nicht will, daß die KurdInnen ihren Kampf finanzieren. Und man kann davon ausgehen, daß sich Bonn in dieser Frage nicht von Ankara unter Druck setzen läßt. Abgesehen davon, daß die BRD ihre innere Sicherheit gefärdet sieht, wenn die KurdInnen Deutschland den Deutschen seien lassen, für sich aber die Autobahnen beanspruchen, abgesehen davon, greift hier der Staat ein, weil er sich nicht die Verfügungsgewalt über die Individuen nehmen lassen will, die auf dem Boden Deutschlands leben.

Die PKK stellt in keiner Weise den deutschen Rechtstaat und in keiner Weise die kapitalistische Produktionsweise, auf der das nationalstaatsliche Wesen Deutschland beruht, in Frage. Die programmatischen Punkte und tagespolitischen Polemiken gegen die BRD beziehen sich meist darauf, daß die Bundesregierung kurdische Parteien verbietet, Waffen nach Anatolien schickt und daß Deutsche vermittels Tourismus den Krieg in Kurdistan unterstützen. Ansonsten wird sich auf den Rechtsstaat berufen, indem Vereinsgesetze, Versammlungsgesetze und sonstiges genutzt und versucht werden auszuschöpfen. Und was die antikapitalistische Polemik im Parteiprogramm der PKK betrifft, so ist sie erstens, für den Kampf der Bewegung und ihres Führers von untergeordneter Bedeutung und zweitens, für den Innenminister so irrelevant wie die diesbezüglichen Ausführungen in Programmatiken etwa der MLPD, DKP oder Ökoli.

Wozu führte dieses Partei- und Vereinsverbot? In keinem Falle dazu, daß die PKK keine „Revolutionssteuern" mehr einsammelt. In keinem Falle dazu, daß die KurdInnen mit ihren Massenprotesten aufgehört haben. Andererseits führte das Verbot dazu, daß die Anerkennungsrate kurdischer Flüchtlinge zurückging, weil die Richter zunemend das Vereinsverbot berücksichtigen, obwohl sie eigentlich die Umstände prüfen sollen, die der Anlaß zur Flucht aus der Türkei waren! Und das Verbot führte dazu, daß das Medienbild über den Kurden an sich ein solches ist, das Blut und suizidale Attentate suggeriert. Für die PKK brachte es zumindest etwas Positives, nämlich: Der programmatische Slogan „Wo ein Kurde ist, ist die PKK" wurde dank des Innenministers in Deutschland wahr. Was KurdInnen darüber denken, die ebenfalls für ein Selbstbestimmungsrecht eintreten, nur aber in einer anderen Partei und Bewegung, steht im Zusammenhang mit dem, was oben gesagt wurde. Die gelegentlichen Stelldicheins für andere als PKK-KurdInnen sollen einer begrenzten Öffentlichkeit suggerieren, es gäbe gute und böse KurdInnen. Allerdings wäre es albern anzunehmen, das Innen- oder Außenministerium sei deswegen für die kurdische Eigenständigkeit.

Im Übrigen führten die Repressionen und Medienspektakel zu einem derart negativen Bild, daß es eher auf alle anderen KurdInnen zurückfällt. Es ist eben ähnlich wie mit dem Radikalenerlaß und der Hetzjagd gegen Linke in den 70er Jahren. Der Unterschied ist nur, daß sich kein Vertreter von im Bundestag rechts und mitte-rechts sitzender Parteien oder gar Diener der Ministerien freiwillig mit der Kommandoebene kommuniziert hätte. Ein Umstand heute, der einmal mehr unterstreicht, daß die Verbote gegen PKK und Vereine absurd sind und aufgehoben gehören! Zumal ja nicht nur SPD-Schnoor, sondern auch Graf Kinkel selbst, zugeben,

daß sich das türkische Regime böser Menschenrechtsverletzungen schuldig mache.
Und um noch ein letztes Argument auf der Ebene des Rechtsstaates vorzubringen: Laut letztem Verfassungsschutzbericht, ist die PKK nicht mal der ärgste ausländische Feind, der die Straßen und Plätze Deutschlands bedroht. Islamistische Gruppe scheinen den Gutenabendländischen Verfassungsschützern bei weitem gefährlicher und unheimlicher als die Bewegung Abdulla Öcalans. Und diese Gruppen sind nicht verboten, sondern werden nur beobachtet.
Abschließend: Da der Rechtsstaat rechtstaatlich argumentiert, und die verbotene PKK diesen Rechtsstaat nicht in Frage stellt, so sei in dieser Frage rechtstaatlich argumentiert. Andere Diskussionen sind an anderer Stelle zu führen. *Klara*

Die Bilder zu diesem Text stammen von der versuchten Besetzung des Regierungspräsidiums am 22. April. Der Besetzungsversuch, an dem ca. 20 Menschen teilnahmen, wurde von der Polizei verhindert, die den Eingangsbereich des Regierungspräsidiums absperrte und ohne Vorwarnung mit körperlicher Gewalt auf diejenigen losging, die den Fußweg vor dem Gebäude benutzen wollten.
Nach einer kurzen Rangelei mit den PolizistInnen erfolgte von einem Sprecher des RP ein Gesprächsangebot für eine Delegation von drei VertreterInnen der Demonstrierenden. Dieses Angebot, das zuerst als nicht akzeptabel abgelehnt wurde, nahmen die DemonstrantInnen nach ca. einer Stunde an. In dem folgenden Gespräch erklärte die zuständige Abteilungsleiterin, Angelika Reichelt, sie sehe bezüglich der Umverteilung von Flüchtlingen derzeit keinen Handlungsbedarf und warte überdies die Ermittlungsergebnisse des LKA ab. Ein Eingehen auf die politischen Forderungen der hungerstreikenden Flüchtlinge war zu keinem Zeitpunkt erkennbar. Am darauffolgenden Tag wurde der Hungerstreik der Flüchtlinge in Grimma abgebrochen, da er nichteinmal den Forderungen der Streikenden Gehör verschaffen konnte.

Presseerklärung 22.04 1997
Protestaktion gegen die Kriminalisierung der kurdischen Flüchtlinge:
Besetzung des Regierungspräsidiums am 22.04.1997, 16.00h
Am heutigen Dienstag wird das Regierungspräsidium Leipzig besetzt.
Das Regierungspräsidium Leipzig mit seinen Abteilungen "Ausländer- und Aussiedlerwesen" ist mitverantwortlich für die geplante Zwangsumverteilung kurdischer Flüchtlinge aus dem Asylbewerberheim in Bahren an bis jetzt unbekannte Orte.
Am 02.04.97 wurde das Flüchtlingsheim in Bahren als angebliches „Ausbildungs- und Schulungszentrum der PKK durchsucht.
In dem Heim sind ausschließlich Flüchtlinge untergebracht, die aufgrund ihrer politischen Verfolgung als Kurden Asyl beantragt haben. Die Bewohner haben eine relativ hohe Selbstorganisierung erreicht. Sie haben Dinge des alltäglichen Lebens wie die Lebensmittelverteilung selbst in die Hand genommen und nutzen damit den geringen Freiraum, den ihnen die deutsche Asylgesetzgebung läßt, um sich ein meschenwürdiges Leben auch im Exil zu erhalten.
Die Razzia ist als gezielte Kriminalisierung von Flüchtlingen anzusehen und reiht sich ein in die rassistisch motivierte Politik gegenüber Flüchtlingen in der Bundesrepublik.
Am 13.04.haben 12 Heimbewohner die Frauenkirche in Grimma besetzt und einen Hungerstreik begonnen, um gegen das Vorgehen der Polizei und der zuständigen Behörden zu protestieren. Um das offentliche Aufsehen möglichst gering zu halten, wird den Hungerstreikenden der Kontakt nicht nur mit Freunden, sondern auch mit Ärzten und der Presse verweigert: Die Türen der Kirche sind abgeschlossen.
Wir unterstützen mit der Besetztung des Regierunspräsidiums die Forderungen:

- **-die Denunzierung der Kurden als „Terroristen" öffenlich zu dementieren**
- **-die geplante Zwangsumverteilung einiger Flüchtlinge sein zu lassen**
- **-sofortige Rückgabe des beschlagnahmten persönlichen Eigentums**
- **-Keine Kriminalisierung der Flüchtlinge**

radikal verfassungstreu?

Was passiert, wenn man eine radikal-Veranstaltung in der Uni macht ?
Wildgewordene Studenten predigen den Verfassungsstaat, zeigen das Auditorium trotzdem nicht wegen „Werbung für eine kriminelle Vereinigung" an, erklären das bundesdeutsche Grundgesetz mit Meister Proper und stellen auch ansonsten Zwischenfragen, die jedem/jeder guten Autonomen den Atem gefrieren lassen. Alles in allem bedeutet das, VeranstalterInnen; Podium und Stammpublikum politischer Veranstaltungsreihen zu Themen wie Repression linker Gruppen/ Solidarisierung müssen sich damit abfinden, daß aus größerem Auditorium auch störende Fragen nichteingeweihter und dazu noch uneinsichtiger Studenten der stöhnenden Runde zur Last fallen, die viel lieber unter sich geblieben wäre. Zugegeben fällt Akzeptanz schwer, wenn einige Frager offensichtlich die Seiten des Grundgesetzes verschlungen haben wie einen Konsalik-Roman und mit beiden Beinen so fest in der bürgerlich demokratischen Grundordnung wurzeln, daß jede Horizonterweiterung als Anmaßung begriffen wird.
In der Veranstaltung selbst wurde von VertreterInnen zweier radikal-Soligruppen von der Entwicklung der ursprünglich als Berliner Stadtzeitschrift konzipierten Zeitung radikal zum landesweiten Diskussionsforum autonomer Gruppen und Themenbereiche und der Notwendigkeit aktueller Solidarisierung berichtet. Ähnliche Thematik hatte auch der zu Beginn gezeigte Film „150. Haftbefehl Radikal", dessen Angelpunkt die am 13. Juni 1995 von der Bundesanwaltschaft (BAW) angeordnete Durchsuchung in ungefähr 50 linken Wohnungen und Projekten war. Die Durchsuchung gilt als Ergebnis eines großangelegten Lauschangriffs in linken Zusammenhängen, der selbst verfassungs- und datenschutzrechtlich sehr umstritten war, was schon was heißen will, wenn mit den berühmt-berüchtigten „Terrorismusparagraphen" 129 und 129a hantiert wird, die im bundesdeutschen Rechtsalltag längst als Maulkorb und Repressionsinstrument vor allem wider mißliebige linke Gruppen ausgenutzt werden. In der Presse wurde die Schandtat als Schlag gegen den Linksterrorismus verkauft und von Innenminister Kanther belobigt. Das mit der Nennung der radikal in einem Atemzug mit den Antiimperialistischen Zellen (AIZ), der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. und der RAF die Relationen bewußt verschoben wurden und jetzt die HerstellerInnen einer ganzen Zeitung, unabhängig von einzelnen Aktikeln, als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, in den Knast gesteckt wurden, schert die deutsche Durchschnittspresse nicht. Im Film werden ausgehend vom 13. Juni Diskussions- und Aktionsstränge der Hamburger Soligruppe verfolgt, die von der Durchsuchung und den folgenden vier Verhaftungen mit betroffen war. Ein an einigen Stellen sehr persönlicher Film, der am Beispiel Tatsachen und Hintergründe der Kriminalisierungskampagne wiedergibt. Nach Film und Soligruppen-VertreterInnen gab ein Redakteur der taz Hamburg einen rückblickenden Querschnitt durch schwärzeste Meinungspresse zu eben jener Durchsuchung. Fazit: Ebenso fette, sensationsgeile wie nichtssagende Schlagzeilen und ebensolche Texte, die über die offizielle Version der BAW nicht hinauskommen. Angela Markward (PDS) erzählte anhand ihrer eigenen Betroffenheit von den Blüten, die die (nicht nur) richterliche Panikmache in jüngster Zeit treibt. Bei ihr genügte ein schon seit längerem installierter Link auf ihrer Homepage (kann sich jeder basteln, der sich ein wenig mit Internetnutzung auskennt) zur radikal-Seite mit angeblichen Bombenbastelanleitungen, um ein Verfahren gegen sie anzustrengen. Der Link sollte eine greif- und nachlesbare Diskussionsgrundlage zum Thema sein, nachdem das Stadium der Kriminalisierung solche Ausmaße angenommen hatte, daß die Bundesrepublik zum radikal-freien Gebiet erklärt werden sollte. Die Eingabe der Verfahrensbegründung ins Netz schien den Allmächtigen wiederum ausreichend, um einen erneuten Verfahrensgrund hervorzuzaubern. Dazu ist anzumerken, daß derzeit zwar über Sicherheitsstandards für das Internet diskutiert wird, aber noch keine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wurde. Die radikal selbst, seit einiger Zeit über einen niederländischen Anbieter im Internet abrufbar, war im Herbst vergangenen Jahres Grund genug für die BAW, dem deutschen Anbieter zum niederländischen radikal-Zugang mit der Anklage wegen „Beihilfe zu Straftaten" zu drohen, um zu erreichen, daß der Zugang zum niederländischen Surfer gesperrt wird. Die Einschüchterungstaktik hat geklappt, erwies sich aber gleichzeitig als Bumerang. Seit der Sperrung wird die radikal, aufgrund einer breiten Solidarisierungswelle, von Providern in den USA, Kanada und Japan angeboten.
Das die Perversion auch mühelos die Grenzen journalistischer Schutzrechte überschreitet, zeigt die Durchsuchung der jungen Welt im Januar diesen Jahres. Ein Journalist der Tageszeitung erhält ein Ermittlungsverfahren wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Werbung für eine terroristische

Vereinigung u.a. Tatbestände". Das ist für die BAW der Grund, am selben Tag seinen Arbeitsplatz und seine Wohnung durchsuchen zu lassen und, nach Angaben des betroffenen Wolf-Dieter Vogel während der Veranstaltung, alles mitzunehmen, nur nicht die sichtbar plazierten radikal-Ausgaben, die allerdings als Durchsuchungsgrund u.a. herhalten mußten.

Dafür daß hier, d.h. nach den Beiträgen der Gäste noch lange nicht Schluß ist, sorgten wie gesagt die auf ihre Art um Meinungspluralität besorgten Studenten. Kaum war das Schlußwort gesprochen, sprang der erste auf, die Schmach, die mit der Veranstaltung dem bundesdeutschen Verfassungsstaat zugefügt wurde nicht länger dulden könnend. Schwere Vorwürfe gegen den angeblich zu wenig objektiven Film, die bewußt nicht rechtsstaatlich handelnden radikal-MacherInnen und gegen das Podium, von dem aus PolizistInnen öffentlich als Bullen bezeichnet wurden durchzogen sängend den Hörsaal der Tat. Im Folgenden fand eine Polarisierung des Publikums statt, in Pro-Rechtsstaatlich und Pro-Radikal. Während die einen bloßes Unverständnis für die Problematik preisgaben, sollte ihnen seitens der sich gestört fühlenden, mit der Problematik Vorvertrauten schlicht des Wort verboten werden. Eine tätliche Auseinandersetzung konnte nur dank der Besonnenheit des Podiums verhindert werden. Den VertreterInnen desselben gelang es, nach kurzem sichtbaren Schock nach dem ersten Meinungsaufschrei die Diskussion wieder in sachorientierte Bahnen zu lenken. Damit gelang es auch dem Vertreter der Meinung: „Man muß über alles reden können", was in diesem Fall die Meinung seines angefeindeten „Kommilitonen" und seine eigene These: „Wenn Toleranz nach links, dann auch Toleranz nach rechts", betraf, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tatsächlich hat weder die radikal jemals für sich in Anspruch genommen, sich mit dem herrschenden System und dazugehörigen Gesetzen abfinden zu wollen, noch hatten sich die Vortragenden den Status von Unparteiischen zugeschrieben. Wie seitens der beiden Journalisten auch anhand der Presseberichte über den 13. Juni klar gemacht wurde, kann es Meinungs- und Pressefreiheit, um die sich letztlich die Diskussion um die radikal schon seit Jahren dreht, nicht im eigentlichen Sinne des Wortes in einem Land geben, dessen Zeitungen größtenteils mit den Geschicken der regierenden Parteien ökonomisch und traditionell eng verbunden sind. Für die Freiheit der Meinungsäußerung gibt es in der deutschen Presselandschaft offenbar klare Richtlinien, die besagen, daß Freiheit und Unabhängigkeit von Berichterstattung nur insofern gewährleistet sind, wie sie sich in vorauseilendem Gehorsam der herrschenden Meinung beugen. Das damit Pressefreiheit eine Farce ist, die im Grundgesetz wohl für alle lesbar, jedoch niemals wirklich einklagbar ist, was nicht zuletzt am Fall der radikal deutlich wird. Nun hat selbige allerdings nie behauptet, sich auf dem Boden jener Gesetze bewegen zu wollen, was für einige Beteiligte an der Diskussion die Frage aufwarf, ob sie sich dann über den Umstand ihrer Kriminalisierung überhaupt beklagen dürfe. Vermutlich gab es, trotz relativ hoher Auflage, nicht viele regelmäßige radikal-LeserInnen (die radikal selbst beziffert allerdings die Zahl 1989 auf 6000) und einige Leute behaupten, daß ohne den Terror der BAW, der den Bekanntheitsgrad des Blattes wesentlich gesteigert hat, das Echo für die radikal dünner ausfallen würde. Die radikal sah sich bis zu ihrer letzten Ausgabe im vergangenen Jahr als Teil der radikalen Linken, d.h. eine Zeitung für Interessierte, die ein Diskussionsforum für kriminalisierte Themen wie die Gewalt im anti-staatlichen Widerstand aber auch Themen wie Abschiebepolitik, Texte zur Situation des kurdischen Befreiungskampfes und Frauenfragen bieten sollte. Das eine solche Zeitung nicht staatskonform läuft, leuchtet ein und erklärt sich aus dem Selbstverständnis der Zeitung. Die Betonung liegt dabei auf dem Wort ZEITUNG. Die radikal ist ein unerwünschter Presseartikel, dessen jahrelange strafrechtliche Verfolgung direkt wie indirekt viel zu seiner Themenwahl und Entwicklung in der Illigalität beigetragen hat und in dem Themen aufgegriffen werden, die bei von Staat und Kommerz manipulierter öffentlicher Meinungsbildung bewußt ausgeschlossen bleiben. Die Geschichte der Zeitung ist Teil bundesdeutscher Repressionsgeschichte und gilt heute der BAW als Präzedenzfall, um in Zukunft noch ungestrafter in die Pressefreiheit eingreifen und unverholen Nachzensur per Gesetz legitimieren zu können. Das wurde in der Diskussionsveranstaltung durch die Beiträge der beiden Journalisten, die in ihrer Arbeit selbst von solchen Eingriffen betroffen sind, deutlich. Insofern trifft das oben aufgeführte Gesetze-Argument nicht den Kern des Problems. Wie in jüngster Zeit immer deutlicher wird, machen die Zensoren auch nicht vor den Räumen legaler Tageszeitungen und Medienanstalten halt. JournalistInnen werden häufig bei Anlässen, wie Demonstrationen, Aufzeichnungen und Fotomaterial von der Polizei entrissen und zwecks Ersparnis eigener Recherche ohne bestimmten Tatverdacht ausgewertet und gespeichert. Die Kette der Durchsuchungen allein der letzten 3 Jahrereichen bis in die Räume von WDR, ARD und Focus, von fast regelmäßigen Durchsuchungen der jungen Welt, die so gefährlich ist, daß sie sogar im Verfassungsschutzbericht auftaucht, ganz abgesehen.

Zum Abschluß sei noch gesagt, daß ohne das sittenwidrige Verhalten einiger Studierender Fragen vermutlich nicht nochmal so genau hätten umrissen werden können, weil die vermeintlich Eingeweihten häufig so eingeweiht zu sein scheinen, daß einige Widersprüche und Probleme unangesprochen bleiben und die Versammlung in Schweigen verharrt. Wer mehr über die radikal wissen möchte: gerade ist eine Dokumentation kriminalisierter Texte aus der radikal erschienen, die bereits seitens der BAW als Frühjahrsausgabe der Zeitung gewertet wird. in den Klarofixen Dezember 95 bis Februar 96 ist eine dreiteilige Chronik der radikal abgedruckt. Einsehbar im Infoladen. radikal im Internet unter: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

xana

radikal

Die Veranstaltung fand am 14. Mai 1997 in der Universität Leipzig statt. Sie war von der Linken StudentInnengruppe organisiert worden.

Kleine Anmerkung

zum Artikel „Busreise Leipzig - Büren - Leipzig"

Klarofix 5/97, S. 14 ff

Die antirassistische gruppe beschreibt im Abschnitt „Der Weg in die Abschiebehaft" (S. 18), wie Flüchtlinge im Abschiebeknast landen. Diese Beschreibung enthält jedoch ein nicht unwesentlichen Fehler. So wird behauptet, daß Flüchtlinge, die vom BGS an der Grenze oder im Grenzbereich aufgegriffen werden, nicht in Deutschland inhaftiert sondern nach einer kurzer Zeit im BGS-Gewahrsam zurückgeschoben werden - zurückgeschoben in ein sogenanntes sicheres Drittland. Dort landen sie oft - wie im Artikel beschrieben - auch nur im Knast, müssen illegal leben oder werden weiter, bis in ihrer Herkunftsländer zurückgeschoben, ohne daß jemals ihr Asylgesuch geprüft worden wäre. Jedoch landen schon viele Flüchtlinge, die zurückgeschoben werden sollen, auf deutscher Seite im Abschiebeknast. Nun mag mensch sich wundern, wozu ein/e an der Grenze aufgegriffene/r Asylbewerber/in inhaftiert werden muß. Schließlich gibt es die teuer erkauften Verträge mit den umliegenden („sicheren" Dritt-)Staaten, insbesondere mit Polen und der Tschechischen Republik, die formlos die Zurückschiebung binnen weniger Stunden ermöglichen. Die Millionen DM, welche Deutschland quasi als Bestechungsgeld gezahlt hat, verwendeten Polen und die Tschechische Republik zum Kauf deutscher Technik, um ihre eigenen Ostgrenzen sicher zu machen, Abschiebeknäste zu errichten und Flüchtlingsverwaltungsbehörden aufzubauen.

Ein Blick in das Gesetz zeigt jedoch, daß im §57 AuslG, der die Abschiebehaft regelt, als erster Haftgrund „illegale Einreise" aufgeführt ist. Auch der Statistik ist zu entnehmen, daß 1995-Anfang 1996 in Sachsen auf 1247 Abschiebungen 71 Zurückschiebungen kamen, d.h rund 5% aller Abschiebehäftlinge sitzen in Sachsen wegen einer Zurückschiebung ein.

Das läßt sich folgendermaßen erklären: Die Verträge mit den osteuropäischen Ländern sehen vor, daß diese ihre eigenen StaatsbürgerInnen sowie Flüchtlinge, die durch ihr Land gereist sind, formlos zurücknehmen. Es kommt jedoch im Einzelfall immer wieder zu Streitigkeiten zwischen den Grenzbehörden, wann ein Flüchtling nachweislich durch ein Land eingereist ist. Die meisten Fluchthelfer/innen sagen natürlich den Flüchtlingen, daß diese nicht verraten dürfen, über welches Land sie eingereist sind. Viele geben sogar in ihrem Asylantrag an, sie wären mit dem Flugzeug gekommen, um nicht unter die sichere-Drittstaatenregelung zu fallen. Das stellt die deutschen Behörden vor das Problem, daß sie bei vielen Flüchtlingen zwar vermuten oder wissen, daß diese über einen „sicheren" Drittstaat eingereist sind und sie somit keinen Asylanspruch haben, aber in welches Land sie zurückgeschoben werden sollen, daß wissen die deutschen Behörden auf Anhieb nicht. Ist ihnen auch egal, aber die tschechischen und polnischen Kolleg/inn/en wollen schon Beweise sehen. Beweise wären Geld in der Landeswährung, Busfahrkarten, Quittungen, Stempel im Paß usw. Der BGS kann solche Beweise kaum noch erbringen, denn die Fluchtorganisationen stellen sich natürlich darauf ein. Was macht also der BGS mit einem Flüchtling, der zurückgeschoben werden soll, was aber nicht geht, weil kein Land ihn mangels Beweisen nimmt. Das Gesetz legt fest, daß in diesem Fall die/der Betroffene nach Stellung des Asylantrages in eine Flüchtlingsunterkunft zugewiesen werden muß und dort ihr/sein Verfahren abwarten muß. Und was macht der BGS: er steckt die Betroffenen in Abschiebehaft, hört bei Stellung von Asylanträgen durch die Flüchtlinge einfach weg und redet den Amtsgerichten ein, daß die Zurückschiebung binnen kurzer Zeit durchgeführt werden könnte. Hat der BGS das geschafft, stehen ihm mehrere Möglichkeiten offen: er versucht an verschiedenen Stellen die Flüchtlinge über die Grenze zu bringen, irgendeine Grenzstelle der Gegenseite wird schon so blöde sein, sie zu nehmen - und sei es mithilfe von ein paar DM und Zigaretten. Oder der BGS verhandelt auf höhere Ebene nochmal ein bißchen nach und erreicht, daß die Verträge etwas großzügiger ausgelegt werden können - das kostet dann natürlich etwas mehr, als nur Trinkgeld und Tabak. Die dritte und ebenfalls sehr erfolgreiche Variante ist die Zermürbungstaktik: die/der Abschiebegefangene bleibt halt solange gefangen, bis sie/er zugibt, über welches Land sie/er eingereist ist.

Daß dies alltägliche Realität ist, war schon im Klarofix Mai 1996 (S. 6) nachzulesen. Damals dokumentierte die Abschiebehaftgruppe Leipzig mehrere Fälle, bei denen Flüchtlinge trotz Asylantragsstellung vom BGS aufgegriffen und eingeknastet wurden. Erst aufgrund der Medienberichterstattung mußte das Gericht die Flüchtlinge aus der Haft entlassen. Einige von ihnen, darunter auch mehrere Kurden aus dem Irak, erhielten inzwischen auf ihren Asylantrag hin eine Aufenthaltsgenehmigung für die BRD. Diese Kurden waren zuvor völlig willkürlich über die tschechische Grenze zurückgeschoben worden, was mit 400,- in Rechnung gestellt wurde (die zehnminütige Zugfahrt war auf der Rechnung als Flug ausgewiesen). Die tschechischen Behörden bemerkten nach einem Verhör der Kurden den Betrug und schickten die wieder zurück an die deutsche Grenze. Der BGS steckte sie daraufhin - sichtlich sauer aufgrund des mißlungenen Versuchs - in den Knast. Dort sollten sie wohl lernen, daß mensch nicht ungestraft tschechischen Behörden die Wahrheit sagt. Nur durch Zufall kamen sie dann nach wiederholter Asylantragsstellung aus dem Gefängnis und bekamen nachträglich durch die Asylentscheidung sogar noch vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Recht.

Tom

Kurzmeldungen

Der ganz gewöhnliche Alltag

Himmelfahrt

... zeigt sich immer wieder, was für Verhältnisse in diesem Land eigentlich herrschen. Die Überfälle auf AsylbewerberInnen erreichen einen Höhepunkt. In Torgau schießt ein 16jähriger mit einer Gasdruckpistole Bleikugeln auf eine Gruppe von 13järigen Mädchen. In Grünau überlegt sich eine Gruppe Faschoskins im Kirchberghaus einen Kremser „plattzumachen", was den Vorstandsvorsitzenden des dortigen Vereins zu der bemerkung verleitet: „Wenn junge Leute außerhalb des Vereins Mist bauen, ist das ihre ganz private Angelegenheit". Und Andreas Strobel, der vom Jugendbildungsverein vor Ort war, kritisiert die Polizei, weil sie die mit Messern, Eisenstangen, Baseballschlägern und Kanthölzern bewaffneten Schläger in Gewahrsam nahm. Wann kommt die Zeit, in der es reicht, sich an einem solchen Tag über die Abgedrehtheit des Kremserfahrenden Pöbels zu erregen?

Billiger Profilierungsversuch

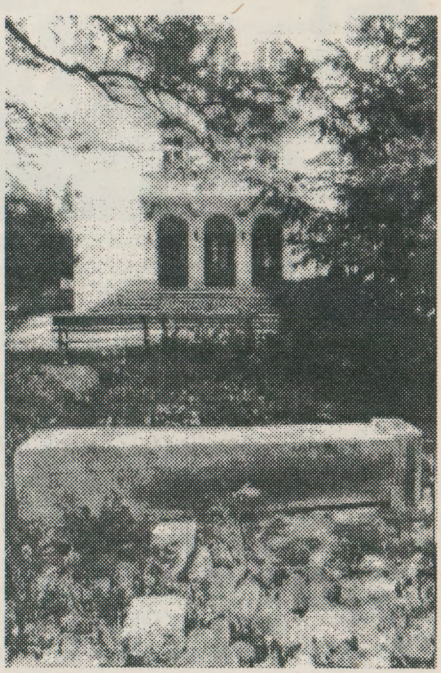
Es ist bei allem guten Willen nicht möglich den Leipziger Bündnisgrünen antifaschistisches Engagement unterzujubeln. Der Antrag der Bündnisgrünen an die Leipziger Stadtverwaltung, die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1914 bis 1944", die inzwischen in aller Munde ist, nach Leipzig zu hohlen, kann nur als plumper Profilierungsversuch gewertet werden. Jetzt, nachdem klar ist, daß ein Bekenntnis zu der Ausstellung für Bündnisgrüne politisch durchaus opportun ist, wirkt das Manöver allzu durchsichtig. Unabhängig von diesem politischen Desperatismus gibt es nach Angaben der OrganisatorInnen der Ausstellung bereits Vorbereitungen für eine Präsentation in Leipzig.

Urnenfund in Buchenwald

Bei Vorarbeiten zur Restaurierung des Krematoriums im ehemaligen KZ Buchenwald wurden fast 700 Urnen gefunden, in denen sich die Asche und Knochenreste von im KZ ermordeten Menschen befinden. Die Urnen waren von der SS wahllos mit Asche gefüllt worden, um sie Angehörigen von Ermordeten nötigenfalls als sterbliche Überreste der Opfer aushändigen zu können. Nach Absprachen der Gedenkstättenleitung in Buchenwald mit den Häftlingsverbänden, dem Zentralrat der Sinti und Roma, sowie dem der Juden in Deutschland, werden die Urnen auf einem Friedhof am Südhang des Lagers bestattet, wo die Allierten 1945 schon 1268 Urnen zusammen mit Hunderten Leichen beigesetzt hatten.

Kopf der zaïrischen Rebellen gestohlen

Patrice Lumumba, Kopf der antikolonialen Befreiungsbewegung im heutigen Zaïre, der 1961 ermordet wurde, stand als nachgebildeter Bronzekopf seit eben jenem Jahr vor dem Herderinstitut. In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai wurde jedoch der Sockel, auf dem die Lumumbabüste ruhte, von unbekannter Hand umgestoßen und das bildhauerische Werk mit einem geschätzen Wert von 20.000,- DM entwendet. Die Polizei, sonst bei Anschlägen auf Ausländer immer in alle außer den politischen Richtungen ermittelnd, geht diesmal trotz fehlender Spur von einem Akt politischen Denkmalfrevels aus. Gott schütze uns vor der Ausbreitung afrikanischer Stammesfehden auf unsere Denkmäler und Grünanlagen.



Reif zur Ausschlachtung

Ein Friedensdenkmal ist es angeblich und Leipzigs bekanntestes Wahrzeichen, der steingewordene Ausdruck kaisertreuer Kriegsbegeisterung, das Völkerschlachtdenkmal, wird von stetem Tropfen ausgehöhlt. Natürlich finden sich Menschen die es unerträglich finden, wenn die ideale Kulisse vor durchgeknallte Nationalisten aller Coleur und gefährlich dummer Waffen-Kostüm-Narren, dem Verfall anheim gegeben wird. Glücklicherweise erfordern gegenteilige Maßnahmen aber ein Finanzvolumen von mindestens neun bis stattlichen 32 Millionen Mark. Eine Summe, die zwar für die Neue Messe irgendwo hergezaubert werden könnte, für das zuständige Kulturamt (Jahresetat für Investitionen 18 Millionen) aber den Rahmen des Möglichen sprengt. Kulturamtsleiterin Kucharski-Huniat beweist entsprechend Courage und erklärt, der verrottende Koloß stünde in der Prioritätenliste des Amtes nicht gerade oben. Derweil tobt bei den sich betroffen Fühlenden die Kreativität. Nur auf den einleuchtensten Gedanken ist bisher noch niemand gekommen. Warum das Stück nicht einfach, wie so manche städtische Kulturstätte, vetrkaufen. Entweder nach dem Vorbild der Mauer Stückchenweise, oder im Ganzen. Vielleicht hat ja ein potenter Schlachtenliebhaber einen trockenen Vorgarten zu seiner Villa.

Haste mal ne Mark

... dann kannst Du Dir das Haus Leipzig leisten. Zum symbolischen Betrag will die Stadt die bisher nicht gerade attraktiv betriebene Kulturstätte loswerden. Favorisiert wird ein durch Erbaurecht begünstigter Umbau des Gebäudes zur Kegelbahn auf Weltniveau. Für das Leipziger Kulturniveau ist hingegen nichts vorgesehen: das Kulturamt will den ansässigen Vereinen bei der Suche nach neuen Räumen helfen. Eine schönfärberische Formulierung für den diesbezüglichen Offenbarungseid.

Einfach nur extrem ungerecht ist der Umgang der Medien mit Deep Blue (hier gerade nicht im Bild). Jeder andere Shooting Star der Schachszene hätte Fotostrecken in den Zeitgeistmagazinen, Einladungen zu Talkshows und lukrative Werbeverträge bekommen. Von Deep Blue existiert nichteinmal eine verwakkelte Polaroid-Aufnahme in der Weltpresse. Stattdessen wird Verlierer Gari Kasparow wieder und wieder abgebildet.

Besonders schmerzlich ist aber für Deep Blue der Verbleib seiner Siegprämie - immerhin 700.000$ -, die sich fiese Programmierer einfach unter den Nagel rißen, obwohl die gesamte Bande nichteinmal beim Simultanschach gegen Kasparow auch nur den Hauch einer Chance gehabt hätte.

Wie aus einer undichten Stelle im IBM-Headquater zu vernehmen war, zeigen sich die Sicherheitsexperten besorgt, daß Deep Blue, die ihm zugefügte Ehrverletzung nicht einfach hinnehmen wird. Einem geheimen Dossier zufolge beunruhigen vorallem die Hobbies des als eiskalt und bar jeder menschlichen Regung beschriebenen Computers. "Deep Blue hat gute Verbindungen auf alle Börsenplätze der Welt", erklärt W. Bruchstück, der im letzten Sommer einige Transferaktionen des Schachrechners wegen des Verdachts auf Insiderinformationen überprüfte. "Wenn jemand mit diesem Überblick und diesen Verbindungen es ernsthaft auf die Finanzmärkte abgesehen hat, könnten wir eines Morgens den schwärzesten aller möglichen Freitage erleben, ohne jemals herauszufinden, wer dahinter gesteckt hat."

Noch beunruhigender ist allerdings der Teil des Geheimpapiers, der mit dem Titel "Thermo-nuclear War" überschrieben ist.

Kanzlerverein plant Diebstahl der Geschichte

Die Bonner Stiftung „Haus der Geschichte" ist ein Kanzlerjubelverein, der unter der Deckmantel der Geschichtsdarstellung das Selbstbild des historischen Kanzlers zelebriert. Das Bonner Haus der Geschichte war da offenbar nur ein erschreckender Anfang. Jetzt plant eine Außenstelle eine ständiege Ausstellung „Weg zur Einheit" in Leipzig. Die inzwischen bekannt gewordenen Highlights der Ausstellung lassen das Schlimmste ahnen. So ist geplant einen Regierungsvolvo neben einem Trabant auszustellen, außerdem wird sich um den Tisch oder Teile von ihm bemüht, an dem Günther Schabowski die Maueröffnung verkündete. Mit solcherlei 3D-Dokumenten will die Show arbeiten, die „Nachkriegszeit, Kalten Krieg, SED-Herrschaft, deutsch-deutsche Beziehungen, DDR-Alltag, Wiederstand und Opposition bis hin zur friedlichen Revolution und zur deutschen Einheit" dokumentieren will. Das dabei weniger eine interessante Nachzeichnung der Verhältnisse als ein auf die Einheit zugeschnittenes Geschichtsbild zu erwarten ist, wird schon jetzt deutlich.

Radikal kurz geschoren

... wurde ein 2.000 Quadratmeter großes Feld mit genetisch manipuliertem Raps. Nach Angaben der zuständigen Firma, Deutsche Saatveredelung in Lippstadt, war diese Aktion gegen den genehmigten Freilandversuch erfolgreich. Das Unternehmen verliert mindestens ein Jahr durch die Aktion, da eine erneute Aussaat erst im herbst möglich ist.

Aktion finanzstarke Innenstadt

Der Innenstadtbereich wird immer stärker vom öffentlichen Raum zum kontrollierten Hochkonsumareal. So wird jetzt der Bahnhofsvorplatz umgestaltet. Ziel, der maßgeblich von der DLZ KG betriebenen Planung, ist eine stärkere City-Anbindung. Es ist nicht schwer zu erraten, wieso der DLZ KG, die das Einkaufszentrum im Bahnhof errichtet, daran gelegen ist, die Zugänglichkeit des Bahnhofs zu erhöhen. Neben einem zusätzlichen Zugang und breiterer (einladenderer) Treppe des Fußgängertunnels, ist auch der übliche Schnickschnack in Form eines Informationsturms aus Stahl geplant. Die zur Promenade umfunktionierte Richard-Wagner-Straße leitet dann die Konsumentenscharen, wie von allein, ins Kaufhaus. Die Frage, wessen Verweilbedürfnissen die Entwürfe des Architektenbüros Ohrt/von Seggern dann gezielt nur Rechnung tragen, darf getrost als naiv abgetan werden.

Menschenleer

Die Prognosen für den Bevölkerungsschwund in Leipzig verschärfen sich von Jahr zu Jahr. Wurde für die Jahrtausendwende letztes Jahr noch mit ca. 430.000 EinwohnerInnen gerechnet, müssen diese Zahlen inzwischen auf unter 416.000 korrigiert werden. Schuld daran gibt die Stadtverwaltung dem Umland, daß mit billigem Wohnungsbau und Steuervorteilen die Menschen aus der Stadt ziehe. Das Gegengift heißt Eingemeindung, weshalb sich viele der Stadtflüchtlinge in Bälde doch wieder unter den Fittichen des Neuen Rathauses finden sollen. Ursache für die hektische Aufgeregtheit der Stadtverwaltung sind nicht nur sinkende Kommunalabgaben, sondern auch fehlende Gelder aus europäischen Programmen, die von der Bevölkerungszahl abhängig gemacht werden.

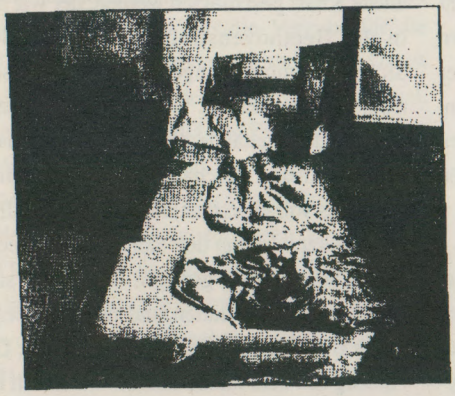
Brandanschlag

Der fremdenfeindliche Brandanschlag in der Lindenauer Queckstraße vom 28. April diesen Jahres ist unbemerkt an der Öffentlichkeit vorbeigegangen. Im Erdgeschoß eines Hinterhauses, in dem mehrere Illegalisierte Bauarbeiter lebten wurde gegen drei Uhr nachts von Brandstiftern Feuer gelegt. Die Kriminalpolizei vor Ort interessierte sich jedoch weniger für die Brandstifter, die den Tod der im ersten Stock schlafenden Menschen offensichtlich in Kauf nahmen, als für die Herkunft und Lebensverhältnisse der Opfer des Brandanschlages, die allerdings vor dem Eintreffen der Polizei fliehen konnten.

Illegales Quartier in der Lindenauer Queckstraße aufgeflogen

LVZ vom 29.4.1997

Schwarzarbeiter von Feuer überrascht



Nur notdürftig hatten sich die ausländischen Bauarbeiter im leerstehenden Gebäude eingerichtet. Foto: Lutz Förster

Eine noch unbekannte Zahl von Bauarbeitern ohne Aufenthaltsgenehmigung, wahrscheinlich Polen und Russen, hatten sich seit Wochen in einem leerstehenden Hinterhaus in der Lindenauer Queckstraße eingenistet. Das Quartier flog gestern morgen auf, weil Brandstifter im Erdgeschoß gegen 3 Uhr Feuer legten. Als die Feuerwehr anrückte, ergriff der letzte Bauarbeiter gerade Hals über Kopf die Flucht.

Die Flammen waren innerhalb weniger Minuten gelöscht. Kriminalisten, die ursrpünglich nur die Brandursache ermitteln wollten, entdeckten dann in der ersten Etage des Gebäudes die Räume, in der die Bauarbeiter logierten. „Bewohner des Vorderhauses bestätigten gegenüber den Ermittlern, daß die Bauarbeiter polnisch und russisch sprachen", sagte Kriminalobermeisterin Birgit Schlegel in der Pressestelle der Polizeidirektion. Die Kripo geht davon, daß sich die ausländischen Arbeiter aus Angst, aufgegriffen zu werden, nicht mehr in die Queckstraße zurücktrauen. Offensichtlich lebten sie dort wie in einer Kommune. Fernseher und Radio waren ebenso vorhanden wie eine Kochstelle in der dürftig eingerichteten Küche. Geschlafen wurde auf blanken Matratzen. *G. G.*

El Dorado der Steuerberater

Das Schlagwort „Dienstleistungsgesellschaft" wird immer wieder bemüht, wenn dem Rückgang der Industrie in einer Region Positives abgewonnen werden muß. „Leipzig", so das Amt für Statistik und Wahlen in einer am 16. Mai vorgestellten Broschüre, „ist deutlich eine Stadt der Dienstleistungen." Das heißt, wer heute Lohnarbeit verrichtet, der schleppt sich nicht mehr ans Fließband sondern an einen Bildschirm in einer der zahlreichen Rechts-, Steuer- oder Unternehmensberatung, erhebt Daten oder erstellt Grafiken für Unternehmen der Markt- und Meinungsforschung, ist krampfhaft in einer Werbefirma mit kreativsein befaßt, jobt im Architektur- oder Ingeneurbüro oder macht sich für eine der Detekteien und Wach- und Schließgesellschaften zum Ei. All dies liegt aber immer noch unter den Zahlen derer, die in Cafes und an Bars, für Hotels und Restaurants den größten teil ihres Tages verschwenden müssen. Und langsam schwant es der einen oder dem anderen, daß das auch nicht viel besser ist, als der tägliche Trott in Fabrikhalle und Lager, aber wenigstens mußt Du Dich heute nicht mehr als Proll beschimpfen lassen.

Aus der Not Geld machen

Mit über einer halben Million Mark zusätzlich kann die Universität Leipzig durch eine neue Verordnung des Wissenschaftsministers Hans Joachim Meyer ab September rechnen. Der hat Studiengebühren in Höhe von 600,- DM pro Semester für jedes Zweitstudium eingeführt. Dies trifft vor allem jene hart, die sich nach Abschluß ihres Studiums ohne Aussicht auf baldige Anstellung für ein Zweitstudium einschrieben, um wenigstens steuerliche und versicherungsrechtliche Vorteile zu behalten, während sie sich mit jobben über Wasser halten. Dadurch entstehen der Universität zwar kaum Mehrkosten, allerdings sind die ZweitstudentInnen in einer Lage, in der sie keine großen Alternativen haben. In ihrer Not werden sie wohl zu Semsteranfang künftig erstmal für die Uni und dann erst wieder fürs Überleben arbeiten. Eine Demonstration gegen die verordnung am 15. Mai trug weder öffentlichen noch Massencharakter.

Knast für alle

Die sächsische CDU gehört zu jener Hardlinerfraktion, die dafür plädiert Kinder für strafmündig zu erklären und zeitgleich die Strafen gegen Jugendliche zu verschärfen. So sieht sie nicht ein, weshalb Jugendarrest nicht in jedem Gefängnis durchführbar ist. Mit der Einführung der Strafmündigkeit von Kindern soll gleichzeitig das Jugendstrafrecht nur noch in Ausnahmefällen bei Angeklagten im Alter von 18 bis 20 Jahren angewandt werden. U-Haft soll auch bei Jugendlichen zur Regel werden. Grund für diese Forderungen sind nicht etwa neue Einsichten bezüglich des üblichen Strafsystems, sondern lediglich die Zunahme der Tatverdächtigen in jungen und sehr jungen Altersgruppen.

Wozu noch Eisenbahn?

Die verkehrspolitischen Konzepte der Mächtigen im Land sind offensichtlich. Für Ende Mai hat die Landesverkehrsgesellschaft die Abbestellung von sieben Nahverkehrsstrecken der Bundesbahn beschlossen. Insgesamt sollen in nächster Zukunft bis zu 13,3 Prozent der Gleisstrecken stillgelegt werden. Damit wird abgesehen von unbezahlbaren Intercity-Verbindungen die Bahn als Verkehrsmittel immer unattraktiver. Zunehmend sind ganze Regionen von der Infrastruktur der Eisenbahn ausgeschlossen, was eine objektive Notwendigkeit für den Individualverkehr nach sich zieht.

Invasion im Oktober

Wenn der Sommer nebst Kirchentagstaumeligen Christenvolk glücklich überstanden ist, droht Leipzig im Oktober eine noch viel ungeheuerlichere Invasion. Der CDU-Kanzlerparteitag soll in Leipzig stattfinden. Damit der Birnenförmige sich nochmal ein bißchen Mythos „friedliche Revolution" unter die Achseln reiben kann, bevor der Wahlkampf auf Hochtouren läuft. Die Parteitagsstrategen werden ein Jubelereignis planen, während uns auf der Straße interessieren sollte, ob ein Parteitag einer Partei der Abschiebung in Folter und Tod, einer Partei der Nationalisierung der Arbeitsmarktdebatte, einer Partei der Hysterie „innere Sicherheit", einer Partei der Einordnung von Zweitem Weltkrieg und Shoa, ob ein Parteitag einer solchen Partei nicht genauso behandelt werden sollte, wie die Parteitage der Parteien die in den 70er Jahren in der BRD mit gleichen Slogans zu recht als rechtsradikal behandelt wurden.

Sachsen kämpft wieder ums Mutterkreuz

Sachsens Familienminister, Hans Geisler (CDU), ist glücklich. Langsam aber sicher wird der Geburtenknick nach der Wende überwunden. Ihren Tiefststand hatte die diesbezügliche Statistik im Jahre 1994 erreicht, als im Land 22.733 Geburten verzeichnet wurden. Für 1997 rechnen die staatlichen Familienplaner mit 28 bis 29.000 Geburten, die optimistischen Schätzungen zufolge im Jahre 2010 von 35.000 Neugeborenen in den Schatten gestellt werden. Zwar ist das alles kein Vergleich mit den 60 bis 70.000 zu babyseeligen DDR-Zeiten, aber dafür konnte der Kampf gegen Abtreibung intensiviert werden. Von einem Drittel ist die Quote auf ein Fünftel gesunken. Da lacht das Herz der CDU, und die Familie gewinnt wieder an Wert.

Raus aus dem Knast - rein in den Knast

Der Leipziger Knast in der Beethovenstraße soll noch in diesem Jahr geschlossen werden, sobald der Gefängnisneubau in Chemnitz fertiggestellt wurde. Auch die Tage der Justizvollzugsanstalt in der Alfred-Kästner-Straße scheinen gezählt. Im Jahre 2002 soll auch dieser Knast geschlossen werden, der wie der in der Beethovenstraße nicht mehr den Sicherheitsanforderungen des Justizministeriums genügt. Ersatz wird mit einem Neubau auf dem Gelände des Knastkrankenhauses in Meusdorf geschaffen, der ursprünglich ein neues Vollzugskrankenhaus werden sollte. Schon jetzt wird um den Komplex eine sechs Meter hohe Mauer gezogen, hinter der sich weitere Zäune befinden und deren Äußeres durch Begrünung verborgen werden soll. Der Auszug aus dem innerstädtischen Bereich hat nicht zuletzt zur Folge, daß die Knäste nochmehr als ohnehin schon aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden.

Tanz um den Parlamentarismus

Das Parlament debattiert, die regierung regiert. So ist die Regel und die aufrechten Demokraten sind es damit bei nomineller Volkssouveränität auch zufrieden. Nur wenn die Regierung ihren Debatten auch noch den Kick nehmen will, dann werden sie ungemütlich. Landtagsabgeordnete der PDS haben deshalb jetzt Klage beim sächsischen Verfassungsgerichtshof eingeleitet. Die Regierung, so ihre Überzeugung, gibt sich keine rechte Mühe mit der Beantwortung ihrer kleinen Anfragen. Damit kommt sie ihrer Informationspflicht dem volkssouverän gegenüber nicht nach und verhindert den für Debatten so wichtigen Meinungsbildungsprozeß. men auch in berichten an den Landtag verheimlicht werden, um die Kreise der Polizei nicht unnötig zu stören.

Arbeit der Geheimpolizei

Die sächsische Polizei nutzt geheimdienstliche Mittel bei ihrer Arbeit unter dem Codenamen „Einsatz besonderer Mittel". Offiziell sei dies, also die Anfertigung geheimer Bild- und Tonaufnahmen (Lauschangriff), der Einsatz von V-Leuten oder die Observation über einen Zeitraum von länger als einem Monat, 1996 vier Mal geschehen. Auffällig ist bei den beschriebenen Fällen, daß sie alle nicht der Aufklärung von Straftaten dienten, sondern präventiv angewendet wurden. So bei dem Verdacht, ein angeblicher Mafia-Verbindungsmann wolle einem Mafia-Boß Unterschlupf gewähren, genauso bei zwei Organisatoren des Heßaktionsmonats im letzten Jahr und zwei potentiellen Bankräubern in Chemnitz. Die Angaben des innenministers sind allerdings mit vorsicht zu genießen, da bei langwierigen Ermittlungen die Maßnah

Mediencoup der Landesregierung

Mediengewalt ist eine Machtfrage. Spätestens seit 1968 ist dies eine Binsenwahrheit. Die sächsische CDU-Mehrheit im Landtag hat per Gesetzbeschluß die paritätisch besetzte Sächsische Landesmedienanstalt durch einen Medienrat ersetzt. Das Expertengremium Medienrat besteht aus fünf ExpertInnen, die zu drei Fünfteln vom Landtag (sprich der CDU) bestimmt werden. Die Opposition ist stocksauer, schließlich geht es um nicht mehr und nicht weniger, als die Vergabe für die Frequenzen des privaten Rundfunks. Da ist dann auch noch jede Menge Geld im Spiel. Außerdem ist es SPD und PDS unangenehm, daß so dem privaten Rundfunk ein vitales Interesse an einem guten Verhältnis zur Landesregierung aufgezwungen wird. Alles Quatsch, sagt die Regierung und verweist auf die legitimierende Mehrheit im Landtag. Das werden wir noch sehen sagten 42 Landtagsrebellen und haben den sächsischen Verfassungsgerichtshof mit einer juristischen Klärung beauftragt. Die Urteilsverkündung ist für den 26. Juni geplant.

Blühende Messe

Das die Neue Messe nur Gutes bringt, haben wir ja schon immer geglaubt. Aber daß sie ein solch hohes Potential an Hohn und Spott für die städtischen Oberheinis bereit hält, hätte wohl kaum jemand zu glauben gewagt. Statt der geschätzen 28 Millionen „Verlustausgleich", die für 1996 vorgesehen waren, schraubte sich das Defizit der größten Errungenschaft für die Stadt seit Menschengedenken auf 70 Millionen. Und die Messe-Geschäftsleitung zeigt, daß sie Spaß am Desaster entwikkelt, wenn sie bei der Vorstellung ihrer Bilanz dreistellige Millionenbeträge einfordert. Soetwas beunruhigt vielleicht die Oppositionsparteien im Stadtrat, für vernünftige Menschen ist es nur die Legitimation, an Geld aus dem Stadtsäckel zu holen, was irgend geht. Schließlich wird es sonst nur sinnlos vergeudet.

Zuerst die gute Nachricht: die Nazis bringen sich jetzt gegenseitig um. So geschehen in Berlin Treptow in der Nacht vom 16. zum 17. April. Olaf Schmidke, Führer der rechtsextremen "Kameradschaft Wittenberg", und Chris Danneil, "Kameradschaftsmitglied", wurden von Detlef Nolde, ehemals Cholewa, und Lutz Schillock durch Messerstiche umgebracht. Beide Täter gehören zum Umfeld von Kai Diesner, Mitglied des "Weißen Arischen Widerstandes", (wir erinnern uns an den Polizistenmord und das Attentat auf den PDS-Buchhändler im Februar). Nolde agierte ehemals als Schulungsleiter der FAP. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat Anklage wegen zweifachen Mordes erhoben. Eine "positive Entwicklung" beim Rechtsextremismus vermeldet da auch gleich Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichtes. Wie so eine "positive Entwicklung" aussieht, zeigen die Randalen in der Nacht vom 20. zum 21. April. In Leipzig nahm die Polizei neun Faschos fest, die in einer Wohnung in der Pfaffensteinstraße feierten und mit "Sieg Heil"-Rufen die Anwohner belästigten. 30 bis 40 Faschos überfielen gegen 20.30 Uhr in Taucha drei 15- bis 16jährige Jugendliche, die ärztlich versorgt werden mußten. In Brandenburg wurden in der Nacht etwa 40 Rechtsextremisten festgenommen, die an verbotenen Veranstaltungen teilnehmen wollten bzw. in Gaststätten randalierten. Im altmärkischen Klötze überfielen vier Nazis drei Wolgadeutsche. Die Aussiedler wurden beschimpft und geschlagen. In Dresden kamen 23 Faschos in Gewahrsam, die vor dem Hauptbahnhof "Sieg Heil" gebrüllt und den Hitlergruß gezeigt hatten. Insgesamt wurden am Wochenende des Hitler-Geburtstages in der BRD rund 200 Nazis in Haft genommen. Aber zum Glück gibt es SozialarbeiterInnen und berühmte Deutsch-Popper, die unsere Jugend vor Gewalt und Knast bewahren wollen, und deshalb schöne Jugendclubs fordern, damit das arme eltern- und arbeitslose Faschokid sich "positiv entwickeln" kann. So ist seit dem 19. April der große Saal im Grünauer Freizeitzentrum "Völkerfreundschaft" wieder offen und das Jugendprojekt "08/16" für Rechtsradikale für weitere drei Jahre gesichert. Auch das Kirschberghaus befindet sich in Grünau und gilt als einschlägiger Fascho-Treffpunkt (auch einige Antifaschisten statteten dem Nazi-Club schon einen Besuch ab- habt ihr gut gemacht, Jungs ...). Am 7. Mai gab es gleich zwei Leserbriefe in der LVZ, die auf die Situation vor Ort aufmerksam machten. E.B. schreibt: "Der JBV-Treff im Kirschberghaus... ist ein wahrer Hort der Rechten. ...(sie) lassen auch des öfteren markiges Sieg-Heil-Geschrei ertönen, singen die abgewandelte Form des Horst-Wessel-Liedes, schießen fast allabendlich in die Luft...". L.W. hat mit den Faschos vom Kirschberghaus persönlichere Erfahrungen gemacht: " ... Sie schlugen auf zwei von uns mit Flaschen ein und traten meinem Freund mehrmals in die Seite. Er mußte für drei Tage ins Krankenhaus...". Zum Himmelfahrtstag waren mehr als 100 Faschos in den Vereinszimmern des Kirschberghauses. Fünf von ihnen wollten mit Kanthölzern, Eisenstangen und Baseballschlägern einen Kremser überfallen. Die Polizei konnte Schlimmeres verhindern. So schön können Jugendclubs sein!

Am 21. 4. erreichte uns die Nachricht, das Herbert Czaja, von 1970-1994 Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), gestorben ist. Schon 1970, nach Abschluß des Warschauer Vertrags, wußte er, daß dieser "einen Totenschein für die Heimat der Ostdeutschen" darstelle. 24 Jahre hat er diesen Totenschein überlebt- und auch seinen neun Kindern wird Schlesien nie gehören! Revanchisten verpißt euch!

Ebenfalls am 21.4. wurde in Lochau bei Halle in Sachsen-Anhalt ein 19jähriger Italiener von Rechtsradikalen mißhandelt. Die Faschos schnitten den Mann 15mal mit einer Rasierklinge ins Gesicht und in den Hals. Ihm wurde mit dem Tod gedroht, falls er Deutschland nicht verlasse. Zwei Tage später werden im sogenannten Trebbin-Prozeß die Täter wegen versuchten Mordes zu 15 bzw. 8 Jahren Haft verurteilt. Sie hatten am 30. September 1996 drei italienische Bauarbeiter überfallen und mißhandelt. Einer von ihnen sitzt seitdem linksseitig gelähmt im Rollstuhl.

Im Fall des ermordeten Punks Frank Böttcher hat die Staatsanwaltschaft Magdeburg Anklage erhoben. Wegen Totschlags wird ein 17jähriger Magdeburger Fascho angeklagt.

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) hat jetzt auch Anklage gegen fünf Bewohner des Dorfes Dolgenbrodt erhoben. Die Dolgenbrodter bezahlten Rechtsradikale, die das Flüchtlingsheim im Herbst 1992 niederbrannten. Der Fall soll im Spätsommer verhandelt werden.

Keinen Antrag auf Haftbefehl stellt dagegen die Staatsanwaltschaft Meiningen gegen neun vorläufig festgenommene Rechtsradikale, die Ende April in Schmalkalden (Thüringen) an dem Überfall auf den Jugendclub "Villa K" beteiligt waren. Vier Jugendliche wurden dabei verletzt.

Zum 1.Mai gibt es in diesem Heft eine Dokumentation, deshalb sollen die Ereignisse dieses Tages hier ausgespart bleiben. Während der 1. Mai-Vorbereitungen verfolgte die NPD eine breite Plakatkampange in der gesamten Stadt Leipzig. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistINNen. Ende April wurden fünf Mitglieder der PDS, die Plakate für den DGB klebten, von Nazis überfallen. Zwei Opfer erlitten Platzwunden am Kopf. Die 1. Mai-Demo in Leipzig fiel für die Faschisten aus, und auch in Hannoversch Münden wurde ein Aufmarsch von etwa 50 Antifas verhindert. Nicht verhindert werden konnten dagegen zahlreiche rechte Überfälle im Zeitraum um den Himmelfahrtstag. In der Nacht vom 4.5. zum 5.5. überfielen 40 bis 50 Rechtsradikale aus dem Raum Querfurt eine Diskothek in Gleina bei Merseburg und schlugen mit Ketten auf die

Besucher ein. Gegen einen der Gewalttäter erging Haftbefehl, gegen fünf mutmaßliche Komplizen wird ermittelt. In derselben Nacht wurden in Erfurt zwei Afrikaner von drei Betrunkenen zusammengeschlagen. Die Tatverdächtigen sind festgenommen worden. Am 8. Mai gab es in mehreren Bundesländern Massenschlägereien und neonazistische Übergriffe. In Gnaschwitz/Doberschau bei Bautzen griffen 20 Faschos mit Steinen und Zaunlatten ein Aussiedlerheim an und verletzten dabei einen Mann. Acht Faschos wurden festgenommen. In Gröditz bei Riesa verübten 10 bis 20 Personen einen Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim. In Delitzsch verletzten Rechtsradikale einen Passanten mit einer Tränengaswaffe. Im niedersächsischen Northeim nimmt die Polizei 34 Neonazis, darunter Thorsten Heise, fest, die Nazi-Parolen brüllten und später Beamte in einem Streifenwagen angriffen. In Halle bedrohten sechs Faschos die Mitglieder eines slowakischen Kinderchors, laut Polizeiangaben natürlich nur, weil sie "stark alkoholisiert" waren. Am Schweriner See in Mecklenburg-Vorpommern greift eine Gruppe Jugendlicher drei Jugoslawen, einen Albaner und eine Deutsche an. In Magdeburg überfallen 20 Rechtsradikale ein Treffen von Amateurfunkern und schlagen mit Ketten auf die Teilnehmer ein. Die Polizei nimmt acht mutmaßliche Täter fest. In Wittenberg griffen 20 Skinheads ein von Punks besetztes Haus mit Flaschen und Steinen an. Die Rechten konnten zurückgeschlagen werden. Nicht zurückgeschlagen wurde dagegen der sogenannte "Sandro-Weilkes-Gedenkmarsch", den der NPD-Landesverband Thüringen für den 10. Mai in Neuhaus angemeldet hatte und an dem sich am Samstag nachmittag 250 Faschos beteiligten. Eine sogenannte Protestkundgebung gegen Gewalt, an der 500 Menschen teilnahmen, fand unterdessen im etwa 100 km weiter entfernten Erfurt statt. Der Verzicht auf eine Gegendemonstration in Neuhaus wurde von der thüringischen PDS-Landtagsfraktion mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung begründet. Ebenfalls nicht verhindert werden konnte das Konzert der Band Death in June im sächsischen Plauen. 30 linke Demonstranten protestierten gegen den Auftritt der Band, die das Totenkopfsymbol der SS verwendet und das Horst-Wessel-Lied neu vertont hat. Plauens Stadtverwaltung lehnte das Verbot mit einem Verweis auf die künstlerische Freiheit ab. Wie erst am 13. 5. bekannt wurde, kam es am 10. 5. in Bitterfeld zu einem Überfall von etwa 40 Neonazis auf ein erst seit kurzem bezogenes alternatives Jugendkulturzentrum. Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich in dem Haus keine Personen. Auch in Halle versuchte eine Gruppe Rechtsradikaler einen Überfall auf das Gelände des alternativen Wohn- und Kulturprojektes Ludwigstraße. Jedoch vergeblich!!!

Trotz der Zunahme der rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Gewalt, so wurden laut Verfassungsschutzbericht mehr "gewaltbereite Rechtsextreme" (6400; 800 davon in Sachsen!) gezählt als Anhänger der linken gewaltbereiten Szene" (6000), geht der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, nicht von einem Wiedererstarken des Rechtsextremismus in der BRD aus, sondern sucht noch immer nach der linken Gefahr. Na dann, viel Spaß beim Suchen!

Kaffee aus Nicaragua

- Wir kaufen nur bei selbstverwalteten Kooperativen von KleinbäuerInnen oder LandarbeiterInnen ein
- Wir finanzieren die Ernte teilweise vor, um die ProduzentInnen nicht in die Verschuldung bei unseriösen ZwischenhändlerInnen zu treiben
- Wir zahlen einen stabilen und garantierten Mindestpreis, der zeitweise (z.B. im Mai 93) doppelt so hoch war wie der Weltmarktpreis. Sollte der Weltmarktpreis diese Höhe erreichen, zahlen wir immer 10% mehr. Damit können sich die ProduzentInnen ihre Existenz sichern, und es bleiben Mittel zum Aufbau materieller und sozialer Projekte für die Bevölkerung im Projektgebiet.
- Trotz unseres Einkaufspreises bezeichnen wir diesen Kaffee nicht als fair gehandelt. Ein Kaffee mit gerechten Löhnen würde aus diesem alltäglichen Getränk ein unbezahlbares Luxusgut machen. Die ungerechten Welthandelsstrukturen verwandeln aber wertvolle und aufwendig produzierte Güter in Billigangebote für die Industrienationen.

el rojito

Antifaschistisches Pressearchiv Leipzig

(1) informieren

(2) begreifen

(3) handeln

Telefon,
Adresse,
Öffnungszeiten:
siehe unten

e-mail:ANTIFA-ARCHIV@link-l.cl.sub.de

Bücher zu den Themen Feminismus,
Trikont, Anarchismus,
(Anti)Faschismus,
(Anti)Pädagogik, Romane, Krimis
und vieles mehr...

Bibliothek

...oder auch nur einfach
reinsetzen, stöbern, Kaffee

el rojito

Braustraße 20, 04107 Leipzig, Tel.: 0341 / 9613826,
Öffnungszeiten: Di. 16:30-19:00 Uhr; Mi. Do. Fr. 17:30-20:00 Uhr

antifa presse archiv

"Wir wollen freie Menschen sein"

Der 17. Juni 1953 - ArbeiterInnenaufstand in der DDR

Früher waren im Westfernsehen immer zum 17. Juni, dem Tag der deutschen Einheit, diese schicken Filme über den Osten, und wie schlimm er doch ist, zu sehen. Einmal, so war die Geschichte, hatte es die Bevölkerung Ostdeutschlands geschafft sich aufzuraffen und den Unterdrückern die Zähne zu zeigen, nach Freiheit und Demokratie zu rufen, nach einem einheitlichen Deutschland und den Segnungen der freien Welt. Und noch 36 Jahre mußten vergehen, ehe dann Ende '89 das Vermächtnis von '53 eingelöst werden konnte. Daß diese Interpretation des 17. Juni Bullshit ist, wissen inzwischen nicht nur die HistorikerInnen. Die eigentliche Geschichtsschreibung um den 17. Juni beginnt erst nach der Wende. Vorher waren im Osten die Akten verschlossen und im Westen war Tag der deutschen Einheit.

Die SED vertrat ebenso wie die DKP jahrzehntelang die Position, es habe sich beim Aufstand vom 17. Juni 1953 um einen faschistischen Putsch gehandelt. In der „Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung", an der Walther Ulbricht selbst mit Hand anlegte, liest sich das so: *„...Die Weltfriedensbewegung gewann neue Anhänger. Eine solche Entwicklung widersprach den Interessen und den Absichten der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals in den USA, in Westdeutschland und anderen imperialistischen Staaten. Sie taten deshalb alles, um eine internationale Entspannung zu verhindern, die Lage zu komplizieren und zu verschärfen. Insbesondere ging es ihnen darum, den planmäßigen und systematischen Aufbau in der DDR zu sabotieren..."* (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII, 224) Also entwickelten diese Kreise nach dem Verständnis der SED-Führung ein „Tag X"- Modell zur Beseitigung der Arbeiter- und Bauern-Macht auf deutschem Boden. Und *„...obwohl die Sicherheitsorgane der Republik einigen Agentengruppen auf die Spur kamen, wurde das ausgedehnte Agentennetz... nicht aufgedeckt. Die damalige Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit ... unterschätzte das Ausmaß der Spionage- und Diversionstätigkeit und schützte die Arbeiter- und Bauern- Macht ungenügend gegen das Eindringen feindlicher Elemente..."* (226/227) Außerdem hinderten die Imperialisten die Ostdeutschen am klaren Sehen: *„Die antikommunistische Hetze, die Tag für Tag von den imperialistischen Rundfunkstationen, besonders vom RIAS, ausgestrahlt wurde... hinderte viele, zu erkennen, daß die Opfer und Entbehrungen beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung nicht dem Wesen des Sozialismus entsprangen, sondern daß die Hauptverantwortung dafür der Imperialismus trug..."* (228/229) Und diese verblendeten DDR-BürgerInnen gingen dann, angestiftet natürlich von faschsitischen Provokateuren und 8-Groschen-Jungs, die massenweise in die DDR eingeschleust wurden, gegen ihre eigene Regierung auf die Straße, zerstörten Volkseigentum, „hausten wie die Faschisten", legten die Arbeit nieder, die sie zu ihrem eigenen Wohle leisteten. Selbstverständlich wandte sich die übergroße Mehrheit der Werktätigen angewidert von den Provokateuren ab und ging gestärkt, und *„um viele Erfahrungen reicher"* aus dieser peinlichen Geschichte hervor.

Dummerweise mußte Mitte Dezember Ernst Wollweber, Staatssekretär für Staatssicherheit im Innenministerium, eingestehen, daß der Auftrag des SED-Politbüros, die Hintermänner und Organisatoren des „faschistischen Putsches" festzustellen, nicht erfüllt werden konnte. (Deutschland Archiv 6'93, 636) Die These vom Putsch, der von langer Hand vorbereitet war, läßt sich nicht halten.

Es gibt noch einige andere Verschwörungstheorien, nach denen eine „rechte Fraktion" innerhalb des SED-Politbüros den Aufstand anzettelte, um Ulbricht zu stürzen und die Macht an sich zu reißen oder aber die Ulbricht-Fraktion selbst den Aufstand provozierte, um mit der erfolgreichen Niederschlagung der innerparteilichen Opposition und der UdSSR ihre Stärke zu demonstrieren. (Hans-Jürgen Degen; Wir wollen keine Sklaven sein; 14)

Nach allem, was heute bekannt ist, kann aber davon ausgegangen werden, daß es sich um einen spontanen Aufstand unzufriedener ArbeiterInnen gehandelt hat, der andere Bevölkerungsteile mitriß und das Regime der DDR in arge Bedrängnis brachte.

Situation Anfang der 50er Jahre

Nach dem Krieg waren in zahlreichen Fabriken ArbeiterInnenselbstverwaltungen entstanden. Die Selbstverwaltungsorgane, die "Betriebsräte", organisierten die Verbindung zu anderen Fabriken und zu den Bauern, leiteten die Betriebsversammlungen, auf denen über Produktion und Konsum beraten wurde. Später wurden in den Betrieben DirektorInnen eingesetzt und die Funktion der Betriebsräte zunehmend von den zentral entstandenen Gewerkschaften, die eng mit dem Regime zusammenarbeiteten, ersetzt und schließlich 1948 völlig aufgelöst. Bereits im Herbst '45 sammelte sich eine Opposition gegen das neue Regime innerhalb autonomer sozialdemokratischer Gruppen und innerhalb der Betriebsräte. Weil sich die ArbeiterInnen auf die Organisation der Fabrik konzentrierten, den Aufbau der politischen Strukturen in Ostdeutschland aber den zugelassenen Parteien und Gewerkschaften überließen, verloren sie schließlich Ende der 40er Jahre auch den Kampf um die Fabrikselbstverwaltung. Die Fabrik wurde wieder zur Stätte der Ausbeutung. Das neue Regime geht mit alten Methoden gegen Krankfeiern, zu-spät-kommen und zu viele Versammlungen während der Arbeitszeit vor: VorarbeiterInnen und MeisterInnen werden eingesetzt, im „Dispatcherdienst" wird sogar so etwas wie eine „Betriebspolizei" verwirklicht, die für die Einhaltung der Arbeitszeiten und -disziplin sorgen soll, was die Ablehnung der neuen Herren nur verstärkt. Ab 1949 tauchen die verhaßten ZeitnehmerInnen in den Fabriken wieder auf, die Normen werden überarbeitet, allerdings werden sie oft von den GewerkschaftsvertreterInnen wieder nach unten geschraubt. Die ArbeiterInnen müssen aber den neuen Normen noch zustimmen, was sie oftmals nicht tun - die Produktivität flutscht nicht so richtig.

1951 sollen die Daten des zentral erstellten Wirtschaftsplanes in sogenannten Kollektivverträgen durchgesetzt werden, was mit einer Lohnsenkung einhergehen sollte, aber die Rigidität der ArbeiterInnen führt zu enormen Verzögerungen, die Planzahlen werden oft nicht erreicht. Gleichzeitig ist die Versorgung mit den elementarsten Lebensmitteln enorm schlecht, für die ArbeiterInnen oftmals am Existenzminimum.

Die 2. Parteikonferenz beschließt im Juli 1952 den Aufbau des Sozialismus unter Einbeziehung des „verschärften Klassenkampfes", d.h.: Förderung

der Schwerindustrie, Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft, Zurückdrängung des Mittelstandes, Militarisierung, Kampf gegen die Kirche. Die damit einhergehenden "lohn- und steuerpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbeutung" führten jedoch zu Schließungen privater Betriebe und damit zu noch schlechterer Versorgung. Allein im Bezirk Leipzig wurden Anfang ´53 1320 von 1867 Großhändlern "ausgeschaltet". Gleichzeitig bestraften die Gerichte Vergehen „gegen das Volkseigentum" extrem hart (ein 58jähriger Chemiewerker aus Böhlen wurde z.B. im Frühjahr ´53 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er dreimal je einen Viertelliter Petroleum aus seinem Betrieb mitgenommen hatte).

Um das Problem der fehlenden Arbeitsproduktivität und der zu hohen Löhne zu lösen, wurden mehrere Ansätze verfolgt. Zum einen gab es die Aktivistenbewegung oder Hennecke-Bewegung, die ihre Normen übererfüllten, denn „wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" (Aktivisten und „Helden der Arbeit" wurden teilweise in den Betrieben verspottet, geschlagen, ja sogar aus der Partei ausgeschlossen). Andererseits gab es eine Bewegung von freiwilligen Normerhöhungen, die im Frühjahr ´53 einen Höhepunkt erlebte. Die Zeitungen verkünden spaltenweise "freiwillige Normerhöhungen".

Vor allem im Bausektor hatte es bis dahin keine nennenswerten Normerhöhungen gegeben, so daß die Bauleute relativ viel Geld verdienten, die Bauindustrie aber ständig rote Zahlen schrieb. 1952 fuhr die Bauindustrie statt der geplanten 40 Mio. Mark Gewinn 33 Mio. Mark Verluste ein. Im ersten Drittel ´53 wurde der Plan auf dem Bau nur zu 77% erfüllt und das bei gleichzeitiger Lohnsteigerung von 23% - hier mußte etwas passieren.

Am 28. Mai wurde dann eine 10%ige allgemeine Normerhöhung beschlossen. Das führte am 5. Juni, dem ersten Zahltag nach dem Beschluß zu Lohneinbußen von 30-40%. In Verbindung mit der schlechten Versorgung und den hohen Preisen in den Bezugskartenfreien HO-Geschäften führte zu erheblicher Mißstimmung vor allem unter den ArbeiterInnen. Es kam zu kleineren Streiks wegen der schlechten Versorgungslage, immer mehr Menschen verließen das Land in Richtung Westen (10.5 -10.6. im Bezirk Leipzig: 4521 Republikflüchtige). Im Frühjahr ´53 wurde in Leipzig die Sozialfürsorge für 4.000 EmpfängerInnen gestrichen, die LVB-Tarife erhöht. In den Betrieben hatten die Leute teilweise nur noch 12 Tage Jahresurlaub (1945: 18 Tage).

Die schlechte Stimmung in der Bevölkerung führt am 9. Juni ´53 zur Politik des „Neuen Kurses": das Politbüro übt Selbstkritik beschließt Maßnahmen, die hauptsächlich das Verhältnis zum Mittelstand und Kirche entspannen sollen. Der „Neue Kurs" bedeutete eine relative Bevorzugung der Mittelschichten, in denen die Führung der SED wohl die „negativen Elemente" ausgemacht hatte, und die sie so ruhig stellen wollte. Mit keiner Silbe wurde auf die Frage der Normen und auf die Forderungen nach Rücknahme der Normerhöhungen eingegangen.

Der 16. Juni

Im Frühjahr hatte es im Westteil Berlins eine Bauarbeiterbewegung gegeben, die sich auf einen Streik vorbereitet hatte. Letzten Endes streikten im Mai nur die Putzer. Der Streik wird von entsprechend klassenkämpferischen Artikeln (über Lohndrückerei etc.) in den Ost-Zeitungen begleitet. Am 14. Juni berichtet das ND vom Erfolg der West-Berliner Putzer und prangert auf der gleichen Seite die Mißstände auf den Baustellen der Ost-Berliner Stalin-Allee an (es ist nicht ganz klar, ob hier die liberale Gruppe um den ND-Chefredakteur Rudolf Herrnstadt regelrecht versucht hat, die Bauarbeiter zu direkten Aktionen zu bewegen).

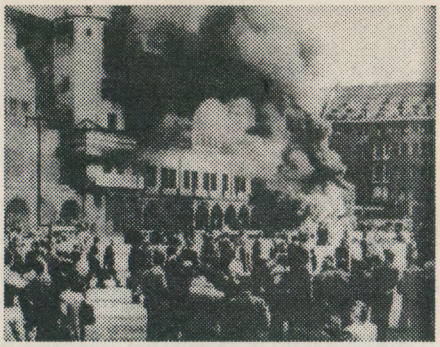
Am Morgen des 16. Juni kursiert die „Tribüne", das Zentralorgan der Gewerkschaften auf den Baustellen der Stalinallee in Berlin. In der Ausgabe vom 16.6. heißt es: *„Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Komminique vom 9. bzw. 11. Juni 1953 wird in einigen Fällen die Frage gestellt, inwieweit die Beschlüsse über die Erhöhung der Arbeitsnormen noch richtig sind und aufrecht erhalten bleiben. Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig."* Die Bauarbeiter vom Block 40 beschließen, der Regierung eine vorbereitete Resolution zur Senkung der Normen zu überbringen. Schnell wächst die Zahl derer, die sich auf dem Weg ins Regierungsviertel befinden. Nach zwei Stunden Demonstration über die verschiedenen Berliner Baustellen ziehen 5.000 Berliner Bauarbeiter zum Haus der Ministerien. Die Polizei stellt sich der Demonstration nicht in den Weg, sie halten sie wohl für eine genehmigte Aktion im Rahmen des „Neuen Kurses". Am Haus der Ministerien angekommen, wollen die Arbeiter Ulbricht sehen. Stattdessen spricht Selbmann, Minister für Schwerindustrie, mit den Arbeitern. Er wird ausgepfiffen und beschimpft, als er meint, er wäre doch selbst ein Arbeiter. *"Das hast du längst vergessen"* und *"Wir sind die wahren Kommunisten, nicht ihr!"*, rufen die erbosten Demonstranten, *„Wir wollen freie Menschen sein!"* und *„Nieder mit der Regierung!"*. Im weiteren Verlauf der Versammlung wird für den darauffolgenden Tag ein Generalstreik beschlossen. Als sich die Demo auflöst, um die Auffordrung zum Generalstreik zu verbreiten, singen die Arbeiter *"Brüder zur Sonne zur Freiheit"* (nicht gerade eine faschistische Hymne).

Auf einem Treffen von Berliner Parteifunktionären (3.000 Leute) wird am Abend nicht mit einer Silbe auf die Ereignisse des Tages eingegangen. Stattdessen redet Ulbricht über das Verhältnis zur Kirche und zum Mittelstand. Die SED-Führungsriege war sich offenbar völlig sicher, die ArbeiterInnen stünden auf ihrer Seite, würden nichts gegen eine „Arbeiterregierung" unternehmen.

Der 17. Juni

6.000 Stahlarbeiter aus Henningsdorf marschieren am Morgen des 17. Juni durch West-Berlin nach Ost-Berlin. Am Straußberger Platz demonstrieren schon 20.000 Bauarbeiter. Insgesamt sind an diesem Tag 150.000 DemonstrantInnen in Berlin unterwegs. Zahlreiche Betriebe werden bestreikt, die Demonstrationen bleiben bis zum Mittag friedlich.

Einen zweiten Schwerpunkt der Bewegung bildet das Chemiedreieck Halle, Bitterfeld, Leuna. Hier, im ehemaligen „roten Herzen" Deutsch-



lands, werden die großen Chemiefabriken in Leuna, Buna, Wolfen und Bitterfeld bestreikt. Die Streikenden bilden in Halle, Bitterfeld und Merseburg zentrale Streikkomitees, die die Macht in den jeweiligen Kommunen übernehmen, die Lebensmittelversorgung organisieren, dafür sorgen, daß die Gas- und Elektrizitätsversorgung aufrechterhalten wird. In Halle wird die zentrale Radiostation und eine Zeitungsdruckerei besetzt. Der Angriff der Aufständischen auf den Hallenser Stasi-Knast endet im Kugelhagel. Anders in Bitterfeld. Hier wird der Kanst gestürmt und die Gefangenen werden befreit. Ebenso in Magdeburg, wo Rotarmisten tatenlos zuschauen, wie das Gefängnis geöffnet wird (wofür sie später erschossen werden).

In Rathenow wird ein Stasi-Beamter, der sich gerühmt hatte, er hätte "300 Faschisten und imperialistische Agenten" abtransportieren lassen, erschlagen (sein Name war einige Zeit vorher vom RIAS mit einer Spitzelwarnung veröffentlicht worden).

Die Polizei und die Stasi hatten die Kontrolle über Aufruhrzentren weitgehend verloren, waren nicht vorbereitet und kaum handlungsbefugt. Die Erlaubnis, einzugreifen wird erst am 17. Juni Mittags von der sowjetischen Militärkommandantur erteilt. Die Führung zweifelte außerdem an der politischen Zuverlässigkeit der Kasernierten Volkspolizei (KVP), weshalb diese ihre Waffen nicht benutzen durften.

Um 13 Uhr wird durch die sowjetische Militärkommandantur der Ausnahmezustand ausgerufen, es herrscht Kriegsrecht. Die politische Führung der DDR saß zu diesem Zeitpunkt in Karlshorst im Hauptquartier der Roten Armee quasi in "Schutzhaft" und kam in den Erklärungen der sowjetischen Militärs nicht einmal mehr vor. In Berlin gehen 3.000 sowjetische Soldaten und 10.000 VoPos gegen die Aufständischen vor. Am Potsdamer Platz fallen Schüsse, es gibt Tote und Verletzte. Insgesamt gibt es an diesem Tag 109 Tote in der DDR (Berlin, Merseburg, Gera, Leipzig), davon sind 41 hingerichtete Sowjetsoldaten, die sich geweigert hatten, auf die DemonstrantInnen zu schießen.

Otto Grotewohl spricht später davon, daß sich "nur" 300.000 Menschen in "nur" 272 Städten und Gemeinden an der Streikbewegung beteiligt hätten. Tatsächlich dürften es wohl einige mehr gewesen sein.

Leipzig

Auch in der Leipziger Industrieregion mit Schwer- und Maschinenbau, Polygraphie und Textilindustrie gärte es seit Monaten. Eine am 16.6. von der SED durchgeführte Analyse in "Vorzeigebetrieben" (denen in denen die Normen freiwillig erhöht worden waren) zeigte, daß 70% der Parteimitglieder in den Betrieben "negative Diskussionen" führten und die Politik des neuen Kurses nicht 100%ig verstanden hatten.

Am 17. Juni waren es auch in Leipzig Bauarbeiter, die anfingen, ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Es gab einen Zug von Schkeuditzer Bauarbeitern nach Leipzig und ein wichtiges Zentrum der Bewegung in Leipzig war die Baustelle in der Windmühlenstraße. Die Bauarbeiter zogen zunächst unter der Parole *„Solidarität mit Berlin"* durch die Stadt, wo bald 30.000 bis 40.000 Leute demonstrierten (ca. ¾ ArbeiterInnen aus den wichtigsten Industriebereichen der Stadt bzw. Hausfrauen aus ArbeiterInnenhaushalten), am Völkerschlachtdenkmal gab es eine Kundgebung mit 24.000 TeilnehmerInnen. Die Leipziger Straßenbahnen wurden mit Sprüchen wie *„Spitzbart, Bauch und Brille ist nicht Volkes Wille"* verziert, Transparente machten Front gegen die Wiederbewaffnung: *„Wir wollen Butter keine Kanonen"*. Bereits um 10.30 Uhr wird die Leipziger Schutzpolizei bewaffnet, die KVP trift erst 16.30 Uhr ein - unbewaffnet. Der stellvertretende Politoffizier hatte die Ausgabe von Munition untersagt, *"weil auf Arbeiter und andere Bürger nicht geschossen werden darf"*.

Beim Sturm auf die Staatsanwaltschaft soll es dennoch Tote und Verletzte gegeben haben. Auf dem Marktplatz wurde ein Pavillion der nationalen Front zerstört. Und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Druckereiarbeitern und Demonstranten, die aus dem Vorraum der LVZ-Redaktion geprügelt wurden. Die Streiks selbst dauerten in Leipzig bis zum 19. Juni an. Dabei waren vor allem die "Vorzeigebetriebe", die vorher mit "freiwilligen Normerhöhungen" und Planerfüllungen geglänzt hatten, streikbestimmend. Auch in den Infrastruktur-Sektoren der Stadt kam es, entgegen späteren Behauptungen, zu kleineren Streiks. Regelrecht bestreikt wurde auch das Kraftwerk Kulkwitz. Eine Analyse geht davon aus, daß sich in den Betrieben 2/3 der SED-Mitglieder den Streiks anschlossen. (Deutschland Archiv 6´91; 580)

Reaktionen im Westen

Die Ost-Experten der BRD und Westberlins hatten übereinstimmend folgendes Bild: *„Das Regime in der Zone hält 18,3 Millionen Deutsche eisern im Griff. Sie leben unter totalitärer Herrschaft, die jegliches Aufbegehren schon im Keim zu ertsicken fähig ist. Sie entbehren jeder Chance der Einwirkung auf ihre gesellschaftlichen Lebensbedingungen - es bleibt ihnen nur die Flucht in den Westen."* (Deutschland Archiv 8´93, 986). Entsprechend wurden am 15.6. Meldungen des RIAS, es wäre in der DDR zu Streiks gekommen, von den großen Nachrichtenagenturen nicht übernommen. Das war zu unglaubwürdig. Der Chefkorrespondent von AP hielt den Demonstrationszug der Bauarbeiter vom 16. Juni für ein inszeniertes Schauspiel.

Eine Abordnung der Berliner Bauarbeiter darf am Nachmittag des 16. Juni beim RIAS ihre Forderungen nicht selbst verlesen. Ihre Forderungen werden vom RIAS zu einer eigenen Nachricht verarbeitet, wobei das Wort "Generalstreik" peinlichst vermieden wird. Auch der Berliner DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski, darf bei seiner Ansprache, die dreimal gesendet wird, das Wort „Generalstreik" nicht benutzen.

Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, hält am Abend des 16. Juni eine Ansprache über den Rundfunk, in der er auf die politische Bewegung, die gerade in der Frage der Wiedervereinigung entstanden ist, hinweist und die Aufständischen auffordert, *„im Vertrauen auf unsere Solidarität Besonnenheit zu waren". „Eine grundlegende Änderung eures Daseins kann und wird nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit erreicht werden."*

In den Chefetagen Westberlins herrschte Verwirrung. Einerseits waren wichtige Funktionäre der West-Parteien, wie der regierende Bürgermeister Ernst Reuter, gerade nicht in der Stadt. Andererseits getraute man sich auch nicht, die Aufständischen offen zu unterstützen oder die Stimmung weiter anzuheizen. Eine Solidaritätskundgebung

der Westberliner SPD am 17. Juni mit 10.000 TeilnehmerInnen wurde von den Alliierten fast verhindert (zu nah an der Zonengrenze), der RIAS hatte es abgelehnt, einen Aufruf zu der Demo zu senden.

Alles in allem stellt sich die Politik des Westens Mitte Juni 1953 so dar, wie es James B. Conant, US-Hochkommissar im September jenes Jahres beschrieben hat: *"keeping the pot simmering in the east zone but not not allowing it to come to a boil"* - den Topf in der Zone schön am kochen halten, aber nicht überkochen lassen.

Forderungen und Tendenzen

Die vier am 16. Juni genannten Hauptforderungen der Berliner Bauarbeiter waren:

1. *Auszahlung der Löhne bei der nächsten Lohnzahlun wieder nach alten Normen,*
2. *sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten*
3. *freie und geheime Wahlen*
4. *keine Maßregelungen der Streikenden und der Streiksprecher*

Darüber hinaus wurde in jenen Tagen noch konkretere Forderungen aufgestellt, wie die Senkung der HO-Preise, aber auch die Abschaffung der Interzonengrenzen bzw. die Wiedervereinigung. Daß diese angestrebte deutsche Einheit aber nicht derjenigen entsprochen hätte, die sich Jakob Kaiser oder Adenauer vorstellten, zeigten die deutlichen Anti-Adenauer Stimmungen der Bewegung: Interzonenzüge trugen die Aufschrift *"Fort mit Ulbricht und Adenauer!"*, an einer Autobahnbrükke hing ein Transparent, auf dem Ulbricht und Adenauer gehenkt zu sehen waren, daneben der Spruch *"Einigkeit macht stark!"* und die Losung *„Kehrt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus"* war an Grenzübergangsstellen zu sehen.

Gerade die Forderungen der Tage nach dem 17. Juni drehten sich natürlich um die Gefangenen, um die verhafteten Kollegen und KollegInnen.

Waren die Besetzungen der Fabriken relativ klar in ihren Zielsetzungen, gab es schon eher Probleme, wenn der Rahmen weiter zu stecken war: *„Kontakte zu anderen Betrieben lassen sich leicht herstellen, und man beschließt zu demonstrieren. Aber von da an nimmt der Aufstand von Stadt zu Stadt einen unterschiedlichen Verlauf. Intellektuelle, Händler, Handwerker schließen sich den Arbeitern an und gemeinsam wird das Gefängnis, werden die Polizeiposten und die Parteibüros angegriffen. Wie in der Fabrik ist das Schlüsselelement die Behauptung der Unabhängigkeit. Aber auf der Ebene einer Stadt läßt sich diese Unabhängigkeit unendlich viel schwieriger durch ein eigenes Organ ausdrücken, gerade weil die am Aufstand beteiligten unterschiedliche Interessen haben."* (Benno Sarel; Arbeiter gegen den Kommunismus; 146)

Dennoch läßt sich in einigen Städten, etwa in Halle, Bitterfeld und Merseburg, die Übernahme der Verwaltung durch die Aufständischen und ihre Organe, die Streikkomitees, feststellen. Es kam zur Sozialisierung von einigen Betrieben, so in Geising, wo die Zinnerzgruben in einen städtischen Betrieb umgewandelt wurden und in Zschopau, wo die MotoradwerkerInnen ihre Fabrik in eine Genossenschaft umwandelten. (Hans-Jürgen Degen; Wir wollen keine Sklaven sein; 26)

Die Forderungen waren widersprüchlich, wie die Bewegung keine einheitliche war. Neben der proletarischen Tendenz des Aufstandes gab es auch eine "liberale" bürgerliche, die den Aufstand zwar nicht im gleichen Maße prägte, aber immerhin zu den bekannten Interpretationen der westlichen Welt geführt hat. Dieses Nebeneinander führte zu solchen Wiedersprüchen wie die Forderung nach einer „Regierung der Metallarbeiter" (Henningsdorfer Stahlarbeiter), oder einer Regierung aus den „fortschrittlichen Werktätigen" (Bitterfelder Erklärung) und der gleichzeitigen Forderung nach Zulassung der parlamentarischen Parteien der BRD.

Auswirkungen

Die Güterversorgung verbesserte sich nach dem Aufstand spürbar und schnell. Noch im Sommer ´53 wurden 2,7 Mrd. DM für die schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen umgeleitet, die eigentlich in die Schwerindustrie hätten investiert werden sollen. Der Umsatz im Warenhandel erreichte Ende 1953 den Stand, der erst für 1955 geplant war.

Im Sommer ´53 gab es eine politisch liberale Phase, in der lebhaft dikutiert wurde und in der sogar die Aufhebung jeglicher Normen gefordert wurde. Es kam zu weiteren Streiks und Streikdrohungen, die erst im Spätsommer abebbten; in Brandenburg kam es noch zu Streiks von Lehrern und Schülern, in Leipzig und Halle erklärten sich Studenten solidarisch mit ihren verhafteten Kommilitonen.

Ulbricht reiste noch im August nach Moskau, wo reichlich Zugeständnisse gemacht wurden: Verzicht auf noch fällige Reparationen in Höhe von 2.5 Mrd. Dollar; Rückgabe der restlichen sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) an die DDR (Leuna, Buna, SKET, AGFA Wolfen); ein sofortiger Kredit von 485 Mio. Rubel; Erhöhung des Warenhandels in Höhe von 600 Mio. Rubel - eine deutliche Krisenreaktion des „großen Bruders" auf die Unruhen in der DDR. Für Ulbricht ist das *„wahrer Internationalismus"*. (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII, 240)

Das Mißtrauen gegen die ArbeiterInnenschaft jedoch saß tief. In den Betrieben wurden aus besonders zuverlässigen Genossen die bewaffneten Kampfgruppen aufgebaut, die im „Ernstfall" die Betriebe verteidigen sollten. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde enorm aufgestockt, was zeigt, daß die SED-Führung tatsächlich an den von langer Hand geplanten Umsturzversuch glaubte. Aber ebenso wie sich der Protest 1953 spontan Bahn gebrochen hatte, war er 36 Jahre später - 1989 - spontan, kaum organisiert und schlecht vorhezusehen. *t.v.*

Die Lösung

Bertholt Brecht

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,
Auf denen zu lesen war, daß das volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch doppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk einfach auf und
Wählte ein anderes?

ANTIFASCHISTISCHES SCHULNETZ

ANTIFA AN SCHULEN - EINE NEUE CHANCE

Der folgende Text soll einen kurzen Einblick über die Gründung, Struktur und die Motivation des Antifaschistischen Schulnetzes Leipzig geben.

Am 23. April 1997 fand im Conne Island das erste leipzigweite Treffen des Antifaschistischen Schulnetzes statt. Somit war dieses Treffen gleichzeitig auch das Gründungstreffen.

Dem Aufruf zur Bildung dieses Netzes, den wir, einzelne Schülerinnen und Schüler Leipzigs, formulierten, folgten ca. 70 Schülerinnen und Schüler aus 25 Leipziger Schulen.

Ziel dieses antifaschistischen Schulnetzes soll es sein, Verbindungen zu jeder Schule in Leipzig herzustellen, um bessere antifaschistische Arbeit an Schulen zu gewährleisten.

Der Ausgangspunkt für das Treffen waren vermehrte Pöpeleien und Drohungen von rechtsgerichteten gegenüber alternativen Jugendlichen am Brockhaus- und Werner-Heisenberg - Gymnasium. Neben direkten Provokationen gab es aber noch andere Gründe solch ein Netz zu gründen.

Wir wollten über das Treffen folgende Gedanken realisieren:

1. Informationen darüber, wie die Situation an Schulen in Leipzig momentan ist.
2. Möglichkeiten finden, gegen den Naziterror an Schulen vorzugehen.
3. Möglichkeiten finden, rassistische Vorurteile zu bekämpfen und dem gesellschaftlichen Rechtsruck in Schulen entgegenzuwirken.
4. Den Versuch starten, linke Veranstaltungen und Aktionen an Schulen besser bekannt zu machen um mehr Leute dafür zu interessieren.

Diese Ziele wurden auch von allen, die an dem Treffen teilnahmen, geteilt. So fand auf dem Treffen auch schon ein erster Austausch über die jeweilige Situation an Schulen statt.

Am genausten schilderten die Schülerinnen und Schüler ihre Erlebnisse, welche zur Bildung des Netzes aufriefen. So wurden die Erlebnisse von ihnen am Werner-Heisenberg-Gymnasium und am Brockhaus - Gymnasium dargestellt. An diesen Schulen wurde die „Überlegenheit" rechtsorientierter Jugendlicher gegenüber alternativen Jugendlichen, besonders in Form von verbalen Angriffen und der Androhung körperlicher Gewalt, deutlich. Zu bemerken ist hierbei auch, daß sich beide Schulen innerhalb von Nazi-Zentren in Leipzig befinden (Mockau und Möckern/Wahren). An beiden Schulen zeichnet sich auch die Schulleitung dadurch aus, daß sie ihre Schule als politisch neutralen Raum sehen will und somit das ganze als Jugendprobleme bagatellisiert.

Das soll heißen, daß das Antifaschistische Schulnetz auch gegen diese Gleichstellung von linken und rechten Jugendlichen in Erscheinung treten will.

Desweiteren wurden auf dem Treffen auch schon erste Ideen für die Realisierung unserer Vorstellungen zusammengetragen.

Um eventuellen Neonaziangriffen auf Schülerinnen und Schüler entgegenzuwirken, versuchen wir eine Gruppenstruktur aufzubauen. Unser Gedanke war hierbei, daß wir

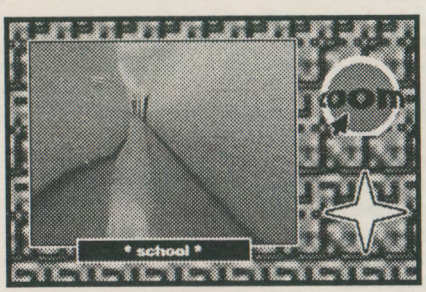
regionale Gruppen aufbauen, in denen sich Schülerinnen und Schüler von nahe beieinander gelegenen Schulen befinden. In diesen Gruppen soll eine sehr schnelle Mobilisierung möglich sein, falls die Gefahr eventueller Angriffe besteht.
Eine weitere Möglichkeit, um dem Vorgehen von rechten Jugendlichen entgegenzuwirken, wäre unserer Meinung nach, deren Aktivitäten zu registrieren und dann zu versuchen, sie komprimiert zu veröffentlichen. Dies soll uns einerseits die Möglichkeit schaffen Druck auf rechte Jugendliche auszuüben, indem wir zeigen, daß es antifaschistische Schülerinnen und Schüler gibt, die sich ihnen organisiert entgegenstellen und andererseits soll so aber auch Druck auf die Schulleitung/Ämter ausgeübt werden, indem wir zeigen, daß Schulen keine luftleeren Räume sind, in denen Realitäten verschwinden. Wir werden Aktivitäten von Neonazis an Schulen nicht hinnehmen, wollen aber auch die Schulleitung/Ämter in die Pflicht nehmen gegen Neonazis an Schulen vorzugehen.
Über Antifa-Arbeit an Schulen könnte man eventuell auch Informationen erlangen, die Aufschluß über die Einflußnahme von Neonazi-Organisationen und Parteien an Schulen geben. In solchen Bereichen würden wir versuchen mit anderen Leipziger Antifagruppen zusammenzuarbeiten. Das soll heißen, daß wir das Antifaschistische Schulnetz nicht losgelöst von anderen antifaschistischen Gruppen betrachten wollen, uns aber natürlich trotzdem unsere Eigenständigkeit bewahren wollen.
Um Einblicke über politische Tendenzen an Schulen zu bekommen, wollen wir vielleicht auch eine Umfrage unter Leipziger Schülerinnen und Schülern machen.
Ein anderen Punkt, der bei dem Netztreffen vom 23.04. als sehr wichtig eingeschätzt wurde, ist der Versuch, in Schülerzeitungen über rechtes Gedankengut aufzuklären, um dessen weiterer Verbreitung entgegenzuwirken. So sollten Versuche gestartet werden, den tendenziellen Rechtsruck aufzuhalten. Über das Einbringen mit Artikeln in Schülerzeitungen wollen wir versuchen Schülerinnen und Schüler für linke Themengebiete zu interessieren. Darüber hinaus existiert der Gedanke, in bestimmten Zeitabständen einen Rundbrief zu veröffentlichen, welcher Aufschluß über die Situation an Schulen gibt.
Außerdem ist vorgesehen, eine Vielzahl von Infomaterialien zusammenstellen und diese in einer Art „Antifaschistischem Infobeutel" an Schulen zu verteilen.

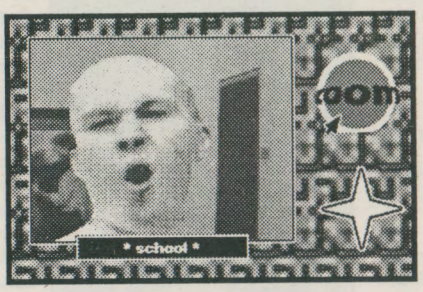
Über das Antifaschistische Schulnetz erhoffen wir uns auch noch die Möglichkeit besser auf linke Veranstaltungen und Aktionen aufmerksam zu machen.
Abschließend bleibt uns nur noch zu sagen, daß wir hoffen, daß unserer Erwartungen erfüllt werden können. Wer Lust hat bei uns mitzumachen ist natürlich gern gesehen und auch sonst sind wir natürlich für jede gute Kritik zu haben.
Das nächste leipzigweite Treffen findet am **23.06.1997** statt.
Ansonsten trifft sich ab sofort ein Teil des Netzes jeden Montag um 16.00 Uhr in der Pfaffendorferstr. 33.
Wer uns per Post erreichen will, kann das über folgende Adresse tun:

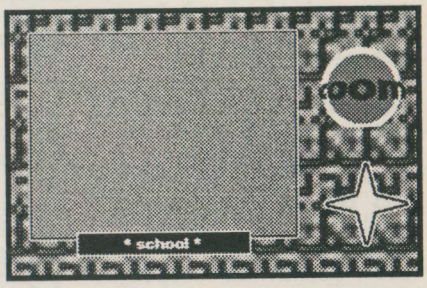
Antifaschistisches Schulnetz Leipzig
c/o Infoladen im Conne Island
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig

Im Infoladen wird auch bald ein Ordner mit veröffentlichten Texten und weiteren Infos über uns stehen.
Also, wer Interesse an uns gefunden hat, sollte sich einfach mal melden.

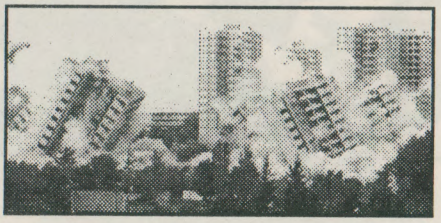
Bis bald







Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir. (Walt Disney)



Mit Recht müssen sich wohl die meisten Direktoren und Schulleiter vorwerfen lassen, auf dem rechten Auge blind zu sein. Wo doch rechts sein und richtig deutsch sein so nah bei einander liegen. Wenn schon nicht rechts, dann doch wenigstens politikfrei. Ihr Wunsch, ihre Schule möge ein politikfreier Raum sein, in dem die SchülerInnen auf ein politikfreies Leben vorbereitet werden, verbaut ihnen den Zugang zur Realität. Oft werden Versuche, z.B. Naziübergriffe an Schulen zu thematisieren, be- und verhindert und als „autonome" Propaganda diffamiert. Sie sind also mit

Du fragst mich, was soll ich tun?

ihrer Darstellung der Schule als poltikfreier Raum, in einer Zeit in der zu oft Nazidreck, als aus dem sozialen Spannungsfeld der agierenden Kids resultierend, entschuldigt wird und die neuen Jugendbewegungen eher zum unpolitischen tendieren, durchaus sehr politisch. Außerdem passen (von Nazipunks abgesehen) die geschniegelten „looks like Schwiegersöhne" - Faschos viel besser als Iros, Drogenkids und Gangmember in das Wunschbild der Schulleiter und Lehrer, die die Jugend nicht mehr verstehen.
Junge Antifas haben es also schwer an leipziger Schulen. Aus diesen und anderen Gründen trafen sich Mitte April knapp eine Million (70) SchülerInnen im Conne Island, um die Bildung eines Antifa-Schulnetzes und antifaschistische Arbeit an Schulen überhaupt voranzutreiben. Von der Anzahl und dem weiten Einzugsgebiet (25 Leipziger Schulen) der VeranstaltungsteilnehmerInnen war ich sehr überrascht. Einige ältere Antifa-Herrschaften wußten wohl, daß soviele kommen würden und sparten sich den Weg.
Auf dem Treffen sollte nun versucht werden, die geplante Strukturierung des Antifaschistischen Schulnetzes zu organisieren. So glatt wie das ablief, erinnerte es mich überhaupt nicht an meine Schulzeit. Es war irgendwie zu spüren, daß sie was wollen und daß sie es ernst meinen, ohne das sie Situation in Panikmache überbewerteten.
Im großen und ganzen sollen Schulen, die nah beieinanderliegen, lokale Untergruppen bilden, die engeren Kontakt halten, um eventuellen Fascho-Übergriffen gemeinsam entgegentretenzu-

können. Diese Untergruppen sollen jeweils Vertreter zu einem Treffen schikken. Ein großes allgemeineres Treffen soll es auch einmal im Monat geben.
Nach dem Treffen nutzten wir die Gelegenheit, uns mit einigen Leuten zu einem Interview zuverabreden. Im Gespräch haben sich dann nicht wie befürchtet Horrorszenarios von Massenschlägereien im Speiseraum bestätigt, aber oft sind Punks oder als links bekannte SchülerInnen von Faschos bedroht sobald sie das direkte Schulgelände verlassen. Zuoft haben sie schon Sätze nach alter Sozialarbeitermanier gehört, wie: **"Laßt die doch mal in Ruhe, dann lassen die euch vielleicht auch in Ruhe"**.
Punks können noch nicht mal vor der Schule auf Freunde warten ohne vom Schulpersonal belästigt und vertrieben zu werden. Verständlich, daß das irgendwann mal reicht.
In dieser Zeit formten sich in den Köpfen einiger Schülerzeitungsredakteur*Innen die Ideen zur Realisierung eines engeren und schulübergreifenden Verbundes, um der Situation nicht mehr so vereinzelt und ohnmächtig gegenüberzustehen. Das Interview wird im nächsten FRENTE erscheinen. Wegen der höheren Leserschaft des FRENTE an Schulen, haben wir uns dazu entschlossen.
Am 20. Mai fand schon das zweite „Großplenum" statt. Den Noch-Ferien geschuldet, waren etwas weniger Leute da. Die älteren Antifa-Herrschaften ahnten wohl auch dies. Es wurde geplant, wie noch mehr Schulen in das Netz eingebunden werden können und wie SchulerInnen, die noch nichts von der Geschichte wissen, über Schülerzeitungen, Plakate und Flyer erreicht werden. Es wurde versucht sich die Arbeit etwas besser aufzuteilen.

Und ich sage: Lebe wild und gefährlich, Artur.

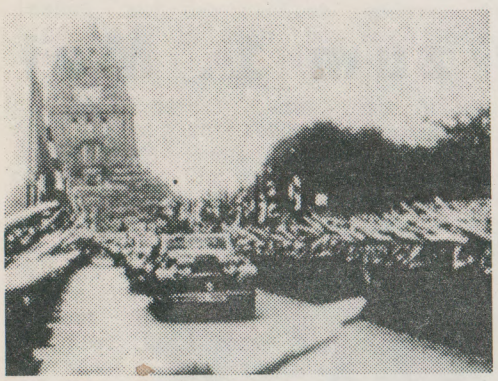
Es bleibt die Hoffnung, daß der Coup gelingt und auch etwas frisches Leben in die Leipziger Antifa bringt.

Kein Fußbreit den Faschisten!

Das Klarofix Dossier zum 1. Mai

S. 2 *Der 1.Mai 1997 in Leipzig*
S. 3 *Was sie schon immer über die NPD/JN wissen wollten, aber ihre örtliche Antifa nicht zu fragen getraut haben.*
S. 4 *Was sie schon immer auf NPD-Plakaten lesen wollten, aber nie gesehen haben, weil die immer schon abgerissen waren*
S. 6 *Was sie schon immer über Verbote in Demokratien wissen wollten, aber sich als Demokrat nicht zu fragen wagten*
S. 9 *Was Sie der NPD gar nicht zutrauen und diese dann aber doch noch nicht packt*
S.11 *Auf dem Gehirnkarussell der NPD*
S.11 *Lehmann in der Grube saß da und schlief... (bis der DGB ihn wachküßte)*
S.14 *Was sie schon immer genauer wissen wollten, aber nur oberflächlich erfahren konnten*
S.16 *Was sie schon immer im Vorbeirennen übersehen haben und jetzt endlich vor's Gesicht bekommen*
S.17 *Was sie schon immer hörten, aber nie glaubten: Don't believe the hype!*
S.19 *"noch ein richtig schöner Tag geworden..."*
S.22 *Offener Brief des BGR an den DGB*
S.23 *Was sie schon immer sagen wollten, weil sie alle vorigen Seiten gelesen haben, aber noch keine Zeit zum resümieren hatten*

1. Mai 1997 in Leipzig



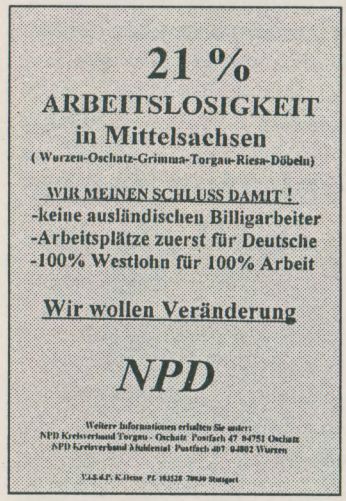
Der rote erste Mai in Leipzig wurde nicht braun sondern grün.

Der 1. Mai heißt heute "Tag der Arbeit" und wird von den Gewerkschaften mit Kundgebungen begangen, auf Bundesebene gibt es eine zentrale Kundgebung.
Traditionell geht er auf den 1. Mai 1886 zurück, als in mehreren Städten der USA ein Generalstreik den 8 Stunden Arbeitstag forderte. Der Generalstreik, der die ganze Wirtschaft lahm legt, war das Mittel der Arbeiter ihre Forderungen durchzudrücken. Als am 3. Mai den Forderungen nicht nachgekommen wurde, rückte man in Chicago gegen die Fabriken vor, um diese zu besetzen. In die Auseinandersetzungen mit den Wachmachschaften schoß die Polizei. Es gab 6 Tote. Bei Auseinandersetzungen am nächsten Tag gab es wieder Tote. Dieses "Massaker von Chicago" ist in die Geschichte eingegangen. Der Internationale Arbeiterkongereß 1890 in Paris beschloß den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiter zu begehen. Nach dem 1. Weltkrieg beschloß die Nationalversammlung in Deutschland einen Gesetzentwurf, der den 1. Mai 1919 zum allgemeinen Feiertag erklärete. In den darauffolgenden Jahren wurde die Entscheidung den einzelnen Ländern überlassen. 1933 wurde der 1.Mai zum "Feiertag der nationalen Arbeit" für das gesamte Reich gemacht. Die Bedeutung des Begriffes "Nationale Arbeit" zeigte sich schon am 2. Mai, als die Gewerkschaften aufgelöst wurden, und damit die Arbeiter der organisatorischen Grundlage jeglicher Opposition beraubt wurden. Nach dem Krieg wurden die Gewerkschaften als Steuerungsinstrument des Sozialstaates neutralisiert und spielen seit dem immer mehr eine staatstragende Rolle. Das galt für die BRD sowie für die DDR, dort war es nur noch ein bißchen ungeschminkter.
Ein guter Gewerkschafter ist heute kein "Steine werfender" Revolutionär mehr, sondern ein guter Manager eines nationalen Großunternehmens, Wachhund im Standort Deutschland gegen "Billig-Ausländer". Die Parolen der "Klassenkämpfer" auf Seiten der Gewerkschaften sind zunehmend kompatibel mit denen der deutschen Volksgenossen.
Nach der Wende 1990 versuchte der ostdeutsche Ableger der NPD, die Mitteldeutschen Nationaldemokraten (Mitbegründer Jürgen Schön aus Leipzig) den 100. Jahrestag des 1. Mai in Leipzig mit einem Auflauf zu feiern. Durch die Besetzung ihres Aufmarschortes, dem Marktplatz, durch Antifas, scheiterte dieser Versuch. In den Jahren danach marschierte am 1. Mai die FAP in Berlin, nach deren Verbot die JN.

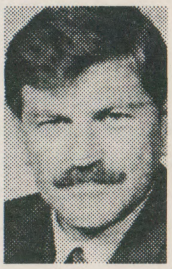
Gruppenfoto der Einsatzkräfte vor der großen Schlacht am Morgen vor nationaler Kultstätte

Was sie schon immer über die NPD/JN wissen wollten, aber ihre örtliche Antifa nicht zu fragen getraut haben.

NPD (2800 Mitglieder) und JN gelten derzeit als die aktivsten und erfolgreichsten Organisationen im Nazispektrum. Beide fungieren nach den Verboten einiger neofaschistischer Parteien und Organisationen in den letzten Jahren als Auffangbecken für deren ehemalige Mitglieder. Zwar beanspruchte die formelle Jugendorganisation der NPD- die JN - in der jüngsten Vergangenheit eine Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei, doch gibt es inhaltlich und organisatorisch immer noch eine Reihe von Überschneidungen. Beide postulieren nationalrevolutionäre Positionen, die auf einer rassistischen, völkischen und antisemitischen Ideologie beruhen. Zwischen NPD und JN gibt es eine Arbeitsteilung, denn die NPD hält bewußt Distanz zu militanten Neonazis. Die JN sagt über sich selbst, "Wir verkörpern das Leitbild des politischen Soldaten und fordern von jedem Mitstreiter fortwährende und konstante persönliche Opfer- und Leistungsbereitschaft". Eine Aufgabe der JN ist es medienwirksame Aktionen der NPD zu organisieren. Ziel ist es, über Aufmärsche jugendliches Potential zu mobilisieren, und für die Partei zu gewinnen. Solche Propagandamärsche sind zum Beispiel der Heß-Gedenkmarsch, der "Hans Münstermann Gedenkmarsch", "Lichterketten gegen Deutschfeindlichkeit" (800 Teilnehmer) und am 1. Mai Demonstrationen unter dem Motto "Arbeit zuerst für Deutsche" (bisher in Berlin). Der Sächsische Verfassungsschutz orakelt im Vorfeld, die NPD hätte erstmals in diesem Jahr ihren "Deutschlandtag" vom 3. Oktober auf den 1. Mai vorverlegt. Die Parteien legen auf die politische Schulung ihrer Mitglieder großen Wert. Diese finden meist in Parteibesitz befindlichen Gebäuden statt. In Leipzig ist die Benutzung von Kneipen und Siedlerheimem charakteristisch. Das Zentralorgan der NPD ist die Deutsche Stimme. Organisatorisch arbeiteten beide Gruppierungen erst jüngst bei den Vorbereitungen der Aufmärsche in Aschffenburg und München intensiv zusammen. Mit einer "Totalmobilmachung" von allen, denen "die Zukunft unseres Volkes etwas bedeutet", hat der Vorsitzende der JN Apfel gedroht. Er will nach dem Aufmarsch in München als "weiteres Etappenziel" in Leipzig mindestens 10000 Kameraden auf die Beine bringen. Hernach seien " die Folgen nicht mehr absehbar", frohlockt er im Internet. "Dann brechen wir endgültig aus der Isolation heraus und erkämpfen uns Stück für Stück die Straße zurück". Euphorisch wird in der Anlaufenden Mobilisierungsphase berichtet, "Es gehe nicht um eine Organisation, sondern um den beginn einer neuen Phase unseres gemeinsamen politischen Kampfes".



In Sachsen und speziell im Leipziger Raum verfügen die NPD/JN über ein großes Potential an Mitgliedern und Anhängern. Die NPD konzentriert sich momentan stark auf Sachsen. Ein Grund dafür ist das Vakuum, das Republikaner und DVU in Sachsen schaffen, die beide relativ inaktiv sind. Außerdem verfügt die NPD hier über einen starken Kader aktiver Funktionäre.



v.l.n.r.: Holger Apfel (JN Chef), Jürgen Schön (stellv. Landesvorsitzender NPD), Udo Voigt (Parteivorsitzender NPD)

Sie hat hier 480 Mitglieder, 180 davon in der Messestadt. Leipzig ist der bundesweit stärkste NPD-Kreisverband.
Die Mitgliederzahlen sind steigend, während sie im übrigen Bundesgebiet stagnieren. Außerdem ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD in Leipzig wohnhaft.
Als weiteres Beispiel der Stärke beider Organisationen in der Region muß auch der im vorigen Jahr in Leipzig statt gefundene Bundeskongreß der JN bewertet werden. Die Zusammenarbeit von JN/NPD und anderen nationalen Aktivisten offenbarte sich in unserer Stadt vor allem durch die Organisation und Teilnahme an gemeinsamen Gesprächskreisen und der propagandistischen Offensive der Organisationen in Wurzen. Die bundesweit im letzeten Jahr bekannt gewordene Naziszene in Wurzen verfügt über beste Kontakte zu den NPD Funktionären in der Messestadt. Das sächsische Propa-

Die Klientel der NPD: Atze vom Schulhof, Stiefelglatze mit Hitlergruß, arbeitslose Volksgenossen, Möchtegern-Intelligentia (Fotos am 1.5.1997 in Leipzig)

gandablatt der NPD heißt "Sachsen Stimme" und es ist sichtbar, daß die Arbeit am Blatt ausgebaut wird, um ein möglichst weit verbreitetes eeigenes Medium zu besitzen.
In Sachsen übt die NPD den Schulterschluß mit den militanten Kameraden. Der Freundeskreis "Ein Herz für Deutschland" fungiert als "Scharnierstelle" zwischen Partei und militanten Neonazis. Zudem sieht man bei Treffen der Leipziger Deutschlandfreunde auch rechte Skinheads und Wurzerner Kameraden. Die NPD fungiert in Leipzig und Umgebung als Sammelbecken von heimatlosen Vaterlandsfreunden. Nach dem Verbot von Wiking Jugend und FAP gab es in Leipzig noch drei agierende Rechtsparteien. Bereits vor der Verbotswelle gab es diverse Treffen zwischen einzelnen Funktionären. diese Zusammenschlußbestrebungen wurden über die Jahre kontinuierlich fortgesetzt und gipfelten in der Gründung des sog. "Rechten runden Tisches" bzw. des "Leipziger Kreises". Besonders in ländlichen Gegenden des Umlandes ist die NPD stark verankert, weil sie das jugendliche Klientel bindet, welches eine politische und durch rassistische Überfälle geprägte Hegemonie innehat. In vielen Orten gibt es verfestigte Cliquen Jugendlicher, die zwar keiner rechtsextremistischen Organisation angehören, sich aber deren Parolen angeeignet haben. Der Verfassungsschutz spricht von einem Trend hin zur Organisation, weg vom Mitläufertum.
Angeblich auf Reaktion auf die Antifa-Demonstration im März in Wurzen, haben sich zwei NPD Kreisverbände in Sachen neu gegründet.

Die Nazis knüpfen mit ihrer Demonstration an den Mythos einer "Friedlichen Revolution" von 89 an. "Wir knüpfen an die Leipziger Montagsdemos zum Ende der DDR an", sagte der Bundesgeschäftsführer der NPD Ullrich Eigenfeld. "Sachsen sei zudem ein ganz ausgezeichneter Landesverband." Die Chefideologen der Rechten bauen gerade im Osten auf den Erfolg ihrer diesjährigen Strategie der verstärkten Thematisierung der sozialen Frage von Rechts. Mit Forderungen "Arbeit zuerst für Deutsche" oder "Gegen System und Kapital-Unser Klampf ist national" nutzen sie die hohe Arbeitslosigkeit und die weit verbreiteten rassistischen Vorurteile für ihren antikapitalistischen, verdeckt-rassistischen Populismus. Genau in diese Strategie ordnet sich der Aufruf für den ersten Mai in Leipzig ein, in dem die rapide "zunehmende soziale Verelendung unseres Volkes", welches von den "liberalkapitalistischen Systemparteien" verschuldet wäre, als inhaltliche Fixpunke auftauchen. Zusammen mit den verwendeten Parolen "Leistet Widerstand jetzt" und "Kampftag für Arbei" etc. zeigt sich auch der seit längerem offensichtliche Versuch der NPD und JN ehemals linke Floskeln für ihre Ziele zu vereinnahmen.

Was sie schon immer auf NPD-Plakaten lesen wollten, aber nie gesehen haben, weil die immer schon abgerissen waren

JN/NPD-Plakat zum 1. Mai: Arbeit zuerst für Antifas

Die Aufrufe der NPD/JN und anderer Nationaler zum 1. Mai Aufmarsch gliedern sich direkt in die Propagandalinie der noch zugelassenen rechtsextremen Organisationen ein. Sie verfolgen die Taktik, sich durch scheinbare "political correctness" die Legalität, also das Nichtverbot, zu sichern. Dabei verzichten sie prinzipiell auf offenen Antisemetismus, bei Demonstrationen auf das zeigen von Waffen und beziehen linke oder gesellschaftlich getragene Parolen auf ihre Ideologie. Der JN Bundesvorstand hat einen Aufruf zum ersten Mai mit "Heraus zum politischen Kampftag der Arbeit" überschrieben. Aber auch alte Naziparolen werden auf aktuelle Gegebenheiten umgemünzt: "Deutschland muß deutsch bleiben-gegen Einwanderung...", "Dtl. stark und frei-Gegen imperialistische EU Politik blabla", "Wahrheit und Würde für Dtl-Gegen Geschichtslügen...und Selbsthaß", so der JN Chef Apfel im Internet. Mit der Propagierung einer "nationalen, antikapitalistischen Wirtschaftsordnung" versucht man Lösungsmöglichkeiten für soziale Mißstände anzubieten, und scheinbare Solidarität mit Arbeitslosen und vom Sozialabbau Betroffenen vorzutäuschen. Mit ihrem Aufruf für "soziale Gerechtigkeit" und zum "Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker der Systemparteien" stellt man sich bewußt in die Kontinuität des "Feiertages der nationalen Arbeit" von 1933.
In letzter Zeit laufen ein Großtei der Aktivitäten unter dem Slogan "Nationaler Widerstand". In der Spuckiflut, die im Vorfeld des 1. Mai über Leipzig hereinbrach, tauchte auch vermehrt ein "Deutscher Jugend Bund" (Logo: Hammer und Römerschwert - als Aufnäher im schwarzen Kreis) auf, der ebenfalls zum "Widerstand Jetzt" aufruft.
Man ruft auf: "Leistet Widerstand - Jetzt-!", wenn z.B. die Ehre der Deutschen Wehrmacht angegriffen wird, wenn "Das Volk blutet, das System verwaltet, das Kapital kassiert".
"Am ersten Mai geht es uns darum, endlich zu zeigen, daß wir Deutschen nicht gewillt sind, uns die Arbeitsplätze durch Ausländer, durch Globalisierung...Flucht deutscher Unternehmer in ... Billiglohnländer, wegnehmen zu lassen", Udo Vogt in der Deutsche Stimme. Die Aufforderung "Komm auch Du zur Demonstration des nationalen Widerstandes" erfüllt neben der propagandistischen Komponente auch noch die Aufforderung zum Handeln. "Leistet nationalen Widerstand" ist sozusagen ein Freibrief zum will-

kürlichen Handeln gegen alles, was der Nation (was die Rechte darunter versteht) entgegenläuft. Gerade die JN, die mit einem eigenem Plakat und identischen Aufklebern in Leipzig antrat, setzt unter den Leitspruch mit den Arbeitsplätzen die Aufforderung "Die Wut auf die Straße tragen!". Im Gegensatz zur Mutterpartei verzichtet sie, sich ausschließlich an die deutsche Mark zu klammern, Arbeit fürts eigene Volk zu fordern und in Richtung auf deutsche Werte (Sitten, Kultur, Sprache...) ein Umdenken zu forden. Sie versuchen durch die Abbildung von jungen, kurzhaarigen und durchaus gewaltbereiten Menschen, Skinheads und andere Jugendliche zu ziehen. In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, daß es in den letzten Wochen vor dem 1. Mai zu einer Häufung von Überfällen auf mutmaßliche Linke in den Leipziger Stadtteilen, einschließlich der Innenstadt, sowie auf alternative Jugendzentren der Region, z.B. in Freiberg, Erfurt und Chemnitz gekommen ist. Im Internet kündigten die "Nationalen" an, daß das Conne Island noch vor dem 1. Mai fallen

werde. Im Anmeldungshickhack und bei den zunehmenden öffentlich gewordenen Gegenaktivitäten gegen den NPD/JN Aufruf fuhren die nationalen Kämpfer auf der selben Propagandaschiene, wie die "Anti-Antifa" die Stärke der Linken nur durch deren Antihaltung interpretiert. Im Internet druckten die Demoinitiatoren fast den gesamten Antifaaufruf ab, um die Dringlichkeit der Teilnahme ihrer Kameraden zu verdeutlichen, die den Gegendemonstranten offensichtlich Paroli bieten sollten. Sie stellten dem Text voran, daß den "linken Gewalttätern wahrscheinlich die Muffe gehe". Man beabsichtigte zu zeigen, daß man (wie von den Gegendemonstranten behauptet) immer mehr werde und, "daß die Bevölkerung sich mit der einzigen nationalen Partei solidarisieren wird..." Die NPD definiert sich in einer Pressemitteilung zum 1. Mai natürlich als " Sprachrohr der schweigenden Mehrheit in Deutschland" (wobei sie natürlich den Anteil aller Nichtdeutschen ausklammert). Deshalb ihr Leitspruch "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche". Nach ihrer Ansicht traut sich die Mehrheit der Deutschen auch nicht zu sagen: "Es muß in Deutschland erlaubt sein, gegen die Politik der Verarschung deutscher Bürger zu demonstrieren", sagt Udo Voigt (Parteivorsitzender). Zudem liest man Aufrufe gegen "rapide zunehmende soziale Verelendung von unserem Volk" (JN), "Vorwärts zum Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker" (NPD/JN), "100% Westlohn für 100% Arbeit" (NPD Kreisverband Torgau-Oschatz und NPD Muldental/Wurzen).
Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Parolen auf den Aufrufen ziemlich platt und an die Dumpfe Masse gerichtet sind, daß die vielen verschiedenen Aufrufvarianten mit den immer gleichen Slogans auf einen kleinen Initiatorenkreis zurückführen lassen könnten. daß Variationen möglich waren, beweist ein eigener Aufruf der Kreisverbände Muldentalkreis und Oschatz/Torgau. Zudem besteht der Eindruck, daß die Propaganda der Initiatoren zumindest am 1. Mai wenig gegriffen hat, weder beim gequälten deutschen Leipziger noch bei der sonst recht großzugig ausschweifenden bürgerlichen Presse. Anwesend waren nur National gesinnte Bierbüchsen und Straßenskins und einige halber-

Wer die Jugend in seinen Reihen hat, dem gehört die Zukunft

Die NPD in Sachsen hat einen großen Zuwachs an Mitgliedern!
Die Jugend kommt zur NPD - sie findet hier ihre politische Heimat, weil
-die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in unserm Land für die NPD Ziel Nummer 1 ist und bleibt.
- die NPD sich die revolutionäre Aufgabe stellt, durch einen ökologische Umbau des Industriesystems die Natur gesunden zu lassen und damit Arbeit und Wohlstand nicht nur in Deutschland schafft. Armutsflüchtlinge wird es dann nicht mehr geben, sie sind und bleiben ein Produkt des reaktionären Systems der Monopole.

Handwerker und Gewerbetreibende kommen zur NPD weil
-die NPD neben einer modernen Industrie den Wirtschaftssektor Handwerk, Gewerbe, Dienstleistung fördern und ihn vor ausländischer Konkurrenz besonders schützen wird.
-Die NPD diesen Wirtschaftssektor als gleichwertigen Teil der nationalen Wirtschaft schätzt. Handwerk und Gewerbe werden Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, auch als Zuliefer der sich erneuernden Industrie!

Wer die NPD und ihre Funktionäre als ausländerfeindlich, rassistisch und faschistisch verleumdet arbeitet mit den Feinden der Völker Europas, nicht nur des deutschen Volkes zusammen.
Die NPD als Vertreterin des Fortschritts und der Freundschaft mit anderen Völkern wird von Reaktionären bekämpft, die feige wie ein alter zahnloser Wolf Hetzflugblätter im übelsten Ton gegen die NPD in Umlauf setzen! Anonym!
NPD Funktionäre werden auf offener Straße überfallen, es werden ihnen die Fensterscheiben in ihren Wohnungen eingeschlagen. Diese Täter sind der NPD bekannt ebenso deren Hintermänner! Der Terror gegen die NPD nützt gar nichts.

Die Zeit ist reif für eine Erneuerung von Staat und Gesellschaft.

Scheinbar saubere NPD Propaganda: Jeder wird mit vordergründig einleuchtenden Argumenten bedient. Was dahinter steckt ist altbekannte Rassenideologie (Leistungsvergleich Volk gegen Volk) und Herrenmenschenmentalität (die Erste Welt wird die Probleme der Dritten schon richten).

NPD-Propaganda für den 1.Mai. Die Anhänger wissen was sie an der Partei haben...

Was sie schon immer über Verbote in Demokratien wissen wollten, aber sich als Demokrat nicht zu fragen wagten

Aktivitäten legaler, sich demokratisch nennender Parteien zu verbieten, bedarf zwingender Gründe. Dabei kann die politische Ausrichtung keine Rolle Spielen, zumal die der Rechtsextremen im Prinzip nur eine extreme Steigerungsform der meißten anderen Parteienlinien darstellt. Ein beliebtes Mittel, einen Vorwand zum Eingreifen bzw. Verbot zu finden, ist das Zauberwort

Stichwort

Beschluß des Bautzener Gerichts

Oberverwaltungsgericht ... seinen Beschluß ... Verbot: Ein Ver... zulässig, er...

Soweit es in der Vergangenheit bei Veranstaltung der NPD ... und derr... nen zu kommer...

SONNABEND / SONNTAG, 26./27. APRIL 1997

Stadt Leipzig hat Aufmarsch der NPD ... 1. Mai verboten

...B/S.H.). Der von der rech... Partei NPD geplante Au... mit Tausenden Anhänge... in Leipzig ist jetzt von d... boten worden. Dies bestät... ussprecher Reinhard Boh...

NPD-Demo bleibt vorerst verboten

...tscheidung an Leipziger Gericht / Partei kündigt Klage an

...zig (EB/S.H./dpa). Das von der ... t Leipzig verhängte Verbot der ...-Demo am 1. Mai wurde gestern ...

...te, spätestens Montag wolle man die Beschwerde dort einreichen. Zur Urteilsbegründung erklärte Ge...

Gewalt, die verhindert, zerschlagen oder bestraft werden soll. Vor Gewalt geschützt werden sollen in erster Linie die braven "Bürger", Sachen und Privatbesitz usw., Polizisten meist erst in dem Falle, wenn sie unterlegen sind. Zudem ist es zur Gepflogenheit geworden, daß Spezialeinheiten der Polizei politische Kundgebungen nutzen, um private Rechnungen mit diversen Gegnern zu begleichen. Besonders scharf ist man darauf, den sogen. "Schwarzen Block", die Strukturen der "Autonomen" und ähnliche Unerwünschte, die sich meist dem Kampf stellen, zu zerschlagen oder mit Prügel zu bestrafen. Vor diesem Problem, dem Ausbruch von Gewalttätigkeiten steht dann die Ordnungsbehörde (also Stadt, Land usw.) und Gerichte. Im Fall 1. Mai in Leipzig bestand nun der drängende Bedarf der Öffentlichkeit den NPD Aufmarsch nicht zuzulassen und dagegen standen die begrenzten Verbotsmöglichkeiten der Stadt. Da das Argument Gewalt bei den Initiatoren der "Widerstands-Demo", die ihererseits die eigene Klientel strikt auf Demodisziplin und auf das Verbot von Reizutensilien hingewiesen hat, schlecht anzuwenden war, wurde auf die "gewaltbereiten" Linken verwiesen. Das Anliegen des NPD Demo-Verbots wurde sozusagen in sein Gegenteil verkehrt. Lehmann Grube warnte (als ausgefuchster Politiker sicher mit Blick zum OVG nach Bautzen) zuerst vor den aggressiven Gegendemonstranten, die mit den zur Verfügung stehenden Ordnungskräften nicht zu bändigen wären. Zum anderen kamen ihm aber viele Menschen in der Stadt gelegen, die die vorschnellen Argumente des Ordnungsamtes für Bestrebungen auf ein Verbot der NPD Veranstaltung hin, untermauerten. Die hochgestapelte DGB Kundgebung mit den erwarteten 40 000 Teilnehmern kam da nur zurecht. Damit sich am 1. Mai auch 40 000 Menschen in Leipzig auf die Straße getrauen, wenn in der Stadt die NPD/JN marschiert, war es einfach notwendig, den Aufmarsch der Nationalen herunter zu spielen und zu verharmlosen und als Gegenmittel "Love, Peace und DGB" auf dem Sachsenplatz anzubieten. Dieses Konzept ist ihm ja auch größtenteils gelungen, obwohl er wegen seiner blauäugigen Interviews in der Jungen Welt, der LVZ usw. heftig attakiert wurde. Den Durchbruch zum endgültigen Verbot durch das Oberverwaltungsgericht, gelang schließlich (Sicher zur Erleichterung von Ordnungsamt und OVG, die beide nicht als Nazilegalisierer dastehen wollten) durch Zahlenjonglierrerei. Die Stadt stellte wenige Stunden vor Demobeginn fest, daß nun doch statt der von Lehmann Grube erwarteten 500 Rechtsextremen (der Verfassungsschutz sprach im Vorfeld von etwa 2000) doch 4 bis 5000 erwartet werden und die Stadt kurzfristig keine ausreichenden Ordnungskräfte aufbringen konnte. Juristisch eine saubere Sache, real aber ein standpunktloses Herumgetrickse.

Aus Sicht der Anmelder der Antifaschistischen Gegendemonstration (durch einen PDS Landtagsabgeordneten), für die es eine moralische Pflicht war, alles zu unternehmen, um die NPD Kundgebung zu verhindern, war es auch nicht einfacher. Hier versuchte man durch Wortspielereien die gewaltfreie Aktionsform herauszukehren, die andere Aktionen nicht ausschließt, aber eben nicht verantwortlich anweist. Auf solche Spielchen läßt sich natürlich nach 5 Jahren Einheit auch in Leipzig keiner mehr ein.

Die Gewerkschaften ließen sich von ihrer Basis überreden, die NPD Demo als Provokation anzusehen und dem Vorpreschen der rechten auf ihr eigenes Territorium mit eigenen Veranstaltungen entgegen zu treten.

Das Bündnis Gegen Rechts verfolgte die erfolgreiste Strategie, indem es sich Ziel setzte, mögliche Aufmarschorte der NPD in Leipzig durch Eigenveranstaltungen zu belegen.

Da die NPD als legale Partei das sogen. Parteienprivileg genießt, war eine Aufhebung des Demo Verbotes durch die Stadt per einstweiligen Verfüfung wahrscheinlich. Bliebe es bei einem Verbot, wollten die als ver-

botstreu bekannten NPD/JN an einem Ausweichort demonstrieren. Hierfür waren Halle, Dresden und Berlin im Gespräch. Die umfangreichen Gegenaktivitäten führte am 1. Mai jedoch zu Heßmarsch ähnlichen Umständen und führte die Veranstaltungspläne der NPD/JN ins totale Fiasko.

Zum Ablauf:
Am 27. 2 gab es die erste Anmeldung beim Ordnungsamt Leipzig für eine Demonstration der NPD/JN am 1. Mai auf dem Leuschnerplatz. Man wollte vom Leuschner Platz aus marschieren, ein Treffpunkt war für 12 Uhr angesagt. Da man von Seiten der Stadt das Verbot im Vorhinein ankündigte, vermeldeten die NPD Initiatoren, ihre Veranstaltung zum Völkerschlachtdenkmal hin zu verlegen, um mit den anderen Anmeldern nicht ins gehege zu kommen.
Schon am Tag zuvor gab es im Ornungsamt die Anmeldung einer Gegendemonstration von einem Abgeordneten der Sächsischen Landtagfraktion der PDS, der die Informationen über einen geplanten Aufmarsch aus dem Internet bezogen hatte. Wegen der vorzeitigen Mobilisierung der NPD Demo im Internet, die vom Staatsschutz der KPI Leipzig bereits vor der Anmeldung ermittelt worden sei, prüfte das Ordnungsamt, ob diesbezüglich eine Ordnungswidrigkeit vorläge.
Die Antifaschistische Gegenveranstaltung zum NPD Aufmarsch wurde vom Ordnungsamt verboten. Schon im Vorhinein wurde das Verbot mit der Bergündung angekündigt, daß die Gegendemonstration die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet. Hierunter verstand man die Gefährdung von Personen und Sachen bei Aktionen der militanten Antifas, Auseinandersetzungen militanten Rechtsextremen mit den Antifas und auch das Eingreifen der Polizeikräfte. Direkt bezieht man sich hier auf Demoaufrufe, veröffentlicht im Klarofix und Leipzigs Neue, die gewaltsame Gegenaktionen nicht ausschließen würden. Argumentativ arbeitete man mit Erfahrungswerten aus militanten Antifaaktivitäten aus der Vergangenheit und stützt sich speziell auf die Wurzendemo mit 4000 Teilnehmern, darunter einem "Schwarzen Block" von 300 Personen. Ebenfalls erwähnt wurden die Antifaaktionen beim JN Kongreß im Mai 96, sogar Berlin Hellersdorf (15.2.97), Magdeburg (22.2.97) und München (1.3.97) müßten herhalten, um gewalttätige Konfrontationen aufzuzeigen. Sicher zur ausgleichenden Gerechtigkeit und um die Gemüter zu beschwichtigen, gab Ordnungsamtschef Wassermann der Presse ebenfalls schon im Vorfeld das Ansinnen kund, auch den Aufmarsch der NPD/JN zu verbieten. Auf eine Anfrage der PDS im Stadtrat hin, bestätigt man noch einmal offiziell die NPD Kundgebung zu verbieten. "Das Ordnungsamt hat alle erforderlichen Erkenntnisse gesammelt, die ein Verbot rechtfertigen. Wie allgemein bekannt ist, werden durch das Ordnungsamt seit geraumer Zeit alle Demonstrationen der NPD oder ihr nahestehender Gruppierungen (z. B. Hess Gedenktag etc.) in Leipzig verboten. Mit einem Verbot dieser Demonstration ist zu rechnen. Aufgrund der Tatsache , daß die NPD_ Demonstration durch die Stadt nicht genehmigt werden wird, besteht auch kein Raum für eine Gegendemonstration. Deshalb werden auch solche Demonstrationen nicht genehmigt."

Briefe von CDU, FDP/DSU und Grünen

NPD-Aufmarsch am 1. Mai: Weiter Ablehung in Leipzig

Leipzig (EB/S.H.). Gegen den von der rechtsradikalen NPD und den „Jungen ... tretern der Kreisverbände von CDU und FDP unterschrieben.

Schon seit Mitte Februar gab es eine NPD/JN Mobilisierung für den 1. Mai in Leipzig. So zum Beispiel auf deutschnationalen Demos wie am 1. 3. in München, im Internet, über die nationalen Infotelefone, per Handzel, Aufkleber und Plakate. Angekündigt wurden auch 1. Mai Demonstrationen in anderen Städten. Es wurde sich dann aber auf Leipzig eingeschossen..

Am 15. 4. erließ die Stadt Leipzig offiziell ein Verbot der angekündigten NPD Demonstration. Zur Begründung wurde angegeben, daß zur DGB Veranstaltung 40 000 Menschen erwartet werden und es den Ordnungskräften es daher nicht möglich sei, Auseinandersetzungen zu verhindern. Der DGB hatte, seine von Zwickau nach Leipzig umgemodelte zentrale Sachsen Kundgebung zum 1. Mai nach ersten NPD-Verbotsmeldungen zurückgezogen, dann jedoch wieder bestätigt.
Wie aus einer Infotelefonmeldung vom 8.4. hervorgeht, hatte die NPD/JN mit einem Verbot schon gerechnet und sich professionellen Rechtsbeistand zugelegt. In einer langen Aussprache mit dem Ordnungsamt stellte sich heraus, daß "Das Verbot sich auf die Gefahr von Ausschreitungen durch Gegendemonstranten begründe." Man bediente hier doppelt die Propaganda der Rechten, indem man die Gegendemonstranten als Gewalttäter und Buhmänner an sich hinstellt, und die Unfähigkeit der Behörde (Politik), demokratische Grundrechte zu ge-

Leipzig verbietet NPD-Demo zum zweiten Mal

Leipzig (EB). Die Stadt Leipzig hat di... gerichtlich genehmigte Kund... der NPD am 1. Mai vor... schlachtdenkmal ... boten.

NPD - INFO zum 1.MAI

...n Gewalttätern geht anscheinend die Muffe. Mit allen Mitteln versuchen sie die Demo in Leipzig zu verhindern. Eins muß man ihnen lassen: Mit ihrer Einschätzung, daß es zu einer noch größeren Demonstration als am 1.März in München kommen wird, liegt DAß WIR UNS NICHT VERJAGEN LASSEN. Wir werden zeigen, daß wir von maj z ... Recht haben mit ihrer Behauptung, daß sich die Bevölkerung mit der einzigen natio...

währleisten, vorführte. Die NPD Führung mobilisierte weiter unter dem Motto " Es bleibt bei der 1. Mai Kundgebung in Leipzig" und kündigte rechtliche Schritte an. Das "Nationale Infotelefon Mitteldeutschland" bestätigte den Demowillen mit der Ansage "Ob Leipzig, Dresden oder Berlin, die

LEISTET

NPD

WIDERSTA

JETZT!

Die liberalkapitalistischen Systemparteien in der BF
offenbar auch unwillig, die soziale Not in Deutschland zu bel
Eine rapide zunehmende soziale Verelendung vor
die alle Bonner Parteien in den letzten Jahrzehnten gleich
Massenarbeitslosigkeit, Massenkriminalität, Tausend
Moralischer und kultureller Verfall sind die sich
Versagens der etablierten Politiker in Bonn. Ungebr
und kalter Egoismus sind ihre nieder

WIR WEHREN UNS DAGEGE

Kampfdemonstration der Werktätigen am 1. Mai 1988

Mobilisierung richtet sich weiter nach Leipzig

NPD will gegen das Verbot ihres Aufm
1. Mai vor das Bundesverwalt

Noch immer ist unklar, ob am 1. Mai Tausende von Rechtsradikalen versuchen

Proteste in Leipzig

NPD-Demo soll verboten werden

Leipzig (EB). Ein von der rechtsextremen NPD für den 1. Mai geplanter Aufmarsch in Leipzig wird voraussichtlich nicht genehmigt. Rathaussprecher Reinhard Bohse sagt gestern, es sei beabsichtigt, die Demonstration zu verbieten. Ebenfalls solle eine Gegendemonstration, zu der der PDS-

Mobolisierung ist soweit gediehen, daß mit 5-10000 Teilnehmern gerechnet werden kann." Auch Sachsens NPD Geschäftsführer Jürgen Schön aus Leipzig vermeldete der Presse, daß man auf keinen Fall auf die Kundgebung verzichten wolle und notfalls woanders "protestieren" wolle.

Der oben erwähnte Gegendemoantrag wurde mit der Begründung abgesagt, daß den Gewerkschaftsorganisationen (die traditionell den 1. Mai für sich vereinnahmen,) bei dem Entscheid für die Durchführung von Veranstaltungen Vorrang gegeben würde. Das betraf Anmeldungen von Veranstaltungen des DGB auf dem Sachsenplatz und auf dem Ring, Eine Kundgebung des Org.-Büros Ostermarsch e.V. von der Eisner Straße zum Sachsenplatz, einen Aufzug der IG Bergbau und Energie im Zetkin Park, ebenfalls der Gewerkschaft Handel, Banken und und Versicherung auf der Festwiese, einer Kundgebung der Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik auf dem Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal, eine IG Metall Kundgebung auf dem Dimitroffplatz, eine Kundgebung der ÖTV im Johannapark und eine Veranstaltung "Thüringen erleben" auf dem Markt.

Am 28.4. wurde das Verbot der Stadt Leipzig für einen NPD Aufmarsch vom Oberverwaltungsgericht in Bautzen aufgehoben, da die NPD eine legale Partei darstellt.

Auf das Verbot der Gegendemonstration wird vom Veranstalter ein Widerspruchsschreiben verfaßt, um dem sofortigen Vollzug dieses Verbotes eine aufschiebende Wirkung zu geben, in dem er die Gewalt befürwortenden Vorwürfe in seinem Aufruf zurückweist und auch die Gefährdung von Ordnung und Sicherheit durch seine Veranstaltung entkräftet. Zudem betitelt er die Bezüge auf Gegendemonstrationen in München usw. als Propaganda. Er schließt seine Erklärung damit, daß er und die antifasch. Kräfte einen 1. Mai Aufmarsch der NPD in Leipzig nicht zulassen werden. Und das mit friedlichen Mitteln. Das Verbot wird vom Ordnungsamt mit einer Kurzfassung bestätigt.

Dem Org.-Büro Ostermarsch e.V (dem Veranstalter der Demo Eisner Str. - Sachsenplatz) werden von der Stadt 13 Auflagen erteilt, darunter Meldepflicht bei Verstößen gegen das Demonstrationsgesetz bei der Polizei, haben darauf hinzuwirken und daß unfriedliche Teilnehmer isoliert werden und der Einsatz der Polizei nicht behindert wird.

Die Polizeidirektion Halle erläßt ein generelles Verbot für alle Ersatzveranstaltungen. Auch Cottbus vermeldet dieses Verbot.

Am 30. 4. erneuert die StadtLeipzig ihr Verbot. Sie begründet dies damit, das neue Erkenntnisse vorliegen und nun 7500 NPD/JN Demonstranten erwartet werden und die bereitstehenden Polizeikräfte nicht ausreichen, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

Die NPD Parteiführung legt daraufhin erneut Beschwerde ein.

In den abendstunden des 30.4. erläßt das Oberverwaltungsgericht in Bautzen ein endgüliges Verbot der NPD Kundgebung. Begründung: Es lägen

Was Sie der NPD gar nicht zutrauen und diese dann aber doch noch nicht packt

Mit der Selbstverpflichtung, nach den 5000 Kameraden in München, in Leipzig 10 000 Aktive des Nationalen Widerstandes auf die Beine zu brintgen, hatten sich die Initiatoren selbst große Ziele gesteckt. Die Realität zeigt, daß die extreme Rechte mittlerweil über ein so starkes Potential an Aktivisten und "Politsoldaten" verfügt, daß sie im Gegensatz zu anderen Parteien und Organisationen keine Mühe hat, ihre Klientel mit Bussen und Sonderzügen durchs Land zu karren um massenwirksam in Erscheinung zu treten. Da man es aber mittlerweile auf den frustierten Arbeitslosen vorm Fernseher, den gemeinen deutschen Biertischnationalen und die Hausfrau von nebenan abgesehen hat, ist man organisatorisch gezwungen, Logistik, Strategie und Propaganda so zu perfektionieren, daß man als geschlossene Masse flexibel genug ist, überall und schnell eine Propagandademonstration durchzuziehen, die die frustrierte nationale Masse aus ihren Löchern hervorlockt und dennoch die Propagandaziele (gewaltfreies- demorkratisches Erscheinungsbild, Pflege deutsch-nationaler Tugenden) nach Außen hin durchsetzt. Obwohl in den NPD Papieren immer wieder das überzeugte Bemühen herauszulesen ist, sich an die vorgegbene Parteilinie zu halten (also nicht das Bild vom gewalttätigen Neonazi zu bedienen), ist es der NPD/JN aber auch bekannt, daß es in den eigenen Reihen, die in den letzten Jahren zum Sammelbecken der Kameraden aus verbotenen rechtsextremen, faschistisch und nationalsozialistisch ausgerichteten Parteien geworden ist, auch auf die Beherrschung des eigenen Mobs ankommen wird. Beim militanten Auftreten der JN in Wortwahl, Wahl der Motive ihrer Propagandaschriften sowie anderer Symboliken, die eindeutig Wehrhaftigkeit und Militanz vertreten, wird die Übernahme von Ideologie und Auftreten bei den Kameraden von FAP, Wiking Jugend, NF, NO usw. deutlich, und die Organisatoren mußten notgedrungen eine Konfrontation mit den gängigen Antifastrategien in ihrer Planung einkalkulieren. Mitte April gibt es dann auch einen neuen Demoaufruf vom JN Vorsitzenden Apfel, der Leipzig als Meilenstein für die rechte Organisierung und Mobilisierung sieht.

Im Vorfeld der geplanten Demonstration richteten dei NPD/JN Organisatoren eine zentrale Koordinierungsstelle ein. Es gab Treffen von Kadern aus dem gesamten Bundesgebiet. Auch international wurde mobilisiert, zum Beispiel in Belgien und Großbritannien, mutmaßlich auch in Dänemark und der Niederlande. Nach dem Verbot durch die Stadt ritt die gesamte NPD /JN Spitze beim Ordnungsamt Leipzig ein, um ihr Mißfallen über die Verbotsverfügung auszudrücken.

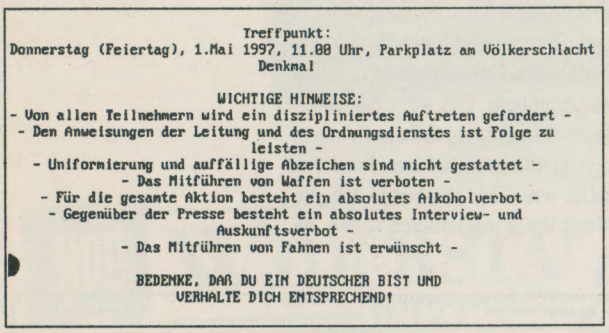
Es gab im Vorfeld Informationen, daß Kameraden aus dem Burgenlandkreis (Saaleck, Bad Kösen etc.) Propagandamaterial und Demo-Devotionalien (z.B.Waffen) bereits eine Woche vor dem 1. Mai nach Leipzig schleusen würden. Schon mehrere Wochen vor dem Demotermin inspizieren Gruppen das Gelände des Völkerschlachtdenkmals. Am 6.4. kamen ca. 40 Personen aus Hamburg und Bremen auf dem Hbf. an und fuhren mit Taxen zum Völkerschlachtdenkmal. Vermutlich hatten sie die Aufgabe, Ordnungsaufgaben zu übernehmen. Bei dem sich abzeichnenden Verbot, und dem notwendigen Umdisponieren der NPD/JN Kundgebung verbreiteten die nationalen Infostellen Euphorie und heizten die Stimmung unter den Kameraden mit Meldungen an, daß Einfahrtsstraßen und NPD/JN Schleusungspunkte von "Eingreiftrupps" bis zu Hundert Mann, bestehend aus trainierten Kurden in von Parteigeldern bezahlten Bussen (4), von den Gegendemonstranten eingesetzt würden. Deren Kampfziel soll sein, die nationalen Kameraden ordentlich zu vermöbeln. Das wäre das einzige, was in Leipzig auf die Kameraden zukommen würde, denn das BGR wäre der Meinung, daß die Nazis ruhig marschieren sollen, da ein Demoverbot das Problem nur verdrängen würde. Vorsorglich wird geraten, sich wegen der Eingreiftrupps nur in Gruppen in und nach Leipzig zu bewegen.

Ein wichtiges Problem, was man bei den Rechten durch die Katz- und Maus Spiele zum Heßmarsch immer mehr perfektioniert hat, ist die Beherrschung des Informationsflusses. Hier hat man durch das Internet, das Thulenet die verschiedenen Nationalen Infotelefone, Netzwerke und mobole Funktechnik die Möglichkeit geschaffen, einer großen Anzahl von Gesinnungsgenossen einen schnellen Zugang zu den aktuellen Informationen zu geben. Zudem nutzen die Nationalen Parteien

```
Datum      : MO 28.04.97, 10:32  (erhalten: 29.04.97)
Groesse    : 1848 Bytes
-------------------------------------------------------------------------
Hi!

Diese Meldung fand ich auf der Homepage der Nationalen unter
http://members.aol.com/dieNationa/index.htm

< -- Zitat Anfang -- >

  ---------------------------------------------------------------

Linke Greiftrupps in Leipzig ?
Ein kleiner Tip an die Kameraden, die nach Leipzig kommen wollen. Sie sollten
sich nur in grossen Gruppen durch die Stadt bewegen. Letztens wurde
beschlossen, Greiftrupps einzusetzen, die die Einfahrtsstrassen und die
Schleusungspunkte überwachen. Das sind etwa zehn Trupps a 20-30 Mann und zwei
mehr jeweils an die hundert. Für letztere wurden von einer Partei sogar vier
Busse angemietet.

Die Gruppen bestehen zum grossen Teil aus Kurden, die regelmässig trainieren.
Die Aufgabe dieser Leute ist, jeden Nazi, der sich in der Stadt zum 1.Mai
blicken lässt, ordentlich zu vermöbeln. Das ist im grossen und ganzen das
einzige militante, was euch erwartet. Im BGR ist man mittlerweile so weit,
dass man sagt, die Nazis sollen ruhig marschieren. Ein Demoverbot verdrängt
das Problem nur. Deshalb setzt man auf zahlenmässige Überlegenheit. Es werden
mehrere Gegendems und Kundgebungen in der Stadt stattfinden, zu denen mehrere
10000 Leute
erwartet werden. Dazu wird es noch einige Überraschungen geben.
  ---------------------------------------------------------------

< -- Zitat Ende -- >
```

Vorsicht bei der Ankunft in Boom-Town: Kamikaze-Kurden kochen Klatzen!!!

das Internet ausgiebig, um über ihre politischen Ziele zu informieren und Interessenten in die Aktivitäten einzubeziehen. Bei den Infotelefonen ist von einer regionalen Arbeitsteilung auszugehen, obwohl die NPD auch öfters an den JN Bundesverband verweist. Einzelpersonen, die über Mobilfunk verfügten und als Informationsstellen fungierten, stellten sich außerdem als recht mit-


Treffpunkt:
Donnerstag (Feiertag), 1.Mai 1997, 11.00 Uhr, Parkplatz am Völkerschlacht Denkmal

WICHTIGE HINWEISE:
- Von allen Teilnehmern wird ein diszipliniertes Auftreten gefordert -
- Den Anweisungen der Leitung und des Ordnungsdienstes ist Folge zu leisten -
- Uniformierung und auffällige Abzeichen sind nicht gestattet -
- Das Mitführen von Waffen ist verboten -
- Für die gesamte Aktion besteht ein absolutes Alkoholverbot -
- Gegenüber der Presse besteht ein absolutes Interview- und Auskunftsverbot -
- Das Mitführen von Fahnen ist erwünscht -

BEDENKE, DAß DU EIN DEUTSCHER BIST UND VERHALTE DICH ENTSPRECHEND!

Nix quatschen, saufen, stechen wenn du deutsch!

teilungsfreudig heraus und waren für Desinformationen dankbar. Am Abend des 30.4. waren die Internet Seiten der JN und der "Nationalen", die Infos zur Demo enthielten, jedoch plötzlich nicht mehr erreichbar, beschwerten sich Kameraden vier Tage nach der großen Show per Infonetz. "Auch mehrere Mobilfunk-Telefone von Aktivisten funktionierten plötzlich nicht mehr. Alles Zufälle??", fragt man sich. (Aber auch die Antifa meldet solche Mobilfunkerlebnisse, natürlich in Richtung NPD/JN Aktivitäten).

Auf den "Leistet Widerstand jetzt" Aufrufen zum 1. Mai wurden dann an die Kameraden Verhaltensvorschriften abgegeben, die so schön sind, daß es sich lohnt, sie vollständig vorzustellen: "Von allen Teilnehmern wird ein diszipliniertes Auftreten gefordert. Den Anweisungen der Leitung und des Ordnungsdienstes ist Folge zu leisten. Uniformierung und auffällige Abzeichen sind nicht gestattet. das Mitführen von Waffen ist verboten. Für die gesamte Aktion besteht ein absolutes Alkoholverbot. Gegenüber der Presse besteht ein absolutes Interview- und Auskunftsverbot. Das Mitführen von Fahnen ist erwünscht." Und, "Bedenke, daß du ein Deutscher bist und verhalte dich entsprechend", was immer das auch Bedeuten soll...

Auf das Anmeldungshickhack hin appelierte man im Internet eindringlich: "Lassen Sie sich auf keinen Fall von irgendwelchen Falschmeldungen von ihrer Teilnahme an der Demonstration in Leipzig abhalten... Hören Sie nicht auf die Medien, denn dann wäre das Ziel der Systempresse, den nationalen Widerstand zu schwächen, erreicht! Richten Sie sich nach den Anweisungen Ihrer Organisatoren vor Ort!" Gerade solche Aufforderungen sind Beweis, daß die regionalen Strukturen, so klein oder lächerlich sie auch sind, im Ganzen eine wichtige Funktion erfüllen.

Eine wesentliche Rolle spielte natürlich auch die Plakatierung von Aufrufen bzw. Propagandamaterial. Über Anzeigen in der Deutschen Stimme wurden zu kameradschaftlichen Preisen Flugblätter, Aufkleben und Plakate angeboten. Die NPD Leipzig verteilte Flugblätter am Arbeitsamtund plakatierte noch einmal kurz vor dem ersten Mai, vor allem in den nördlichen Stadtbezirken, aber auch in Connewitz, in der Prager Straße, in Reudnitz, Leutzsch und den östlichen Stadtbezirken. Plakate der Gegendemonstrationen wurden teilweise mit "NPD" oder "Rote Ratten-verpißt euch" überklebt. Desweitern kam es massiv zum Einsatz von Aufklebern, vornehmlich in Straßenbahnen, auf Zigarettenautomaten, Laternebmasten u.ä.

Prinzipiell orientierte man auf die Anreise mit angemieteten Bussen und privaten PKW. Das Nationale Infotelefon Mitteldeutschland (Sitz in Gotha) bot Busplätze für national gesinnte Demonstranten an (Abfahrt Gotha 7 Uhr für 20 Mark). Auch die Leipziger Aktiven sollen mehrere Busse (3) angemietet haben, um am 1. Mai flexibel reagieren zu können.

Die JN-Berlin wollte geschlossen mit einem Zug nach Leipzig kommen, egal ob die Demo verboten wird oder nicht. Daß es im deutschnationalen Lager interne Auseinandersetzungen gab (zwei Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Kameradschaftsführern aus Wittenberg und Berlin) erschwerte die Mobilisierung der Brandenburger Kameraden sicher.

Nach eigenen Angaben nahmen Tausende nationaler Aktivisten stundenlange Auto- oder Busfahrten, Polizei- und linken Terror in Kauf, um für eine nationale und soziale Politik einzutreten. "Sie haben dafür auch noch viel Geld bezahlen müssen."

Schwierigkeiten hatten die Reisenden im nationalen Auftrag auch mit Bus- und Reiseuntenehmen. Hier ermittelte man den Staatsschutz (in Form von uniformierten Polizisten!), der Verrsuche unternahm, Busunternehmen zum Bruch ihrer Reiseverträge zu überreden. Dabei sollen "erhebliche Einschüchterungen vorgenommen und Drohungen ausgestoßen worden sein".

In einem Nachbearbeitungspapier, das mehr an die Berichterstattung eines Abenteuerurlaubs erinnert, als an eine Analyse der eigenen Aktivitäten, wird die "aufgezwungene konspirative Vorgehensweise" (natürlich durch die staatlichen Abfangmethoden) betont, die einen Aufmarsch der Nationalen Aktivisten behinderte. In mutmachenden Worten am Abschluß des Papieres wird jedoch aufgefordert, sich weiter zu organisieren und "flexibel" zu sein.

Trotz hoher finanzieller Aufwendungen (man berichtete von Hunderten bereitwilligen Spendern) bekam die NPD/JN eine geregelte Organisation nicht auf die Reihe. Man profitierte von der Eigeninitiative der erfahrenen Kader und dem Aktionismus der rechten Jugendlichen in den entsprechenden Regionen. Zu nennenswerten mobilen Aktivitäten ostdeutscher Gruppen kam es nicht. Die Ortlichen Parteigruppen der NPD hier bekamen die "normale" Bevölkerung unter den starken Gegenaktivitäten nicht auf die Straße. Auch propagandistisch erschienen die regionalen Kader nicht in den Medien, was man bei der Mobilisierung zur Antidrogendemo am 21.3.92 noch recht gut zu Stande brachte.

Auf dem Gehirnkarussel der NPD

Auch wenn der 1. Mai sicher nicht im Goldenen Buch der Bewegung landen wird, hat er doch für die extreme Rechte allgemein und die in unserer Region seine Bedeutung.
Allgemein läßt die Repression durch Justiz, Staatsgewalt, Antifa, sowie die politischen und ideologischen Gegenaktivitäten die rechten Aktivisten noch enger zusammenrücken und ihre Argumentationsmasche von der unterdrückten Opposition weiter greifen. Erfahrungswerte der Kader aus solchen Aktionen können außerdem zu einer Verhärtung der Standpunkte und Vorgehensweisen gerade der hiesigen, jungen (vielleicht noch naiven) Nationaldemokraten führen und sie für die Brachiallösungen der militanten Rechten zugänglich machen. Auch wenn es sich sicher beim 1. Mai für die Nationalen um einen Mißerfolg handelt, sie ihr politisches Tagesziel nicht erreicht haben, erregten sie Aufmerksamkeit, ziehen sie die Aufmerksamkeit der rechten Sympatisanten auf sich (weg von Reps und DVU) und tragen so unterschwellig zu einer Sammlungsbewegung bei, die auf politischer und Parteiebene eher schleppend vorankommt. Auch Jugendliche, die für rechtes Gedankengut empfänglich sind, ob aus Protesthaltung oder Überzeugung, bieten die Aktivitäten Orientierungspunkte und haben ihre ideologische Wirkung, denn das Zurückdrängen des "Nationalen Widerstandes" kam mehr durch Verbote und äußeren Druck zustande, als durch überzeugende Argumente und nachvollziebare Fakten oder erlebbare Erfahrungen. Im Gegenteil kann hier oberflächliches Gerechtigkeitsgefühl und die Ablehnung von diversen Antifaaktivitäten eher Sympatien für die Rechten erzeugen. Trotz alledem hat die NPD in Leipzig und der Region wieder einen schwereren Stand, schon allein aus dem Umstand heraus, daß den gegendemonstranten ein breites Bündnis gelungen ist, das sich potentiell gegen die NPD Aktivitäten ausgerichtet hat. Die Aufgabe der NPD in Leipzig wird voraussichtlich in den nächten Monaten erst einmal sein, den verlorenen Boden wett zu machen, die eigene Ausgansbasis wieder zu stärken und zu motivieren und dann erneut in die Offensive zu gehen. In dieser Defensivposition der NPD liegt eine realistische Chance, der militanten und deutsch-nationalen Rechten mit demokratischen und gewaltfreien Mitteln ernsthaft das Wasser abzugraben.
Zitate:
"Je größer die Not im Volke, desto sicher das Einkommen als Funktionär. Die nationale Opposition sollte daher die soziale Not zu ihrem Thema machen und das Feld nicht den Abzockern in Politik und Wirtschaft überlassen. Nationale Solidarität nicht nur am 1. Mai, sondern an jedem Tag im Jahr."
Nationale Info Zentrale Hamburg
"Willkommen im Polizeistaat Deutschland... Jetzt erst recht für ein freies demokratisches Deutschland!! Dies war erst der Anfang - viele Tausende wollten an der heutigen Demo teilnehmen - doppelt so viele wie in München. Die nächste Demo des Nationalen Widerstandes kommt bestimmt. Machen auch Sie mit. Arbeiten Sie mit, damit das Unrecht ein Ende hat!"
NPD Statement
"Grundrechte - Tschüß und weg... Kurz gesagt: Eine bankrott-erklärung. Nach diesem Eingeständnis des Versagens müßte die sächsische Landesregierung eigentlich geschlossen zurücktreten. Vermutlich wird sie aber - bis auf weiters - weiterwurschteln wie bisher."
Thule-Homepage
"Jetzt trete ich erst recht für die NPD ein!"
Abschlußsatz eines NPD Erlebnisberichts

Lehmann in der Grube saß da und schlief... (bis der DGB ihn wachküßte)

Gegen den Aufmarsch der NPD gab es Gegenaktivitäten aus mehreren Richtungen.
Als Triebfeder der Aktivitäten kann man von Anfang an das Bündnis gegen Rechts zählen. Von ihm wurde das Problem an andere Kreise herangetragen und es hat mit Druck auf die Notwendigkeit von Gegenreaktionen hingewiesen. Das Bündnis (ein Zusammenschluß von Vertretern aus Parteien, Projekten etc.) , die sich zur Vorbereitung der Gegenaktivitäten regelmäßig in Soziokulturellen Zentren im Süden Leipzigs treffen konnten, wurde eine Unterschriftenpedition ausgegeben. Zitat: "Es wurden in Leipzig über 80 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen angeschrieben und aufgefordert, einen Aufruf gegen den Faschoaufmarsch zu unterschreiben und sich an unseren Vorbereitungstreffen zu beteiligen. Die Resonanz beim ersten Treffen war ziemlich gut. Es wurde geplant eine gemeinsame antifaschistische Demonstration (die übrigens

Au, au, au: "Ein rechtsextremes Potential ist mir hier (in Leipzig, d. A.) nie begegnet."

Leser widersprechen Leipzigs OBM Lehmann-Grube

Das Kirschberghaus ist ein Tollhaus der Neonazis

Zum Interview „Leipziger sollten die NPD durch Nichtachtung strafen" (25. April)

Wenn Leipzigs Oberbürgermeister, Herr Lehmann-Grube, dessen Engagement für einen friedlichen 1. Mai ich nicht schmälern will, in diesem Interview verkündet, daß ihm ein rechtsextremes Potential in unserer Stadt noch nie begegnet sei, dann muß ich ihn eines Besseren belehren.

Der JBV-Treff im Kirschberghaus in Leipzig-Grünau ist ein wahrer Hort der „Rechten". Die Jugendlichen und Erwachsenen, die sich dort treffen, geben das nicht allein durch ihr Äußeres bekannt (Bekleidung, Frisur, Baseballschläger, neuerdings sogar ein Kampfhund), sondern lassen auch des öfteren markiges Sieg-Heil-Geschrei ertönen, singen die abgewandelte Form des Horst-Wessel-Liedes, schießen fast allabendlich in die Luft, rasen mit ihren Autos und parken diese auf der als Fußgänger- und Fahrradweg gekennzeichneten Straße vor dem Kirschberghaus (der Normalbürger hätte dies als Ordnungswidrigkeit zu büßen).

Die „Rechten" verlangen von ihren Mitmenschen Toleranz – eigentlich der blanke Hohn, denn selber verletzen sie täglich die Normen des Zusammenlebens. Nach 22 Uhr wird laut gegrölt, so daß die Anwohner keine Ruhe finden. Flaschen fliegen in die Grünanlagen, Papierkörbe werden umgestoßen, der Spielplatz gleicht einer Trümmerstätte.

Vielleicht sollte Herr Lehmann-Grube seinen Bürgermeister Tiefensee, der ja für Jugend, Schule und Sport verantwortlich ist, aber nicht verstehen kann, daß immer mehr Menschen erfolgreich gegen Jugendklubs klagen, öfter nach Grünau schicken, um sich das Spektakel der „Rechten" anzusehen und anzuhören. Viele Bürger sind über das Treiben rund um das Kirschberghaus wütend und haben Angst. *E. B., 04209 Leipzig*

In die Seite getreten und mit Flaschen geschlagen – einer mußte ins Krankenhaus

Zum gleichen Interview

Bezugnehmend auf das Interview mit unserem Oberbürgermeister, wonach in Leipzig keine rechtsextremistische Gefahr bestehe, möchte ich folgendes Erlebnis schildern:

Am Mittwoch, den 23. April 1997, wurde ich und drei weitere Jugendliche gegen 19.30 Uhr in der Straßenbahnlinie 15 zwischen den Haltestellen „Schönauer Ring" und „Am Kirschberg" von angetrunkenen Jugendlichen überfallen. Die beiden Kahlgeschorenen trugen „White-power"- und schwarz-weiß-rote Aufnäher – offensichtliches Zeichen, daß sie zur Neonazi-Szene gehören. Sie schlugen auf zwei von uns mit Flaschen ein und traten meinem Freund mehrmals in die Seite. Er mußte für drei Tage ins Krankenhaus.

Auch wenn wir glimpflich davongekommen sind, möchte ich Herrn Lehmann-Grube doch einmal darauf aufmerksam machen, daß sich solche Überfälle von Neonazis in Leipzig häufen und jeden treffen können. Ich jedenfalls benutze die Straßenbahn nur noch mit größter Vorsicht. Daß wir gerade zwischen den beiden Haltestellen überfallen worden sind, ist sicher kein Zufall, denn in der Nähe befindet sich das Kirschberghaus, in dem sich Neonazis ungehindert treffen. Vermutlich wollten die Täter gerade zu diesem Treffpunkt.

Wir fordern die Leipziger Bürger auf, bei Gewalt – egal an welchem Ort – nicht wegzusehen, sondern einzugreifen und sich gegen neonazistische Erscheinungen zur Wehr zu setzen. So, wie es auch Herr Lehmann-Grube im Aufruf gegen die dann letztlich doch verbotene Demonstration der NDP am 1. Mai in Leipzig zum Ausdruck gebracht hat.

L. W, 04205 Leipzig

(Die Namen und Anschriften der Absender sind der Redaktion bekannt)

Das druckt sogar die LVZ: in der Neighbourhood dampft die braune Scheiße.

schon vor der Anmeldung des Faschoaufmarsches beim Ordnungsamt Leipzig angemeldet wurde) zu organisieren, die 9 Uhr von der K. Eisner Straße Ecke Karl Liebknecht Str. über den Leuschner- zum Sachsenplatz führt. Von dort wollen wir mit den TeilnehmenrInnen der DGB und PDS Kundgebung versuchen, den Aufmarsch der Faschos zu verhindern" (BGR 13.3.)

Am 2. 4. hatten bereits über 100 Leipziger Projekte, Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet und diesen Aufruf als Handzettel "Gemeinsamer Aufruf an alle Antifaschistinnen, Antifaschisten, Demokraten und Demokratinnen" verteilt. Das BGR brachte Gruppen vom DGB, der PDS bis hin zur Autonomen Antifa zusammen und koordinierte deren Aktivitäten unter den Schwierigkeiten der Bündnispolitik. Es wurde ein eigener Demoaufruf in Umlauf gebracht und eigene BGR Plakate geklebt.

Eigene Aufrufe hat der DGB, die PDS, die IG Metall, autonome Antifagruppen, der Studentinnenrat der UNI Leipzig, die Sozialistische Aktion/AKP u.a. ausgegeben. Mehrere Institutionen veröffentlichten "Offene Briefe". In einem solchen Offenen Brief an den OBM Lehmann Grube haben die Fraktionschefs von CDU, DSU und FDP "uneingeschränkte Unterstützung zur Verhinderung des Aufmarsches" (!) zugesichert. Der Brief ist auch von Vertretern der Kreisverbände von CDU und FDP unterschrieben worden. Zuvor hatte bereits das Bündnis/Grüne die Stadt aufgefordert, die NPD Demo zu untersagen. Ein Aufruf gegen die NPD Versammlung wurde von Biedenkopf, Kunkel, Landesbischhof Kreß, DGB Sachsencheff Lucassen u.a. unterzeichnet. Pfarrer Führer rief zum Friedensgebet in die Nikolaikirche und auch eine tradionelle Demo um den Ring und eine Menschenkette (beides DGB) wurde angekündigt. Die SPD Fraktion im Stadtrat, die PDS und die IG Metall haben den geplanten Aufmarsch außerdem verbal verurteilt.

Das verhalten der Stadt war gekennzeichnet von Unentschlossenheit wegen der brisanten Rechtslage und dem moralischen Ansinnen, dem NPD/JN Aufmarsch etwas entgegen zu setzen. Das Ordnungsamt verschanzte sich hinter der öffentlichen Sicherheit und verbot vorschnell die Aktivitäten der NPD und der Gegenveranstaltungen. Dadurch war man gezwungen die Ordnung/Sicherheit-Gefährdung - Schiene zu fahren, die man notgedrungen den Gegendemonstranten zuschustern mußte. Man versuchte die Situaton mit Verboten in den Griff zu bekommen.

Innensenator Jörg Schönbohm (Berlin) warnte erneut davor, Rechte zu Märtyrern zu machen. Ohne Gegendemonstrationen liefen deren Aufmärsche "ins Leere". Sein Rezept gegen erneute Zusammenstöße zwischen Rechten und Linken: "Wenn eine JN Demo nicht verboten werden könne, dann solle die Gegendemonstration wo anders statt finden". Lehmann Grube schlägt in die selbe Kerbe. In groß aufgemachten Interviews zeichnet er zuerst ein völlig falsches, verharmlosendes Bild der Aktivitäten der NPD in Leipzig, und wirkt defacto den Bündnisbestrebungen gezielt entgegen, indem er die antifaschistische, demokratische Bevölkerung zum Ringelbietz auf den Sachsenplatz dirigiert. "Dennoch sollten überzeugte Demokraten und Antifaschisten der Veranstaltung nicht allzuvie Aufmerksamkeit schenken und dadurch das ganze womöglich noch hoch puschen... Es hat mich überrascht, daß die NPD Leipzig als Veranstaltungsort auswählte, zumal die NPD als Partei hier überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Hier werden vermutlich auch die Parolen der NPD nicht auf fruchtbaren Boden fallen... Was die NPD Führung dazu bewogen hat, was die damit bezwecken wollte, das weiß ich nicht." (JW 16.4.)

Lehmann gelingt das Meisterstück Antifaaktionen in ihr Gegenteil umzuwandeln: "Zum Völkerschlachtdenkmal zu gehen, davon kann ich den Leipzigern nur abraten. Dort muß man mit Ausschreitungen rechnen. Außerdem möchte ich verhindern, daß man durch erhöhte Aufmerksamkeit, sei es auch in oppositioneller Absicht das Geschäft der NPD betreibt." Völlige im Gegensatz zu den NPD Aufrufen fachsimpelt Lehmann Grube: "Es ist doch offensichtli0ch im Sinne der NPD, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Sie wird damit rechnen, daß ihr hier heftiger Gegenwind entgegen schlägt. Krawall und Skandal liegen gerade in der Absicht der NPD. Dazu sollten die Leipziger nicht beitragen, sondern sie durch Nichtachtung strafen." Er rät den Leipzigern also das Wegsehen und scheint darin auch schon recht gute Erfolge erzielt zu haben: "Ein rechtsextremes Potential ist mir hier (in Leipzig) nie begegnet. Meines Wissens ist die NPD in Leipzig nicht in Erscheinung getreten und es gibt auch keine besondere Atmosphäre in der sich die Anhänger etwa zu Hause fühlen könnten." (LVZ)

Lehmann Grube scheut davor, durch Taten Farbe zu bekennen, sondern er will im Prinzip bloß Ruhe haben in seiner Stadt. Er will mit seiner Stadt nicht ins politische Gerede kommen, zu sehr für oder gegen die NPD/JN zu sein, will aber auch vor seinen Parteifreunden und Sympatisanten nicht das Gesicht als prinzipienfester cooler Demokrat verlie-

ren. So interpretiert er die politische Situation in seiner Stadt je nachdem, wie die Gegenseite Argumente liefert. Spielt er die NPD noch im Vorfeld herunter und steckt dafür Kritik ein, macht er später als DGB Aufruf Unterzeichner Zugeständnisse und argumentiert mit seiner Nicht-beachten-Taktik. Vor den rechtlichen Instanzen führt er die gewaltbereiten Gegendemonstranten vor, die ihn zwingen, die Demo zu verbieten. Ebenso werden die Gegendemonstranten bei der Aussprache der NPD/JN Führung im Ordnungsamt vorgeschoben. Zudem schwebt ja das Monster der 40 000 DGB Freunde, die auf der zentralen gewerkschaftskundgebung erwartet werden über der Stadt.

Der DGB hat sich gegenüber des Bündnisses lange Zeit unklar verhalten. Dem Wunsch den BGR Aufruf zu unterzeichnen und eventuell den Text des BGR in ihrer traditionellen 1. Mai Anzeige zu veröffentlichen wurde nicht nachgekommen. Der DGB setzt nicht auf eine politische Verhinderung des Aufmarsches der NPD. Er lehnt es ab, Teil eines antifaschistischen Bündnisses zu sein, sondern setzt auf eine parallele Veranstaltung unter dem Motto "Leipzig Courage zeigen". Dazu lenkt er seine Zentrale Kundgebung von Zwickau nach Leipzig. Prominente Unterzeichner des DGB Aufrufes sind neben Lucassen, Biedenkopf, Lehmann Grube, Christian Führer, Kunkel (SPD), C. Müller (Grüne), P.Porsch (PDS) u.a., sowie Erich Loest. Dieser meint:"Leipzigs Straßen sind berühmt. Leipzigs Starßen bleiben den Nazis von heute versperrt. Wir wollen ihre Kriegsflaggen nicht sehen und ihr Gegröle nicht hören. Die Weimarer Republik ging unter, weil es nicht genügend Republikaner gab, die sie schützten. Heute ist das anders, und in unserem Leipzig sowieso. der 1.Mai 97 ist nicht wie jeder andere. Im Herbst 89 schaute die Welt auf diese Stadt. Wir haben eine Tradition zu verteidigen und die Leipziger werden es tun, sicher in ihrem demokratischen Gefühl und in ihrer Würde. Manchmal muß man diese Dummköpfe ein wenig einsperren, wenn nötig wird die Polizei das tun. Dann kommen sie sich als Märthyrer vor. Eines vertragen sie so wenig, wie der Teufel das Kreuz: daß man sie auslacht. Treiben wir sie mit einem gewaltigen Gelächter aus Leipzig hinaus." Daß der DGB nun seine Hauptveranstaltung in Leipzig durchführte, verursachte sicher das Hakenschlagen vom OBM und der gewerkschaftsnahen Organisationen in Richtung "Keine Gewalt" Demonstration. Dem DGB ging es hauptsächlich darüm seine Maiveranstaltung erfolgreich über die Bühne zu bringen und seine Statements loszulassen. Sämtliche Aktivitäten wurden von nun an auf Landesebene organisiert, was den Einfluß auf die Bündnisaktivitäten, die zumindest von Teilen der IGM noch getragen wurde, erschwerte. Man erreichte jedoch, daß die Einzelgewerkschaften auf allen für einen NPD Aufmarsch relevanten Plätzen Leipzigs Veranstaltungen angemeldet haben.

Dem DGB reicht eine "deutliche Distanzierung" vom Aufmarsch der Rechten", meint der DGB Vorsitzende von Sachsen. Mit zunehmender Zeit entfernte man sich immer mehr vom Bündnis und fiel ihm durch Zusammenarbeit mit der Polizei direkt in den Rücken. So gab es Absprachen mit der Polizei, bei eventuellen Aufrufen durch Einzelpersonen, zum Völkerschlachtdenkmal zu gehen, mit den eigenen Ordnern und der Polizei, dieses zu verhindern. Zudem wurden Busnummern an die Polizei gegeben, um nur ausgewählte Busse mit willkommenen Kundgebungsteilnehmern durch die Polizeisperren zu schleusen. Die Initiativen der IGM Leipzig (eigener Aufruf: "Wehret den Anfängen!") im Rahmen des BGR von gewerkschaftlicher Seite etwas ins Bündnis einzubringen, wurden immer mehr erschwert und führten zur Angliederung der IGM an die DGB Aktivitäten, weil IGM Cheff Zwickel als Eintänzer auf dem Sachsenplatz gewonnen wurde. Somit wurde die Aufforderung von S. Merbitz (IGM Leipzig) vom 20.3. zur Frace, in der sie forderte "Schon dem Versuch, in Leipzig aufzumarschieren, muß widerstanden werden". (LN 7/97) Das Umkippen der IGM von der agierenden Kraft in die Betrachter/Opferrolle schaffte H.Düvel (Bezirksleiter) indem er am Vorabend des 1. Mai im LVZ Klartext Kommentar feststellt:"Auch wenn die Nazidemonstration stattfindet, von einem bin ich überzeugt: Die Polizei wird uns friedliche Kundgebungsteilnehmer vor Übergriffen schützen. Niemand muß Angst haben, daß er bei der Wahrnehmung seines Grundrechts behindert oder gar an-

Krawallmacher am Sachsenplatz: ob 35-Stundenwoche, Steuerentlastung für Arbeitnehmer oder durch Hippieismus zu mehr Gerechtigkeit - Zwickel, HLG, Lafontaine peitschten die Massen mit ihren Slogans geradewegs in die Bierzelte

Gemeinsamer Aufruf an alle Antifaschistinnen, Antifaschisten, Demokratinnen und Demokraten

Gegen den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig

Am 1. Mai wollen Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik in Leipzig aufmarschieren [illegible] ihre rassistische, menschenverachtende [illegible] fen alle[illegible]

Partei des Demokratischen Sozialismus PDS

Landesverband Sachsen
Landesvorstand

PDS-LV Sachsen, Großenhainer Str. 93, 01127 Dresden

ERKLÄRUNG

SACHSEN UND DIE BUNDES!

DGB läßt sich 1. Mai nicht nehmen

Großveranstaltung in Leipzig geplant / Absage an 32-Stunden-Woche

Leipzig (EB/S.H.). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will sich den 1. Mai nicht nehmen lassen. mehrere zehntausend Teilnehmer erwartet, auf jeden Fall in Leipzig veranstalten, so Lucas- ihnen diktieren lassen. Zentrale Fragen seien die horrend Arbeitslosigkeit, die Sicherhe

IG M

Überbewertung des geplanten Aufmarsches von Rechtsextremen am 1. Mai

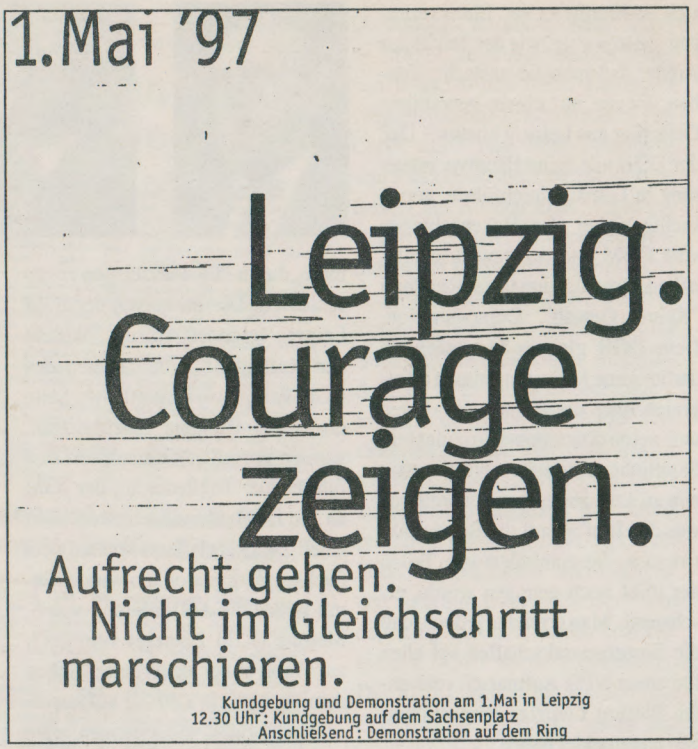
Leipziger sollten die NPD durch Nichtachtung strafen

Stadtoberhaupt ruft im Interview die Leipziger zur DGB-Kundgebung auf

Leipzig. Die NPD plant für den 1. Mai einen Aufmarsch in Leipzig. Am traditionellen Tag der Arbeit wird zeitgleich eine Großkundgebung des nes Erachtens die provokative Absicht auf der Hand. Ausgerechnet am 1. Mai und ausgerechnet in Leipzig eine solche Demonstration zu veranmöchte ich verhindern, daß durch erhöhte Aufmerksamkeit es auch in oppositioneller Absicht das Geschäft der NPD betreibt. Es

der Abschlußkundgebung der Rechtsextremisten in München, als mehrere tausend gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" demonstrierten, forderten Flugblätter dazu auf, am 1. Mai in Leipzig an einer Demonstration des "nationalen les" teilzunehmen. Gleichlautende Aufrufe für die vom Bundesvorstand der Jungen mokraten beim Leipziger Ordnungsamt angemeldeten Veranstaltung existieren im d wurden auch schon vor dem Leipziger Arbeitsamt verteilt. Über die Info-Telefone extremisten wurden bereits in den

Wer nicht sehen, hören und fühlen will, zeigt Courage auf Leipziger Art - und "treibt sie (die rechten Dummköpfe, d.A.) mit einem gewaltigen Gelächter aus Leipzig hinaus!" E. Loest, hiesiger Wiseguy im arty Bürgeraufruf



gegriffen wird."
Die PDS reagierte sofort auf die Ankündigungen der NPD Demonstration und stellte über einen Landtagsabgeordneten den Antrag zu einer Gegendemonstration. Die PDS, inkl. der PDS Leipzig unterstützte vom Anbeginn das BGR (auch finanziell) und übernahm Vermittlerfunktionen. Das BGR formuliert in einer ersten Nachbetrachtung vom 5.5.:"Die PDS ist eher beim BGR beteiligt als integriert, was aus einer Unklarheit über den Stellenwert des Politikfeldes Antifaschismus in der Partei hervorgeht. Generell war das Verhältnis von weniger Unklarheiten und Reibungspunkten bestimmt, als noch zu Zeiten der Wurzen Demo." Die Fraktion der PDS stellte betreffs der NPD Demo auch eine Anfrage an den Stadtrat. Auf eigenen PDS Leipzig Plakaten riefen sie zur Maiveranstaltung und der mittlerweile als Auftaktdemo deklarierten Demonstration von der Eisner Straße zum Sachsenplatz, an der dann auch PDS Cheff Bisky teilnahm. Bei Bekanntwerden der Zentralen Maikundgebung schwenkte sie auch dorthingehend ein und stellte P. Porsch als Mitunterzeichner des zentralen 1. Mai Aufrufs.
Die Autonome Antifa, die sich auch im BGR wiederfand organisierte auch über das Bündnis hinaus Aktivitäten. Hier mobilisierte man Gruppen bundesweit zu Antifaaktionen und bereitete sich durch Mobilität auf die flexibel reagierenden NPD/JN Initiatoren vor. Es ging vornehmlich, ähnlich wie bei den Gegenaktionen zum Heßgedenkmarsch darum, an den Deutschnationalen dran zu bleiben, egal wohin sie sich bewegen und ihnen gar nicht erst die Straße zu überlassen. Die Gruppen arbeiteten relativ eigenständig und ihre Abwesenheit am 1. Mai sorgte für etwas Konfusität unter den losen Antifagrüppchen, die ebenfalls am 1. Mai in Leipzig unterwegs waren,

Was sie schon immer genauer wissen wollten, aber nur oberflächlich erfahren konnten

Die Ankündigung der NPD/JN, am 1. Mai in Leipzig marschieren zu wollen, hatte nicht nur angestrengte Überlegungen der Stadtväter, ob und mit welcher Begründung ein Verbot ergehen könnte, lebhafte Diskussionen hinsichtlich des Für und Wider eines solchen Verbotes in Antifakreisen und eine bundesweite Gegenmobilisierung durch das BgR zur Folge. Es kam auch zu einem wahren Klebekrieg und zahlreichen Aktionen, sowohl von Leuten aus dem Antifaspektrum, als auch von der NPD/JN und ihren Sympathiesanten.
Am auffälligsten waren dabei die zahlreichen Plakate und Spuckies, die über Wochen das Stadtbild und die Wagenzüge der LVB prägten (und noch prägen). Die verschiedenen Gruppen, die zur Verhinderung des Naziaufmarsches aufriefen, behielten letztlich die Oberhand. Durch kontinuierliches Kleben ersetzten sie die oftmals schon am nächsten Tag wieder abgerissenen Aufrufe und Aufkleber immer wieder. Allein von den Plakaten des BgR wurden 11.000 verklebt. Noch am 30. April wurde entlang der von der NPD/JN angemeldeten Demoroute in Stötteritz flächendeckend von Antifas plakatiert. Positiv zu vermerken ist, daß von Seiten kultureller Veranstalter Solidarität insofern geübt wurde, daß deren Teams die BgR - Plakate nicht überklebten. Streß mit Polizei und verwirrten Einzeltätern blieb jedoch nicht aus. So wurde ein Klebeteam der Antifa eine Stunde von der Polizei festgehalten und ausgefragt. Die Beamten glänzten mit dem Vorwurf der Sachbeschädigung und mit der sonst unüblichen Begründung, politische Plakate müßten von ihnen überprüft werden. In der Nacht vom 19. zum 20. April überfielen rechte Glatzen PDS - Mitglieder, die in Reudnitz Plakate klebten und schlugen sie krankenhausreif.
Auch im Rahmen einer Flugblattaktion in Wahren gab es einen Verletz-

ten. Im Umfeld der dort gelegenen Wohnung von NPD - Funktionär Jürgen Schön wurden Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung über die Gefährlichkeit der Aktivitäten und Ziele der NPD auch im Zusammenhang mit dem 1. Mai aufklärten und dazu anregen sollten, etwas dagegen zu unternehmen. Bei einem überraschenden Angriff zweier Neonazis wurde einem Antifaschisten der Arm gebrochen. Da die angesprochenen Bürger die Flugblätter durchaus mit Interesse entgegennahmen und den Wahrener Rechten verdeutlicht werden sollte, daß auch weiterhin antifaschistische Aktionen in "ihrem Kiez" stattfinden, wurden bei einer späteren Aktion massiv Plakataufrufe zur Verhinderung der NPD/JN Demonstration am 1. Mai geklebt und Aufrufe wurden verteilt. Doch auch bei anderen Vorfällen wurden die "Reviergrenzen" überschritten. Am Abend des 14. Mai wird in Grünau eine Gruppe rechter Jugendlicher von Vermummten, die Flugblätter gegen den NPD/JN - Aufmarsch verteilten, auf Arme und Rücken geschlagen. Im Anschluß statten 4 Vermummte dem als Treffpunkt rechter Jugendlicher in Grünau bekannten Kirschberghaus einen Besuch ab.

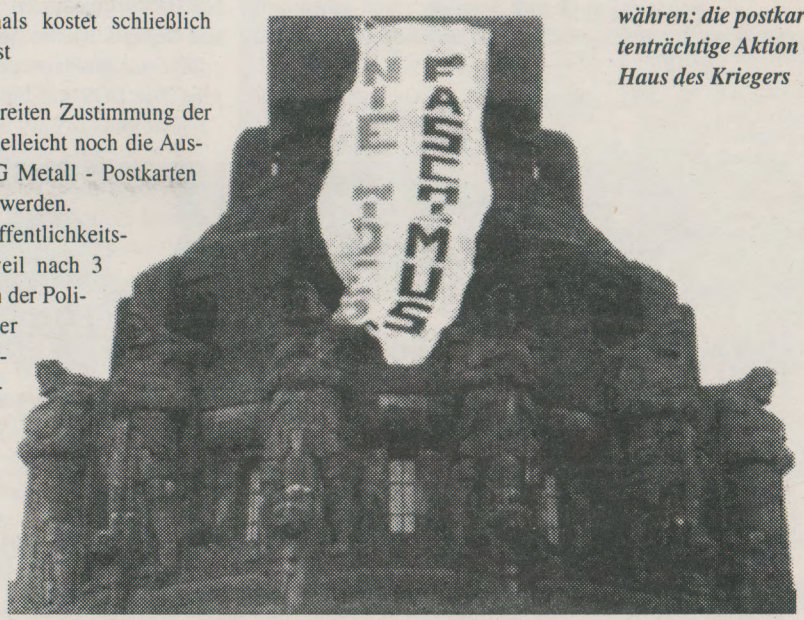
Die Vertreter rechten Gedankenguts zeigten dagegen vermehrt Präsenz am Connewitzer Kreuz. Mitte April wird dort einer jungen Frau am Nachmittag (!) mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen. Die Täter fahren daraufhin mit dem Auto davon. Ein von der Autonomen Antifa am Connewitzer Kreuz angebrachtes Transparent "Kein Fußbreit den Faschisten" avancierte in rechten Kreisen zur begehrten Trophäe. Wurde es beim ersten Mal noch unbemerkt zu nächtlicher Stunde entwendet, konnten - inzwischen hing dort ein neues Transpi - beim nächsten Mal sieben Personen beobachtet werden, die sich am Kreuz vor dem heruntergeholten Transparent und anschließend vor der nato mit zum Hitlergruß erhobenen Händen fotografieren ließen. Diese Aktion konnte nicht verhindert werden, da sich die jungen Akteure sehr beeilten. Ihr Ziel, einen ihrer Mitstreiter sicher zu seinem Wohnsitz am Connewitzer Kreuz zugeleiten, verfehlten die Insassen eines JN - Klebebusses. Der Kamerad bekam von wütenden Antifas auf die Mütze, der Bus wurde beschädigt und von den eingetroffenen Polizisten angehalten, die Insassen verhaftet - dumm gelaufen. Kurz vor dem 1. Mai wurden 8 Trophäenjäger beim dritten Versuch von 5 Antifas verjagt. Eine erneute Mutprobe könnte sich für sie als komplizierter erweisen, da die Autonome Antifa sich inzwischen mit roter Farbe auf weißem Grund verewigt hat.

Die wohl aufsehenserregendste und medienwirksamste Aktion fand am Nachmittag des 30. April statt. Eine Gruppe von 6 Leuten aus IG Metall, AG junge Genossen der PDS und kommunistischer Gruppierungen Sachsens besetzte das Völkerschlachtdenkmal, verbarrikadierte sich und entrollte ein 6 mal 20 Meter großes Transpi mit der Aufschrift "Nie wieder Faschismus". Aufgrund des brutalen Vorgehens von 200 Polizisten des SEK, die die Türen des Gebäudes zertrümmerten und die Leute bei vorgehaltener MPi festnahmen, dauerte die Aktion statt der geplanten 24 Stunden nur eine _ Stunde. Zivilpolizisten kappten sofort die Seile des Transparents, ohne Rücksicht darauf, ob daran Menschen hängen könnten, um sich abzuseilen. Der Sturm des Monuments war von den Einheiten im Vorhinein trainiert worden. Gegen die Akteure ergingen Anzeigen wegen schweren Hausfriedensbruchs - das Betreten des Denkmals kostet schließlich Eintritt. Trost spendet neben der breiten Zustimmung der Leipziger vielleicht noch die Aussicht, auf IG Metall - Postkarten verewigt zu werden.

Weniger öffentlichkeitswirksam, weil nach 3 Stunden von der Polizei wieder entfernt, waren an Autobahnbrücken befestigte antifaschistische Transparente, entsprechende Sprühereien halten und wirken hoffentlich länger.

Spuckies sind out - Aufkleber in. Das dachte sich wohl die Autonome Antifa und hatte damit absolut recht - sie klebten und kleben noch fast überall!

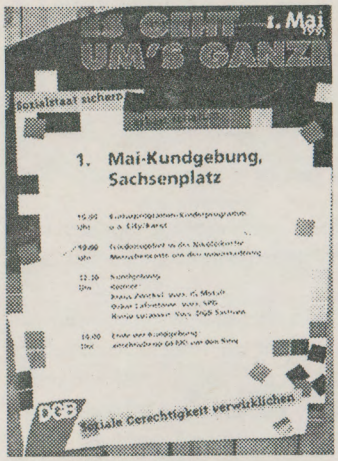
Die Lufthoheit beanspruchten am 1. Mai nicht nur Polizeihubschrauber und der über seinen Schäfchen kreisende Hinrich; die PDS stellte ein Flugzeug, das ein Spruchband "Leipzig - kein Platz für Nazis" über den Himmel zog. Ob dem so ist, wird die Zukuft zeigen. Plakatieren, - kleben und öffentlichkeitswirksame Aktionen über die "Reviergrenzen" und über den ersten Mai hinaus, sind auf jeden Fall geeignet, den NPD/JN Anhängern, Gesinnungsgenossen und rechten Mitläufern ihren Kiez streitig zu machen und bei der Leipziger Bevölkerung Präsenz zu zeigen. Deshalb: Kontinuität, dran bleiben und die durch den ersten Mai bei vielen freigesetzte Energie und Phantasie bewahren und weiterhin umsetzen.

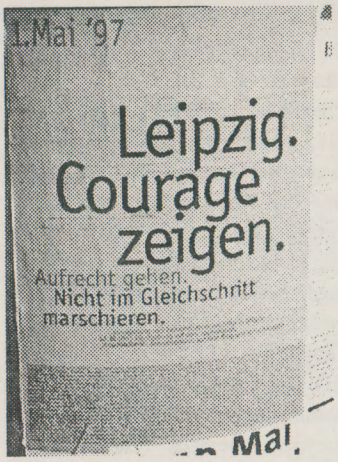


Viel zu gut, um lang zu währen: die postkartenträchtige Aktion am Haus des Kriegers

Was sie schon immer im Vorbeirennen übersehen haben und jetzt endlich vor's Gesicht bekommen

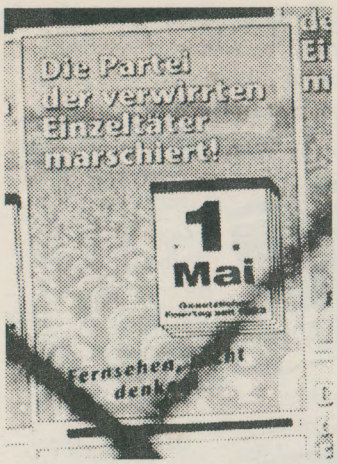
v.l.o.n.r.u.: DGB, Loest-Biedenkopf-Prinzen und Co., Autonome Antifa, Offensive in und bei der PDS, PDS und MLPD

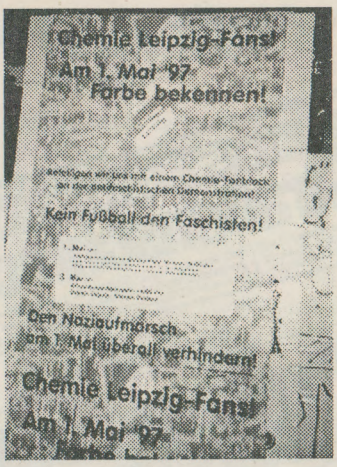




Bei den Plakatierungsaktivitäten im Vorfeld kam es den NPD Aktiven und ihren Gegenaufrufern natürlich darauf an, durch das Kleben ihrer Plakate an attraktiven Stellen der Stadt, so viel wie mögliche leute über ihre geplanten Aktionen zu informieren und zu mobilisieren. Zudem war der 1. mai ja auch noch der 1. mai, also der Kampftag der Arbeiter, an dem sich traditionell ein ganzer teil von Organisationen verpflichtet fühlt, auf ihre Politischen Forrderungen aufmerksam zu machen und für diverse Veranstaltungen zu werben. Zahlenmäßig waren die NPD Initiatoren mit ihrem Einheitsplakat der Plakatinvasion ihrer Gegner unterlegen und sahen sich nicht lange im genuß des Anblicks ihrer Plakate. Im Vorfeld des 1. Mai kamen auch massiv Aufkleber mit gängigen NPD Parolen, JN Aufkleber und Deutscher Jugend Bund Aufkleber zum Einsatz. Diese waren schnell wieder von Bürgern beseitigtworden bzw. durch die der gegenseite ersetzt worden. In rechten Reihen spezialisierte man sich dann auf das Abreißen von gegenaufrufplakaten und Aufklebern.

Fast flächendeckend wurden die Plakate des BGR geklebt. Sie waren neben Plakaten der Offensive (Jugendorganisation der PDS), einem selbstgebasteltes Plakat der Antifa, einem Plakat des Chemie Leipzig-Fanblock Plenum die einzigen, die direkt zu einer Verhinderung des NPD Aufmarsches aufgerufen haben. Doppelfunktionen, zum 1. Mai und Gegenaktivitäten gegen Rechts erfüllte nur ein Plakat der PDS Leipzig. Der DGB kündigte für seine zentrale Veranstaltung in Leipzig mit zwei Plakaten nur die Mai-Kundgebung auf dem Sachsenplatz an. Klassische Mai-Plakate lieferte die PDS (rote Karte gegen Bonner Politik) und die MLPD .Arbeiter aller Länder - 6 Stundentag bei vollem Lohnausgleich. Zur NPD/JN Demo riefen nur Plakate " Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" und identische Aufkleber der JN. Für Verwirrung sorgte ein Plakat mit der Aufschrift: "Die Partei der verwirrten Einzeltäter marschiert. 1. Mai gesetzlicher Feiertag seit 1933. Fensehen, nicht denken!" (Hintergrund Wehrmachtsparade zum Reichsparteitag) Dieses Plakat wurde von Teilen der Antifa dem rechten Spektrum zugeordnet wurde. Vorwurf: Unterstützt die soziale Schiene der NPD/JN. Prinzipiell sind alle Plakate optisch





v.l.n.r.: Bündnis gegen Rechts, unbekannt, Chemie Leipzig-Fans

untergegangen im Leipziger Plakatewald, denn sie unterschieden sich kaum von den gängigen Werbe-, Veranstaltungs- und Tourplakateten. Dabei heraus fällt das BGR Plakat (in Orange und Blau), das massiv geklebt wurde, aber nur schwer zu entziffern war. Die DGB Plakate (auch in Orange bzw. Kasperbunt) verlangten auch viel Zeit bzw. Phantasie, sie mit dem 1.Mai in Verbindung zu bringen. Noch am nächsten dran am klassischen Arbeiterrot war die PDS Leipzig mit der Mainelke und mit dem allgemeinen Plakat "Rote Karte für Bonner Politik". Das Geld für dieses inhaltslose und austauschbare Plakat wäre beim BGR sicher besser angelegt gewesen.

Was sie schon immer hörten, aber nie glaubten: Don't believe the hype!

In der Berichterstattung der Medien im Vorfeld zeichnete sich ab, welche Bedeutung diese dem Fakt eines Aufmarsches von Rechtsextremen in der Stadt schenkten. Nicht zuletzt sind sie ein wichtiger Faktor, welche Informationen die Leute erreichen und welche Denkansätze vorgegeben werden.

Die für Leipzig maßgebliche Presseagentur, dpa, hatte sich entschlossen keine inhaltlichen Meldungen über den geplanten Aufmarsch der NPD zu verbreiten. Dies hatte sicherlich zum Ziel den NPDlern keine propagandistische Schützenhilfe zu leisten. Ein Ansatz der bei Demonstrationen der Größenordnung, wie sie sich in Leipzig abzeichnete, nicht zu verantworten ist. Andere Presseagenturen wie AP und ddp/ADN waren für das Thema aufgeschlossener. Deren Meldungen wurden entsprechend in lokalen Medien wiedergegeben.

Da es in Leipzig nur eine bürgerliche Zeitung gibt, die halbwegs journalistische Ansätze pflegt und dazu nur ein Blatt der Boulevardpresse (Beide aus dem gleichen Haus - also keine echte Konkurenz vorhanden.), ist es in dieser Stadt schwer, durch Meinungsvielfalt auf breiter Ebene Diskussionen zu entfachen, ein der Sache würdiges politisches Klima zu erzeugen und durch konstruktive Forderungen breiten Druck auf die politischen Gremien der Stadt und ihrer Behörden auszuüben. Da die LVZ bei vielen Lesern immer noch von ihrer DDR Einheitsorgan-Position profitiert, also die meisten Leute obrigkeitshörig glauben und tun, was in dieser Zeitung steht, hat die Zusammenarbeit gerade mit diesem Blatt große Bedeutung. Unglücklicherweise orientiert sich die LVZ auch bei lokalen Themen an den Vorgaben der Presseagentur dpa. So dauerte es relativ lange, bis selbst recherchierte Artikel über die Hintergründe in das Blatt Eingang fanden.

Aber in Leipzig und der Region gibt es ja auch noch andere Medien. Dabei trennten sich wirklich die, die wirklich kontinuierlich mit Fakten und Neuigkeiten über die Aktivitäten im Vorfeld berichteten, von denen, die nur auf Sensation des Tages, in diesem Falle dem Aspekt "gewalttätige Auseinandersetzungen" aus waren.

Die Pressegruppe des BGR stellte in dieser Beziehung eine der wesentlichsten Informationsquellen dar, welche Presseinformationen herausgab, Pressekonferenzen veranstalte te und über ein Pressebüro Auskunft

1. Mai in Leipzig

Polizeibeamte mit kugelsicheren Westen und Helmen formieren sich zu einer Gruppe Autonomer an der Prager Straße ein.

Foto: S. WILLNOW

4500 Polizisten verhindern Chaos

Leipzig – Es war einer der größten Polizei-Einsätze in Leipzig! 4500 Beamte waren im Einsatz. Sie verhinderten größere Ausschreitungen von rechten und linken Chaoten. Trotzdem wurden etwa 300 Personen in Gewahrsam genommen.

Der 1. Mai in Leipzig – Seite 3

1. Mai in Sachsen
Angst vor Straßenschlachten
1.Mai Die Polizei rechnet mit dem Schlimmsten
SACHSEN
1.Mai Gibt's eine Schlacht am Völkerschlachtdenkmal?
Messestadt Leipzig
Polizei hielt linke und rechte Chaoten in Schach
Gut gemacht, Jungs!
Völkerschlachtdenkmal ist bereits abgeriegelt
Von SVEN HEITKAMP

Warzone L.E.?
Won't you believe the hype?

gab. Der Verwaltungsapparat verfolgte anfangs mit seiner Öffentlichkeitsarbeit das Ziel, die Dimension des Aufmarsches zu verschleiern. Um die Bevölkerung zu beruhigen, versprach das Ordnungsamt: " Wir werden die NPD Demonstration auf jeden Fall verbieten."

Die Behörden traten kaum mit nennenswerten Neuigkeiten über geplanten Aktivitäten der NPD an die Öffentlichkeit. Zumindest spiegelten sich diese weder über die Presse noch über "aktuelle" Informationen der politischen Instanzen bzw. der Stadtverwaltung wieder, die diese nutzen konnten, um ihr Verbotsansinnen ohne das Vehikel Rechts-Linksgewalt durchboxen zu können. Die gesammelten Erkenntnisse bezogen sie scheinbar aus der Presse oder Informationen aus den Szenepostillen, sowie den interessegeleiteten "Neuigkeiten" vom Verfassungsschutz. Wie wenig auf diese Verlautbarungen gegeben werden konnte, zeigte sich, als im Zuge des zweiten Verbotes die Zahl der erwarteten NPD Demonstranten von unrealistischen 2000 auf 7500 schnellte.

Das BGR Angebot der Pressekonferenzen wurde von einer recht großen Anzahl von Medien angenommen. Das BGR sprach nach seiner ersten Pressekonferenz von einer guten lokalen Pressebeteiligung, deren Vertreter dann auch in der Folge den Kontakt mit dem BGR hielten und über die Entwicklungen berichteten. So berichtete die LVZ kontinuierlich über das Thema, sowohl über die Informationen aus dem BGR, als auch über das, was so im Rathaus lief. (Das hatte man zu anderen Gegebenheiten ja schon anders erlebt, als das Blatt sich selbst zum Propagandaorgan der gängigen Politik gemacht hatte.) Bild berichtete knapp über den neusten Stand der Entwicklungen und konzentrierte sich gewohnt populistisch auf seine Spezialstrecke "Linke=Rechte" (16.4.) bzw. Gewalt (Schlacht am Völkerschlachtdenkmal blabla im Vorfeld). Der KREUZER brachte einen kleingedruckten Hinweis auf den BGR Aufruf in seine April Ausgabe, Wochenkurier und die Sächsische Zeitung brachten kurze Meldungen, das Amtsblatt besang idiotensicher die Lehmann Grube Linie und druckte neben dem Aufruf zur zentralen Maikundgebung einen knappen Veranstaltungsfahrplan (Schwerpunkt Sachsenplatz und Nikolaikirche...)

Leipzigs Neue brachte ebenfalls Artikel zum Thema und druckte eine Erklärung des PDS Landesvorstandes Sachsen mit den Abschlußworten "Kein Fußbreit den Faschisten!". Das KLAROFIX druckte den Flugblatt-"Aufruf zu Gegenaktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch am 1.Mai in Leipzig" und titelte mit dem Aufruf "Verhindern wir den Naziaufmarsch mit allen Mitteln". Wie auf den Bündnisplakaten bildete man aber marschierende rechte Glatzen ab, statt eigene Stärke zu demonstrieren. Das "CEE IEH" forderte mit seinem April Titelblatt auf, den Nazis die Straße in Einzelteilen zurück zu geben. Leipzig Fernsehen und mdr Fernsehen hielten sich im Vorfeld stark zurück. ENERGIE bezog seine Neuigkeiten wie gewohnt aus der LVZ.

Überregional erschienen Artikel aus dem Umfeld des BGR in der "SOZ", der "ak", "Was geht ab?", "Blick nach rechts" sowie der "JW". Desweiteren brachten TAZ, das ND, die Wochenpost, SPIEGEL und andere Blätter kleine Artikel.

Kontinuierlich thematisierte die Junge Welt die NPD/JN und deren Aufruf zum 1. Mai in Leipzig. Sie berichtet umfangreich und gezielt in Richtung der Gegenaktivitäten.

Eine Woche vor dem 1. Mai nahm auch das Interesse der Medien zu. Zur letzten Pressekonferenz des BGR tauchten dann auch neue Gesichter auf. Nach dpa Meldungen "Gewalt ist zu erwarten" waren vor allem die lokalen Radiosender stark am Thema "Gewalt" in Leipzig interessiert. Hatten sie bei der ersten Pressekonferenz die inhaltlich richtige Agenturmeldung mit O-Tönen bekräftigt, ließen sie diese jetzt weg und beschränkten sich auf die falsche Meldung.

Gelang es im Vorfeld zumindest teilweise mit den Regionalmedien zusammenzuarbeiten, berichteten die Medien am tag nach dem 1. Mai in gewohnter Manier: Polizeiverlautbarungshörig und unter Ausblendung jedes Hintergrundes. Die dankeshymne an die Polizei war an die-

"... noch ein richtig schöner Tag geworden!"

Der 1. Mai in Leipzig stand unter zwei Zeichen: dem klassischen Arbeiter- Kampftag und der Verhinderung des NPD Aufmarsches.
Um die Demonstrationsverbote am Völkerschlachtdenkmal durchzusetzen, wurde das Gelände um das Monument herum, schon am Vortag von ca. 1000 Polizisten besetzt und aufwendig eingezäunt. Diese 1000 Polizisten gehörten zum Aufgebot der 4500 Bürgerschützern, die die Stadt hermetisch abriegelten. Eine Gummiknüppellänge vom Völkerschlachtdenkmal entfernt, in der Messehalle 20 bezogen Truppenteile aus Rheinland Pfalz und Schleswig Holstein Nachtquartier. Am Vorabend motiviert man sich mit Bier, Berti's Buben, Skat und Partyservice-Pizza. Während man hier ausruhte, stürmen 200 Mann eines Sondereinsatzkommandos mit MPi im Anschlag das Denkmal auf dessen Plattform 6 Personen ein Transparent "Nie wieder Faschismus" entrollt hatten. Um erneuten Aktionen vorzubeugen blieb am nächsten Tag das Völkerschlachtdenkmal für den Besucherverkehr gesperrt.
Mit der Bestätigung des erlassenen Verbot durch das Oberverwaltungsgericht in Bautzen gegen 18.00 Uhr brachen alle Pläne der politisch beteiligten zusammen. Sowohl die NPD/JN Kameraden, als auch die Antifaschisten müssen herausbekommen, wo marschiert wird. Die Infotelefone aller Parteien laufen heiß.

In Alternativprojekten der Stadt verstärkt man den Schutz vor Überfällen. Gegen 20.00 Uhr marschieren mehrere Hundertschaften der Polizei in Kampfmontur durch Connewitz um die Bewohner der Stöckartstraße auf zwei queer stehende Autos hinzuweisen und hinterlassen bei vielen Anwohnern Irritation.
Die ganze Nacht hindurch melden die nationalen Infotelefone Aufmarschpläne für verschiedene Städte im gesamten Bundesgebiet und führen so die Kameraden zu den Schleusungspunkten. Für den Westen war das Bad Hersfeld, im Osten Potsdam und später Cottbus. In Chemnitz sammelten sich sich bereits am Abend größere Gruppen von nationalem Demofutter, ein Kriesenstab der Polizei wurde gebildet.
Gegen 3 Uhr fahren Busse der NPD/JN aus Essen und Dortmund Richtung Kassel und werden auf der Autoraststätte von der Polizei abgefangen und nach Hause geleitet. Dort wird ein Teil der Insassen in Gewahrsam genommen. Gegen 4.00 Uhr entscheiden sich einige Antifagruppen nicht mehr weiter nach Leipzig zu mobilisieren, sondern zum Schleusungspunkt nach Bad Hersfeld. In den Morgenstunden werden Busse von Antifas in Berlin festgehalten , Leibesvisitationen finden statt.
Die Polizei hatte schon gegen 1.00 Uhr ihre Kontrollstellen um Leipzig aufgebaut. Auf den Zufahrtsstraßen wurde in die Autos gefilmt und die Bilder an die Kontrollstellen gesendet.
Auf Radio PSR sagte der Sächsiche Innenminister in den Morgenstunden im Widerspruch zum Gerichtsentscheid, das Verbot der NPD/JN Demo sei wegen der zu befürchteten Straftaten der Partei und oder ihres Anhanges ergangen.
7.00 Uhr meldet der Nationale Widerstand in Cottbus eine Demo an, die sofort verboten wird, woraufhin die schmollenden Nationalisten nur noch mit Racheakten drohen können.
7.30 Uhr entscheidet das Delegiertentreffen der Gegendemonstranten in Leipzig, daß sich alle Leute, die gewillt sind, den NPD Aktivisten auf den Fersen zu bleiben, sich um 9.00 Uhr zum erneut in der Karl Tauchnitz Straße zu treffen.
An den Zufahrtsstraßen nach Leipzig werden Busse der NPD von Polizeikontrollen mit Maschinenpistolen zurückgeschickt. Gegen 8.30 Uhr fahren einige von diesen nach Grimma. Etwa zur selben Zeit werden mehrere Wagen mit NPD Anhängern in der Nähe von Bad Hersfeld von Polizei gestoppt und festge-

Da ist es ja am Völkerschlachtdenkmal noch richtig gemütlich geworden, gell?

Der photogene Bullenkessel um die Antifas, die an der Prager Straße zum Zuge kamen

halten. In Leipzig treffen sich die ersten kurzhaarigen Bomberjackenträger und auch eine Anzahl nicht diesem Klischee entsprechende NPDler zum nationalen Bier mit Fahne am Völkerschlachtdenkmal. Kurz zuvor sammelten sich Gruppen von Leipziger Kameraden auf dem Hauptbahnhof. Als die erwartete Verstärkung nicht eintraf, zog man wieder ab.

Um 9.00 Uhr startet die Bündnisdemo in der Karl Liebknecht Straße Ecke Kurt Eisner Straße in Richtung Leipziger Innenstadt. Zeitgleich trafen sich hunderte Antifas in der Karl Tauchnitz Straße. Ein Teil von ihnen fuhr in Richtung mutmaßlicher NPD-Ausweichkundgebungen nach Süden aus der Stadt. Der Rest der Leute stößt zur Bündnisdemo auf der Liebknechtstraße, die auf 3 bis 4000 Personen anwächst. Auf dem Sachsenplatz stößt der Zug auf Bratwurstduft und die Veranstaltung der Zentralen Maikundgebung. Die Klänge der Combo City zerschlagen ab 10.00 Uhr die Bündnisdemo gewaltlos.

Derweil marschieren in Grimma ca. 200 NPD/JN Anhänger eine halbe Stunde ungehindert durch die Stadt und lösen die Demonstration danach selbst auf. Das Handy von Udo Voigt (NPD Vorstizender) wird auf einer Raste bei einer Polizeikontrolle beschlagnahmt. Er leistet den Beamten einige Zeit Gesellschaft.

Seit 10.15 Uhr war der Aufmarschort unter den NPD/JN Aktivisten bekannt: Hannoversch Münden. Ca. 300 Rechtsextreme aus dem Kaderumfeld behindern eine Abschlußkundgebung der DGB Demo von 100 Teilnehmern. Die Polizei ist mit sieben Verkehrspolizisten im Einsatz,nach kurzer Zeit nur noch mit sechs. Steffen Hupka, ehemaliger NF Kader, heute JN Funktionär, hält eine zehnminütige Ansprache. Eine Gruppe der Nationalen löst sich vom Geschehen und marschiert hinter einem Transparent "Arbeit macht frei".

Die Polizei versucht einzugreifen, es gibt mehrere verletzte Beamte. Die Demonstration löst sich mit dem Eintreffen und Eingreifen von einigen Antifas auf. Wiking Jugend Liedermacher Rennicke wird verletzt. SEK ist ebenfalls im Anrollen. Die Polizei nimmt nach eigenen Angaben 120 Teilnehmer des Aufmarsches und 5 Antifas fest. Auf abfahrende Antifas wurde seitens der verhinderten demonstranten Schüsse abgegeben.

Nach Hannoversch Münden zieht der desillusionierte Rest durch die Metropole Borgdorf. In Aschaffenburg gelingt es nur einigen Wenigen (15) aufzumarschieren. Vier vollbesetzte Busse werden von der Polizei abgewiesen. Im Hessischen Aalsfeld können 150 Rechtsextreme eine Kundgebung durchführen.

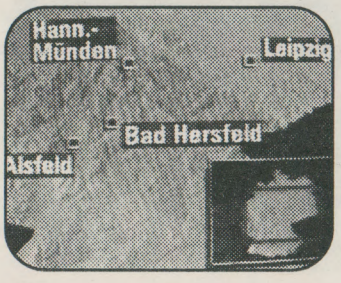
In Leipzig am Völkerschlachtdenkmal werden an die siebzig Rechte durch die Polizei kontrolliert. Sie bewegen sich auf der Prager Straße in Richtung Innenstadt.

Vom Sachsenplatz aus sind Grüppchen von Antifas Richtung Völkerschlachtdenkmal unterwegs. Ca 11.00 Uhr (während in Skt. Nikolai das Friedensgebet zum 1. Mai tobt) versucht die Gruppe Rechter auf der Prager Straße einige herumstehende Antifas anzugreifen. Daß sich, verdeckt durch eine Straßenbahn, etwa 200 Teilnehmer der Bündnisdemo aus der Innenstadt näherten, wurde ihnen zum Verhängnis. Daraufhin griff die Polizei ein, macht bis zur Russischen Kirche Jagd auf Antifas und kesselte ca. 170 von ihnen im Park ein. Ein Mädchen wurde von der Polizei verprügelt und einem Fotojournalisten gingen zwei Kameras zu Bruch. Anschließend wurden die Leute in Gewahrsam genommen. Es gibt 5 Festnahmen. In diesem mehrere Stunden andauernden Kessel und das USK filmte die Leute. Am Ende gab es 3 Verletzte.

Es gibt immer wieder Auseinandersetzungen am Bahnhof.

Viele Gruppen von Gegendemonstranten bewegen sich zwischen Leipziger Innenstadt, Connewitz und Völkerschlachtdenkmal, denn einzelne Häufchen von rechten Prollglatzen und NPD Fußvolk standen bis zum Abend biertrinkend an Imbißbuden und Tankstellen im Umkreis des Völkerschlachtdenkmals. Etwa zeitgeleich zu den Ereignissen

Snapshots from the television screen (v.l.n.r.):
- bewaffnet mit MPi am Messestadteingang
- Focus Deutschland: wohin die Nazis fuhren
- der disziplingemahnte NPD-Mob packt die Knüppel nach verabreichter Haue in Hannoversch Münden aus



in der Prager Straße kam es auf der Richard Lehmann Straße an der Brücke zwischen Tabaksmühle und Connewitz zu Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten, die sich Richtung Völkerschlachtdenkmal bewegten, und der Polizei. Gegen 13.00 fährt ein PKW mit nationalem Inhalt in eine Menschengruppe und verletzt eine Person am Knie.

Um 14.00 Uhr konzentrieren sich Polizeiktäfte vor dem Hauptbahnhof, denn dort erwarteten Antifas einen Zug aus Richtung Berlin, in dem sich Rechtsextreme befinden. Es gab Auseinandersetzungen.

Die Entusiasten der DGB Kundgebung, die mittlerweile Redebeiträge unter dem Motto "Es geht ums Ganze" über sich ergehen ließen und eine Menschenkette um den Ring wegen Personalmangels nicht zustande brachten, schlürfte zu dieser Zeit auf der Zielgeraden. (Man wollte mit der Menschenkette symbolisch die Demokratie schützen.- Schade, nicht geklappt.) Die in den Medien gehypte Zahl von 20 000 Teilnehmern belief sich am Ende der Route gerade mal noch auf 4000.

14.30 Uhr sammeln sich mehrere hundert Antifas auf dem Marktplatz. Noch während die Polizei massiv Einsatzkräfte zusammenzieht, löst sich die Ansammlung wieder auf.

16.15 Uhr gibt es Randale von Rechten in einer Gartenkneipe in Leipzig.

17.30 Uhr gibt es zwischen etwa Hundert Antifas und Polizei am Messegelände Streß. Im Anschluß werden Leute auf dem Heimweg aus einem Linienbus heraus verhaftet.

Im Gegensatz zu den Innenstadt-Mainstreamkneipen, die um ihr Mobilar bei Auseinandersetzungen fürchteten und am 1. Mai dicht machten, fanden am Abend in allen alternativ-kulturellen Zentren Konzerte, Barbetrieb usw. statt, um diese bei zu erwartenden Angriffen durch Rechte zu schützen. Ein gemeinsamer Flyer mit allen Veranstaltungen wurde in Umlauf gebracht. Zudem wurde mit dem Einbrechen der Dunkelheit der Schutz von Häusern und Treffpunkten verstärkt. Eine große Gruppe Personen hielt sich am Connewitzer Kreuz auf. Einen Anschlag auf ein Wohnhaus in Connewitz gab es gegen Mitternacht. Auf der Wolfgang Heinze Straße kamen zwei Fahrzeuge aus Richtung Süden und warfen im Fahren drei Brandflaschen auf die angrenzenden Häuser von denen eine explodierte. Sie verfehlten jedoch ihr Ziel. Ein parkender Mittelklassewagen fing Feuer und brannte aus.

In Leipzig wurden am 1. Mai ca. 200 Personen in Gewahrsam genommen, davon 50 NPD/JN Anhänger und 150 Gegendemonstranten. Diese wurden in der Gefangenensammelstelle Paunsdorf und in der U-Haft Anstalt Beethofenstraße festgehalten. Antifaschistinnen und verhinderte Demonstrantinnen wurden in gemeinsamme Zellen gesperrt.

Die Leute wurden schubweise wieder frei gelassen, die letzten genen 1.00 Uhr früh. Die in der Beethovenstraße wurden die ganze Nacht bis zu Morgen hin entlassen. Am Mittag des 2. Mai gab es nach Polizeiangaben keine Inhaftierten meht.

Auf den Zufahrtsstraßen nach Leipzig wurden den ganzen Tag Rechte und Gegendemonstranten zurückgewiesen. Die Kontrollen waren sehr intensiv, so wurden Tätowierungen, Aufnäher und Aufnäher kontrolliert. Antifas mußten Aufnäher mit zerschlagenem Hakenkreuz abtrennen, sowie T-Shirts mit Aufdrucken "Deutschland verrecke" wurden zur Überprüfung auf Verfassungsgemäßheit konfisziert. Kontrollierte und abgelehnte Busse wurden mit gelber Wasserfarbe an den Reifen gekennzeichnet.

Auch auf die kurdischen Antifas aus dem vor Wochen von der Soko Rex heimgesuchten Asylunterkunft in Bahren, wurde ein scharfes Auge geworfen. Einige von ihnen beteiligten sich an der Sachsenplatzkundgebung und wurden später von der Polizei in gewahrsam genommen und von einheimischen Inhaftieren isoliert. Anschließend mußten sie sich im Gegensatz zu den anderen bis auf die Unterwäsche in ihrer Zelle entkleiden.

Lehmann Grube sah sich das ganze Theater aus der Hubschrauberperspektive an und meinete am Nachmittag im Leipzig Fernsehen: "Doch noch ein richtig schöner Tag geworden."

Im Verlauf des Tages gab es an verschiedenen Orten im Bundesgebiet Aktivitäten. Bei Berlin wurden drei Anschläge auf Bahnleitungen verübt und der Fernverkehr Richtung Hannover beeinträchtigt. Es gab Bekennerschreiben mit dem Inhalt, daß der Naziaufmarsch in Leipzig verhindert werden sollte. In Rostock wurden 60 "Naziskins" bei dem Versuch eine DGB Demo anzugreifen festgenommen. In Dresden gab es 28 Festnahmen von Rechten, die in der Innenstadt randaliert und nationalsozialistische Parolen gerufen haben. Auch in Cottbus und Borna kam es zu rechten Aktivitäten.

Wie die ELF-Tankstelle am Völkerschlachtdenkmal mit viel Bier den NPDlern ihre Niederlage vergessen machen half...

Snapshots from the television screen (v.l.n.r.):
- klare Aussagen in Hannoversch Münden
- NPDler in Bewegung: vom Völkerschlachtdenkmal zur City
- NPD am Boden

DGB-Bundesvorstand
PF 101026
4001 Düsseldor

Offener Brief über die Zusammenarbeit mit dem DGB-Sachsen zum 1. Mai 1997

Liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter!

Wir, das Leipziger Bündnis gegen Rechts, wenden uns an Euch mit der Bitte, auf einige bedenkliche Tendenzen zu reagieren, die während der Vorbereitung der Genaktivitäten zu dem geplanten Aufmarsch der NPD/JN in Leipzig deutlich wurden.

Es ist unsere tiefste Überzeugung das solcherlei Aufmärsche auch in Zukunft nur verhindert werden können, wenn alle antifaschistischen Kräfte gemeinsam ihre gesellschaftliche Macht demonstrieren. Der Deutsche Gewerkschaftsbund gehört für uns aufgrund seiner Traditionen zu jenen demokratischen Organisationen, von denen wir Engagement gegen neo-nationalsozialistische Aktivitäten erwarten. Die Politik des DGB Sachsen war in dieser Hinsicht für uns sehr ernüchternd. Es liegt uns fern der politischen Entscheidung, den Faschisten nicht am Ort ihres Aufmarsches entgegenzutreten, sondern zeitlich und räumlich getrennt Präsenz zu zeigen, die antifaschistische Grundüberzeugung abzusprechen. Was uns irritiert, ist der Umgang Eurer Kolleginnen und Kollegen mit anderen antifaschistischen Kräften. Dies um so mehr, als die gewerkschaftlichen Planungen für diesen Tag den Aufmarsch der NPD/JN erst mit in Betracht zogen, als unsererseits mehrfach sehr nachdrücklich auf das Vorhaben der Rechtsextremisten und seine Dimension hingewiesen wurde.

Es ist nicht zu leugnen, ohne unsere Hinweise und Forderungen wären die sächsischen Gewerkschaften nicht in der Lage gewesen, auf diesen geplanten Aufmarsch zu reagieren. Wir empfanden die Weitergabe dieser Informationen als eine Selbstverständlichkeit. Diese Selbstverständlichkeit sehen wir durch das Verhalten der Gewerkschaften in Frage gestellt. Der DGB trieb - einmal aufgeschreckt - seine Planung weiter, ohne seinerseits uns über den Stand der Vorbereitungen zu informieren oder gar in eine organisatorische und politische Debatte einzutreten. Dieser Ausdruck mangelnder politischer Kultur verstärkte sich durch die Vorbereitungstreffen anderer Gruppen, an denen sowohl Vertreterinnen und Vertreter unseres Bündnisses als auch des DGB teilnahmen. Auch dort war eine Koordination des antifaschistischen Widerstandes mit dem DGB nicht möglich.

Einziges Ergebnis der indirekten Verhandlungen mit dem DGB war die kategorische Weigerung, Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einem abweichenden Konzept bei den DGB-Veranstaltungen Rederecht zu gewähren. Eine Weigerung die vor jeder inhaltlichen Auseinandersetzung stand, da inhaltliche Auseinandersetzungen nicht geführt wurden. Was an Aufrufen durch den DGB veröffentlicht wurde, deckte sich immerhin bis in den Wortlaut mit unseren, den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zur Verfügung gestellten Ansichten.

Wir konnten dann nur noch zur Kenntnis nehmen, daß es Absprachen des DGB mit der Polizei gab, nach denen die Busse der Gewerkschafter vor Vorkontrollen bewahrt wurden. Ein Angebot diese Praxis auch auf die Anreisenden zu anderen Demonstrationen mit antifaschistischem Anspruch zu erweitern, wurde weder vom DGB noch der Polizei an uns herangetragen.

Es hat hoffentlich nicht erst der bitteren Erfahrung in Hannoversch Münden bedurft, um Euch zu verdeutlichen, daß es keine Trennung zwischen "guten" und "bösen" Antifaschistinnen und Antifaschisten geben darf. Wir verstehen die Angst der Teilnehmenden an der DGB-Veranstaltung, die zur Aufgabe des öffentlichen Raumes gegenüber den Rechtsextremisten führte. Unsere und - so hoffen wir - auch Eure Hochachtung gehört allerdings jenen Menschen, die dem Spuk ein Ende bereiteten, ehe die Polizei sich dazu in der Lage sah. Es gibt Situationen, in denen ist nicht der Staat, sondern gesellschaftliche Gegenwehr gefragt.

Einen politisch nicht hinnehmbaren Affront stellt deshalb die Absicht dar, Menschen von Ordnern und der Polizei aus den Gewerkschaftskundgebungen entfernen zu lassen, die angereiste Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über alternative Pläne zur Verhinderung des Aufmarschs der NPD/JN informieren wollten. Es steht einer demokratischen Organisation, wie der Euren, nicht gut zu Gesicht, dieses Minimum an Pluralismus vermissen zu lassen.

Wir fordern Euch auf, die Voraussetzungen dafür wieder herzustellen, daß auch in Zukunft breite antifaschistische Bündnisse mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften möglich sind. Es muß zur politischen Kultur einer Massenorganisation gehören, auch außerhalb ihrer Strukturen politische Diskussionen zu führen. Einen Alleinvertretungsanspruch für antifaschistische Politik können Eure Bemühungen in Leipzig und am 1. Mai überhaupt jedenfalls nicht begründen. In Zeiten von Rekordarbeitslosenquoten muß es auch für Euch von entscheidender Bedeutung sein, daß Arbeitsmarktpolitik nicht zu einem Feld der Fremdenfeindlichkeit verkommt.

Mit antifaschistischen Grüßen

Jan Rudisleben
Bündnis gegen Rechts

Was sie schon immer sagen wollten, weil sie alle vorigen Seiten gelesen haben, aber noch keine Zeit zum resümieren hatten

Am 2. Mai war es dann klar. Das Verbot des NPD/JN-Aufmarsches und seine Bestätigung durch alle Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte die organisatorische Leitung des vor allem ostdeutschen Jugendmobs, der sich als Avantgarde der rassistischen Bereinigung des deutschen Arbeitsmarktes versteht, hart getroffen. Die vorbereiteten Alternativen, um "auf jeden Fall zentral (zu) marschieren", konnten nicht umgesetzt werden. Kein einziger größerer Aufmarsch hatte stattgefunden. Die nationale ostdeutsche Jugend war völlig verschwunden. Abgesehen von den inzwischen in Eigeninitiative agierenden Kameradschaften des Muldentalkreises, die eine halbe Stunde in Grimma ihr Unwesen trieben, zeigte sich, da NPD und JN noch nicht in der Lage sind, das Potential im Osten organisatorisch zu beherrschen.

Medienwirksam war lediglich die Randale in Hannoversch Münden. Dort demonstrierten die Kameraden des Steffen Hupka unter der offen nationalsozialistischen Losung "Arbeit macht frei", warum der DGB gut daran täte, sie auch als sein Problem zu begreifen. Außerdem zeigten sie, daß die vom Oberverwaltungsgericht in Bautzen zur Verbotsbegründung herangezogenen "gewaltbereiten Skinheads", die in Leipzig zu erwarten gewesen wären, nicht reine Verfassungsschutzfiktion waren. Wie wenig das der NPD/JN in ihrem Bestreben ntzt, als ordentliche, friedliebende Partei anerkannt zu werden, ist offenkundig. Immerhin haben Hupka und Konsorten mit ihrem Hang zum Nationalsozialismus schon mehr als ein Organisationsverbot ber sich ergehen lassen mssen. Das sich die 300 Kameraden dann auch noch von 50 Antifas aus der Stadt jagen lassen, gibt sie zusätzlich der Lächerlichkeit preis.

Die ersten Reaktionen der NPD und JN waren dann - wohl unter Schock - die ehrlichsten. Ein totales Desaster sei der 1. Mai gewesen, welches überdies noch 50.000 (in Worten fünfzigtausend) DM verschlungen hat. Allein an Aufrufen seien 70.000 über Österreich verschickt worden.

Statt schnurstracks im Fahrplan "München - Mitteldeutschland - Deutschland" voranzukommen, blieb das anvisierte Großereignis aus. Die kleineren Aufmärsche sind nicht nur kein Trost, sie versauen auch die inzwischen aufgelegte Märtyrermiene à la "der Staat hat den zehntausend Anhängern des nationalen Widerstandes die Möglichkeit zur Meinungsäußerung genommen". Fakt ist, da am 1. Mai bundesweit nur ca. ein zehntel dieser Anmaßung in Erscheinung trat. Trotzdem versuchen die Presseerklärungen der NPD, zu Tränen zu rühren, wenn sie immer wieder beschwören, wie ungerecht das Verbot doch gewesen sei, da Meinungsfreiheit für "nationale Bürger" offensichtlich nicht gelte und die Antifa sich mal wieder zum Handlanger des Staates gemacht habe, während der Staatsschutz harmlose Busfahrer einschüchterte, damit sie ja nicht nach Leipzig führen.

So richtig beeindruckend ist das nicht und schon gar nicht, wenn bedacht wird, da es einige Vorbereitungen gab, um den Aufmarsch in Lei-

...die PNG-Hools natürlich auch, aber eben auf der anderen Seite.
Und es ist uns nicht egal, ob einer von Euch, die Ihr das hier lest, lieber was besseres vorhabt. Dann sind wir zu lange Kumpels gewesen. Hier nochmal ein up-date bezüglich der Mai-Feierlichkeiten:

Wenn 10.000 Nazis durch Leipzigs Straßen ziehn, fahren wir brav nach Berlin

Jeder dem es wichtiger ist, an einem bekackten Ritual teilzunehmen, ist nicht einfach nur doof, sondern schlichtweg gefährlich und zudem noch am wenigsten groovy, schon gar nicht funky und erst recht nicht Neunziger.

Also liebe Kinder, zieht euch ´was hübsches an und besucht die Gegenfeierlichkeiten zum NS-Tag der Arbeit. Ansonsten wird Eure kulturelle Nische am 2.Mai gleichgeschaltet.

Wegtreten!

Das definitiv endgültige Statement für alle Lebemänner und -frauen: "Antifa"-Sein ist groovy, funky und vor allem neunziger! aus der PNG Nr. 31

Möglicher Neonazi-Aufmarsch

Mehrere Wirte machen Kneipen am 1. Mai dicht

Mehrere Leipziger Kneipen werden am 1. Mai voraussichtlich verschlossen bleiben. Grund ist der mögliche Aufmarsch von Neonazis in der Messestadt. Da die NPD mit ihrer Beschwerde gegen das Kundgebungsverbot gestern abend vor dem Oberverwaltungsgericht durchkam, befürchten die Wirte gewaltsame Übergriffe. „Da haben wir keinen Bock drauf", sagt Ecki Grundmann, Chef des „Maitre". Man sei vorbelastet, habe schon 1990 „Truppenteile im Lokal" gehabt.

Das „Maitre" soll daher am Tag der Arbeit ebenso geschlossen bleiben wie das „Spizz" am Markt. Dessen Inhaber geben sich nach außen hin jedoch „völlig unpolitisch" und sprechen offiziell von Reinigungs- und Renovierungsarbeiten. „Aber warum wir zumachen, kann sich wohl jeder zusammenreimen", sagt einer der Kellner hinter vorgehaltener Hand. Auch die Wirte vom „Weissen Rössl", des Cafés in der Alten Nikolaischule und des „Beyerhauses" überlegen, ihre Türen am 1. Mai nicht zu öffnen. Entscheiden wollen sie sich aber erst kurzfristig.

„Ein Haus voller Skinheads wäre nicht so toll", sagt Carl Pfeiffer vom „Rössl". Allerdings könnten die Umsatzverluste am Feiertag erheblich sein. Daher glaubt Pfeiffer: „Wenn's friedlich bleibt, machen alle auf, auch die, die jetzt geschlossene Türen ankündigen." Abwarten laute deshalb die Devise, meint auch Gerhard Smole, Wirt im Pub „Killy Willy". „Aber daß viele Kneipiers überhaupt daran denken, wegen Neonazis zu schließen, ist ein Armutszeugnis für Deutschland."

Carsten Heckmann

Armes Deutschland, arme Kneipen, armes Bewußtsein, arme Skinheads...

pzig im völligen Chaos versinken zu lassen. Die Schmach, aus der Stadt gejagt zu werden, konnte den NPD-lern und den von ihnen zu Tausenden aus den Schulen geworbenen Jungnationalen nur durch den Staat erspart werden: entweder durch ein massives Polizeiaufgebot, um die zahlreichen Antifaschistinnen und Antifaschisten von Demonstration und Kundgebung fern zu halten, oder eben durch ein Verbot im Vorfeld. Keinesfalls hätte es in Leipzig einen Showaufzug wie in München gegeben, ohne daß es zu massiver Gegenwehr gekommen wäre.

Es kann diesmal im Stern keine Fotostrecke fahnenschwingender Nationalisten geben. Also ist alles optimal gelaufen? Nicht jede Niederlage der Gegenseite läßt sich so einfach als politischer Erfolg verkaufen. Die politische Auseinandersetzung blieb auf der Strecke. Statt dessen würdigte das Oberverwaltungsgericht in unnachahmlicher "Gewalt ätzt!"-Manier die Antifamobilisierung, als es den polizeilichen Notstand ausrief. Die paar "gewaltbereiten Skinheads" mußten dann als Alibi herhalten, damit die Aufmärschler nicht ganz ohne eigenes Verschulden leiden müssen. Was damit verhindert wurde, war nicht nur die mediale Zelebration einer rechten Jugendbewegung, sondern auch die Auseinandersetzung mit jener. Gerade letztere ist aber die einzige Möglichkeit, sich dauerhaft der Durchsetzung brauner Einflußzonen zu widersetzen. Leipzig muß da - anders als München - als vertane Chance bewertet werden. Weder autonomer Antifa noch Bündnis gegen Rechts, geschweige denn dem DGB, ist es gelungen, politisch das Terrain zu besetzen, dem sich die Losung "Arbeit zuerst für Deutsche" verschrieben hat. Eine Auseinandersetzung mit Arbeitsmigration fand nicht statt, ebensowenig die Betrachtungen über die Verfaßtheit des kapitalistischen Systems im Nationalstaat Deutschland oder Bemühungen um Transparenz bei der ideologischen Bedeutung der Schlagwörter "Globalisierung der Wirtschaft" und "Standort Deutschland" für Rassismus. Dem autonomen Spektrum sind dabei die Grenzen der Aufklärung wohl schon so in Fleisch und Blut übergegangen, daß es inzwischen vollständig auf die Formulierung von Gegenpositionen verzichtet und die Gewerkschaften schwenken zunehmend selbst auf rassistischen Kurs ein, wenn es darum geht, die Errungenschaften des Sozialstaates gegen Krisenstimmungen zu verteidigen.

Von staatlicher Seite ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der Gesellschaft nicht zu erwarten. Die extrem vorsichtigen Schätzungen der Verfassungsschützer zu Beginn der Kampagne gegen den Aufmarsch lassen nur den Schluß zu, daß dort konsequent Hinweise auf neue Pogromwellen verharmlost werden. Dabei wissen wir spätestens seit Hoyerswerda, daß der Mob auf die Propaganda vom "arbeitsfressenden Ausländer" nur eine mörderische Antwort kennt.

Das Engagement von Oberbürgermeister Lehmann-Grube bis Sachsenhead Biedenkopf steht dieser Einschätzung nicht entgegen. Für beide dürften Imagefragen ihrer jeweiligen Verwaltungsregion im Vordergrund gestanden haben. So läßt sich auch erklären, weshalb Lehmann-Grube die NPD in Leipzig kurzerhand für nicht-existent erklärt. Zwar kleben deren Aufkleber bzw. die ihrer Jugendorganisation JN in der ganzen Stadt, zwar hat die NPD in Leipzig ihren mitgliederstärksten Kreisverband, zwar sind die NPD-Mitglieder überdurchschnittlich jung und aktiv, aber für einen Verwaltungschef ist es eine Frage der Ehre, das alles möglichst unter den Teppich zu kehren. Solange er nicht mit rassistischen Ausschreitungen bei seiner morgendlichen Zeitungslektüre konfrontiert wird, ist alles in Butter. Dahinter steht weder politisches Unvermögen noch Blindheit, aber dein Leben auf der Straße ist dem Gewaltigen gleichgültig.

Egal ob Terror gegen alle, die sich nicht zum nationalen Kollektiv bekennen können oder wollen, den Alltag an Leipzigs Schulen bestimmt, egal ob rassistische Übergriffe im öffentlichen Nahverkehr mit beängstigender Regelmäßigkeit stattfinden, Hauptsache die Messestadt gilt als weltoffen. Deshalb ruft ein Oberbürgermeister beschwörend dazu auf, tausende Rechtsradikale trotz schönem Wetter einfach zu übersehen. Deshalb benimmt sich ein Oberbürgermeister wie jeder Provinzschulze

und erklärt der erstaunten Weltöffentlichkeit, die Faschisten kämen nicht aus der hübschen Pleißenmetropole, sondern, wie gewöhnlich, von außerhalb. Wir können das verständlich finden, helfen kann uns das nicht. Allerdings ist die Politik der Verwaltung auch nicht dazu da, uns zu helfen. Dort werden Großereignisse, wie die Neue Messe und Expo 2000, Fußballweltmeisterschaft und Rekordzahlen bei leerstehender Bürofläche organisiert. Für Rassismus und Faschismus ist da keine Zeit.

Gegen solche Verhältnisse hilft es nur, selbst aktiv zu werden. Im Vorfeld des 1. Mai wurde auch deutlich, daß ein beachtlicher Teil der Bevölkerung zumindest an diesem Tag dazu bereit war. Wie groß dieser Teil wirklich war und wie weit seine Bereitschaft zum Handeln ging, wurde durch das Wirken der Gewerkschaften verschleiert. Relativ spät nahmen diese die Hinweise des Bündnis gegen Rechts ernst und begannen dann, ihr eigenes Süppchen zu kochen. Durch Medienpräsenz und gute Zusammenarbeit mit allen staatlichen Ebenen vereinnahmten sie schnell die Menschen, die zwar das Gefühl hatten, etwas tun zu müssen, aber von alleine nicht wußten wie aus dem Willen ein Handeln werden könne. Der DGB war strikt darauf bedacht, diese zu seiner Grodemonstration der 40.000 (Vorfeld) bzw. 20.000 (eigene Angaben) bzw. 10.000 (realistische Schätzungen) zu locken. Dort ließ sich zwar nichts gegen die Aufmarschpläne am Völkerschlachtdenkmal unternehmen, dort konnte auch nicht einmal die Masse der Sensibilisierten von Nutzen sein, um die Faschisten aus der Stadt zu jagen, aber der DGB-Spitze und befreundeten SPD-Politikern diente das antifaschistische Engagement zur Vergrößerung des Publikums für ihre altbekannten Parolen, die zusätzlich mit dem Hinweis verknüpft waren, was allen helfe, hilft natürlich auch gegen Rechts. Der Rest war Wahlkampf as usual: die gerade angesagte Stunden-Woche gegen Arbeitslosigkeit und die Regierung ist Dreck, also wählt SPD! Wer dorthin ging, tat gut daran, sich von der Tribüne ab- und der Faßbrause zuzuwenden.

In der Zeitung las sich das am nächsten Tag natürlich ganz anders. Die antifaschistische Aktion wurde, laut bereinstimmender Zeitungsmeinung, von der Polizei getragen, die sich nebenbei auch noch um andere GewalttäterInnen kümmern konnte: "Gut gemacht, Jungs!" (Bild Leipzig). Überhaupt schien mit dem Verbot für die Medien alles prima erledigt zu sein. Kein Grund mehr, zu recherchieren, was die politischen Hintergründe betrifft. Ohne Randale wird sofort zum Alltag übergegangen, d.h. Schulterklopfen für die Polizei im Links=Rechts-Anti-Gewalt-Diskurs und verstärktes Interesse an den Äußerungen der Politprominenz. Das Bündnis gegen Rechts hat es dabei eindeutig verpaßt, eigene Akzente zu setzen und diese auch in die Medien zu bringen. Eine nicht gerade einfache Aufgabe, schien doch vor allem bei den lokalen Medien, die Berichterstattung über das Ereignis zur Chefsache erhoben worden zu sein. Die mangelnde Präsenz des Bündnis gegen Rechts hätte vor allem im Fall eines Aufmarsches in Leipzig ein entscheidendes politisches Versäumnis werden können.

So blieb es nach Angaben des Polizeisprechers überwiegend ruhig. Wie sich so ein überwiegend ruhiger Tag für die Polizei darstellt, gibt allerdings Anlaß zur Besorgnis. Auf die politische Brisanz wurde mit offiziell 4.500 Beamtinnen und Beamten der Polizei aus insgesamt elf Bundesländern reagiert. Diese riegelten die Zufahrtsstraßen nach Leipzig ab, so daß zwar die Jubelmassen des DGB in die Stadt kam, aber alles was nach NPD/JN oder Antifa aussah zurckgewiesen wurde. Über dem ursprünglich als Auflaufort vorgesehenen Stadtteil Stötteritz kreiste der Polizeihubschrauber, während den ganzen Tag die Polizeikolonnen durch Leipzig rasten, um jede unkontrollierte Menschenansammlung aufzulösen. Das Ausmaß der Polizeiherrschaft hatte dabei durchaus neue Qualität. So wurden in Berlin Antifas von der Polizei schon durchsucht, bevor sie berhaupt in ihre Busse stiegen. Trotz zahlreicher genehmigter Veranstaltungen wurde die Zufahrt nach Leipzig vielen potentiellen Antifas verweigert. Da half auch der Hinweis nicht, sie wollten zum DGB. Es ist ein äußerst schwacher Trost, daß es den Reisenden des "nationalen Widerstandes" ähnlich erging.

Das sieht doch jeder, daß der nicht zur DGB-Demo wollte!

In Leipzig selbst machte sich die Polizei die Parole des Bündnis gegen Rechts zu eigen: "Verhindern durch Präsenz". Trotz Großaufgebot gelang es ihr nicht vollständig, desorientierte Menschen mit Kurzhaarfrisur, die sich trotz des Verbotes in Leipzig rumdrückten, vor Beulen und blauen Flecken zu bewahren. Allerdings setzte die Polizei alles daran, die für ihre Legitimation notwendige Quote an Verhaftungen bzw. in Gewahrsamnahmen zu erfüllen. Die Entscheidung war dabei offenkundig auf "Bunthaarige" gefallen. Während die durch Stötteritz geisternden nationalen Jugendcliquen von den für sie gefährlichen Orten weggeleitet wurden, kesselte die Polizei alles ein, was durch ungewöhnliche Haarfarbe auffiel. Dies spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Verhafteten wieder, die

hauptsächlich sehr jung und entsprechend unerfahren im Umgang mit den Reflexen der Uniformierten waren. Trotzdem setzte die Polizei auf Härte und Einschüchterung. Um sich dabei nicht stören zu lassen, wurde die Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsausschuß, Anwälten und Abgeordneten abgelehnt oder sabotiert. Wenn die Polizei einem Landtagsabgeordneten den Abgleich der Vermißtenliste des Tages mit den

Bullerei verhindert viel zu früh Hetzjagd auf NPDler

Verhafteten anbietet, kurz bevor sie die letzten Gefangenen entläßt, ist böser Wille sicher zu recht unterstellt.

Es spielte der Polizei in die Hände, daß es kaum Vorbereitungen gab, was im Falle der auswärtigen Demonstration des rechten Packs die in Leipzig zurückgebliebenen DemonstrantInnen unternehmen sollten. Für diese war das Programm nach der Demonstration zum Sachsenplatz gelaufen. Das einsetzende Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei ermöglichte erfahreneren Gruppen sicher einige Aktionen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Der Preis, den diejenigen zu zahlen hatten, die sich von allein in einer fremden Stadt handlungsunfähig fühlten, andererseits aber auch nicht in der Lage waren, in Richtung möglicher Ausweichorte der NPD zu fahren, ist dafür sicher zu hoch. Verständlich ist die fehlende Koordination wegen der Kürze der Rechtswirksamkeit des Verbotes, entschuldbar ist sie damit nicht.

Es kann nicht darum gehen Erfolge in Niederlagen zu zerreden. Wir alle sollten uns freuen, daß dem "nationalen Widerstand" kräftig in die Suppe gespuckt wurde. Leipzig hat am 1. Mai 1997 eine antifaschistische Demonstration erlebt, die mit 4.000 Menschen in dieser Stadt die größte der letzten Jahre war. Daß diese Demonstration trotzdem so wenig Beachtung fand, zeigt nur, daß es an diesem Tag nicht bei Parolen bleiben sollte. Statt einem Kräftemessen, wer wohl die meisten Menschen an diesem Tag auf die Strae bringe, ging es um die aktive Verhinderung des Aufmarschs am Völkerschlachtdenkmal. Wir wissen, daß es diese Bereitschaft war, den Aufmarsch aktiv zu verhindern, die die staatliche Repression in Gang setzte. Sicher bedeutet die Verhinderung mit polizeistaatlichen Mitteln, daß es auch für Demonstrationen anderer Gruppen schwerer werden kann, diese durchzusetzen. Ein optimaler Erfolg hätte anders ausgesehen, die Auflösung des rechten Haufens und die Demontage seines politischen Hintergrundes. So wird es wohl nicht der letzte Aufmarschversuch von NPD und JN gewesen sein...

amo

Exemplarischer Reflex

Daß die Nazis am ersten Mai vereinzelt marschieren konnten, war gar nicht so schlecht, wie viele vielleicht denken. Die Zonis waren die Loser und die Gewerkschaften kurz vor einem kräftigen Tritt in den Arsch. Außerdem: was sonst noch passierte. Eine Einschätzung.

Mit dem Finger auf die Landkarte zu tippen, läßt sich durchaus als virtuell verifizieren. Dennoch geriet es den Nazis nicht zu ihrer selbstbeschworenen halluzinierten Ehre, nach dem Verbot der Nazi-Demonstration in Leipzig in völliger Konfusion rumzurödeln. Im grunde ging nichts mehr - außer die Nerven mit ihnen durch.

Es weist vieles daraufhin, daß keiner der Nazis doch noch mit einem Verbot der Demonstration gerechnet hat. Dementsprechend lassen sich zwei Dinge konstatieren. Zum einen wies das Organisationskonzept der Faschos eine erhebliche Lücke für den Fall eines Ausweichens in eine anderen Ort auf. Zum anderen nehmen sie die von ihnen viel beklagte Repression des Staates gegen sie doch nicht so ernst, wie sie es sich allzeit gegenseitig suggerieren.

Für letzteres zumindest haben sie jedoch auch allen Grund. Wird man sich der Tatsache bewußt, daß der Verfassungs- und Staatsschutz über die Nazi-Szene bestens informiert ist, sollte es schon zu denken geben, wie sehr die zu erwartende Dimension des Aufmarsches in der Öffentlichkeit heruntergespielt und verharmlost wurde. Als von Antifa-Seite Einschätzungen öffentlich gemacht wurden, die realistischerweise davon ausgingen, daß die Teilnehmerzahl noch höher liegen wird als in München am ersten März - also über 5 000 Nazis -, schaltete sich postwendend gar der Bundes-VS ein und sprach von "völlig überzogenen" Zahlen.

Quasi aus dem Nichts veröffentlichte der VS einen Tag vor dem ersten Mai eine zu erwartende Teilnehmerzahl von 7 500 Nazis. Woraus dieser plötzliche Sinneswandel resultiert,

läßt sich nur nachvollziehen, wenn im gleichen Maße die Aktivitäten der Antifa-Seite betrachtet werden. Dank der Einschätzung durch das Leipziger Bündnis gegen Rechts (BgR), das sofort nach Bekanntwerden des geplanten Aufmarsches in Leipzig davon ausging, daß die teilnehmenden Nazis die Größenordnung von München noch übertreffen werden, kam es folgerichtig zu einer dementsprechenden Thematisierung in antifaschistischen Kreisen. Von Beginn an wurde der Wille postuliert, den Naziaufmarsch zu verhindern. Somit wurde eine Mobilisierung auf den Weg gebracht, in deren Fahrwasser DGB und selbst Sachsen-König Biedenkopf Gegenaktivitäten entfalteten.

Der DGB hatte wirklich Schwein, daß der Druck auf ihn so groß wurde und er gezwungenermaßen eine größere 1. Mai-Sache in Leipzig veranstalten mußte. Denn eigentlich, das läßt sich im Nachgang nicht anders einschätzen, hätten die Gewerkschaften einen politischen oder auch real-physischen Arschtritt durch die Nazis mehr als verdient: umso näher der erste Mai rückte, desto intensiver waren Bestrebungen zu verspüren, all jene zu diskreditieren, die sich den Nazis direkt in den Weg stellen wollten. Das traditionelle Kalkül der Spaltung in "gute" und "böse" Antifas sollte also auch in Leipzig funktionieren. So gab es beispielsweise von DGB-Seite Absprachen mit der Polizei, da alle Antifas von den DGB-Kundgebungsplätzen verwiesen werden sollten, die über die Situation am geplanten Nazi-Aufmarschort um das Völkerschlachtdenkmal informieren wollten.

Biedenkopf und Co. selbstverständlich ging es in ihrer Erklärung gegen den NPD-Aufmarsch ausschlielich um ökonomisches Prestige nationalistischer Standortpolitik.

Einen für dieses Deutschland mehr als exemplarischen Reflex nötigte sich von leichter Hand der Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube ab. Wie in so vielen Fällen, wenn sich verantwortliche kommunale Amts- und Würdenträger zu geplanten oder geschehenen Nazi-Aktivitäten äußern, sieht auch er jegliche Nazi-Kacke als eine Art "auswärtige" Minimal-Invasion an, die keinerlei repräsentativen Charakter für das - in diesem Falle - ach so liberale Sachsen-Stüdtchen beanspruchen könnte. Bekanntermaßen entspricht das genau den Zielvorgaben deutscher Politik: Nazis gibt es entweder gar nicht oder wenn es sie schon gibt, dann nur dort, wo sie gerade nicht aktiv sind - also nur in der Einbildung. Gleichzeitig jedoch weist diese Politik auch ein langjährig erprobtes Reinwaschungs-Ritual auf. Denn Nazis dienen deutschen Politikern traditionell als Legitimation eigener rassistischer und nationalistischer Politik. Das Dilemma in der Antifa-Arbeit besteht dabei in der de facto-Zuarbeit: Nazis und deren Strukturen, die von Antifa-Seite attackiert werden müssen, lenken im gleichen Maße von einer herrschenden deutschen Politik ab, weil jegliche Angriffe auf Nazis gleichzeitig einen Freibrief für die herrschende Politik bedeuten. Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verlangt aber trotzdem, das sei hier ausdrcklich klargestellt, in der Priorität antifaschistische und antirassistische Politik einer für lange Zeit verschwindend kleinen Linken. Denn das rassistische und nazistische Mörder-Pack wird sich zukünftig immer dreister gebärden, um dieses Deutschland nicht nur bloß zu unterminieren. Es wird sich auch die Kompatibilität des neuen Groß-Deutschland zunutze machen, in

Mit 4000 Menschen die immerhin größte antifaschistische Demonstration der letzten Jahre in Leipzig: Kein Fußbreit den Faschisten!

dem es sich als das eigentliche Original und die herrschende Politik als die Fälschung darstellen kann.
Die kleine deutsche Linke, die sie nun mal ist, darf in der Gegenwart ihren minoritären Ansatz nicht aufgeben, will sie ihren emanzipativen Charakter nicht verlieren. Praktisch bedeutet das, jeden Ansatz einer Politik für ein besseres Deutschland zu negieren. Mit der wesentlichen Einschränkung, daß diese Negation nicht auf Kosten der Minderheiten passieren darf. Wer also meint, daß jegliche Antifa-Aktion ohnehin nur einer Alibi-Schaffung für Deutschland gleichkommt, übergeht bewußt die tatsächlichen und jederzeit potentiellen Opfer der Nazis. Das sind in erster Linie bekanntlich nicht deutsche Antifas, sondern Migranten.

Wenn sowas den Nationalen nicht an die Eier geht...

Was am ersten Mai den Staat doch noch bewogen hat, den großen Nazi-Aufmarsch zu vereiteln, läßt sich eindeutig mit dem Verweis auf eine druckvolle Antifa-Mobilisierung erklären. Nur weil der Staat sein Ordnungs-Monopol schwinden sah, nötigte er sich zum Verbot.
Darauf zu verweisen, daß es um Schadensbegrenzung gegenüber dem Ausland ginge, stellt sich leider als antiquiert heraus. Dieses Deutschland hat es politisch inzwischen nicht mehr nötig, gegenüber dem Ausland Kosmetik zu betreiben. Hinsichtlich der Standort-Ökonomie mag das jedoch noch zutreffen. Die Nazis als Investitionshemmnis, das wissen die verantwortlichen Politiker ziemlich genau, sind da immer noch ein Dorn im Auge.
Und trotzdem läßt sich allerorten eine intensive Hetze gegen nicht-deutsche Arbeiter konstatieren. Im zunehmenden nationalistischen Rausch sind sie derzeit, wenige Jahre nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes, für alle gesellschaftlichen Schichten Sündenbock Nummer eins. Die Nazis wollten mit ihrem Großaufmarsch in Leipzig ganz bewußt dieses Klima soweit anheizen, da sich der Druck auf die herrschenden Politiker immens erhöht.
Der Erfolg antifaschistischer Mobilisierung besteht in jedem Falle darin, diesen Versuch unterbunden zu haben. Die mehreren kleinen Nazi-Aufmärsche am ersten Mai sind zwar von der Sache her Scheiße und für Antifas ist es diesbezüglich nicht ganz so glücklich gelaufen wie geplant - sprich: die Verhinderung jeglicher Naziansammlungen ist nicht vollends gelungen. Aber in taktischer Hinsicht haben diese kleinen Aufmärsche den Nazis mehr geschadet als genützt. Erstens konnten sie ungehindert vom Staat doch aufmarschieren, was bedeutet, daß die Repression gegen sie auch zu Teilen ihrer Fantasie entspringt. Zweitens haben sie sich mit den Teilnehmerzahlen ihres eigenen Mythos beraubt. Wären sie nämlich nirgends aufmarschiert, hätten sie die potentiellen Teilnehmerzahlen mythisierend in die Höhe treiben können. So aber haben sie selbst für konterkarierende Fakten gesorgt. Drittens bekommt der Streit zwischen dem vorgeblich sozialrevolutionären Flgel und der straight traditionalistischen NS-Fraktion dadurch neue Nahrung, da beispielsweise in Hann. Münden die explizite NS-Bezugnahme mit dem Transparent "Arbeit macht frei" eine Art Führungsanspruch geltend machte. Viertens haben die Nazis die Einladung des Berliner Innensenators Schönbohm ausgeschlagen, was eindeutig auf Schiß in den Nazi-Buchsen schließen läßt. Fünftens haben die westdeutschen Kameraden den Zoni-Nazis alles in allem gezeigt, daß sie die noch Schwachköpfigeren zu sein haben. Denn von den Zonis war außer einiger versprengter in Leipzig, dem Aufmarsch in Grimma und den 70 in Rostock nichts an organisierten Versuchen zu erkennen. Was natürlich nicht ausschließt, daß das Gros für Leipzig mit Sicherheit aus dem Osten gekommen wäre. Und sechstens haben sich die Kader-Nazis, die vornehmlich aus dem Westen kommen, besonders mit dem Aufmarsch in Hann. Mnden von ihrem derzeitigen Rekrutierungsterrain Nummer eins - dem Osten - abgewendet. Damit dürften sie sich bezüglich der weiteren Aufblähung der organisierten Szene einigen Schaden zugefügt haben.
Weniger erfreulich und doch bestätigend zugleich, ist der Umstand, daß die Nazi-Kameradschaften "Mittelsachsen" (Wurzen-Oschatz-Grimma-Torgau-Riesa-Döbeln) als einziger Regional-Verband geschlossen aufmarschierten. In Grimma marschierten die ca. 200 Nazis leider ungestört. Der Umstand, daß sie dies relativ spontan und in dieser Geschlossenheit taten, belegt gleichzeitig den fortgeschrittenen Organisierungsgrad dort. Bekanntlich ist das Zentrum dieser Kameradschaften Wurzen. Das belegt gleichzeitig, wie richtig dort die Demonstration von 6 000 Antifas im November '96 war.
Inwieweit die Nazis aus ihrem Versagen am ersten Mai grundsätzliche Schlüsse ziehen, wird sich spätestens an deren Aktivitäten zum 10. Jahrestag des Hess-Selbstmordes im August diesen Jahres ablesen lassen.

Franz Leonhard, Paris

Sagt nicht, ihr hättet davon nichts gewußt!

Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

12.04.1997 In der Debatte um Einsparungen bei der Sozialhilfe bringt Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) eine Kürzung der Beträge für AusländerInnen ins Gespräch. "Die grundsätzliche Frage muß erlaubt sein, ob Ausländer bei der Leistungshöhe mit deutschen Staatsbürger gleichbehandelt werden müssen", sagt Waigel auf dem Kleinen CSU-Parteitag im mittelfränkischen Fürth. Es könne nicht Ziel der Sozialhilfe sein, daß große Teile der Geldmittel in die Heimatländer der EmpfängerInnen transferiert würden.
(dpa 12.4.97)
Die CSU bekräftigt in Fürth ihre Ablehnung des von der FDP geforderten Einwanderungsgesetzes. "Ein Einwanderungsgesetz wäre ein falsches Signal", sagt der Vorsitzende der Bonner CSU-Landesgruppe, Michael Glos. "Wir haben nicht zu wenige, sondern zu viele Ausländer", meint Glos weiter. Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europa-Parlament, Ingo Friedrich, verlangt eine "gerechtere Aufteilung" der AsylbewerberInnen auf alle EU-Staaten. Deutschland sei nicht mehr bereit, 55 Prozent aller AsylbewerberInnen in Europa aufzunehmen.
(dpa 12.4.97)

13.04.1997 Trotz der grundsätzlichen Ablehnung der Unionsführung hofft die FDP weiter auf ein Einwanderungsgesetz. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung und stellvertretende FDP-Vorsitzende Cornelia Schmalz-Jacobsen, sagt in Berlin: "Eines Tages wird man nicht drumherum kommen, sich hier zu bewegen bei der CDU/CSU". Es gebe innerhalb der Union bereits eine Gruppe von Abgeordneten, die für die FDP-Vorschläge offen seien.
(dpa 13.4.97)
Aus dem Gefängnis in Waldheim gelingt zwei Gefangenen die Flucht. Der 24-jährige Türke, der in Abschiebehaft saß, und der gleichaltrige Rumäne, der wegen Diebstahls zu zwei Jahren verurteilt wurde, seilen sich mit Hilfe von Bettlaken aus ihrer Zelle ab.
(LVZ 14.4.97)
Zwölf kurdische Flüchtlinge aus dem Flüchtlingsheim in Bahren besetzen die Frauenkirche in Grimma und treten in Hungerstreik. In dem Heim gab es vor knapp zwei Wochen eine Razzia des LKA und den BewohnerInnen wurde vorgeworfen ein Schulungszentrum der PKK zu betreiben. Eine der Hauptforderungen der Hungerstreikenden ist, daß keine Einzelne aus Bahren in andere Heime verlegt werden.
(LVZ 15.4.97)

14.04.1997 Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder legt gegen die Freisprüche im sogenannten Döner-Prozeß vor dem Amtsgericht Fürstenwalde Berufung ein. Die drei Angeklagten im Alter von 18 bis 21 Jahren waren vom Vorwurf der schweren Körperverletzung freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen vorgeworfen, im Juli vergangenen Jahres in Fürstenwalde (Oder-Spree) einen libanesischen Imbißverkäufer durch Schläge und Fußtritte schwer mißhandelt zu haben.
(ddpADN 14.4.97)
Bündnis 90/Die Grünen legen in Bonn einen eigenen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vor. Mit dem Entwurf solle eine "humane Gestaltung" der Einwanderung gesichert werden, sagt der einwanderungspolitische Fraktionssprecher, Cem Özdemir. Der Entwurf hebe sich daher von den Vorstellungen der FDP ab, die ein "Zuwanderungsbegrenzungsgesetz" anstrebten. Ziel des grünen Gesetzentwurfs sei nicht die Verringerung von Einwanderung. Eine "Politik des: Schotten dicht" lehne man entschieden ab. Statt dessen wollen die Grünen unter anderem einen uneingeschränkten Familiennachzug garantieren. Weitere Einwanderungsgründe seien ein nachgewiesener Arbeitsplatz oder eine selbständige Arbeit.
(ddpADN 14.4.97)
Die stellvertretende FDP-Vorsitzende Cornelia Schmalz-Jacobsen kriisiert den Gesetzentwurf von Bündnis90/Grüne für eine erleichterte Einwanderung scharf. Der Entwurf sei "in sich widersprüchlich" und "teils realitätsfern", erklärt Schmalz-Jacobsen in Bonn. Es werde so getan, als könne Menschen ein Gefallen getan werden, indem mechanisch genau so viel EinwanderInnen ins Land geholt werden sollen wie SpätaussiedlerInnen nach Deutschland kommen. "Wie dabei Aspekten der sozialen Verkraftbarkeit oder aber des tatsächlich vorhandenen Zuwanderungsbedarfs Rechnung getragen werden soll, bleibt völlig schleierhaft."
(AFP 14.4.97)
Von dem Leipziger Landgericht wird ein 32jähriger Rumäne, wegen gemeinschaftlicher Gefangenenmeuterei und Geiselnahme, zu fünf Jahren und fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er wird für schuldig befunden, am 29.1.96 in der JVA in der Alfred-Kästner-Straße, mit einem

Trauma Abschiebung

anderen, einen JVA-Bediensteten als Geisel genommen zu haben um dadurch seine Freilassung zu erzwingen.
(LVZ 15.4.97)
Die Bundesanwaltschaft teilt in Karlsruhe mit, daß gegen einen Kurden wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in der kurdischen Arbeiterpartei PKK Anklage erhoben wird. Ihm wird zur Last gelegt, in den Jahren 1995 und 1996 als einer der PKK-Europaführer an Planung und Durchführung von Brandanschlägen im gesamten Bundesgebiet beteiligt gewesen zu sein.
(jW 15.4.97)

15.04.1997 Die evangelische Frauenkirchen-Gemeinde im sächsischen Grimma gewährt zwölf kurdischen Flüchtlingen, die sich in Hungerstreik befinden, "Gastrecht". Ein Polizeisprecher sagt, die Flüchtlingen wollen mit ihrem Hungerstreik verhindern, daß sie in verschiedene Heime verlegt werden. Seinen Angaben zufolge steht der Hungerstreik im Zusammenhang mit der Durchsuchung eines Asylbewerberheims in Bahren bei Grimma am 4. April. Dabei war nach Angaben des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) ein Stützpunkt der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zerschlagen worden.
(AFP 15.4.97)
Aus Sachsen wird ein 37jährige Frau, über den Flughafen in Frankfurt am Main, nach Sarajewo abgeschoben.
(FR 16.4.97)

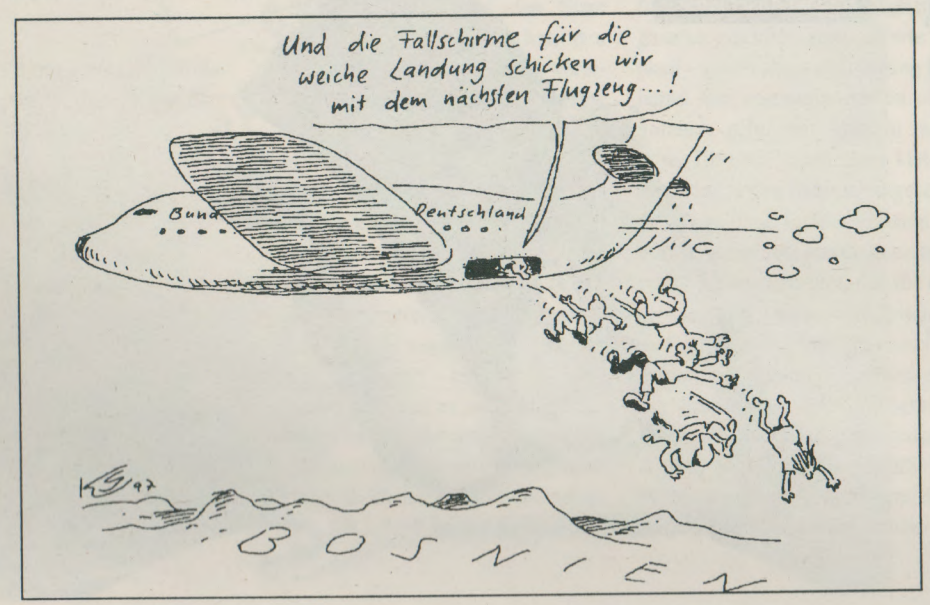
16.04.1997 Flüchtlinge aus Somalia haben laut einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin keinen Anspruch auf Asyl, können aber vorerst in Deutschland bleiben. Damit lehnen die RichterInnen mehrere Klagen von Flüchtlingen ab. Begründet wird das Urteil damit, daß es als Folge des Bürgerkrieges in Somalia keinen handlungsfähigen Gesamtstaat gebe, das die Gewährung von Asyl aber nur in Frage käme, wenn die Verfolgung vom Staat ausgeht.
(jW 17.4.97)

17.04.1997 Die Sozialhilfe für AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge soll nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks gekürzt werden. Wie der Sender berichtet, ist ein entsprechender Kompromiß zwischen der Bundesregierung und den SPD-regierten Ländern in Sicht. Demnach sollen diese Personengruppen in den ersten drei Jahren 20 Prozent weniger Sozialhilfe erhalten als BundesbürgerInnen. Bislang war bei AsylbewerberInnen die gekürzte Sozialhilfe auf ein Jahr begrenzt, für Bürgerkriegsflüchtlinge gab es keine Einschränkungen.
(AP 17.4.97)
Die Kinderkommission des Bonner Bundestages spricht sich für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für in Deutschland geborene und aufgewachsene ausländische Kinder aus. Nach Gesprächen mit der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), fordert die Kommission ein integrationspolitisches Signal für ausländische Kinder und Jugendliche.
(AFP 17.4.97)
Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) will kommenden Dienstag ein zwölfjähriges Mädchen nach Vietnam abschieben. Das Kind, dessen Eltern vermißt sind, lebt seit 1992 bei ihrem Onkel, der auch ihr Vormund ist, in Frohnau. Die bündnisgrüne Flüchtlingspolitikerin Rita Kantemir spricht von einer "erneuten Verletzung des Kindeswohls durch den Senat". Das Mädchen sei hier intergriert in Vietnam allerdings auf sich selbst gestellt. In diesem "Fall" verbietet die UN-Kinderkonvention eine Abschiebung.
(FR 18.4.97)
Nordrhein-Westfalen schiebt 13 Männer nach Sarajewo ab. Nach Angaben das Düsseldorfer Innenministeriums handelt es sich bei ihnen um "Straftäter", die allesamt "ihr Gastrecht verwirkt" hätten, so die Sprecherin des Ministeriums. Die zwei freien Plätze in der Chartermaschinen bleiben nicht ungenutzt, die sind für zwei Flüchtlinge die aus Hamburg abgeschoben werden.
(jW 19.4.97)

19.04.1997 Die Landesregierung von Sachsen-Amhalt geht nach Aufassung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Bergner bei der Integration junger AusländerInnen den falschen Weg. Bergner, der zugleich stellvertretender Bundesvorsitzener der Unionspartei ist, lehnt in Magdeburg die geplante Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechtes ab. Hessen beabsichtige mit seinem Vorstoß, die Einbürgerung von Kindern ausländischer Eltern schon von Geburt an in Deutschland ermöglichen. Es sei der erklärte Wille der InitiatorInnen, die Verordnung von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) zur Einführung einer generellen Visumpflicht für Kinder und Jugendliche "aus den ehemaligen Anwerbestaaten" auszuhebeln, betont Bergner.
(ddpADN 19.4.97)
Eine Türkin, die mit einem Besuchervisum zur Pflege ihres Vaters eingereist war, darf nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Deutschland bleiben. Wie die AnwältInnen der Frau in Nürnberg mitteilen, wiesen die Berliner RichterInnen die Beschwnerde der Stadt Nürnberg gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) zurück.
(dpa 19.4.97)

20.04.1997 Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) wirft den LänderinnenministerInnen mangelnde Koordinierung bei der Rückführung der bosnischen Flüchtlinge vor. Die Heimatorte der Flüchtlinge seien nicht so richtig erfaßt worden, und man wisse nicht, welcher Flüchtling wann und wohin abgeschoben werden könne. Kinkel kritisiert weiter, daß Flüchtlinge in "Nacht- und Nebelaktionen" ohne Ziel abgeschoben wurden.
(jW 21.4.97)

21.04.1997 Fünf der neun Bundeswehrsoldaten, die vor einem Monat in Detmold junge Ausländer angegriffen und verletzt hatten, müssen sich voraussichtlich schon im Mai vor Gericht verantworten. Gegen die fünf Männer sei Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Bildung einer bewaffneten Gruppe erhoben worden, teilt Oberstaatsanwalt Diethard Höbrink in Detmold mit. Vier weiteren



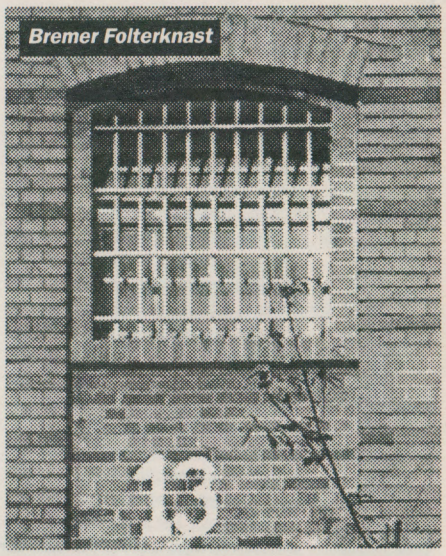
Wehrpflichtigen, denen eine Beteiligung an den Tätlichkeiten nicht nachgewiesen werden konnte, drohen Strafbefehle.
(dpa 21.4.97)
In Deutschland hat es im vergangenen Jahr in insgesamt 109 Wohnheimen für Flüchtlinge gebrannt. Wie die Bundesregierung in einer in Bonn veröffentlichten Antwort auf eine PDS-Anfrage mitteilt, kamen dabei zwölf Menschen ums Leben. 107 wurden verletzt. Ursache der Brände seien unter anderem fahrlässiger Umgang mit Kerzen oder Zigaretten, technische Defekte oder Brandstiftung gewesen. Der Sachschaden belaufe sich auf eine Millionensumme.
(dpa 21.4.97)
Aus einer Anwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS geht hervor, daß ein aus der BRD in die Türkei abgeschobener Mensch im dortigen Polizeigewahrsam mißhandelt wurde. Zwei weitere "Fälle" werden noch geprüft.
(jW 22.4.97)

22.04.1997

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat der Verfassungsbeschwerde eines 16-jährigen türkischen Kurden gegen die Zurückweisung seines Asylantrages stattgegeben. In dem in Karlsruhe veröffentlichten Beschluß fordern die VerfassungsrichterInnen von den Fachgerichten bei Entscheidungen über Asylanträge "verläßliche Feststellungen" darüber, daß AsylbewerberInnen nach Ablehnung ihrer Anträge keiner "existentziellen Gefährdung am Herkunftsort" ausgesetzt sind, zu treffen. Das BVG hob ein gegenteiliges Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg auf und wies den Fall zur erneuten Entscheidung zurück.
(AFP 22.4.97)
Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR ruft die deutschen Behörden auf, asylsuchende Kinder an den Grenzen nicht abzuweisen. Das "oberste Gebot für jede Maßnahme" sei "das Wohl des Kindes", teilt der UNHCR in einer erstmals in deutscher Sprache veröffentlichten Richtlinie "zur Behandlung asylsuchender unbegleiteter Minderjähriger" in Bonn mit. Allein auf sich gestellte Flüchtlingskinder hätten einen Anspruch auf ein "besonderes Maß an Schutz und Fürsorge".
(ddpADN 22.4.97)
Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), warnt davor, die Ausbildung junger AusländerInnen zu vernachlässigen. Von den arbeitslos gemeldeten ausländischen Jugendlichen unter 20 Jahren hätten über 80 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung, sagt sie in Berlin bei der Vorstellung einer Broschüre zur Bildungs- und Ausbildungssituation von Jugendlichen ausländischer Herkunft.
(dpa 22.4.97)
CSU-Generalsekretär Bernd Protzner bekräftigt in München, daß die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft mit seiner Partei nicht in Frage kommt. Er unterstütze damit ausdrücklich die Haltung und Argumentation von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) und weißt die Kritik des CDU-Rechtsexperten Horst Eylmann zurück. Wer in der Bundesrepublik auf Dauer leben, arbeiten und sich gesellschaftlich integrieren wolle, dem stehe es frei, die deutsche Staatsbürgerschaft anzustreben. Die alte Staatsangehörigkeit müsse dann konsequenterweise abgelegt werden, erklärt Protzner. Eine doppelte Loyalität könne es nicht geben. "Das ist genauso wie zwei völlig unterschiedlichen Parteien gleichzeitig anzugehören", betont der CSU-Politiker.
(AFP 22.4.97)
Mehr als vier Jahre nach dem Brandanschlag auf ein leerstehendes Flüchtlingsheim im brandenburgischen Dolgenbrodt erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen fünf BewohnerInnen des Dorfes.
(FR 23.4.97)
Die "Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen" (iaf) ändert auf der BundesdelegiertInnenversammlung in Frankfurt/Main ihren Namen in "Verband binationaler familien und Partnerschaften, iaf". Die DelegiertInnen fordern einstimmig die Rücknahme der Visumspflicht für Kinder und die Einstellung der sog. "Bonitätsprüfungen" für Einladungen an BesucherInnen aus dem Ausland.
(FR 23.4.97)
Etwa zwanzig DemonstrantInnen wollen das leipziger Regierungspräsidium besetzen. Auf einem Transparent steht, "Widerstand gegen rassistische Kriminalisierung. Unterstützt die kurdischen Flüchtlinge in Bahren". Sie protestieren damit gegen die Razzia in dem Flüchtlingsheim in Bahren, "bei der das LKA ein Schulungszentrum der PKK aushob", und gegen die KurdInnenpolitik Deutschlands, die KurdInnen zu "TerroristInnen" stempelt. Die Abteilungsleiterin des Regierungspräsidiums, Angelika Reichelt, erklärt, daß sich das Regierungspräsidium sehr um die Unterbringung der Flüchtlinge bemühe, daß aber solche Aktionen, wie der Hungerstreik in Grimma, die Bemühungen, in der Bevölkerung Verständnis für die Asylsuchenden zu vertiefen, sehr erschwere.
(LVZ 23.4.97)

24.04.1997

Die zwölf Kurden, die am 13.4. in der Grimmaer Frauenkirche in Hungerstreik getreten waren, verlassen die Kirche. Ein Sprecher der Kurden erklärt, man habe mit dem Streik "auf den Kampf der Kurden um Selbstbestimmung in der Türkei aufmerksam machen wollen ebenso wie auf Versuche, Kurden als Terroristen zu kriminalisieren".
(LVZ 24.4.97)
Ein Sprecher des niedersächsischen Innenminsiteriums erklärt in Hannover, daß Prostitutionstourismus und Frauenhandel nur wirksam bekämpft werden könne wenn die betroffenen Frauen in Prozessen als Zeuginnen zur Verfügung stünden. Die Landesregierung habe deshalb einen Erlaß geregelt, die Ausweisung von "illegal" eingereisten ausländischen Prostituierten zurückzustellen und ihnen eine Duldung zu erteilen, wenn sie in einem Prozeß als Zeuginnen aussagten.
(jW 25.4.97)
Im Lübecker Brandprozeß wird es vermutlich zu keiner Verurteilung des Angeklagten Safwan Eid kommen. In einer Zwischenbilanz erklärt der Vorsitzende Richter Rolf Wilcken, daß es gegen Safwan Eid für ein Urteil keinen hinreichenden Tatverdacht gebe und daß er weder ein Motiv noch materielle Beweise sehe, die Aufschluß über den Ablauf der Brandnacht geben könnten. Wilcken betont jedoch auch, daß es zumindest "in diesem Verfahren" nicht zu Ermittlungen gegen die vier Rechtsradikalen aus Grevesmühlen kommen wird. Safwan Eid wird vorgeworfen, am 18.1.96 das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße angezündet und dadurch zehn Menschen getötet zu haben.
(jW 24.4.97)



23.04.1997

Für eine Überprüfung der Aufnahmequote für SpätaussiedlerInnen aus Ost-Europa spicht sich die stellvertretende FDP-Vorsitzende Cornelia Schmalz-Jacobsen aus. Es gebe keinen Grund, die jetzt praktizierte Quote von 220.000 Aussiedlern im Jahr "heilig zu sprechen", sagt Schmalz-Jacobsen, die auch Ausländerbeauftragte der Bundesregierung ist.
(ddpADN 24.4.97)
Am deutsch-österreichischen Grenzübergang Suben (Landkreis Passau) führt Bayerns Innenstaatssekretär Hermann Regensburger (CSU) ein neues Kohlendioxid-Meßgerät zur Aufspührung "illegaler" EinwanderInnen vor. Im Februar diesen Jahres wurden mit Hilfe

der Kohlendioxid-Sonden 51 KurdInnen aus der Türkei und 41 Kosvo-AlbanerInnen auf Ladeflächen von Lastwagen entdeckt.
(FR 25.4.97)
Bei einem Versuch von Polen nach Deutschland zu flüchten ertrinken fünf von sechs Jugendlichen in Alter zwischen sechzehn und siebzehn Jahren. Sie füchteten mittels Schlauchboot aus der Erziehungsanstalt in Podgrodzie im Bezirk Szczecin und als die Strömmung das Boot mit sich reißt springen die Jugendlichen ins Wasser.
(LVZ 28.4.97)

25.04.1997

Vor den Folgen eines steigenden AusländerInnenanteils in Deutschland warnt Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU). "Die Integrationsfähigkeit von Gesellschaften ist begrenzt", sagt Schönbohm in Berlin. Die Integration werde umso schwieriger, je höher der Anteil der AusländerInnen sei. Die Akzeptanz ließe sich nur sichern, wenn die deutsche Bevölkerung nicht das Gefühl habe, überfordert zu werden. "So können bei schnell steigenden Ausländerzahlen Bedrohungs- und Überfremdungsängste wachsen." Entsprechende Sorgen der Bevölkerung müßten ernst genommen werden, fordert der Innensenator. Von den ausländischen Bevölkerungsgruppen verlangt er, sich nicht dauerhaft als Fremdkörper zu etablieren und ein isoliertes Eigenleben zu führen. Sie müßten bereit sein, sich auf die hiesigen Verhältnisse und Lebensbedingungen einzustellen. Dies bedeutet für den Innensenator, daß es "keinen gleichberechtigten Wettbewerb der Kulturen im Gastland geben kann". Es müsse klar sein, daß die deutsche Lebenswelt und Kultur Vorrang hätten.
(ddpADN 25.4.97)
AsylbewerberInnen und Flüchtlinge erhalten künftig in ihren ersten drei Jahren in Deutschland bis zu 20 Prozent weniger Sozialhilfe als deutsche SozialhilfeempfängerInnen. Nach dem Bundestag billigt auch der Bundesrat einen entsprechenden Kompromiß zwischen Bonner Koalition und SPD, der auch den Aufbau einen Fonds mit 750 Millionen Mark für den Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina vorsieht.
(AFP 25.4.97)
Die Warnung des Berliner Innensenators Jörg Schönbohm (CDU) vor den Folgen eines steigenden AusländerInnenanteils in Deutschland ruft scharfe Reaktionen hervor. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg wirft dem Politiker vor, Bedrohungs- und Überfremdungsängste zu schüren. Die Berliner Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, Sibyll Klotz, bezeichnet den Senator als einen "Mann der Intoleranz und deutschen Arroganz".
(ddpADN 25.4.97)
Auf heftigen Widertand von CDU und CSU stößt, daß von Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebrachte Zuwanderungsgesetz. Der Mainzer Justizminister Peter Caesar (FDP) betont in der Depatte des Bundesrats, mit dem Gesetz werde für zuwanderungswillige AusländerInnen "erstmals eine Alternative zum Asylverfahren" geschaffen. Zugleich könne damit der Zuzug aus arbeitsmarktpolitischen Gründen "aktiv" gesteuert werden.
(FR 26.4.97)

26.04.1997

Der Pastor der evangelischen Gemeinde im thüringischen Tambach-Dietharz bietet einer von Abschiebung bedrohten Moldawierin Kirchenasyl an. Die 37-jährige, die sich den 20. Tag im Hungerstreik befinde, hat die Aufforderung erhalten, Deutschland zu verlassen, sagt Pastor Günter Großkopp. "Wenn alle Stricke reisen, bin ich bereit, sie noch heute oder morgen ins Gemeindezentrum zu holen."
(AP 26.4.97)
Eine doppelte Staatsbürgerschaft für ausländische Kinder würde nach Einschätzung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Christoph Bergner Ostdeutschland "rettungslos überfordern und möglicherweise eine rechtsradikale Gegenreaktion provozieren". In einem Interview sagt Bergner, der auch Vorsitzender der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt ist: "Einen solchen Vorstoß, wie er jetzt von einer Gruppe westdeutscher CDU-Bundestagsabgeordneter gemacht worden ist, kann man den Bewohnern der neuen Länder kaum vermitteln."
(AP 26.4.97)
Die Ausländerbeiräte in Deutschland fordern bei ihrem Bundestreffen in Erfurt die Rücknahme der Visa-Verschärfungen. Die neuen Visa-Bestimmungen führten dazu, daß der Besuch von Verwandten aus dem Ausland für Normalverdiener praktisch unmöglich werde, kritisieren die VertreterInnen aus zehn Bundesländern. Ihren Angaben zufolge müssen die in Deutschland lebende AusländerInnen über ein bestimmtes Einkommen verfügen, mit dem sie für ihre BesucherInnen haften. Die sogenannten Pfändungsgrenzen seien so hoch, daß selbst ein Lehrer nicht in der Lage sei, seinen Vater und seine Mutter einzuladen.
(dpa 26.4.97)

27.04.1997

Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft fordern die Landesarbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte in Deutschland. Das Angebot zur Einbürgerung dürfe nicht mit der Forderung nach Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft gekoppelt werden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die auf dem Bundestreffen der Landesarbeitsgemeinschaften in Erfurt verabschiedet wurde. Die Ablehnung der Doppelstaatsbürgerschaft bedeute für die Betroffenen gleichzeitig die Ablehnung ihrer Identität und ihres Lebensgefühls.
(AFP 27.4.97)
Sprachliche und kulturelle Barrieren zwischen ÄrztInnen und ausländischen PatientInnen führen nach Ansicht von ExpertInnen zu einer schlechteren medizinischen Versorgung von AusländerInnen. Dies sei unter anderem am längeren Klinikaufenthalt nichtdeutscher PatientInnen zu sehen, sagt Thomas Hegemann vom Münchener Zentrum für Transkulturelle Medizin bei einer Tagung in Schmitten in der Nähe von Frankfurt /Main. Maßnahmen zur Rehabilitation gebe es bei Ausländern fast gar nicht. Die ExpertInnen fordern deshalb mehr ausländische ÄrztInnen und BetreuerInnen im Gesundheitswesen, die den PatientInnen sowohl sprachlich als auch kulturell näher stehen.
(dpa 27.4.97)
Die Sozial- und InnenministerInnen der europäischen Union sagen dem organisierten Frauenhandel den "Kampf" an. Sie verabschieden in Den Haag einen entsprechenden Aktionsplan, in dem u. a. die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, ausländischen Frauen die zur Prostitution gezwungen werden eine befristete

Widerstand gegen rassistische Kriminalisierung

Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, um ihnen die Möglichkeit zu geben gegen Schlepper und Zuhälter vor Gericht auszusagen.
(FR 28.4.97)
Rund 50.000 KurdInnen demonstrieren in Düsseldorf für eine friedliche Lösung des Krieges in Kurdistan. Während der Demonstration greift die Polizei trotz Zeigens von PKK-Fahnen und Öcalan-Bilder nicht ein. Aber im Vorfeld werden mehrere Busse angehalten und durchsucht sowie mehrere PKK-Fahnen beschlagnahmt.
(FR 28.4.97)

28.04.1997

In einem dringenden Appell an die Bundesregierung fordert die "Aktion Courage gegen Rassismus", bei der Einbürgerung von IranerInnen in Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft hinzunehmen. Diese Menschen, darunter auch AsylbewerberInnen, würden nämlich von ihrem Herkunftsland in der Regel nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen, erklärt Courage-Vorsitzende Brigitte Erler in Bonn. Zum Schutz der betroffenen Menschen vor iranischen Maßnahmen sollte generell in Deutschland eine Ausnahmeregelung gelten.
(AP 28.4.97)
Neun der zwölf kurdischen Bewohner des Asylbewerberheimes Bahren bei Grimma werden wenige Tage nach Beendigung ihres elftägigen Hungerstreiks in andere Heime verlegt.
(ddpADN 28.4.97)
Der Pastor der evangelischen Gemeinde im thüringischen Tambach-Dietharz nimmt eine von Abschiebung bedrohte Moldawierin in Kirchenasyl. Die 37-jährige fürchte um ihr Leben, wenn sie zurückgeschickt werde, da sie umfangreiche Kenntnisse über illegale Waffenverkäufe und Korruption in der russischen Armee habe, sagt Pastor Günter Großkopp. Die Frau habe mit einem über 20 Tage andauernden Hungerstreik ihre Abschiebung verhindern wollen. Zugleich bitte sie darum, daß ihr neunjähriger Sohn, den sie bei ihrer Flucht zurückgelassen habe, zu ihr könne, sagt Großkopp.
(AP 28.4.97)
AusländerInnen und AussiedlerInnen, die in Deutschland ein Fahrzeug führen wollen, sollten nach dem Willen des SPD-Bundestagsabgeordneten Günter Graf zunächst eine Fahrprüfung ablegen müssen. Die bisherige Praxis, eine Prüfung erst nach einjährigem Aufenthalt zu verlangen, sei aus Gründen der Verkehrssicherheit "völlig unverständlich", heißt es in einem in Bonn veröffentlichten Brief von Graf an Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU).
(dpa 28.4.97)
Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordern in Bonn, daß Frauen und Mädchen die aus ihren Heimatländern vor einer Beschneidung fliehen in Deutschland Asyl erhalten sollen.
(FR 29.4.97)
Die baden-würtembergische CDU spricht sich gegen ein Einwanderungsgesetz und gegen eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft aus. Der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Erwin Teufel begründet die Ablehnung in Stuttgart mit der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt. Landesinnenminister Thomas Schäuble (CDU) will die Einbürgerung "solcher" AusländerInnen erschweren, "die extremistischen Organisationen wie etwa der PKK" angehören.
(jW 29.4.97)

29.04.1997

Die Zahl der Zuwanderungen nach Deutschland ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rückläufig: Der "Überschuß" zwischen Zuzügen und Wegzügen ging von 1995 auf 1996 um etwa ein Viertel zurück. Wie die Behörde in Wiesbaden mitteilt, zogen in den Monaten Januar bis September 1996 rund 724.000 Menschen nach Deutschland, 495.000 verließen das Land. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum gab es 810.000 Zu- und 506.000 Fortzüge. Der sich daraus ergebende "Zuwanderungsüberschuß" ging damit von 304.000 auf 229.000 zurück.
(AP 29.4.97)
Der Deutsche Städtetag spricht sich in Tübingen für eine umfassende Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ausgesprochen. Auf einer Präsidiumssitzung wendet sich die Organisation der Kommunen aber zugleich gegen die generelle Zulassung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Lediglich für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern soll es eine Ausnahme geben. Der Karlsruher Oberbürgermeister Gerhard Seiler sagt, aus der Sicht der Städte sollten die Mindestaufenthaltszeiten für Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen verkürzt werden, Regelwartezeiten von in diesen Fällen 15 beziehungsweise zehn Jahren seien zu lang. Wenn AusländerInnen längere Zeit legal in Deutschland lebten, arbeiteten, Steuern zahlten und weitgehend integriert seien, seien sie in Wirklichkeit Inländer ohne deutschen Paß.
(AP 29.4.97)
Unter Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verbietet das brandenburgische Oberlandesgericht die Abschiebung eines Kurden, gegen den ein Auslieferungsantrag vorliegt. Es sei zu befürchten, daß der Mann in der Türkei wegen seiner politischen Anschauungen und seiner Abstammung verfolgt und bestraft werde, urteilen die RichterInnen in Brandenburg an der Havel.
(Aktenzeichen: OLG 2 Ausl (A) 7/97)
(AP 29.4.97)
VertreterInnen und Vertreter zahlreicher Verbände und Parteien, wie SPD, Bü/Grü, PDS, FDP , Gewerkschaften und thüringischer Verbände, wenden sich gegen alle Versuche, die Angst vor Arbeitslosigkeit "für eine Stimmung gegen unsere Mitbürger nichtdeutscher Herkunft zu benutzen". "Wir sehen mit Sorge, daß das alte und denoch falsche Argument, Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg` zur Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit wieder an Salonfähigkeit gewinnt", heißt es in der Erklärung.
(FR 30.4./1.5.97)
Nachdem Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) vor rund drei Monaten die Visumspflicht für alleineinreisende Kinder verfügt hat, kommen kaum noch Kinder auf dem Frankfurter Flughafen an. Seit Inkrafttreten des Kanther-Erlasses waren es nur 34 Kinder, die von ihren Angehörigen oder Eltern mit falschen Pässen oder Visen in Flugzeuge nach Frankfurt gesetzt wurden, um hier Schutz zu finden. Während dies der Bundesgrenzschutz als Erfolg wertet spricht Pro Asyl von einem Desaster. Statt Fluchtursachen von Kindern und Jugendlichen - vor allem aus den Kurdengebieten in der Türkei - zu beheben und diplomatische Spielräume zu nützen, würde "mit der Visumspflicht vor allen Dingen den Schleusern

Sozialhilfekürzungen für Flüchtlinge wegen dem Wiederaufbau in Bosnien ...

geholfen, daß ihre Geschäfte gehen", erklärt Günther Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, bei einem Gespräch mit dem BGS-Sprecher Klaus Ludwig. (FR 30.4./1.5.)
Vor dem Frankfurter Amtsgericht müssen sich zwei Beamte des Bundesgrenzschutzes wegen Körperverletzung im Amt verantworten. Ihnen wird vorgeworfen am 22.2.95 in der S-Bahn zwei türkische Fahrgäste verletzt zu haben. (FR 30.4./1.5.)
Bayern schiebt ungeachtet wiederholter Kritik von Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) erneut zwölf Flüchtlinge nach Bosnien ab. Darunter befinden sich erstmals drei Flüchtlinge aus Sachsen. (jW 30.4.97)
Bei einer Razzia in einem Flüchtlingsheim im brandenburgischen Waßmannsdorf nimmt die Polizei 22 Menschen fest. Sechzehn haben nach Polizeiangaben ihre Aufenthaltsdauer überschritten, fünf halten sich "illegal" in Deutschland auf und gegen einen liegt ein Haftbefehl vor. (jW 30.4.97)

30.04.1997 Baden-Würtemberg schiebt erneut 73 Flüchtlinge in die Bundesrepublik Jugoslawien abgeschoben. Sie werden mit einem Charterflugzeug nach Pristina geflogen. (Reuter 30.4.97)
Mehr als 20 ArmenierInnen dringen auf das Gelände der US-Botschaft in Bonn vor, um gegen ihre drohende Abschiebung aus Deutschland zu protestieren. (AFP 30.4.97)

01.05.1997 Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl fordert zum Beginn der zweiten Phase der Rückführung bosnischer Kriegsflüchtlinge am 1. Mai ein Ende der Abschiebungen. Das Phasenmodell der InnenministerInnen sei gescheitert und müsse aufgegeben werden, erklärt Pro Asyl in Bonn. Statt dessen müßten die ethnisch-religiöse Zugehörigkeit sowie die Herkunftsorte der Flüchtlinge als Kriterien für die Rückführung beachtet werden. (Reuter 1.5.97)
Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John, kritisiert die deutsche Einwanderungspolitik. Die CDU-Politikerin erklärt, der Arbeitsmarkt in Deutschland und das Sozialrecht wirkten zuwanderungsfeindlich. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den AusländerInnen, die von den insgesamt rund fünf Millionen Arbeitslosen einen Anteil von 900.000 stellen, sei zum großen Teil hausgemacht, da der überregulierte Arbeitsmarkt und das starre Tarifsystem niedrige Einstiegslöhne für die oft schlecht qualifizierten Neuankömmlinge verhinderten. Laut John könnten "Einwanderungshürden ruhig hoch sein - wenn dafür die Zugewanderten auch wirklich willkommen sind". Sie lobte den "zentralen Integrationsmechanismus", der bis zum Ende der 80er Jahre vorgeherrscht hätte. Nach einer erfolgreichen

Großdemonstration von Kurden in Düsseldorf

wirtschaftlichen Integration hätte die sprachliche, soziale und gesellschaftliche beginnen können. Heute hingegen würden ZuwanderInnen "fast automatisch Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose". (AFP 1.5.97)

04.02.1997 Berlins Innensenator Jörg Schöhnbohm kündigt eine Anweisung für die Sozialämter an, in der diese aufgefordert werden alle "illegal" in der Stadt lebenden Menschen die Sozialhilfe beziehen, dem Landeseinwohnermeldeamt zu melden. Diese könnten dann abgeschoben werden. (jW 5.5.97)

05.05.1997 Die Weigerung von Kurden in der Türkei, sich als "staatliche Dorfschützer" werben zu lassen, ist kein Asylgrund in Deutschland. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel weißt mit seinem verkündeten Grundsatzurteil einen Kurden ab, der geltend gemacht hatte, er werde wegen einer solchen Weigerung verfolgt. Nach Ansicht der RichterInnen kann nicht von einer landesweiten Verfolgung ausgangen werden. Vor allem in den westtürkischen Großstädten könne der Kurde "unbehelligt leben", heißt es in der Urteilsbegründung. Nur in wenigen Einzelfällen komme es zu "asylrechtlich erheblichen Übergriffen staatlicher Organe". (AZ: 12 UE 500/96) (AFP 5.5.97)

06.05.1997 Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Berlin entscheidet, daß mit der sogannten Drittstaatenregelung die Nichtgewährung von Familiennachzug begründet werden kann. Damit verweigert, daß Gericht den Angehörigen eines als politisch verfolgt anerkannten Jugoslawen den Nachzug, weil sie ohne Visum über Österreich als sicherer Drittstaat eingereist seien. Nicht politisch Verfolgten sei zumutbar, sich vor der Einreise ein Visum zu beschaffen. (jW 7.5.97)

Ein 33jähriger russischer Häftling begeht in der Justizvollzugsanstalt Halle Selbstmord. Der Mann saß seit Sonntag in sogenannter Verbringungshaft, weil die Behörden vermuteten, er werde sich nicht wie angeordnet in der zentralen Anlaufstelle für AsylbewerberInnen in Halberstadt melden. (jW 9.5.97)

08.05.1997 Der hessische Landkreis Hochtaunus weigert sich nach Angaben von Pro Asyl, die Kosten für eine möglicherweise lebensrettende Lebertransplantation eines kurdischen Asylbewerbers zu übernehmen. Wie die Flüchtlingshilfsorganisation mitteilt, leidet der 28jährige unter einer chronischen Hepatits und einer daraus resultierenden Leberzirrhose. Die Entscheidung des Kreises ist den Angaben zufolge vom Frankfurter Verwaltungsgericht für rechtmäßig erklärt worden, weil unaufschiebbare Behandlungen von bei der Einreise bereits bestehenden chronischen Erkrankungen nicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu bezahlen seien. (AP 8.5.97)
Aus einem Ermittlungsbericht einer Kripo-Sonderkommission geht hervor, daß es in der Justizvollzugsanstalt in Bremen-Oslebshausen zu schweren Übergriffen durch Vollzugsbeamtinnen gekommen ist. In einem "Fall" wird von Folter gesprochen. Die hauptsächlich betroffenen tütkischen und kurdischen Häftlinge fühlten sich an türkische Folterknäste erinnert und gaben den prügelnden BeamtInnen von der zweiten Schicht den Namen die "Gruppe Tim". Dies geschah in Anlehnung an die berüchtigte türkische Sicherheitspolizeieinheit "Özel Tim". (jW 9.5.97)

09.05.1997 Der Ausländerbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt, Günter Piening (Bündnis 90/Die Grünen), ist davon überzeugt, daß sich rassistische Übergriffe wie am Himmelfahrtstag 1994 in Magdeburg

heute so nicht wiederholen könnten. "Vieles, was damals passierte, könnte heute so nicht mehr passieren", sagt Piening in Köln. Als Beispiel führte er an, daß die Polizei damals "einen rechtsfreien Raum zugelassen", lange Zeit nicht eingegriffen und schließlich die Opfer verhaftet hatte. Bei den Krawallen vor drei Jahren waren AusländerInnen von Neonazis durch Magdeburgs Innenstadt gehetzt worden. Inzwischen sei viel für die "Förderung stärkerer Kompetenz" bei der Polizei getan worden und das Vertrauen in die BeamtInnen weitgehend wiederhergestellt. Umfangreiche Mittel seien auch in die Jugendarbeit geflossen. Als wichtiges Ergebnis der Bemühungen wertete es Piening, daß sich "die Ausländer heute nicht mehr so allein gelassen fühlen. Dennoch sei die Herstellung eines normalen Umgangs mit den ausländischen Mitbürgern ein schwieriger Prozeß".
(ddpADN 9.5.97)
Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl will EU-BürgerInnen weiter die Möglichkeit einräumen, politisches Asyl in einem anderen Staat der Union in Anspruch zu nehmen. Bei der anstehenden Regierungskonferenz im Juni in Amsterdam werde dies geändert, kritisiert Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann in Frankfurt am Main. In einem Brief an Außenamtsstaatssekretär Werner Hoyer (FDP) und den SPD-Politiker Norbert Wieczorek verwahrte sich Kauffmann gegen den "äußerst bedenklichen Vorschlag" des Europäischen Rates an die Regierungskonferenz. Er spricht von einem "Rechtsruck", der zu "schweren Verletzungen der Menschenrechte" führen könne.
(ddpADN 9.5.97)
Auf ein Flüchtlingswohnheim im brandenburgischen Fürstenwalde, in dem alleinreisende Flüchtlingskinder leben, wird in der Nacht ein Brandanschlag verübt. Die zwei jungen Männer flüchten unerkannt in einem PKW. Zur Motivation der Tat gebe es "noch keine Hinweise", erklärt ein Polizeisprecher
(ddpADN 10.5.97)

10.05.1997 Wegen der gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer im ostwestfälischen Detmold Mitte März müssen sich vom 5. Juni an fünf der beteiligten damaligen Bundeswehrangehörigen vor dem dortigen Landgericht verantworten. Gerichtssprecher Hanno Gerhardt sagt, wahrscheinlich werde öffentlich vor der Jugendkammer verhandelt, da die 18-22jährigen als Heranwachsende eingestuft werden. Den fünf Angeklagten, die inzwischen aus der Bundeswehr entlassen wurden, wird gefährliche Körperverletzung und Bildung eines bewaffneten Haufens zur Last gelegt.
(AP 12.5.97)

12.05.1997 Ein Jahr nach dem Asylurteil des Bundesverfassungsgerichts wirft Pro Asyl der Bundesregierung vor, die Vorgaben des Gerichts noch immer nicht umzusetzen. Die Flüchtlingshilfsorganisation kritisiert in Frankfurt am Main besonders die Praxis der asylrechtlichen Beratung. Außerdem müsse sich Bonn endlich auch für die vom Verfassungsgericht angestrebte europäische Gesamtregelung einsetzen.
(AP 13.5.97)
Für in Deutschland geborene Kinder asylsuchender Eltern ist sogenanntes Familienasyl möglich; allerdings muß der Antrag in der Regel innerhalb von zwei Wochen nach der Geburt gestellt werden. Das entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Wie das Gericht weiter mitteilt, dürfen aber Kinder auch ohne Familienasyl bei ihren asylberechtigten Eltern in Deutschland bleiben. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt damit Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Lüneburg und Schleswig. Sie hatten Familienasyl versagt, weil die Anträge nicht unverzüglich, sondern erst zwischen sieben und 28 Monaten nach der Geburt der Kinder gestellt wurden.
(ap 13.5.97)

14.05.1997 Die völlige Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und seine Umwandlung in eine institutionelle Garantie fordert der saarländische CDU-Vorsitzende Peter Müller. Asyl solle künftig nur "nach Maßgabe des Staates ohne einklagbares Asylrecht" gewährt werden, sagt er in Hamburg. Müller argumentiert, daß Deutschland eine höhere Zuwanderung zu verkraften habe als jedes klassische Einwanderungsland. Notwendig sei deshalb ein Einwanderungsgesetz mit festen Zuwanderungsquoten. Darin müßten auch AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge einbezogen werden. "Logische Konsequenz" sei dann eine Änderung des Asyl-Artikels 16 im Grundgesetz.
(AP 14.5.97)
Die Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl übt scharfe Kritik am deutsch-algerischen Rückführungsabkommen und fordert einen sofortigen Abschiebestopp für AlgerierInnen.
(AP 14.5.97
76 evangelische und katholische Kirchengemeinden in Deutschland haben im Vorjahr knapp 300 Flüchtlingen Kirchenasyl gewährt. Dies gibt ein Sprecher der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche bekannt. Mehr als 200 von den Gemeinden aufgenomme Personen hätten so vor einer Abschiebung bewahrt werden können. Gegenwärtig leben bundesweit in 36 Kirchengemeinden etwa 150 Flüchtlinge.
(ddpADN 14.5.97)

Flughafenkinder warten auf eine amtliche Entscheidung

AUFRUF ZUM ZWEITEN INTERKONTINENTALEN TREFFEN FÜR DIE MENSCHHEIT UND GEGEN DEN NEOLIBERALISMUS (25. Juli - 3. August 1997)

Wir alle sind einer intensiven Kolonisierung unserer Aktivitäten und Beziehungen durch ein- und dasselbe System ausgesetzt. Dieses System versucht auf verschiedene Weise, uns unter das Gesetz des Geldes zu unterwerfen und uns eine einzige Lebensweise aufzuzwingen, die uns unserer selbst entfremdet und ins Elend stürzt. Angesichts der Verwüstungen durch diese entfesselte Maschine sind die Widerständigkeiten und andersgeartete Lebensweisen von der Isolierung durch den Monolog der Macht bedroht. Die dringlichste Angelegenheit ist heute vielleicht der Versuch, diese Isolierung zu durchbrechen und Räume zu öffnen, in denen wir unsere Kämpfe, unsere Ängste und unseren Willen zur Veränderung teilen können.

In Mexiko hat die bewaffnete Erhebung der in der EZLN organisierten indigenen Gemeinschaften seit Januar 1994 eine Tür für eine andere Zukunftsperspektive geöffnet als die, die drohend über dem Planeten und seinen Bewohnern schwebt. Innerhalb eines bereits drei Jahre andauerten phantasievollen Kampfs haben die Zapatistas die Völker der Welt aufgerufen, sie und sich zu treffen und Alternativen zu dem zum System gewordenen Neoliberalismus zu suchen. Diese Initiativen sind stets darauf ausgerichtet, alle Menschen - und im besonderen die Marginalisierten einzubeziehen und sie auf verschiedene Weisen außerhalb des bestehenden institutionellen und politischen Rahmens zum gemeinsamen Austausch von Erfahrungen, Hoffnungen und Sehnsüchten einzuladen.

In diesem Sinne riefen die Zapatistas zum Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus auf, das trotz aller Hetze und der massiven militärischen Besetzung des chiapanekischen Territoriums in fünf zapatistischen Gemeinschaften in Chiapas stattfand. Mehr als dreitausend Personen aus 43 Ländern der fünf Kontinente hatten in einem nie dagewesenen Akt der Solidarität die Gelegenheit, sich kennenzulernen, gemeinsam nachzudenken und sich zu äußern. Außerdem sollte versucht werden, durch die von den Zapatistas geöffnete Tür zu gehen und auf die andere Seite des Spiegels zu gelangen, wo wir alle gleich sein können, weil wir verschieden sind, wo es nicht nur eine Lebensweise geben muß, wo sich die Zurückweisung des bestehenden Systems mit dem Wunsch verbindet, eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben: das ist die Menschheit, von der wir sprechen.

Überall sind wir viele, die wir unzufrieden sind. Viele fühlen die Notwendigkeit, sich zu treffen, Räume zu öffnen, ihr Leben frei zu experimentieren, Komplizen und Komplizinnen zu finden, gemeinsam eine würdige Gegenwart aufzubauen, die nichts mit den herrschenden Werten zu tun hat. Deshalb wollen wir an die in Chiapas gemachte Erfahrung anknüpfen und das dort vorgeschlagene Netz des Widerstands Wirklichkeit werden lassen. Ein interkontinentales Netz von Widerstandskämpfen, die sich gegenseitig unterstützen, ein Netz, das keine Organisationsstruktur sein soll, das weder ein Führungs- noch Entscheidungszentrum hat, weder eine zentrale Befehlsgewalt noch Hierarchien. Ein Netz, das wir alle bilden, die wir uns widersetzen.

Deshalb rufen wir für diesen Sommer zu einem **zweiten interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus** auf.

ZIELE

* Wir wollen, daß das Treffen zu einem Treffen aller Kämpfe gegen den Neoliberalismus und seine Auswirkungen wird, ein Treffen aller - organisierten oder unorganisierten - Leute, die mit der Lebensweise unzufrieden sind, die uns dieses System aufzwingt.

* Das Schwergewicht soll dabei auf der Schaffung von Räumen zum Austausch von Ideen, Praktiken und Wünschen liegen und nicht auf Schlußfolgerungen oder Resolutionen.

* Das Treffen soll selbstorganisiert sein, die daran teilnehmenden Personen sollen es zu ihrer eigenen Sache machen und sich sowohl bei der Vorbereitung der Arbeitsgruppen als auch bei den praktischen Aufgaben, die das Treffen ermöglichen, engagieren. In diesem Sinne erscheint uns der Prozeß der Organisierung des Treffens genauso wichtig wie das Treffen selbst.

* Das Treffen soll eine Möglichkeit darstellen, mit neuen Formen der Politik zu experimentieren. Wir wollen selbstorganisierte Räume öffnen, unsere Reservate verlassen und die medialen, politischen und kulturellen Sperringe durchbrechen, die uns voneinander trennen.

* Es soll ein Kampf aller Männer und Frauen sein. Wir alle sind dafür verantwortlich, die Welt ausgehend von allen Lebensbereichen zu verändern.

INHALT

Aus der im Februar und März dieses Jahres durchgeführten intergalaktischen Befragung hat sich ergeben, daß das Zweite Treffen ein Treffen der Kämpfe sein soll. Daß die Themen und Inhalte von den Erfahrungen der Kämpfe aus angegangen werden sollen, ohne daß

dies einen Verzicht der theoretischen Reflexion beinhalten soll. Daß, wie schon beim Ersten Treffen beschlossen, eines der Hauptziele in der Schaffung eines Netzes der Kämpfe besteht soll. Daß das Zweiten Treffen uns dazu dienen soll, neue Formen des Kampfes und neue Formen der Politik ausfindig zu machen. Dazu muß eine wirkliche Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen gewährleistet sein, mit ausreichend Zeit und Raum für den Austausch von Erfahrungen und für gegenseitiges Lernen.

Es sind NACH Kämpfen und Erfahrungen strukturierte THEMENBLÖCKE festgelegt worden, die unter den verschiedenen Tischen aufgeteilt werden:

1. Die neoliberale Wirtschaft gegen die Menschheit. Unsere Leben jenseits der Ökonomie.

1. Arbeit und Produktionsmittel
2. Schaffung von würdigen Lebensbedingungen
3. Alternative Ökonomien
4. Lebensformen jenseits des Marktes
5. Etc.

2. Unsere Welten und die Welt der Macht

1. Nord-Süd/Ost-West-Beziehungen

1. Neue Geometrien, damit alle Welten Platz haben 2. Die Lügen der Demokratie im globalen Dorf 3. Solidarität und Kooperation 4. Der Konsum des Westens, Quelle von Hunger und Armut 5. Die Szenarien des Kriegs. Das Geschäft des Todes.

2. Völker und Identitäten. Alte und neue Probleme

1. Selbstbestimmung 2. Nationalismen 3. Unterdrückte oder ausgeschlossene indigene Völker 4. Etc

3. Die menschliche Mobilität oder erzwungene Ortsbestimmungen

1. Migration und Grenzen 2. Flüchtlinge 3. Etc.

3. Die Kämpfe um Kultur, Erziehung und Information

1. Kultur 2. Erziehung 3. Information

4. Die Frauen und ihre Kämpfe. / Der Kampf gegen das Patriarchat

5. Die Kämpfe um Land und die Ökologie

1. Land und ländliche Welt. Die Agrarfrage. Die Ausrottung der Bauern 2. Landbesitz und Landkämpfe. Die Beziehung mit dem Land 3. Die Zerstörung des Planeten 4. Neue Technologien: die Natur als programmierbare Maschine 5. Die Ökologie als Geschäft 6. Konsum und Giftmüll 7. Umweltzerstörerische Energien 8. Klimaveränderung und Versteppung

6. Gegen alle Formen der Margination

1. Kinder und alte Menschen 2. Die Frage der „sozialen Gefangenen", die Ideologie der Schuld, politische Gefangene 3. Die Ausgrenzungen verschiedener Formen der Sexualität 4. Die Verachtung der Kranken und Behinderten 5. Etc.

Jedes Thema soll anhand der großen Themenblöcke analyisiert werden, die in Chiapas diskutiert wurden: Politik, Soziales, Ökonomie und Kultur, hinzu kommt noch die Geschlechterfrage.

Das Thema der Bestimmung und Schaffung des NETZES DER KÄMPFE soll an allen Tischen präsent sein: Die Frage der Macht in der Gesellschaft und das Netz als Gegen-Macht. Neue Formen der Politik. Mit wem mit welchen Kämpfen und Bewegungen soll das Netz aufgebaut werden. Praktische Schlußfolgerungen: Organisierungsvorschläge und -kriterien.

PROGRAMM

Das Treffen findet an fünf Sitzen innerhalb des spanischen Staates statt: MADRID, KATALONIEN, RUESTA (Aragonien) ALMUÑECAR und EL INDIANO (Andalusien). Die Sitze wurden aufgrund verschiedener Alternativen ausgewählt (Kontakt mit der Natur, besetzte Häuser und Ländereien, aktive Stadtviertel...) und ihrer Fähigkeit, ein Fest gegen den Neoliberalismus austragen zu können.

Das Treffen beginnt am 25. Juli in Madrid, wo die verschiedenen Gruppen empfangen werden, die aus dem gesamten Planeten anreisen. Abends wird es ein Fest zum Kennenlernen geben. Am Samstag, den 26. werden die restlichen Teilnehmer empfangen. Abends versammeln wir uns zur öffentlichen Auftaktveranstaltung des Zweiten Treffens und zu einem verrückten Fest für die Menschheit. Am Sonntag, den 27., Demo durch das Zentrum von Madrid (Transparente, Trillerpfeifen und vor allem viel Power mitbringen), Abends-nachts werden wir in antineoliberalen Karawanen zu den verschiedenen Sitzen fahren.

Am Montag, den 28., Ankunft mit öffentlicher Begrüßung jeder Gruppe an ihren jeweiligen Sitzen. Von Montag bis Donnerstag werden die Debatten an den jeweiligen Tischen und Untertischen stattfinden. In Verbindung damit werden Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Videovorführungen ... veranstaltet. Am Donnerstag, den 31, Verabschiedung an den Sitzen und gemeinsame Fahrt zum El Indiano für die Abschlußveranstaltung des II. Treffens, die am 1. und 2. August stattfindet. Am Sonntag, dem 3. August, Rückkehr nach Madrid.

PRAKTISCHE FRAGEN

- Die Voranmeldung soll vor dem 31. Mai bei der für Dein Gebiet zuständigen Organisationskommission vorgelegt werden. Vor dem 30. Juni muß die eigentliche Anmeldung vor dieser Kommission erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt müssen die TeilnehmerInnen die Mindestquote zur Deckung der Kosten für Essen, Unterkunft und Transport bezahlen (zwischen 100 und 200$) (die Leute aus nichteuropäischen Ländern können ihre Anmeldegebühren bei der Ankunft in Madrid bezahlen) Außerdem wird es eine empfohlenen Beitrag und einen Förderbeitrag geben, der für einen Solidaritätsfonds verwendet wird. Bei der Bezahlung der Anmeldegebühren erhältst Du einen Ausweis. Bei weiteren Fragen wende Dich bitte an: Plataforma de Solidaridad con Chiapas de Aragón, San Vicente de Paul 26 /E-50001 ZARAGOZA. <chiapas@pangea.org>
- Die schriftlichen Beiträge (zumindest auf Englisch und Spanisch) sollen vor dem 31. Mai vorliegen und folgende Angaben enthalten: Titel, Name der VerfasserInnen, Land, Thema und Unterthema, wozu er geschrieben ist und eine zehnzeilige Zusammenfassung des Inhalts. Die Beiträge sollen über E-mail oder per Post auf Diskette als „Nur Textarchive" an folgenden Adresse geschickt werden Colectivo Zapatista de Granada, c/ Marqués de Falces 5, 2° E-18001 GRANADA. <ponencia@pangea.org >. Von Granada aus werden sie an die Homepage des Treffens (www.pangea.org/encuentro) weitergeleitet und können dort abgerufen werden.
- Die Leute aus europäischen Ländern sollen einen Schlafsack, Schlafmatte, Geschirr sowie ein Zelt mitbringen.

BÜCHER

Rainer Dinser - Plinsen

Schwamm - Verlag Hamburg, 1997 130 Seiten

Kommt doch ein nicht ganz unbekannter Mensch Dienstagabend in den Laden, drückt mir ein Buch in die Hand und verschwindet wieder, nicht ohne vorher höflichst um eine Rezension im nächsten(!) Klarofix zu bitten. Ich, ebenfalls ein höflicher Mensch, verspreche dies ohne mir der Konsequenz bewußt zu sein, daß in zwei Tagen Redaktionsschluß ist. Als mir das klar wurde, hatten ihn bereits die glühend - flüssigen Gesteinsmassen der Stadt (in welcher im Mai bereits Hochsommer herrscht) verschlungen. Resigniert über mein Eigentor, schaute ich mir das Werk mit dem Titel „Plinsen“ an. Plinsen also. Griff zum Kochbuch. Plinsen gibt es dort nur mit Heidelbeeren. Aha! Und verzapft hat das Buch ein gewisser Herr Dinser. Oder auch `der Rainer´ der uns auf der hinteren Buchumschlagseite gequält schelmisch grinsend wissen läßt, das er „ einundsiebzig in offenburg dann irgendwann schule bis neunzehnhundertzweiundneunzig zivildienst in der altenpflege in hamburg danach arbeitslos gemeldet und job beim fernsehen herbst vierundneunzig beginn des studiums der theaterwissenschaften in leipzig für ein semester wieder jobs bis fünfundneunzig zum studiumbeginn an der humboldt universität in berlin was aber wegen einer relativ festen tätigkeit in der altenpflege von anfang an vernachlässigt und später überhaupt nicht mehr betrieben wurde möglichkeit im frühjahr sechsundneunzig ein eigenes stück in leipzig zu inszenieren folglich seit märz sechsundneunzig wieder in leipzig wohnhaft „ also die typische Orientierungslosigkeit Jugendlicher.

Nun zum Buch. Erster Teil und tatsächlich, schon in der zweiten Kurzgeschichte geht es um Plinsen. Ich muß lesen, daß in manchen Gegenden Pfannkuchen Plinsen genannt werden und dies dann unzivilisiert ist. Im Leipziger Raum ein doppeltes Problem, weil hierzulande jene „Pfannkuchen“ oder internationalistisch ausgedrückt „Crepes“ als Eierkuchen bezeichnet werden und Pfannkuchen eigentlich olle „Berliner“ sind. Und der Verwirrung nicht genug wird im letzten Abschnitt den Polizisten des Einsatzkommandos angedichtet, sie würden Eierkuchen einheitlich als „Omelette“ bezeichnen. Aber da es laut Kochbuch nur Plinsen mit Heidelbeeren gibt, würde ich mal vermuten, daß es sich eigentlich um Hefeklöße handelt. Desweiteren rankt sich um die „Plinsen-Problematik“ eine Frau namens Jenny, die sich durch einen demonstrativen Fick auf der Berliner Mauer zur Mutter der Einheit qualifiziert (Kito Nedo), was ihr wiederum nach der Einheit zum Verhängnis wird.

In den anderen vier Kurzgeschichten erfahren wir, auf welche Art sich Hirsche noch fortbewegen können. Wie junge Menschen die Fähigkeit besitzen, Dinge klar zu erkennen und daraus die richtige Konsequenz zu ziehen oder wie vielfältig die Kunst der Fotographie ist.

Der zweite Teil lautet wie die gleichnamige Veranstaltungsreihe im Fahrradladen „Rücktritt“ nämlich Posingpopundpoesie, welches in diesem Fall ein Kunterbunt aus Anekdoten und dramatischen Miniaturen beinhaltet. „Eine Leiche stellt sich mir in den Weg und verlangt als Pflasterstein auf meiner Strecke verwendet zu werden.

Nun gut, ich stieg über sie drüber und setzte meine Wanderung unbeirrt fort. Zufrieden mit mir, einem Verstorbenen die Möglichkeit geboten zu haben, selbst nach seinem Ableben noch einen Dienst erfüllen zu können. Seitdem verstehe ich, was mit dem Ausspruch gemeint ist, das das Untertanentum kaum tot zu kriegen ist. „

Der letzte Teil versetzt uns zurück in die Zeit des wunderbar kühlen, wenn auch zum Teil verregneten Sommer 1996, da uns ein gelbschwarzes Plakat mit freundlichem Antlitz (eben jener Herr Dinser) zur Theateraufführung des „Boskop“ in das Poetische Theater rief. So haben wir nun die Chance noch einmal nachzulesen, was in Vergessenheit geriet und eröffnet anderen die Möglichkeit Verpaßtes nachzuholen.

Ihr solltet am 7.6.1997 zur Posingpopundpoesieveranstaltung in die Fahrradwerkstatt „Rücktritt“ schreiten und um 22.00 Uhr der Buchvorstellung beiwohnen. Wohl werden auch noch andere Texte gelesen und sollte das Buch des Herrn D. bereits vergriffen sein, so bekommt ihr es nach seinem offiziellen Erscheinen hier im Buchladen

Bruchsteine.

von heiligen kühen, schwimmringen und der machtfrage

IN diesem Heft befindet sich eine Anzeige, derzufolge ihr eine Broschüre mit dem Titel „Chiapas und die Linke" kaufen sollt. Es stellt sich die Frage, worum handelt es sich ? Ein Teil der Texte, entstand anläßlich einer Diskussionsveranstaltung zum Thema, zu der das Internationalismusreferat des AStA der FU Berlin im März 97 einlud. Der andere Teil war Grundlage für Diskussionen innerhalb des Internationalismus- und Antirepressionsreferates des FU-AStAs.

Ziel der Broschüre scheint es, in deutschen Landen eine Diskussion/Auseinandersetzung über/mit einem Thema anzukurbeln, welches trotz aller Mühen meistenteils mit sehr -ismus behafteter Metropolenarroganz zur Kenntnis genommen wird. El zapatismo & Interferenz landeten hier fix in Mexico-solidaristischer Schublade, wurden mit „Aha, 'ne neue Guerillia" ignoriert oder mit Revolutionsromantik gebrandmarkt.

Dabei geht es in der Konsequenz um Solidarität nur als erfreuliche Nebenwirkung. Womit könnte es zusammenhängen, daß sich „die deutsche Linke" lediglich gefräßig auf ein neues Pin-up stürzt? Als 1996 die Zapatistas dazu aufforderten, in eine weltweite Debatte über die Auswirkungen des Neoliberalimus zu treten und Wege zu einer menschlicheren Gesellschaft zu diskutieren, sah sich „die deutsche Linke" wohl unbewußt (?) vor der praktischen Frage, inwieweit Ergebnisse einer solchen Diskussion reale Auswirkungen auf das tägliche Leben haben könnten und schreckte zurück? Die Aufforderung, mehr zu tun als Geld und Protestresolutionen zu schicken, würde vermutlich zu Lasten des eigenen ideologisch-ökonomischen Schwimmringes gehen. Alte Spaltungen müßten überdacht, die eigene Festgefahrenheit auseinandergenommen und überhaupt die Grundfrage neu gestellt werden.

Was ist geschehen, das so interresant sein soll? Mit ihrem Aufstand haben die Zapatistas die politische Situation in Mexico grundlegend verändert. Während bis Ende 93 in den Leitartikeln der Zeitungen immer die Rede davon war, daß mit dem NAFTA-Abkommen ein großer Sprung nach vorn gelingen könne, hat der Aufstand der EZLN der mexikanischen Öffentlichkeit dagegen zu Bewußtsein gebracht, daß Armut und Marginalisierung letztlich Resultat der neoliberalen Politik seit Anfang der 80er sind, und das NAFTA-Abkommen nur eine Fortsetzung dieser Politik darstellt. Ein öffentlicher Diskurs, der die Politik der Regierung legitimiert hatte, fiel in sich zusammen. Man stelle sich vor, in der BRD würden auf einmal die heiligen Kühe europäischer Wirtschafts- und Währungsunion geschlachtet und als daß bloßgestellt, was sie sind: Projekte des Kapitals zur radikalen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach immer weiter oben. Erreicht wurde dies mit sehr einfachen, sehr verständlichen Fragen.

Die abgedruckten Texte und Referate spiegeln einen Teil der Diskussion innerhalb der BRD-Linken wider und die Positionen wollen dabei nicht so recht zusammenpassen. Aber hierin sollte eher ein Vorteil gesehen werden. Die Debatte welche sich daraus ergeben sollte, kann durchaus die münchhausensche Fähigkeit des „Am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ziehens" haben.

Der Zeitpunkt des Erscheinens ist gut aber sehr knapp gewählt. Im Sommer, genauer vom 25. 7. - 3. 8., findet in Spanien das 2. Interkontinentale Treffen statt, auf dem es eben nicht - wie nach dem Ersten in Mexico im Sommer letzten Jahres meist falsch verstanden wurde - um Mexico oder Lateinamerika geht. Vielmehr geht es um die Wurst. Um's Ganze sozusagen. Letztenendes darum (und hier höre ich schon das Raunen "das ist doch alles ganz klar"), warum leben wir so wie wie leben, was können wir dagegen tun und wie kann es anders gehen. Und es geht auch darum, Menschen aus anderen Ecken des Globus zu treffen und sie und ihre Erfahrungen kennen zu lernen. Nicht zu verachten ist auch, daß so ein Treffen eine Menge Kraft geben kann.

Im Infoladen im Eiskeller bzw. im Archiv und im Buchladen in der Braustrasse ist näheres zu erfahren.

„Drei grundlegende Fragen formulieren die Zapatistas 'Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit'. Das heißt alles und nichts, mag man denken, doch so einfach ist es nicht. In den drei Begriffen verbirgt sich eine gesellschaftliche Utopie, für die alle emanzipatorischen Bewegungen eintreten. Gerade die Einfachheit und Reduziertheit der sozialen und politischen Forderungen auf drei Begriffe bringt eine seltene Klarheit mit sich. Ausgehend von der Forderung nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit entwickelt die EZLN weitere Forderungen, die an den elementaren Lebensbedürfnissen der Menschen anknüpfen: Einhaltung der Menschenrechte, Recht auf Bildung, ein Dach über dem Kopf, Gesundheitsfürsorge für alle, ausreichend Essen... Die Sprengkraft dieser Forderungen liegt in Mexico in ihrer Nichterfüllung für die Mehrheit der Bevölkerung. Funktioniert ein System, das diese elementaren Forderungen nicht erfüllt? ...Warum werden Menschen erschossen, die für so einfache lebensnotwendige Forderungen eintreten? ...Sind in der Bundesrepublikalle Lebensnotwendigkeiten erfüllt? Das Recht auf Arbeit? Das Recht auf Faulheit? Das Recht auf Bildung...? Das Recht auf Gesundheitsfürsorge...? Das Recht auf Wohnen...?"

Schlimm, daß heute soetwas noch möglich ist...

Der Vortrag des Bundesinnenministers, Manfred Kanther, über „Innere Sicherheit" auf der CDU-Veranstaltung am 5. Mai 1997 im Leipziger Neuen Rathaus.

Falls jemand nicht mehr ganz genau wissen sollte, wo er oder sie eigentlich steht, sollte sich die betreffende Person gelegentlich eine Veranstaltung der besonderen Art reinziehen. Eine solche fand Anfang Mai im Festsaal des Neuen Rathauses statt. Die Leipzuiger Christdemokraten hatten ihren Innenminister (zur Zeit auf Sachsen-Tour) zu einem Vortrag geladen. Zu einem Thema, welches Herrn Kanther „besonders am Herzen liegt": die innere Sicherheit. Dementsprechend enthusiastisch zog Manfred dann auch vom Leder, und die überwiegend weißhaarige Menge um Hab und Gut und Leben fürchtender Schrebergärtner lauschte gespannt und schaudernd seinen einstudierten Fabulierkünsten,

Daß es nach den Jahren libertinistischer Täterverhätschelung und solchen Luxusknästen, wie in Weiterstadt, mehr um die Opfer gehen müßte; daß die marodierenden Jugendbanden schlimm sind; daß er den Medien immer wieder sagt, stachelt die Kids mit Gewaltprogrammen nicht so auf; daß der Staat aber nicht alleine erziehen kann, sondern alle Bürger sich mehr engagieren müssen, vor allem auch „zeugenschaftlich", während die Polizei „Gangsterwohnungen abhören" muß, weil sie ja keinen weißen V-Mann in eine Gruppe von 200 nigerianischen Geldkartenbetrügern einschleusen kann, weil der natürlich keine Überlebenschance hätte; daß Graffiti übel ist - eine Straftat, nicht herunterzuspielen; daß die „dogmatisch-libertinistische" Politik der Sozis dazu führt, daß in Schleswig-Holstein die schlimme Einstiegsdroge Mariujhana in Apotheken verteilt werden sollte; daß es mit der Asylrechtsänderung endlich gelungen sei, unser schönes Deutschland vor der Ausplünderung zu retten: „Wir sammeln doch nicht die Berufsgangster aus der ganzen Welt ein!" (Klatschen); daß der Anteil der Ausländer an Straftaten „leider" wieder sehr hoch ist und die BGS-Beamten zu bewundern sind, die sich im Einzeldienst in dunklen Nächten an der Oder verbrecherischen Schlepperbanden entgegenstellen, obwohl sie vorher nur in der Gruppe an der Zonengrenze in Bad Hersfeld ihren ruhigen Dienst schoben; daß es die kaltblütigen vietnamesischen Zigarettenschmuggler, auf deren Konto schon etliche Tote gingen, nicht geben würde, man muß das ja mal sagen, es wenn nicht Deutsche gäbe, die die Zigaretten steuerfrei kaufen wollen; daß auch Vietnam nach langem Drängen seine „verbrecherischen Landeskinder" zurücknimmt - denn: „Ich gönne allen, daß sie in ihren Heimatländern sitzen." (Klatschen), deutsche Gefängnisse sind ja die reinsten Erholungsheime.

Daß die unverbesserlichen linken Dogmatiker, das alles nicht verstehen wollen und die Skinheads, wenn sie erstmal einen Arbeitsplatz haben, brav wie die Deckchen sind; dies und vieles andere mehr konnte man sich geben, wenn man den entsprechenden Brechreiz unterdrücken konnte. Die Härte waren dann auch noch die Zuschauerfragen. Ein seniler Opa schlug in einem zehnminütigen Gefasel Kanther vor, das Bargeld abzuschaffen, weil es dann nicht mehr geklaut werden kann. Stattdessen forderte er, der Saal wurde schon unruhig, eine staatliche Geldkarte. Der Leipziger CDUler Goliasch fragte, warum Steuerbetrüger länger absitzen als Halsabschneider und Kinderschänder, ja besonders letztere lagen wohl in seinem Interesse. Länger konnte das Anschauungsstück bornierter Beschränktheit und kleinkarierter Spießigkeit von mir nicht ertragen werden.

Rundumschlag

Gorleben-Erlebnisberichte sind in dieser Jahreszeit fast überall zu finden. Da will das Infoblatt für Dessau, Delitzsch und Bitterfeld, **Der Alzheimer** (c/o AJZ, Schlachthofstr. 25, 06844 Dessau), nicht hinten anstehen und hat auch tatsächlich FrontberichterstatterInnen gefunden, die ihre Exklusivgeschichte auf elf Seiten erzählen können. Einen ähnlichen Charakter hat auch die Berichterstattung zur Verhinderung des JN-Aufmarsches in Berlin, womit dann allerdings das Pendant zur televisionären live-Übertragung der WM-Qualifikation der Nationalmannschaft in dem A5-Heft ein Ende hat. Interessanter liest sich die Kritik der Antifa Ha/Qu am Auftreten der Antifaschistischen Aktion Berlin bei der Demonstration zur Ermordung von Frank Böttcher in Magdeburg. Die Berliner AntifaschistInnen müssen sich wohl zu recht Vorwürfe gefallen lassen, sie hätten ein merkwürdiges Verständnis von solidarischer Bündnisarbeit. Hintergrund ist die Spaltung der besagten Demonstration durch die AAB, welche einen Magdeburger Faschotreff aus der Demo heraus angreifen wollte, obwohl dies vorher als nicht praktikabel abgelehnt wurde. Eine Einschätzung, die durch das Scheitern der Aktion bestätigt wurde. Interessant ist auch die Auseinandersetzung mit der Geschichtsbewältigung des ZDF-Haushistorikers Guido Knopp. Selbiger fällt schon seit längerem durch seine Fernsehbeiträge auf, in denen Hitler und die bekanntesten Vertreter des nationalsozialistischen Regimes als verwirrte Einzeltäter dargestellt werden. Verwunderung muß hingegen ein Leserbrief auslösen, der die sachsen-anhaltinische PDS angreift, weil sie es politisch für nicht gelungen hält, eine Gedenkdemonstration für die Opfer des Faschismus am 20. April durchzuführen und einem solchen Vorhaben die Unterstützung verweigert. Eher zum Üblichen gehören ein Text über die „radikal" und eine Schilderung der Betroffenheit, welche die Erstürmung der von der MRTA besetzten japanischen Botschaft in Lima auslöste. Daß dieser Text mit den Worten endet: „Eine friedliche Lösung wurde von den Herrschenden verhindert, laßt uns ihnen unsere Antwort geben! Hoch die internationale Solidarität!", wirkt dann allerdings doch wie eine leichte Selbstüberschätzung. Dafür gibt es, quasi als Bonus, noch einen Beitrag von Rolf Heißler, der die Zusammenarbeit deutscher und peruanischer Sicherheitsbehörden u.a. anhand des Exports von Isolationshaftmethoden thematisiert. Abgerundet wird das Heft, das durchaus einen stärkeren Bezug auf die Region vertragen könnte, durch Kurzmeldungen über Faschoaktivitäten, Konzertberichte, Fußball, Heftrezensionen, Termine und eine zu enzyklopädischen Würdigung der Raumschiff-Enterprise-Serie. Weil wir gerade vom Preis reden: 2,-DM.

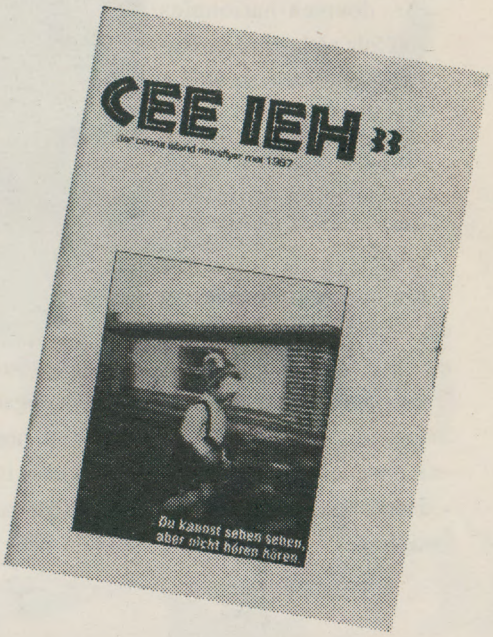
Während die Covergestaltung des Fanzines **Persona Non Grata** (Nr.31) für Musik und Comics immer besser wird, verlassen die besten Kolumnen (Rabbi Rosenbaum, Praktikantinnen < bester Trash! etc.) das Heft schweigend und ersatzlos. Daß Hoffmann mittlerweile die Comicvorherrschaft übernommen hat, bringt nicht gerade ein Niveauanstieg mit sich. Und obwohl das Heft nicht mehr "alternativ" hergestellt wird, sieht es nach wie vor so aus - was ist los? Gibt es denn keine hoffnungsvolle Layouterseele, die mit einem Scanner, Schriftsatz und einer Saubande von SchreiberlingenInnen zurechtkommt?

Neben den Musikrezensionen, die dieses Mal ca. 50% des Platzes beanspruchen, gibt es jedoch wieder die traditionellen 3-4 Äußerungen mit Highlightcharakter, die einem das Heft immer wieder kaufen lassen. Dazu zählt dieses Mal mit weitem Abstand der PNG-1.Mai-Aufruf: wer statt in Leipzig Nazis wegzuhauen nach Berlin fährt, um die Lederjacke zu lüften, ist "am wenigsten groovy, schon gar nicht funky und erst recht nicht Neunziger." Zwei Seiten weiter ein Donis von der angenehmsten Seite: Der Assi-Zeitpunkt-Stadtmagazin-Chef mit seiner Band und der neuen CD wird angenehm gewalttätig gedisst - das ging runter wie Krusovice.

Ansonsten ist wieder was für die Weilheim-Wahnies drin (2x), ein eher dröges Interview mit Pile, die Vorstellung der 3. Tocotronic-Generation mit Heinz aus Austria, die Enthüllung des U2 "pop"-Albums, ein Tom Dorau - Quatsch: Andreas Dorau Artikel, wichtiges über die Green Bay Packers und die lustigen Piledriver ("Das Hauptziel, wenn man in einer Band spielt, ist doch, daß man eine gute Zeit hat, einen Haufen Platten verkauft und letztlich über die Fans lacht.").

In der Mai-Ausgabe des Neuigkeitenfliegers vom Eiskeller, dem **Cee Ieh** 33, wird - ausgenommen des Musikteiles, in dem uns mitgeteilt wird, was alles gut ist - ausführlich klargemacht, was alles schlecht ist. Angefangen mit grb.s „Anti-VolleTanner" Artikel und geendet mit Ralfs Analyse des Zustandes der „allerorten praktizierte(n) 'akzeptierte(n) Jugendarbeit". Was grb. in seinem Privatkrieg-Beleidigtsein-Artikel zu V. Tanner an sich und „Social Beat" überhaupt schreibt, ist zwar umfangreich, doch die vielen Worte bleiben in polemischen Kinderschuhen stecken. Aufhänger ist rotziges Benehmen der selbsternannten Bukowsky-Jünger - was aber doch ehrlich gesagt ideologieimanent ist - und ein weder von Publikum noch Autoren auf der vergangenen BuchsaboTAGE gefetzter, gegen PC gerichteter, Aufkleber der Jungen Freiheit. (Der Aufkleber ist als Illustrationsobjekt im Blatt zu begutachten.) Es stimmt, ich muß grb. Recht geben, es gehört sich, daß jeder Schnipsel an der Wand einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden muß, um zu prüfen, ob dort nicht etwa... . Die erwähnte, belustigte, Reaktion eines darauf Hingewiesenen in Zusammenhang mit der Neuen Rechten zu stellen, ist dann (wenn auch in Teilen nachvollziebarer) Gipfel der Texttopographie.

Gefolgt wird 'Kunst+Politik' von Jugend + Politik'. Und zwar in Form der Darstellung instrumentalisierter „Jugendpolitik" und warum und wie der Staat ein rassistisches, menschenverachtendes, Ausländer-in-die-Gaskammer-Schwein ist. So gern aus Sportsgeist auch gegen beide Artikel geballert werden sollte, angebracht ist es keinesfalls. Eher lesenswert. Im Anschluß gibt es noch eine Besprechung des Buches „Nie war ich furchtloser" von Inge Viett, einer Autobiographie des ehemaligen Mitgliedes des „2. Juni" und der RAF. Dazu kann ich nicht viel sagen, ich habe das Buch nicht gelesen. Aber - und ohne die Wichtigkeit des Themas in Frage stellen zu wollen - geschrieben wurde darüber schon irgendwie alles. Vielleicht hat jedoch jemand noch gar nichts in der Hand gehabt oder es trifft einer der vielen anderen Gründe zu, warum es Bücher zum Thema Widerstand immer verdienen in die Hand genommen zu werden.



Lederhaut

So liebe Freunde der DER BALL IST RUND

(Natürlich auch alle Freundinnen von den Freunden)!

Gleich vorn weg ein Spruch zum letzten „Ball ist rund": Ja, es war eine Orginal Talgshow, mitstenographiert von meinem Computor, direkt von der ORB Mattscheibe. Manchmal ist unverfälschter Realismus einfach die beste Parodie auf die Realität und nichts ist abnormer als Normalität...

Zur Sache! Jetzt, wo der von bitterbösen Nationalextremisten geplante Erste 5. per „freiheitlich-demokratichem" Verbot vereitelt wurde, ist wieder Zeit, persönliche Freizeit sinnlicher auszukostenen. Hale Bop ist knapp an der Erde vorbei gezogen und bis zum nächsten Weltuntergang sind noch ein paar Monate Zeit. Vorausgesetzt irgend eine Partei ruft ihr deutsch-nationales Vußfolg nicht vor dem Rudolf Haß Gedenktag zu den Springerstiefeln. Da kommen wir vor lauter Anti-Aktionen gar nicht mehr dazu, uns so richtig bitterbose und traditionsbewußt untereinander zu zerfleischen, warum, für wen und für was wir das denn nun alles auf uns nehmen. Das ist aber vielleicht sogar gefährlicher für unser Wohlbefinden, als uns mit einem flippigen „Nazis raus"-Jodler in einen Haufen knüppelharter Neoneos zu werfen.

O.k., ich drossle meinen Sarkasmus mal ein wenig, denn so übel war das ja nicht, was da am ersten Mai gemacht wurde. Und außerdem war herrliches Wetter! Wer hätte mit so viel Euphorie von allen Seiten gerechnet? Was da so lief war aus der Sicht der Guten wirklich nicht schlecht. (Wir sind die Guten.) Für die Schlechten wars gut, daß wir nicht schlecht drauf waren... Im Prinzip wars schon Klasse, man muß sich nur immer einreden, daß Masse Klasse macht, dann kommt man über diverse Mikrokatastrophen ganz gut hinweg. Man sollte sich ja nur mal überlegen, wenn diese Weißhemdträger sich solch eine Aktion in Leipzig vor 2-3 Jahren ausgedacht hätten. So haben sie uns wieder mal einen kleinen „unity"-Erfolg zugeschanzt. Hoch die Interregionale Solidaritüt! Aber es gibt eben immer noch genügend Gründe, sich bei solchen Aktivitäten zu separatieren, weil ja über die vielen Detailfragen, die dem Einzelnen schwer an der Moral oder Logik kitzeln, bei allem Aktionismus gar nicht eingegangen werden kann. Und ein grünweißes Plakat mit der Aufschrift „Chemiefanblock (und noch irgend was)" kommt natürlich total geil und hinten herum. Reist man das nun als national vernagelter Jugendlicher ab, oder läßt man es dran? Zumal ja nebenbei gleich noch für das Spiel zwischen Chemie und Cottbus aufgerufen wurde, also gegen Cottbus! Bei all der weinerlichen „Ostprodukte sind auch was wert"- Mentalität von Presse, Funk und Fernsehen (sowie

ihrer ostgeschädigten Knetmasse) ist es für Trendsetter und Jugendliche, die anders sein wollen als die anderen ja Ehresnsache, den nervtötenden Energie Cottbus Rummel runter zu machen, bzw. von der Zuschauertraverse herunter, Cottbus samt mitgereistem Kindergarten durch rasierklingenscharfe Beschimpfungen zu demütigen. Auch wenn Ede Geyer mal Trainer bei unseren Leutzscher Holzern war (und jetzt Energie Kot Bus), lassen sich die Jungs aus Sorbistan auf übelste Art und Weise zum Aushängeschild der Jammerossies machen, die dem bösen Brüdern aus dem Westen mit Spreewaldprodukten beweisen wollen, daß wir auch Menschen erster Klasse sind. Außerdem hilft jeder Scheiß hier Arbeitsplätze sichern. (Arbeitsplätze sichern- also Arbeitsplätze anderen, für Billiglöhne malochenden Hinterpakistani, wegnehmen -also Arbeitsplätze nur für Ost-Deutsche...)

Dieses ganze Elend mit der Fußballmannschaft am Bahndamm der Lausitzer Pioniereisenbahn (gleich hinterm sorbo-kroatischen Hooliganblock ist die Anlegestelle) begann mit den drei roten Karten gegen Chemie in der Hinrunde, mit dem Bullizisten- und Ordnerterror auf den Traversen an besagten Tag und fand seinen bisherigen Höhe-bzw. Tiefpunkt in der Übertragung im Fernsehen der **TV**.

Wer dieses Halbfinalspiel von Cottbus gegen Kiel oder Köln, oder Kaiserslautern (oder wie diese karlsruher Mannschaft geheißen hat) mitverfolgen durfte, wird sich ja spontan an schlimmste DDR Übertragungen zurück erinnert haben: schneebedeckter Platz wie auf dem Mount Fichtelberg, Schneegestöber wie beim **„Sturm auf das Winterpalais"**,

so daß man den Ball nicht mal sehen konnte, wenn man das Fernsehgehäuse abschraubt hat. Wären die Halbzeitpausen nicht von Biermarken eingerahmt gewesen, man hätte denken können, der ORB hätte sein Programm abgeschaltet. Und dann diese erzhohlsinnige Berichterstattung von diesem mit Vita Cola bekifften Kommentator mit

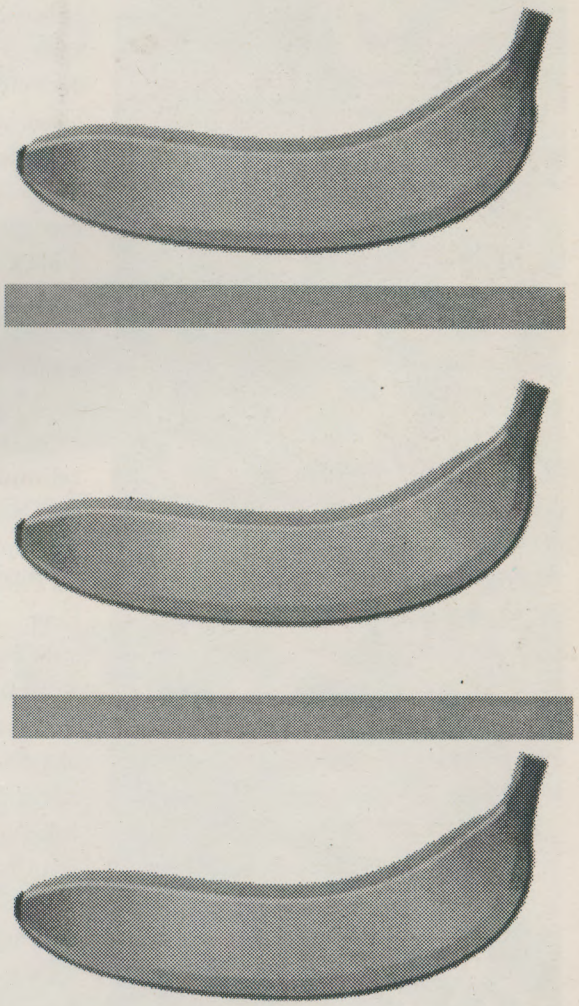
drei Eiswürfeln

im Mund und einem Fußballhorizont so groß wie ein Bierdeckel! Der hatte mit Sicherheit Heinz Florian Oertels Brandzeichen auf der Arschbacke. Das war der letzte der mecklenburger Mohikaner, den nicht mal Radio Eriwan unter Vertrag genommen hat, weil dann mit Sicherheit das

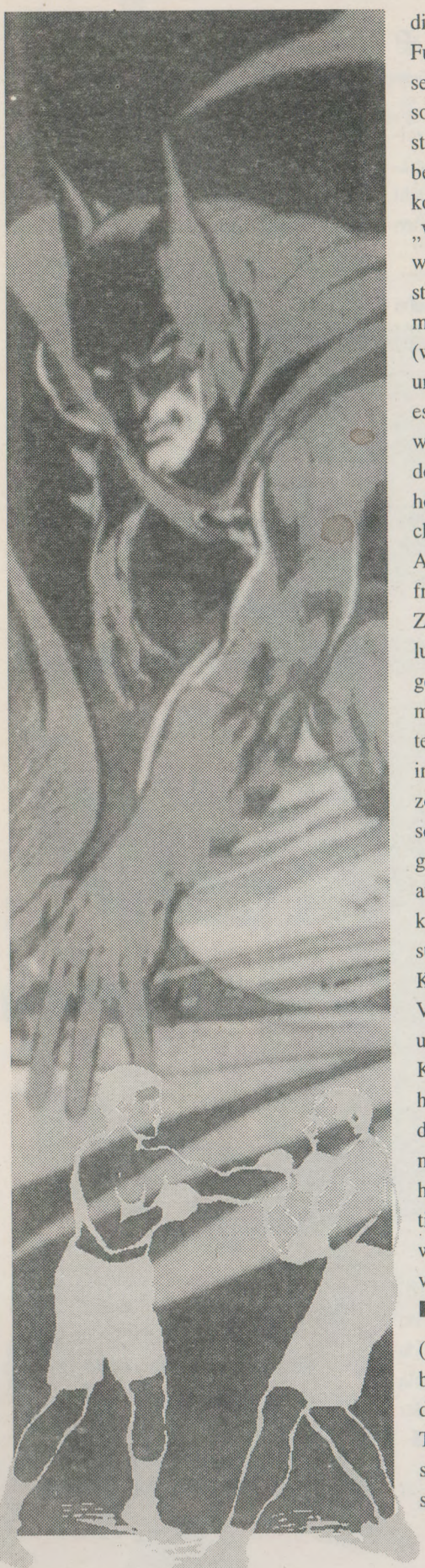
Kommando „Farabundo Gleiwitz"

für den dritten Weltkrieg gesorgt hätte. Mit etwas geschärftem Blick war einfach fast alles lächerlich. Weil da nun mal das große Fernsehen im Senfgurkenland war, nutzte vom gemeinen Zaunsteher bis zum Goalgetter jeder jede sich bietende Gelegenheit um seine Oma, Tante, die Freundin des Vaters oder die Schildkröte zu Hause zu Grüßen und lauthals Anfeuerungsrülpse in das Mikro zu husten. (Der Torschütze zum ersten Tor hat sich extra den Namen „Jule" auf die Teeschürze gemeißelt und hatte, statt sich unter der Spielertraube begatten zu lassen, nichts Besseres zu tun, als vor der Kamera Ausdruckstänze zu vollführen.) Wären diese Knalltüten von Spreewaldfähns, die nach dem Sieg auf den Platz herumtollten, sich ekeerregend herzten und mit der Mannschaft die Raupe und den Bauchglitscher übten, wären diese bedauernswerten Geschöpfe nicht über und über mit rot-weißen Klimbim behangen gewesen, man hätte denken können, man ist beim VfB. Man kann nur gespannt sein, wie das im Berliner Ostseestadion wird, wenn sich da 50 000 Cottbuser Postkutscher bei der Laola die Augen ausstechen. Und dann spielt der Regionallegionär ENERGIE **COTTBUS**

im Europacup gegen Barcelona oder Cosmos New York und alle auswärtigen Anhänger nehmen, nachdem sie an der Stelle auf dem Globos, wo Cottbus liegen müßte nur eine Staatsgrenzenmarkierung gefunden haben, ein Bäreneisen und eine Hand voll Malariatabletten mit ins Gepäck, weil sie denken, es geht ganz tief rein nach Sibirien. Beim Rückspiel lernt dann die Welt auch mal Ostprodukte, die nichts mit der PDS zu tun haben kennen, und das ist schlimm für unseren guten Ruf, denn wenn die Muppetshow aus dem Osten in die



Fußballhochburgen der Welt einreitet, kann ja nur verständnisloses Kopfschütteln heraus kommen. Vielleicht reisen ja Ostdeutschlands Chaoskinder als Anhang mit den Cottbussern mit um die Welt, wie Anfang der Achziger die Briten mit Manchester und Liverpool, und plündern sich kre-



ditwürdig. So oder so bekommen wir die Fußball WM 2004 nie! Da baut der Tiefensee sein bescheuertes Zentralstadion umsonst dorthin, wo jetzt das Zentralstadion steht, was unsere Eltern, bzw. Ureltern neben das Flutbecken gebaut haben. Dann kommen wir gerade mal in den Genuß von „Weltfußball", wenn der Berti Vogts mal wieder ein Trainingsspiel gegen Lichtenstein oder Malta macht. Aber vielleicht stellt man ja auch im Rathaus mal eine Elf auf (wird bestimmt auf ein Kleinfeldteam heruntergespart), denn mit der Kopfarbeit ist es bei den Herren ja nicht so weit her. Das wäre es doch eigentlich! Das Geld liegt doch eigentlich auf der Straße (, also etwas höher, in den Hosentaschen von irgend welchen Plebsen). Man muß es bloß aufheben! Angebot und Nachfrage, Bedürfnisse befriedigen, Freie liberale Marktwirtschaft! Zurück zur römischen Republik mit ihren lustigen Gladiatorenkämpfen: VfB Rathaus gegen Schachtjor Probstheida- die Betriebsmannschaft des Richtung Alpen erweiterten Südfriedhofgeländes. Das bringt Geld in die leeren Stadtkassen, denn das Gemetzel wird sich kein Leipziger entgehen lassen. Natürlich wird nach orginal Regeln gekämpft, also mit Daumen hoch und runter auf den Zuschauerrängen nach jedem Zweikampf. Wenn sich dann die Teams lichten, stellt der ZOO bestimmt ein paar exotische Killer für eine kleine saubere Tierhetze zur Verfügung (Natürlich wird Fairplay gespielt und die Atleten steigen zu den Tieren in den Käfig, die sich ja bei so viel Freiheit außerhalb ihrer Gitter überhaupt nicht zurecht finden.) Ja hier komme ich wieder ins Träumen und würde sofort ein „Scheiß VfB!" hinterherschicken, wenn da nicht der politisch hyperchorekte Ansprüch des Heftes wäre. Also zurück zu den Themen, die Weltverbesserer hier so beschäftigen: ZU **PERU!**

(schon vergessen?... Stichwort Botschaftsbesetzung.) Ja soweit ist es gekommen mit dem Journalismus! (Schuld ist natürlich die Technik, denn Sein bestimmt das Bewußtsein...) Die Zeitung von gestern ist heute schon alt wie der Wald, die (ähem) Unwahrheit eines Politikers ist schon wenige Wochen nach der Wahl vergessen, der Jahresrückblick nur noch verkäuflich, wenn er zur Seifenoper zurechtgeschnitten wurde und die aktuellste Nachricht nur interessant, wenn es eine Live-Übertragung ist. Also klemm ich mich zum Mätsch Shalke gegen Teneriffa vor den Äter und zappe gegen 22 Glocken wegen dem Gegurke ein bißchen durch die Welt und schon ist man live bei der Erstürmung der besetzten Botschaft in Lima dabei, gleich zweimal, denn CNN und ntv haben eigene Fernsehteams. Da wird einem schon anders, gerade wenn man mehr weiß als das, was so in den bunten Zeitungen steht, wenn man weiß, wie der Fortschritt blüht in Lateinamerika, wenn man weiß, wie Spezialeinheiten der Armee in Demokraturen so drauf sind, und wenn man weiß, was (presserechtlich geouteten) Terroristen bei Freigabe der Schießerlaubnis so blüht. (Ehrenkodex der Eliteeinheit - Rache - keine Gefangenen - Blutrausch - Fun) Kann es da trösten, daß die Geiselnehmer gerade beim Fußball spielen auf dem Botschaftshof abgeknallt wurden? Nein, denn das **14jährige Mädchen** bei den Gangsterbestzern, das sich einfach nicht erschießen lassen wollte und seine Arme hochgestreckt hat, wird wohl nicht gerade mitgefettet haben. Was machen Mädchen denn eigentlich in diesem Alter so, wenn sie fürs SPIZZ noch zu jung sind?

Diese Live-Übertragungen haben es wirklich ganz schon in sich. Wenn ich mich so an die Bilder erinnere, als der Herr Allende mit dem Helm auf der Rübe durch den Präsidentenpalast gehopst ist und die Bomben eingeschlagen sind, oder die aus Menschenbergen heraus gezogenen Leute im Heysel Stadion (DDR Fernsehen und ARD haben zwar wegen der 38 Toten und 376 Verletzten abgeschaltet , aber der Leipziger Russensender für die Sowjetsoldaten hat noch das ganze Spiel übertragen...) Solche Bilder machen einen richtig zum Mittäter, fordern doch irgendwie zum Handeln. Und wenn es nur der Sprung zur fernbedienung ist. Kein Wunder wenn 5

Prozent der schulpflichtigen Kinder Punker werden (zumindest bis sie 15 sind). Sport könnte so schön sein, so lustig, gesellig, so ausfüllend, wenn da nicht dieser abgedrehte Alltag wäre. Hätten sie den uniformierten Freiheitskillern, die nach ihrem Sieg fußballähnliche Lieder grölten und vor den Kameras posten mal lieber vorher einen

Lederball

zwischen die Panzerketten geschmissen.

Ja, so ist das mit der ganzen Sache. Auf der einen Seite ist der Ernst des Lebens und auf der anderen die Ablenkung davon. Wozu Fußball da gehört ist ja jedem klar, obwohl die Übergänge fließend sind, denn der eine geht nur auf Arbeit um für Strafanzeigen zu löhnen, der andere tritt professionell an die Nille und spart für seine alten Tage, wenn die Band- und Kniescheiben so hinüber sind, daß kein Sportschuhvertreter und kein Autohaus mehr die Vorzeigelarve braucht. Der VfP Leibzich, Leipzigs Ziehkind und Bonzenhoffnung, hat in den letzten Wochen entscheidende Entscheidungen entschieden. Da will man die alten Größen der Vereinsgeschichte (obwohl der VfB ja gar keine DDR Geschichte hat, da hieß die Truppe aus Dösen „Loksche") wieder an den Verein binden, denn wer kennt von den alten Fußballfreunden schon das Junge Gemüse, was jetzt aus aller Herren Länder nach Leipzig gekarrt wird. So kehrt Wolfram Löwe zurück in den Zoo und wird Repräsentant beim Hauptsponsor

„Sparkassen-Versicherung".

Also demnächst nie unbewaffnet zur Tür gehen, wenn es klingelt. Auch Matthisa Liebers soll sein Angebot von Zeulenroda

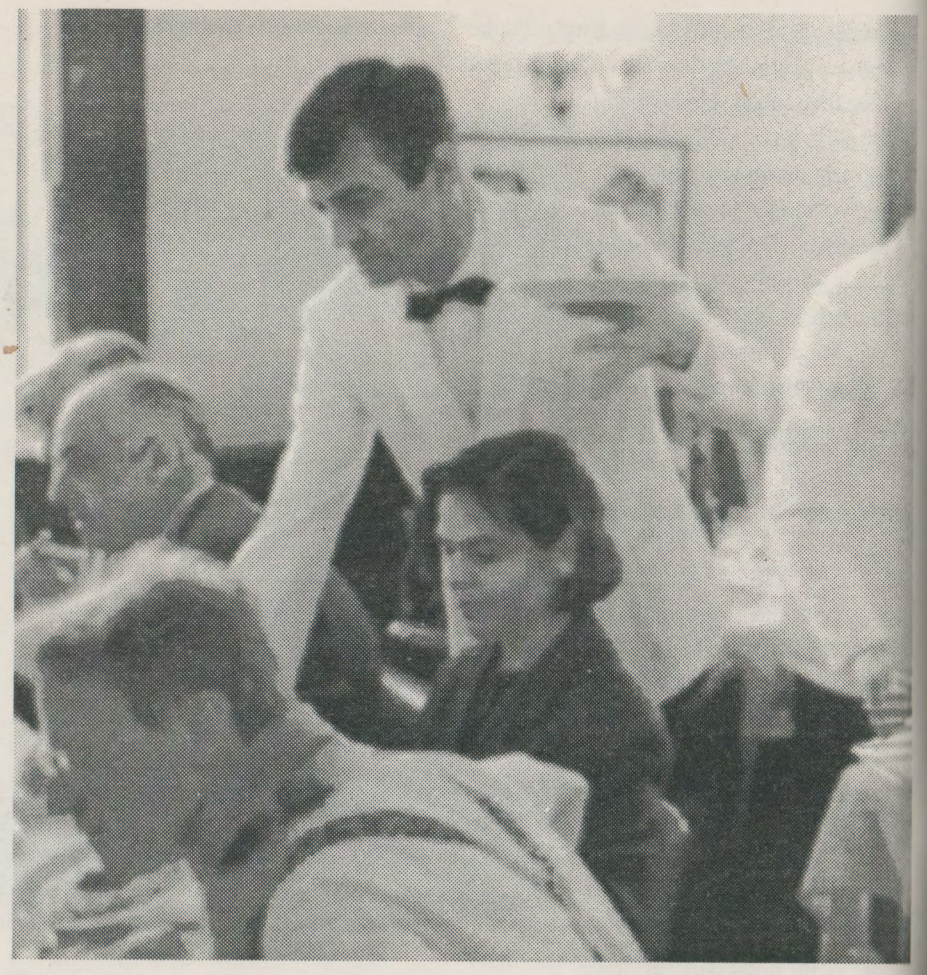
sausen lassen und beim Klub die Kinder zusammenbrüllen. Nach letzten Berichten soller er aber nur Zeugwart machen, also Bälle einfetten, Schuhe putzen und Unterhosen bügeln. Schnell revidiert die Lokistenspitze dies aber dahingehend, daß es sich um eine Kopplung von Zeugwart und Kindertrainer handelt. Aber der Haßverein setzt im Überlebenskampf nicht nur auf Tradition, sondern denkt auch vorwärts. In Lübek hat der VfB Manager Dietze sich an der Tribüne ein Auge geholt und will so ein Ding mit 4700 Plätzen (!), 22 VIP Logen und vollvergasten VIP / Presserüme mit Panoramablick auf der Pferderennbahn installieren. Fanshop und in die Schalensessel eingebaute Kotzbecken gehören natürlich auch dazu. 7,5 Millionen Mark kostet das Ding, aber das ist für Dietze keine Hürde, denn der jährliche Kapitaldienst für Zinsen und Kredite beläuft sich auf 400 000 Mark, was allein durch den Verkauf der Logen wieder rein kommt. In Lübek hat man seine Logen für 40 000 Mark an Firmen und Sponsoren vergeben. Ist also ziemlich klar, wer sich da den Arsch breit drückt und nebenbei den VfB die Krücke reichen soll. Da

Linke

ja bekanntlich Sozialschmarotzer, Studenten oder Arbeitslose sind, werden die sicher nicht hinten herum den Klub sponsern, aber ihre Alten vielleicht, die sich in ihrer Firma den Buckel krumm schuften, damit die benutzte Unterwäsche der VfB Spieler vor dem Waschen erst mal in die Fanbude wandert, für ein

minimale Ausleihgebür an abgedrehte Fanatiker. Wenn solche Hirngespinste in Blau-weiß auch nicht gerade Hoffnungsvoll stimmen, so ist das doch wieder ein schöner Schlag gegen Tiefensees Zentralstadion. Worum es bei dieser ganzen Stadionneubauerei eigentlich geht ist natürlich nicht die Befriedigung von Steuerzahlern und Sportfreunden, sondern schlicht Kohle. Der Hausherr eines eigenen Stadions hat natürlich viel mehr Vermarktungsmöglichkeiten von Spielstätten, Anlagen und Räumlichkeiten, bestitz ein ganzes Stück Unabhängigkeit und kann Forderungen und Vergabebedingungen stellen, kann also richtig Politik machen. Das weiß der Tiefensee natürlich genau so gut wie Lokistenklaus Dietze. Nur der Wählerpöbel, bzw. die Fangemeinde muß als demokratische Masse zurechtmanipuliert werden. Solange Lok und der FC Sachsen noch Sympatien in der „normalen" Bevölkerung der Stadt besitzen, ist das für die Herren im Rathaus sicher nicht ganz leicht, denn die können sich nur auf ihre disziplinierten Parteirekruten- und Sympatisanten stützen und die zugereisten „Neu.Leipziger", die auf der Wichtigkeitsleiter nach oben wollen. **150 Mio DM** wird eine Sanierung bzw. Rekonstruktion des Zentralstadions kosten. Der Wille der Stadt dafür ist erst einmal da und man hat schon eine Arbeitsgruppe gegründet, die mögliche Konzepte im Dezember dem Stadtrat vorlegen will. Da werden wir ja mal sehen...

Sehen werden wir wohl auch, was nun im Leutzscher **Unterholz** passiert, denn mit Schulz, der sich irgendwie so die Knochen rampuniert hat, daß selbst der „Schappi" Konzern eine Zusammenarbeit ablehnt, steht nun auch nicht mehr so in Trainer Reinders Gunst, der sich ja aus der Ferne bisher so vehement für das Bremer Fossil ins Zeug gelegt hat. Dafür sind die drei Neueinkäufe vom Ballaton nun auf der Leutzscher Koppel. Man setzt hohe Stücke auf die Jungs, die zwar noch kein Mensch Fußball spielen gesehen hat, die im Anzug aber ein recht sportliches Bild abgeben.



Leipzigs Blätterwust hat sie ja nun zur Genüge abgebildet, so daß die armen Kerle schon Maulsperre haben vor lauter

„jo napot!"- sagen. Und wo dort die Katze im Sack gekauft wird, fliegt erst mal die halbe Mannschaft samt Vertrag auf die Pettenkofer Straße, obwohl noch ein paar Partien in der Spielzeit anstehen. Aber in Leutzsch denkt man so hoffnungsvoll in Richtung Zukunft, daß die Gegenwart wohl gar keine Rolle mehr spielt. Na dann mal ran!

Die neue Saison beginnt übrigens schon Ende Juli. Denkt also an die Urlaubsplanung und die eurer Eltern, denn für die ist es ja auch mal ganz gut, daß die mal aus ihrem Garten rauskommen und die Gartenzwerge Pogo tanzen können. Zwischendurch beglückt wieder mal der FC Bayern Leipzig. Diesmal ist es nicht der VfB, der den großen Einnahmenreibach einkassiert, sondern der FC Saxen. Ich nehme doch an, daß man so mit dem Münchner Unternehmen verhandelt hat, daß auch für die eigene Vereinskasse noch etwas übrig bleibt Gespielt wird in Leutzsch, da lernen die Lederhosen auch mal was Gutes von

Leipzig kennen, nicht nur die Schüssel und das blau-weiße Kasperletheater. Es bestehen auch ernsthaft Chancen auf ein respektables Abschneiden, denn wenn es um Nichts geht, steigert sich Chemie traditionsgemäß ins Unermeßliche.

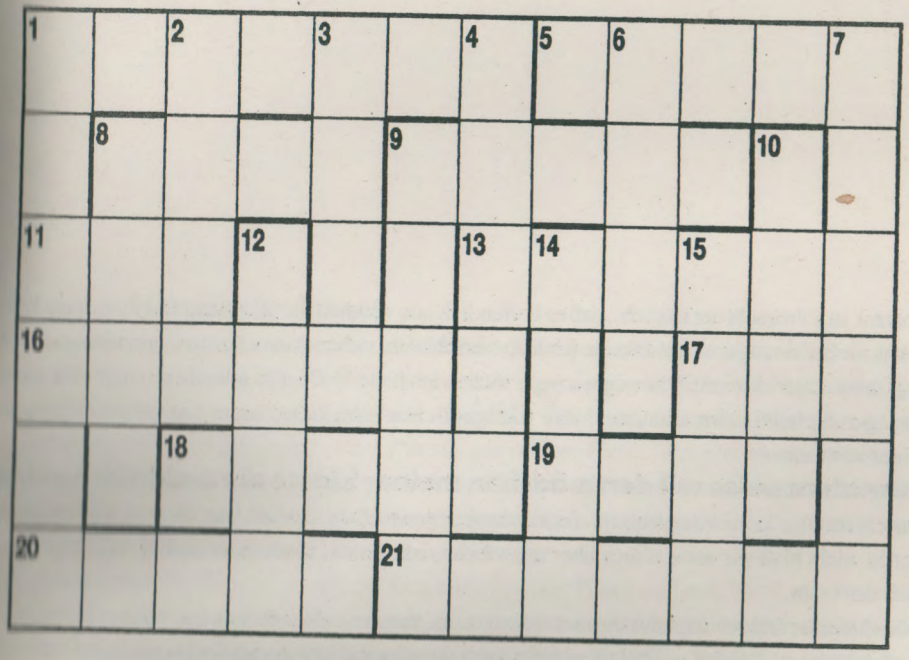
Einen schneefreien Sommer wünscht

bhur

Ratespile führ Gros unt klein

diesmal mit Gewinnchance

Da das Kreuzworträtsel im letzten Heft so schwer war (obwohl ich hörte, daß ein paar ausgekochte RatefreundInnen nicht versagten), soll diese Rateseite für jederman und -frau zu lösen sein. Dafür gibt es diesmal was zu gewinnen. Wer uns die zwei gleichen Läufer nennen kann, die Lösung auf die schönste Ansichtskarte des Monats schreibt und an uns schickt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine Überraschungs-CD bekommen. (Vergeßt dann aber nicht, eure Adresse mit auf die Karte zu schreiben! Na dann, viel Glück.



waagerecht:
1.Alternative zum Auto für Ökos, **5.**Diskussionszirkel, bei dem es Piratenschnaps gibt, **8.**bis jetzt, **9.**wer das nicht hat, versteht nichts, **11.**Scheichreichmacher, aber der westliche Imperialismus verdient wahrscheinlich mehr daran, **13.**sie wird aus Brettern gemacht, die die Welt bedeuten sollen, **16.**passendes Jäckchen zum Tanz, **17.**er findet auf 13.waagerecht statt, **18.**darauf wartet ein/e jedeR RevolutionärIn, damit es endlich losgehen kann, **19.**raucht wie ein Schlot, **20.**das steht nicht nur in der Bild-Zeitung drin (Einzahl), **21.**Verkehrsschilderaufbewahrungsplatz

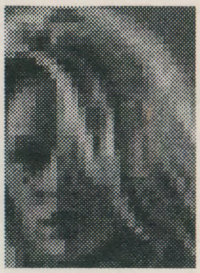
senkrecht:
1.Zobel-Knebel-(Würfel), **2.** leidenschaftlich, verrückt oder klasse, **3.**SängerInnenvereinigung, **4.**Prinzessinnentestutensil **6.**hier wird singend auf 13.waagerecht gemordet und gemeuchelt, **7.**wärmt Kaffe und Köppe, **8.**bringt Erleuchtung durch Röhren, **9.**nächste Stufe von klein, **10.**Krötentier, **12.**Landschaftsbuckel, **14.**Ziel der RettungsschwimmerInnen, **15.**Mitbringsel zu jeder autonomen Demo

Auflösung:
Kreuzworträtsel:
waagerecht: *1.Kusche, 5.Forum, 8.noch, 9.Grips, 11.Oel, 13.Buehne, 16.Bolero, 17.Akt, 18.Krise, 19.Esse, 20.Lüge, 21.Strasse*
senkrecht: *1.Knobel, 2.Toll, 3.Chor, 4.Erbse, 6.Oper, 7.Mütze, 8.Neon, 9.Gross, 10.Unke, 12.Berg, 14.Ufer, 15.Hass*

Welche Läufer sind gleich?
im nächsten Heft, denn hier ist eure Gewinnchance versteckt

Auflösung aus dem letzten Heft:
waagerecht: *1.Prostitution, 10.Ger, 13.Kuno, 14.Agio, 16.Nahe, 18.Gruenten, 19.Volk, 21.Ona, 22.Heil, 23.Aron, 25.Lie, 26.Cancan, 28.Krill, 30.and, 31.tre, 32.Edam, 34.Echt, 36.Mach, 38.Auto, 39.Air, 41.Gau, 43.Not, 47.Ahaus, 50.Pieta, 53.Baretl, 54.Pommes, 55.Ems, 56.Uhu, 57.Sex, 58.Ase, 60.Mufti, 62.Ultra, 65.Are, 66.Nanu, 70.Damm, 73.Rag, 74.Igel, 75.Honolulu, 76.Giga, 77.Anne, 78.Same, 80.Krabbe, 83.Bess, 86.Infant, 90.Laen, 91.Erie, 92.Edel, 93.Satyr, 94.Angelo, 95.Esens,* ***senkrecht:*** *2.Rohan, 3.SK, 4.Tugend, 5.Inri, 6.Toul, 7.Iata, 8.Oger, 9.Nino, 11.Eboli, 12.Knochen, 15.Skelette, 17.Ana, 20.Lil, 22.Han, 24.NKR, 27.Camargue, 29.Reet, 31.Twain, 33.Ami, 35.Con, 37.Heu, 40.Wabe, 42.Astrein, 44.Opossum, 45.Tim, 46.Stehkragen, 48.Hamburger, 49.Ars, 51.Emu, 52.ASU, 57.St, 59.el, 60.Mai, 61.Fee, 63.Trim, 64.Aga, 67.Ahnen, 68.non, 69.Uneben, 70.Dussel, 71.Ala, 72.Mumie, 77.Aber, 79.Ende, 80.Kos, 81.Alt, 82.Bay, 84.Erg, 85.Sie, 87.Fes, 88.Ale, 89.Tus*

important shit



meine letzte sportstunde verlief völlig unsentimental. in anbetracht der tatsache, daß es hoffentlich nun wirklich das allerletzte mal in meinem leben war, einer schulstunde diesen faches beizuwohnen, verlief sie sogar unspektakulär. ich hatte verschlafen und erschien verspätet, unrasiert und leicht verkatert. das war aber nicht weiter von belang, denn außer einem stift bewegte ich gar nichts. ich hatte bloß zu protokollieren, wie sich einige meiner mitschülerinnen mit einigen winzigen grundschulkindern abmühten, ihre pädagogischen fähigkeiten unter beweis zu stellen. die grundschulkinder zogen sich in meiner umkleidekabine um.

und so teilte ich an diesem tag ausnahmsweise mit den mädchen meiner klasse die umkleidekabine, da wir, um protokolle zu erstellen, alle bloß turnschuhe, aber keine komplette sportbekleidung tragen mußten. deshalb war ich auch sehr erschrokken, als ich plötzlich eine meiner mitschülerinnen nicht bloß wie sonst üblich über reizwäsche reden hörte, sondern sie auch lediglich in dieser bekleidet direkt neben mir sah. zügig verließ ich den raum.

die bauarbeiter in der bäckerei, in der ich während meiner frühstückspause meinen croissant und meinen café créme zu mir nehme, halten mich hingegen für einen kasanova. und das kam so: als ich einmal die bäckerei betrat, sofort wieder verschwand, um die beiden klassenkameradinnen, mit denen ich immer die pause dort verbringe, weil sie die einzigen sind, mit denen ich mich unterhalten kann, vom nebenliegenden konsum abzuholen und dann erst wieder gemeinsam mit ihnen auftauchte, riefen sie sich zu: „alleine kommt der nie her" - „immer nur mit frauen" - „und dann gleich zwei!" als wir gingen riefen sie deutlich hörbar: „furchtbar, he?"

aber ich geh auch alleine weg, in kneipen zum beispiel. da werde ich dann durchaus mal von männern angesprochen. neulich haben mich zwei ältere jugendliche (ca. 32 jahre) in ein gespräch verwickelt, als ich bloß bier holte. ich mußte ihnen im verlauf der unterhaltung einen joint drehen, denn sie konnten das nicht und waren verblüfft, weil ich dann nicht partizipierte an dem kollektivistischen genuß. außerdem glaubten sie mir nicht, daß ich lino ventura nicht kenne. in letzter zeit bin ich häufiger in kneipen, vielmehr in einer, in der nämlich mein mitbewohner arbeitet. das beste an kneipen ist das stammpublikum. so kommt ein älterer herr regelmäßig, um seine englischkenntnisse unter beweis zu stellen. seine am häufigsten verwendete vokabel ist „dictionary". außerdem spricht er sehr gerne folgenden text: „nietzsche hat ja gesagt: 'this is for you and this is for me'. kennste das? schoma gehört?" manchmal kommt ein bayer vorbei der im laufe des abends vom hocker fällt, das deutschland-lied singt und steif und fest behauptet, ein bayer werde nie betrunken. entweder ist er es also immer, oder ihm entgeht etwas. ernst wurde die situation einmal, als er einen nüchternen franken traf. ja, es spielen sich immer eigenartige gruppendynamische prozesse in einer kneipe ab. mit dem mitbewohner, der nicht in der kneipe arbeitet, habe ich mich neulich zum beispiel über eier unterhalten, woraufhin er einen witz erzählte: „haben sie vom ei auch genitive? - vanille oder schokolade?" man kann sich in einer kneipe den frust von der seele trinken oder erzählen oder sich einfach nur unters volk mischen. das habe ich sogar häufiger mal getan während der letzten wochen. unverzüglich wurde ich auch von ihm, dem **volk**, auf meine alltagskolumnen angesprochen, weshalb es wieder mal in meine texte mit einfließt, das volk nämlich. das plebiszitäre urteil über meine kolumne in der kneipe war allerdings hart. die sei ungefähr der letzte rotz, nicht zum lachen und werde immer schlechter. das tut weh. immerhin ist jede kolumne eine wiedergabe meiner letzten monatserlebnisse. erlebe ich nur noch rotz? oder sollte ich mich selbst ändern? erst neulich, als ich meine erfahrungswelt einer weiblichen gespächspartnerin darlegte, wurde ich von einem kumpel, der sich plötzlich zu mir umdrehte, verächtlich ungeraunzt: „ach izy, gehst du wieder mit deiner armut hausieren?" es blieb mir nichts mehr, als die kneipe zu verlassen.

aber schon am nächsten tag sollte alles wieder besser werden. der frühling hatte begonnen und ich bekam einen anruf einer eleganten, jungen dame. wir bummelten durch die stadt und kauften uns ein mövenpickeis. danach schlenderten wir durch den park und plauderten über unsere beruflichen perspektiven. ich erzählte zum beispiel, daß ich bald meine abschlußprüfungen machen würde und endlich mit der schule fertig sei. dann könne ich auch keine geschichten mehr erzählen von meinen unausstehlichen mitschülerinnen, deren sexuellen **obzessionen** ich als einziger junge der klasse ein häufiges opfer bin. sie erzählte mir, daß sie früher in der schule viel sport getrieben habe, leichtathletik bevorzugt.

American Independent Cinema

Von Orwell - sagt man - stammt der Ausspruch: „Im Mittelpunkt steht immer der Mensch, damit steht er aber auch immer im Wege". Er befindet sich somit genau an einer Schnittstelle jener Realität, welche sich räumlich und zeitlich durch die Ebene des Filmbildes drängelt. Und topographisch gesehen ist das American Independent Cinema ein solcher Fleck. Von ihm aus dehnt sich ein kineastisches Universum, als ein einziger Punkt am Nordpol beginnend, um am Äquator sein größtes Volumen zu erreichen, in der Sphäre umzuschlagen und sich mit fortschreitender Decodierung am Südpol als Mainstream wiederzufinden.

In puncto kultureller Verschmutzung der Atmosphäre hat der Planet ein Leck. Nicht wie ein kosmischer Bolide, der sich mit 30 km/s fortbewegt, sondern wie ein Luftbalon, aus dem die Luft sehr schnell entweicht, denn ohne das Independent Cinema wäre jeder Hollywoodfilm so spannend wie das „Mosaik". Und ohne den Twenty-Century-Columbia-Tri-Star-United-Artist-Kompost wäre der unabhängige Film Nordamerikas ein Fall für den Psychiater, wie hierzulande das kranke deutsche Autoren- und Komödienkino. Diese Symbiose, dieser Widerspruch im Ordnungskonzept hat auf fruchtbarem Boden einen kineästhetischen Kosmos hervorgebracht, in dem Freund und Feind schwer zu unterscheiden sind. Das Troma-Team, Richard Kern, Jonas Mekas, John Jost, Russ Meyer, Amos Poe, David Lynch; Stan Brakhage, Ron Rice, Mario Montez, Andy Warhol und Hollis Frampton - was in den USA die akademische Filmemachergeneration für sich aufbereitet, ist independent im Sinne von Obsession und Poesie. Und es kann auf einen großen lebendigen Korpus kultureller Ambivalentien, Sub-Szenen und Konventionen mit seziererischer Wollust zugreifen, um John-Ford-Country mit eingezogenem Schwanz dastehen zu lassen. Im weltweiten Vergleich findet sich eine derartige Komplexität, die frei von akademischer Verwaltung oder standesdünkligen Intellektualismen ist, so schnell nicht bzw. nur in Ansätzen und Bruchstücken wie beispielsweise in der Gestalt des britischen Exploding Cinema. Oder im - mittlerweile hier fast totgefeierten - New Hongkong Cinema.

In der naTo laufen vier Filme des American Independent Cinema, die auf dem Berlinale-Forum 1996 beim Publikum zu Recht für Aufmerksamkeit sorgten.

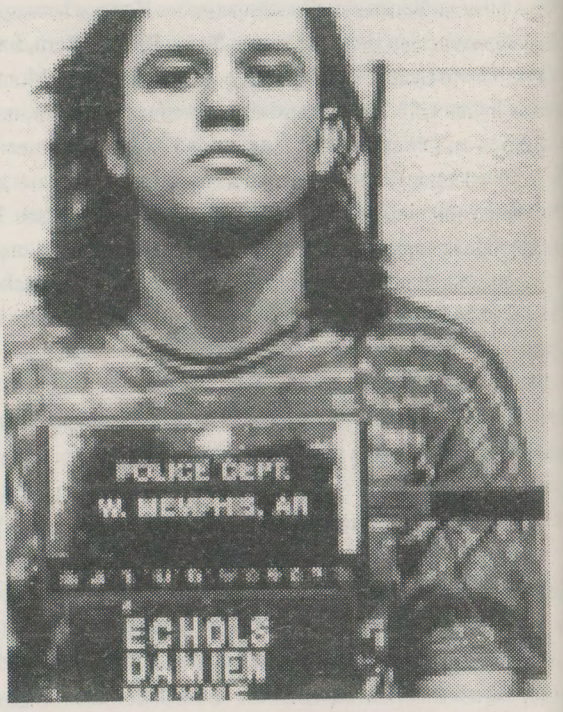
„FRISK" (1995) von Todd Verow basiert auf dem 1991 erschienen gleichnamigen Roman über Sadismus und Mord von Dennis Cooper und er verspricht ähnliches Unbehagen wie die Vorlage beim Publikum hervorzurufen. Gleich nach dem Erscheinen wurde der Film wegen angeblicher Homophobie und Selbsthaß als anti-schwul verschrien und behauptet, er spiele der extrem homophoben Rechten in die Hände, die Schwule als krank und pervers verurteilt. Mit Hilfe von Archivmaterial, imitierten s/w-Filmszenen, Pixelvision und kunstvoller Pornographie erzählt Verow die Geschichte eines Mannes, der allmählich wahnsinnig wird. Es geht um Snuffpornos, Masochismus und den Sog exzessiver Leidenschaft. Innere Gründe wie Familiengeschichten, Karriere oder

finanzielle Angelegenheiten werden nicht beschrieben. In der obsessiven Atmosphäre von Verows Film entsteht in mörderischer Szenerie wahrer Ekel in der Banalität des Bösen.

In **„I'LL BE YOUR MIRROR"** (1995) benutzt Nan Goldin, deren Fotozyklen heute schon zu den klassischen Beständen der modernen Fotographie gehören, den Film nicht als neues Medium ihres künstlerischen Ausdruckes, sondern funktionalisiert ihn für eine sehr persöhnliche Bestandsaufnahme. Und Goldin gehört zu den Menschen, in deren Leben die Geschichte extrem konzentriert auftritt. Mittelständische Kindheit, Transvestiten-WG's im Boston der 70er, ein Leben im Auge des Orkans in der Subkultur des Big Apple, Sex, Heroin, AIDS. Entstanden ist ein Porträt einer der führenden Fotografinnen der Zeit.

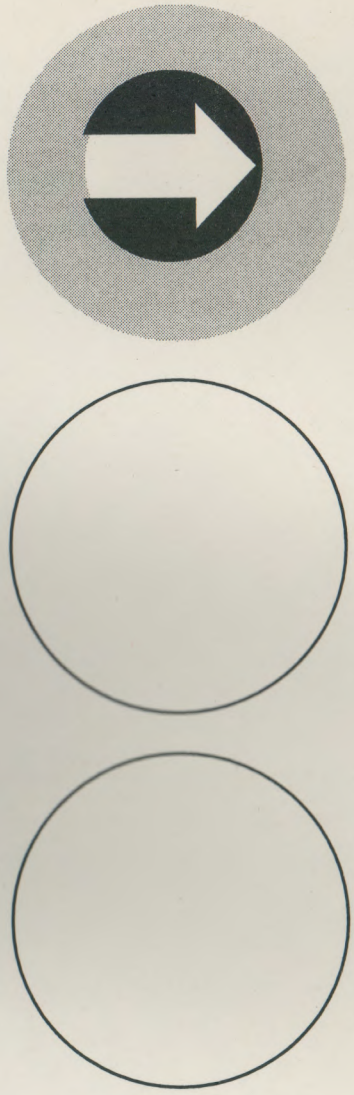
„93 MILLION MILES FROM THE SUN" (1995) war der shootin star der Szene. Er ist einfach in allem perfekt. Vier Personen bewegen sich seperat im gleichen Gebiet, dem exzentrischen Mission District San Franciscos. Maggie, Bassistin „for an incompetent band", Page, ein an Schlaflosigkeit leidender Buchhalter, der sich in seinem Übermüdungswahn als Astronaut auf dem Mars wähnt, Henry, eben erst angekommen und seine „entlaufene" Freundin suchend und Eddi, ein harmloser Wirrkopf, der Anschluß sucht. Das sind die Helden auf den sich immer wieder kreuzenden Wegen der Story. Regisseur Budnitz markiert diese tatsächlichen oder imaginären Bewegungen zwar mit deutlichen Zeichen, läßt aber trotzdem dem Zuschauer alsbald die Chronologie entgleiten. Es bleibt nur, sich lustvoll und vergnügt diesem in einer einzigen Nacht angesiedelten Zirkel hinzugeben und sich im Strudel treiben zu lassen.

„PARADISE LOST: THE CHILD MURDERS AT ROBIN HOOD HILLS" (1995) Dies ist die White-Trash Variante des Simpson-Prozesses. Protagonist ist eine Kleinstadt im Süden der USA, die mit einem der schrecklichsten zivilen Verbrechen der Region konfrontiert ist. Die dunkle Odyssee beginnt mit dem Auffinden dreier vergewaltigter, ermordeter und verstümmelter Achtjähriger. Die Einwohner des Ortes fordern „justice" und die Polizei verhaftet vier Wochen später drei einheimische Teenager, die beschuldigt werden, im Rahmen eines satanische Rituals die Jungen geopfert zu haben. PARADISE LOST entfaltet diese Geschichte wie eine dedective story, ohne jedoch Tröstung durch die Evidenz des Endes zu gewähren. Acht Monate dauerten die Dreharbeiten, wobei der größte Teil der Arbeit ohne Kamera stattfand. Die Macher legten viel Wert darauf, das Vertrauen und Einverständnis der Eltern, der Angeklagten und deren Freundinnen zu gewinnen, bevor sie die Kamera aufbauten. Die Wahrheit hat dieser Film nicht; er zeigt was sie verhindert. Im Film entfaltet sich eine zweite Realität in seltsamen Zeichen, die plötzlich auftauchen und im Prozess eine Rolle spielen. Einer der mutmaßlichen Mörder heißt Damien, genauso wie die Figur des Antichrist im Film DAS OMEN. Der ganze Fall hat das Aktenzeichen 93-05-0666, der Zahl des Bösen. Als Beweisstück der Anklage gilt ein okkultes Buch, auf dem ein fünfzackiger Stern abgebildet ist. Das gleiche Symbol ziert auch den kleinen Weihnachtsbaum, den die Eltern eines der toten Jungen ihm auf's Grab stellen - und der Schatten dieses Sternes fällt direkt auf die Stirn des Vaters, als er davor niederkniet.



Heavy Metal

In sechs Zeichentrickfilmen, entstanden nach Geschichten des 1977 erstmals erschienen US-Comic-Mags „Heavy Metal", werden die Kömpfe des B÷sen mit den Menschen bebildert. Eine tricktechnisch bemerkenswerte Ansammlung stilistisch sehr unterschiedlicher Storys von Low- bis Hightech-Animation. Die vordergründig reaktionären Verhaltensmuster, Rollenklischees und Gewalttätigkeiten kann man eigentlich nicht ernst nehmen. Die Geschichten sind ein prima Rundumschlag beginnend mit *Soft Landing*, welche von *Alien*-Scriptwriter Dan O'Bannon stammt (und wie ein *2001. A Space Odyssey*-Prolog daher kommt), über die space-opera um Captain Sternn, bis zu *B-17*, einer sehr detailfreudigen Horror-Story. Hierzu wurde sogar eine der letzten flugtüchtigen B-17 in die Luft gescheucht, um den Originalsound verwenden zu können. Eine ganze Ladung abgedrehter Drogensequenzen gemischt mit interstellarem fuck off Barbarella! *Sex bietet So Beautiful and So Dangerous*, bei welchem zudem noch die gekrönten Clowns höherer Trashkultur, Cheech + Chong, für einige Figuren Pate standen. Außerdem soll der Geist von Humph Bogart durch etliche Scenen dringen, aber na ja. Auf jeden Fall eine genüßliche Vernichtung guten Geschmacks irgendwo zwischen *Conan, Bad Taste* und Honoré Balsac. Schlußendlich: pure fantasy! Von 1979 bis '81 wurde gebastelt und im Februar '82 kam das Machwerk auf die deutschen Leinwände. 1996 erschien eine neu geschnittene Version, allerdings nur auf dem US-amerikanischen und canadischen Markt, bzw. als Video.



tonbandveröffentlichungen aus dem kreise der freund- und seilschaften

CONTRIVA (vormals ZIMT)

sie sei schon hippie, sagt mascha, hauptsächlich bassistin bei **contriva**. sie und hannes, der trommler, haben eine wunderbare musik-box mit beat-hits der sechziger jahre in ihrer wohnung stehen. der gitarrist trägt den herrlichen namen max.punktezahl. neueste errungenschaft der band, auf ihrer plattenveröffentlichung noch nicht zu hören, live aber schon zu bewundern, ist eine vermona-orgel, gespielt von rike. am wochenende fahren sie manchmal gemeinsam ins grüne. und genau diesen charme versprüht **contriva** sehr intensiv. ihr präsentationskonzert zu ihrer neuesten veröffentlichung in einer art dachwohnung mit viel holz und so atmete förmlich den geist der sechziger. da gab es jungs, die verträumt ihre augen schlossen und den kopf im takt wiegten. als konzertbesucherin respektive konzertbesucher kann man sich kaum ihrem spaß entziehen, den sie miteinander beim musizieren haben. und mit den aufnahmen ist es ihnen auch gelungen, genau das festzuhalten. durch die vielen kleinen melodien, die besonders auf dem bass sehr witzig klingen, einige breaks hier und da, kann es immer interessant bleiben. wobei instrumentalmusik schwierigkeiten in sich birgt, die mit gesangsmelodien und mit texten so nicht existieren, die dann zum beispiel lustig sein könnten. so wie es heutzutage eigentlich pflicht ist (außer man macht heavy-metal oder sowas). dafür legen **contriva** wert auf symbolträchtige songtitel: „warten auf wirkung" oder „morgen regnet's sowieso". zu solchen zeilen kann die musik eigentlich wie alles mögliche klingen. stattdessen klingt sie immer gleich: sie wirkt wie drauflosgespielt und spaßgehabt. irgendwie auch schon punkig. natürlich ohne die bullenschweinebrüllerei und ohne verzerrte achtelnoten. eben ganz normale musik und ganz normale kleidung. eben punk.
live zu erleben am 7. 6. in der fahrradwerkstatt rücktritt, karl liebknecht str. 36
kontakt: contriva, brunnenstr. 151, 10115 berlin, tel. 030/4408051.

klarofix gibt's (so ungefähr) ab jedem ersten im monat bei

33 1/3
al pascha
b 12 (braustr)
buchladen bruchsteine
café und buch (hamburch)
conne island
connewitzer stadtbuchhandlung
culton
doc arthur
el rojito (hh)
frau krause
generation x
ig rock (haus leipzig)
infoladen im conne island
infobüro
hdd café
killy willy
kulturtreff mühlstrasse
lichtwirtschaft
mrs. hippie
muzak
nato
plaque
sack & hand
schall und rausch
substanz
weltladen stöckartstrasse
werk II/halle 5
zeughaus
zoro
in altenburg
kneipe unikat
freezone
kailash buchhandlung
uni leipzig
bei elke im handverkauf
wer will im abo

und natürlich als DEEP BLUE - handbuchvorlage